



Landtag von Baden-Württemberg

49. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 23. Juli 2008 • Haus des Landtags

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 13:00 bis 14:00 Uhr

Schluss: 17:52 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3387	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/2705	
Umbesetzung im Präsidium	3387	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/3027.	3445
Glückwünsche zum Geburtstag der Ministerin Tanja Gönner.	3388	Beschluss	3445
Begrüßung der rumänischen Generalkonsulin, Frau Brandusa Predescu, und ihrer Begleitung.	3426	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes – Drucksache 14/2801	
1. Regierungserklärung – Qualitätsoffensive Bildung – und Aussprache	3387	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/2952	3446
Ministerpräsident Günther Oettinger.	3387, 3389, 3408	Abg. Ursula Lazarus CDU	3446
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	3393, 3413	Abg. Dr. Frank Mentrup SPD	3447
Abg. Stefan Mappus CDU	3397	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	3448
Abg. Claus Schmiedel SPD	3400, 3411	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	3449
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	3404, 3417	Staatssekretär Georg Wacker	3450
Abg. Volker Schebesta CDU	3416	Beschluss	3452
Abg. Norbert Zeller SPD	3418	6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Landesgraduiertenförderungsgesetz – LGFG) – Drucksache 14/2840	
2. Aktuelle Debatte – Nach der Ablehnung des Lissabon-Vertrages in Irland – Wie geht es weiter in der Europapolitik? – beantragt von der Fraktion der CDU.	3419	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/2957	3453
Abg. Thomas Blenke CDU	3419, 3426	Abg. Katrin Schütz CDU	3453
Abg. Peter Hofelich SPD	3420, 3427	Abg. Johannes Stober SPD	3454
Abg. Jürgen Walter GRÜNE	3422, 3428	Abg. Theresia Bauer GRÜNE	3454
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	3423, 3429	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	3455
Minister Dr. Wolfgang Reinhart.	3424	Minister Dr. Peter Frankenberg	3456
3. Aktuelle Debatte – Sinkende Strompreise durch eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken? – beantragt von der Fraktion GRÜNE	3431	Beschluss	3457
Abg. Franz Untersteller GRÜNE	3431, 3439		
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	3432, 3441		
Abg. Thomas Knapp SPD	3434, 3442		
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	3436, 3443		
Minister Ernst Pfister	3437		

7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Aufbewahrung von Schriftgut der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsbehörden (Landesjustizschriftgutaufbewahrungsgesetz) – Drucksache 14/2860	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/3028.	3458
Beschluss	3458
8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes – Drucksache 14/2895.	3459
Staatssekretär Gundolf Fleischer (zu Protokoll) . .	3459
Abg. Manfred Groh CDU (zu Protokoll)	3460
Abg. Ingo Rust SPD (zu Protokoll)	3460
Abg. Eugen Schlachter GRÜNE (zu Protokoll). . .	3460
Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP (zu Protokoll) . .	3461
Beschluss	3459
9. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes sowie zur Anpassung von Rechtsvorschriften – Drucksache 14/2896	3461
Beschluss	3461
10. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes, des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart, des Naturschutzgesetzes und des Wassergesetzes – Drucksache 14/2899.	3461
Abg. Winfried Mack CDU.	3461
Staatssekretär Richard Drautz	3462
Abg. Gunter Kaufmann SPD	3463
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE.	3464
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.	3465
Abg. Reinhold Gall SPD (zur Geschäftsordnung) . .	3466
Beschluss	3466
11. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung des Landesdisziplinarrechts (LDNOG) – Drucksache 14/2996.	3466
Beschluss	3466
Nächste Sitzung	3466
Anlage	
Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzung im Präsidium	3466

Protokoll

über die 49. Sitzung vom 23. Juli 2008

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 49. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

(Die Mikrofonanlage im Plenarsaal ist nicht eingeschaltet. – Unruhe – Kurze Pause)

Meine Damen und Herren, nach dieser technischen Panne können wir mit der Sitzung beginnen.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Kipfer, Frau Abg. Neuenhaus, Frau Abg. Dr. Splett und Herrn Abg. Theurer erteilt.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Reichardt.

Aus dienstlichen Gründen hat sich Herr Minister Stächele entschuldigt.

(Oh-Rufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der SPD für eine Umbesetzung im Präsidium (*Anlage*). Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen. – Es ist so beschlossen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Finanzministeriums vom 3. Juli 2008 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Haushaltsjahr 2008 (Januar – März) – Drucksache 14/2937

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Mitteilung des Rechnungshofs vom 7. Juli 2008 – Denkschrift 2008 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2006 – Drucksache 14/2950

Überweisung an den Finanzausschuss

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Juni 2008, Az.: 2 BvE 3/08 – Organstreitverfahren der Bundestagsfraktion DIE

LINKE gegen die Bundesregierung wegen Verletzung des Zustimmungsrechts des Deutschen Bundestages bei der Veräußerung von Geschäftsanteilen aus dem Bahnvermögen

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung – Qualitätsoffensive Bildung – und Aussprache

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Oettinger.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Aus den vielen Aufgaben der Landespolitik ragen für die Landesregierung zwei Schwerpunkte heraus: zum einen die Haushaltspolitik und zum anderen die Bildungspolitik.

Vor gut zwei Jahren habe ich in meiner Regierungserklärung angekündigt, dass Baden-Württemberg am Ende dieser Legislaturperiode, 2011, einen Haushalt ohne Schulden aufstellt und vollzieht, dass Baden-Württemberg bis dahin keine Lehrerstellen zur Haushaltssanierung streicht, sondern dass der Stellenplan der Lehrerinnen und Lehrer bei sinkender Schülerzahl unverändert bleibt und damit das „Kinderland“ Baden-Württemberg in der Schule noch stärker wird. Das heißt, die Haushaltssanierung in drei Jahren war vorgesehen, und keine Streichung von Lehrerstellen war vorgesehen.

Nun haben wir in den letzten beiden Jahren den Haushalt restriktiv vollzogen. Die Wirtschaft wächst, die Konjunktur ist gut, die Steuereinnahmen haben zugenommen. Daraus ziehen wir heute zwei Folgerungen, die zum Guten, zum noch Besseren für Baden-Württemberg sind. Im siebten Monat dieses Jahres vollziehen wir in Baden-Württemberg einen Haushalt und nehmen keine neuen Schulden mehr auf. Nach 36 Jahren ist 2008 und nicht erst 2011 das Jahr, in dem die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP/DVP ein wichtiges Zwischenziel erreicht haben: Stopp mit neuen Schulden, Finanzierung aller Aufgaben durch Steuern, Abgaben, Beiträge und Gebühren. Wir sind bei der Haushaltssanierung auf einem guten und konsequenten Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Bei der Bildung haben wir in den letzten zwei Jahren keine Stellen gestrichen. Da die Steuereinnahmen in diesem Jahr sehr gut sind, nehmen wir die Steuermehreinnahmen dieses Jahres in die Hand und investieren sie in Bildung, in das „Kinderland“ Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das mehrere Tausend Lehrerstellen neu schafft, damit den Klassenteiler senkt und damit das Bildungsangebot in Baden-Württemberg weiter verbessert. Haushalts-sanierung und „Kinderland“ Baden-Württemberg sind damit auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schon jetzt haben wir mit 5,9 % bundesweit die geringste Quote von Abgängern ohne Schulabschluss. Schon jetzt haben wir mit 2,6 % bundesweit die geringste Quote an jugendlichen Arbeitslosen. Schon jetzt haben wir mit 4 900 € pro Schüler an öffentlichen Schulen bundesweit die höchsten Investitionsausgaben. Schon jetzt haben wir mit 43 % beim Anteil der Bildungsausgaben am Gesamtetat einen bundesweiten Spitzenplatz.

Aber wir ruhen uns auf diesen Lorbeeren nicht aus. Wir investieren darüber hinaus und werden Lehrerstellen schaffen, werden die Schulen noch besser machen, ohne dass eine Stelle in Baden-Württemberg durch Schulden finanziert werden muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schon jetzt haben wir mit 16,1 die beste Schüler-Lehrer-Relation aller alten Flächenländer. Mit 90 535 Lehrerstellen haben wir den höchsten Lehrerstellenbestand seit Bestehen des Landes Baden-Württemberg. Obwohl die Zahl der Schulkinder im vierten Jahr in Folge sinkt, haben wir einen Höchststand an Lehrerstellen erreicht und bauen diesen zugunsten des „Kinderlands“ Baden-Württemberg in den nächsten Jahren noch mit mehreren Tausend Stellen aus.

Wir haben seit der Jahrtausendwende bei den Lehrern 38 000 Neueinstellungen vorgenommen und keine Lehrerstelle gestrichen.

(Die Mikrofonanlage im Plenarsaal fällt aus.)

Die Lehrer in Baden-Württemberg werden im Durchschnitt wieder jünger. Erfahrung und junge Köpfe sorgen für eine gute Qualität.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das Mikrofon ist weg! – Zurufe: Lauter! Mikro! Das Mikrofon ist weg! – Unruhe)

Es gibt bei uns beste Perspektiven zum Bildungsaufstieg.

(Zurufe: Mikrofon! – Unruhe – Zurufe: Pst!)

Präsident Peter Straub: Herr Ministerpräsident, das Mikrofon ist wieder ausgefallen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir brauchen einen neuen Plenarsaal! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn alle ruhig sind, geht das! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wahrscheinlich habt ihr Neckarwestheim I abgeschaltet! – Heiterkeit – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Weitere Zurufe, u. a.: Wir brauchen mehr Windkraft! – Lebhaftige Un-

ruhe – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Alles spricht für einen neuen Landtag! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Entweder wir brauchen einen neuen Plenarsaal, oder wir brauchen einen neuen Ministerpräsidenten, der lauter redet! – Lebhaftige Unruhe – Zurufe: Pst! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das war die EnBW! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir haben eine Stromlücke! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist die Stromlücke! – Zurufe von der SPD und den Grünen: Stromlücke! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD – Anhaltende lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich schlage vor, dass wir alle uns hier ruhig verhalten.

(Zurufe: Und zwar alle!)

Ich glaube, dass man dann den Redner auch verstehen kann.

(Unruhe – Zurufe: Pst! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der Inhalt ist trotzdem gut! – Aus den Lautsprechern ist ein starkes Knistern zu hören.)

Ministerpräsident Günther Oettinger: Wir haben schon jetzt beste Perspektiven zum Bildungsaufstieg. 50 % unserer Schüler und Schülerinnen erreichen eine Hochschulzugangsberechtigung. Davon erreichen die Hälfte diese Berechtigung über berufliche Abschlüsse.

(Aus den Lautsprechern ist ein starkes Knistern zu hören. – Unruhe – Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, das hat doch keinen Wert! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Ich schlage vor, dass wir die Sitzung für zehn Minuten unterbrechen.

(Zustimmung bei allen Fraktionen – Vereinzelt Beifall – Zurufe – Unruhe)

(Unterbrechung der Sitzung: 10:12 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 10:21 Uhr)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Zunächst darf ich noch Frau Umweltministerin Tanja Gönner sehr herzlich zum heutigen Geburtstag gratulieren. Im Namen des ganzen Hauses alles Gute!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die stationäre Mikrofonanlage funktioniert im Moment wieder. Für den Fall, dass sie noch einmal ausfallen sollte, haben wir zusätzlich eine andere Anlage montiert, sodass wir über diese Anlage die Sitzung fortsetzen könnten. Ich möchte auch allen Unkenrufen widersprechen: Das ist keinesfalls jetzt bewusst gemacht, damit wir dem Landtagsneubau etwas näherkommen.

(Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber es wäre nicht verkehrt!)

Herr Ministerpräsident, ich darf Ihnen wieder das Wort erteilen.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bieten der jungen Generation eine Investition in den wichtigsten Bereich überhaupt: in die Bildung und damit in die Zukunft der jungen Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger. Indem wir weder diese Offensive noch andere Maßnahmen durch neue Schulden und damit neue und mehr Zinsen finanzieren, belasten wir diese Zukunft nicht.

Haushaltskonsolidierung und Bildung sind kein Widerspruch, sondern die tragenden Säulen für die Chancen unserer Kinder und Enkel. Wir wahren die Balance zwischen sparen und richtig investieren.

Anhand von sieben Schwerpunkten zeige ich Ihnen auf, welche Maßnahmen wir ergreifen, was unsere Bildungsoffensive beinhalten soll.

Erstens: Ausbau der Angebote für Kinder unter drei Jahren, für die frühkindliche Bildung. Generell will ich sagen: Zwischen Betreuung und Erziehung und Bildung zu trennen wäre falsch. In jedem Lebensalter – bei Kleinstkindern, Kleinkindern, Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden – werden Bildung sowie Erziehung und Betreuung Faktoren einer ganzheitlichen Dienstleistung sein. Für uns beginnt Bildung mit dem ersten Lebensjahr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Ausbau der Angebote für Kinder unter drei Jahren ist essenziell für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Ermöglichung der Wahlfreiheit für Väter und Mütter bei der Kinderbetreuung.

Während wir noch vor fünf Jahren nur für etwa vier von hundert Kleinstkindern einen Betreuungsplatz in Baden-Württemberg hatten, haben wir heute für zwölf von hundert Kindern einen Betreuungsplatz. Wir rücken nach vorn, haben andere Flächenländer längst überholt und streben einen Versorgungsgrad von 34 oder 35 % entsprechend dem Bedarf und der Nachfrage in Baden-Württemberg an.

Das heißt, dass im Land mindestens 60 000 neue Betreuungsplätze geschaffen werden. Wir werden dann 90 000 Betreuungsplätze haben. Damit sind wir ab dem ersten Lebensjahr eines Kindes kinderfreundlich.

Ich danke den Kommunen, den Kirchen und den freien Trägern, dass dies gemeinsam mit uns und mit Unterstützung des Bundes finanziell geleistet werden kann.

Zur Finanzierung der erforderlichen Baumaßnahmen reichen wir die Mittel des Bundes in Höhe von 50 Millionen € jährlich an die Einrichtungsträger weiter. Die dafür notwendige Vorschrift haben wir im März erlassen.

Entsprechend unserer Vereinbarung vom Dezember letzten Jahres mit den Kommunen werden wir die Betriebskostenförderung massiv ausbauen. Die Fördermittel des Landes werden bereits im nächsten Jahr deutlich auf 50 Millionen € angehoben und bis zum Jahr 2014 auf einen jährlichen Betrag von 165 Millionen € Landesmittel anwachsen. 100 Millionen € des Bundes kommen ergänzend hinzu.

Bei der Betriebskostenförderung wird der Grundsatz „Das Geld folgt den Kindern“ gelten. Das heißt, die Gelder müssen

in den Einrichtungen ankommen, in denen die Kinder betreut werden. Die Finanzierung von Betreuungseinrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet wird entsprechend verbessert und angepasst. Die nähere Ausgestaltung der Betriebskostenförderung werden wir mit unseren Partnern, den Kommunen, Kirchen und freien Trägern, abstimmen. Dann legen wir dem Landtag noch in diesem Jahr einen Vorschlag für die notwendigen Reformen der Gesetze vor.

Der Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren führt zu einem Mehrbedarf an Fachkräften, deren Ausbildung wir sicherstellen werden. Für zusätzlich 7 300 Erzieherinnen und Erzieher sowie Kinderpflegerinnen und -pfleger werden wir nicht nur an den öffentlichen Ausbildungseinrichtungen – Berufskollegs, Fachschulen, Berufsfachschulen – neue Lehrerstellen schaffen, sondern wir werden auch die notwendigen Privatschulzuschüsse geben, damit Einrichtungen in privater Trägerschaft und der Kirchen für uns Partner bei der Ausbildung von Erziehern und Pflegern sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens: Der Kindergarten ist auf dem Weg zur Kinderschule. Die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erziehung ist für mich der Schlüssel überhaupt: erstens für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen, zweitens für eine stärkere Entkopplung von sozialer Herkunft und der Leistung in der Schule und drittens damit auch Garant dafür, dass keine Begabung ungenutzt bleibt. Gerade in der frühkindlichen Bildung und beim Übergang in die Grundschule stehen wir vor Aufgaben, die das Land und die Kommunen gemeinsam mit den Kirchen und den freien Trägern schultern müssen und die uns gemeinsam in den nächsten Jahren fordern werden. Ich sehe in dieser Aufgabe den wichtigsten Bereich überhaupt, wenn es um Kinder und spätere junge Erwachsene geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Elemente der frühkindlichen Bildung und Erziehung sind erstens der Orientierungsplan. Er bietet Impulse zur pädagogischen Begleitung der kindlichen Entwicklung im Alter zwischen drei und sechs Jahren. Er knüpft an die Bildungsprozesse vor der Kindergartenzeit an. Er gibt Einblicke und Ausblicke auf die Entwicklung der Bildungsbiografie des Kindes nach der Kindergartenzeit, und er wird ab dem nächsten Jahr eine verbindliche Grundlage für die Bildungsarbeit in den Kindergärten sein.

Zweites Element ist das Projekt „Schulreifes Kind“. Es ermöglicht eine weitere Förderung von Kindern bei Lerndefiziten und bei Entwicklungsdefiziten ein Jahr vor der Einschulung. Es wird in gemeinsamer Verantwortung und Begleitung von Erzieherinnen und Grundschullehrkräften durchgeführt. Kindergarten, Kinderschule und die Grundschule werden so personell und strukturell verzahnt. Derzeit beteiligen sich an dem Projekt „Schulreifes Kind“ 245 Standorte, 857 Einrichtungen, davon knapp 600 Kindergärten und 265 Schulen in Baden-Württemberg.

Das dritte Element ist das Bildungshaus für Drei- bis Zehnjährige. Mit dem Bildungshaus gehen wir noch einen Schritt weiter und erproben an derzeit 23 Standorten im Land Konzeptionen des gemeinsamen Lernens von Kindergarten- und

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Grundschulkindern. Zehn weitere Standorte kommen im nächsten Schuljahr hinzu.

Wenn von Teilen der Politik ein längeres gemeinsames Lernen gefordert wird, dann sage ich Ihnen: Genau dies machen wir.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

In Baden-Württemberg werden die Kinder, auch wenn man die ideologisch begründbare Frage der Verlängerung der Grundschule einmal außen vor lässt,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was hat das mit Ideologie zu tun?)

durch das gemeinsame Lernen im Kindergarten, durch das gemeinsame längere Lernen in der Ganztagsgrundschule

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das ist aber ein Taschenspielertrick!)

mehr denn je aus allen sozialen Herkunftsfällen gemeinsam orientiert und gebildet. Gemeinsames Lernen ist in Baden-Württemberg – auch hier in der vierjährigen Grundschulzeit – längst die Praxis, und die wird ausgebaut.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sprachförderung im Vorschulalter. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine Grundvoraussetzung für Erfolg in der Schule und in der Arbeitswelt. Je früher und je besser sie beherrscht wird, umso wahrscheinlicher ist ein Erfolg in der Schule überhaupt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Sehr gut!)

Sprachkenntnisse zu vermitteln ist ein zentrales Aufgabenfeld für die Kindergärten. Um die Sprachentwicklung optimal und individuell zu fördern, werden wir im Rahmen einer verpflichtenden Sprachstandsdiagnose etwa eineinhalb Jahre vor der Einschulung etwaige Sprachauffälligkeiten feststellen. Dann werden sich Sprachfördermaßnahmen anschließen. Dieses Angebot machen wir allen Kindern, allen Kindergärten und allen Eltern. Ich bin sicher, dass sich diese Investition allemal rentiert, weil dadurch manche Reparatur zehn Jahre später vermieden werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Programm der Landesstiftung, das seit sechs Jahren durchgeführt wird, hat sich bewährt. Die Landesstiftung bietet eine intensive Sprachförderung für Kinder im Alter zwischen vier und sechs Jahren in Fördergruppen mit sechs bis acht Kindern, drei bis vier Förderstunden in der Woche, durchschnittlich 120 Förderstunden je Kind. Dieses Programm soll die Landesstiftung für alle Kindergärten im Land öffnen. Dafür wollen wir den finanziellen Deckel dieses Programms aufheben. Die Finanzierung der Sprachfördermaßnahmen in den Jahren 2008 und 2009 ist gesichert. Die Finanzierung ab 2010 wird geprüft.

Daneben wollen wir die ehrenamtlichen Maßnahmen der Hausaufgaben- und Lernhilfe fortführen. Das Sprachförderkonzept der Landesstiftung ist so angelegt, dass man einzelnen Kin-

dertageseinrichtungen und dem Träger Spielraum zur Eigengestaltung lässt und bewusst auf bestehenden Entwicklungen aufbaut, damit eine Entscheidung vor Ort kindgerecht und fachgerecht getroffen werden kann.

Nach der Kinderkrippe und nach dem Kindergarten kommt die Grundschule. Zu diesem Thema fasse ich mich heute sehr kurz. Bei der Grundschule gilt für uns für jeden Standort: kurze Beine, kurze Wege. Ungeachtet der Zahl der Kinder wollen wir in den nächsten Jahren, dass Grundschulen erhalten werden, dass die Grundschule im Dorf bleibt, damit der ländliche Raum für junge Familien attraktiv bleibt und damit für die Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren der Schulweg meist zu Fuß, jedenfalls ohne große Entfernungen und Zeitdauer möglich ist. Die Grundschule bleibt weiterhin bei den Kindern. Kurze Beine, kurze Wege – das ist unser Konzept dafür.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Drittens geht es um die Stärkung und Weiterentwicklung der Hauptschulen. Ich bemerke vorweg: Baden-Württemberg hat mit seinem gegliederten Schulwesen gute Erfolge erzielt und wird auch künftig am gegliederten Schulwesen festhalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Erzwungenes gemeinsames Lernen in Einheitsschulen ist für uns kein Modell mit Zukunft. Deswegen erteilen wir der Einheitsschule eine klare Absage.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Übrigens: Dass Sie den alten Begriff „Gesamtschule“ nicht mehr aufnehmen, spricht ja Bände. Sie wollen den Menschen Sand in die Augen streuen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das machen Sie doch mit Ihrem Begriff „Einheitsschule“! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie wissen, dass die Gesamtschule als falsch erkannt worden ist und dies bei den Menschen bekannt ist.

(Unruhe bei der SPD)

Deswegen gilt für Gemeinschaftsschule und Einheitsschule: Neue Namen schaffen keine neue Qualität.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Grunde genommen gaukeln Sie den Menschen etwas vor, was längst entschieden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In Baden-Württemberg führen wir eine Qualitätsdebatte, aber keine Schulstrukturdebatte und auch keine Schulschließungsdebatte. Wir wollen mehr Qualität an unseren Hauptschulen durch erstens den doppelten Schulabschluss, nämlich Hauptschul- und Werkrealschulabschluss, also mittlere Reife, zweitens den Ausbau zu Ganztagschulen, drittens die Stärkung der Basiskompetenzen und viertens eine engere Verzahnung mit den Betrieben und eine intensive Kooperation mit den Hauptschulen und Realschulen. Das ist unser Konzept.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Jedes Modell wird abgelehnt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das war aber dünner Applaus!)

Dazu im Einzelnen: Zunächst zu den Standorten der Hauptschulen. Die zurückliegenden Jahre und Jahrzehnte waren geprägt durch Expansion, durch steigende Schülerzahlen und durch intensiven Schulhausbau. Diese Phase ist wohl dauerhaft vorbei. Wir haben in der Planung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte davon auszugehen, dass es nicht mehr steigende Kinderzahlen, nicht mehr neue Schulen, nicht mehr Schulhausneubau und -gründung geben wird, sondern dass durch Erhalt und Umbau sowie Weiterentwicklung bei sinkenden Kinderzahlen die Qualität gesichert und gesteigert werden muss und dass sich hinsichtlich der Quantität nicht alles halten lassen wird.

Die Schullandschaft wird sich verändern. Wir dürfen uns den demografischen Fakten nicht verschließen. Die Schülerzahlen an den Hauptschulen werden nach allen Schätzungen in den nächsten Jahren weiter stetig zurückgehen, und zwar die Schülerzahlen insgesamt und darüber hinaus stärker als in anderen Schularten. Landesweit werden wir im Schuljahr 2012/2013 voraussichtlich ein Fünftel weniger Jugendliche an Hauptschulen haben als noch im Schuljahr 2004/2005.

Wir brauchen also arbeitsfähige und handlungsfähige Einheiten. An vielen Standorten werden wir dauerhaft sinnvolle Schulgrößen nur dann erreichen, wenn es auch zu Verbünden und Fusionen von Hauptschulen kommt. Dies kann an einem Ort geschehen, ist aber auch an unterschiedlichen Standorten möglich. Die Zusammenführung zu leistungsfähigeren und zukunftssicheren Schulen schafft ein differenziertes Bildungsangebot und Qualität und leistet einen Beitrag zur Chancengleichheit im ganzen Land.

Wir streben in der Regel

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha! „In der Regel“!)

aus pädagogischen, sozialpolitischen und bildungspolitischen Gründen zweizügige Hauptschulen an. Standorte, die diese sinnvolle Größe bereits haben oder durch Zusammenlegung erreichen, werden wir in ihrer Entwicklung weiter stärken, indem jede Hauptschule in Baden-Württemberg, die zweizügig ist oder mehr Züge haben wird, die Möglichkeit bekommt, nach dem zehnten Schuljahr die mittlere Reife zu vergeben. Diese Schulen werden die Bezeichnung „Werkrealschule“ führen. Jede zweizügige Hauptschule werden wir, wenn dies gewollt ist und ein Konzept vorliegt, als Ganztagschule genehmigen.

Die den Schulen vor der Zusammenlegung zugewiesenen Lehrerressourcen werden wir den Schulen zu einem Drittel für Maßnahmen der Qualitätssteigerung belassen, die weiteren Mittel werden wir für andere Maßnahmen wie z. B. Schülerbeförderung einsetzen und in den Bildungsetat einfließen lassen.

Die Hauptschule zielt mit ihrem Praxiszug auf eine praktische berufliche Ausbildung. Die Werkrealschule, die die Regel werden wird – eine Hauptschule mit mittlerem Abschluss nach dem zehnten Schuljahr –, kombiniert die Berufsorientierung mit der Möglichkeit, die Schulausbildung in der Oberstufe ei-

ner beruflichen Schule, eines Gymnasiums oder in einem Berufskolleg fortzuführen.

Daneben wird gleichwertig zur Werkrealschule, aber nicht gleichartig, der Realschulabschluss die Voraussetzungen für ein breites Spektrum von Möglichkeiten vermitteln: vom direkten Einstieg in die berufliche Ausbildung bis zum Übergang in die Oberstufe einer beruflichen Schule oder des allgemeinbildenden Gymnasiums. Kurzum: Wir wollen nicht Gleichheit, wir wollen nicht Einheit, wir wollen Gleichwertigkeit.

Hauptakteure in der Frage der Standorte sind und bleiben die kommunalen Schulträger. Wir werden diejenigen Schulträger, die sich für größere Einheiten entscheiden, die unsere Angebote nutzen, durch Anreize wie z. B. der Zusage, Ressourcengewinne für Qualitätsverbesserungen zu nutzen, unterstützen, sodass alle Beteiligten davon profitieren.

Auf Antrag der Schulträger werden wir die Schulbezirke auflösen. Ich biete allen Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden an, gemeinsam mit dem Land den Weg hin zu größeren Hauptschuleinheiten und damit zu einem differenzierten und besseren Bildungsangebot für Schüler in Baden-Württemberg zu gehen. Dazu gehören Schulstrukturen; dazu gehört die inhaltliche und pädagogische Weiterentwicklung. Damit sind wir für alle Schularten auf dem richtigen Weg.

Mit unserem im letzten Jahr beschlossenen Paket werden wir dazu beitragen, dass die Ausbildung der Schüler und Schülerinnen an den Hauptschulen weiter verbessert wird. Prägende Elemente der schulischen Ausbildung sind gezielte Förderung, Lernstandserhebung und Ausbildungsnahe.

Dabei werden wir die Lehrerinnen und Lehrer durch Pädagogische Assistenten, die nachgefragt sind, unterstützen. Nach einem halben Jahr fällt die Bilanz der Arbeit und des Einsatzes von Pädagogischen Assistenten uneingeschränkt positiv aus. Die Pädagogischen Assistenten sind an den Schulen akzeptiert und tragen zu einer wertvollen Unterstützung des Regelunterrichts bei.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemeine!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu kommt die Aufwertung der Hauptschullehrkräfte – das ist der vierte Punkt –, die Personalentwicklung und die Stärkung der Schulen generell. Neben einer Weiterentwicklung der Schulstruktur und der pädagogischen Weiterentwicklung planen wir auch Veränderungen für die Lehrkräfte, die an den Hauptschulen unterrichten. Wir wollen, dass an den Pädagogischen Hochschulen in Zukunft ein Ausbildungsgang für Lehrkräfte an Haupt-, Real- und Werkrealschulen geschaffen wird. Das heißt, wir schaffen eine gemeinsame Ausbildung für den Abschnitt ab der fünften Klasse bis zur neunten bzw. zehnten Klasse. Damit rücken wir den Hauptschullehrer näher an den Realschullehrer heran und schaffen auch insofern Gleichwertigkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden kurzfristig ein Beförderungssamt für 20 % der Hauptschullehrkräfte schaffen. Das bringt nicht nur unsere Wertschätzung gegenüber Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrern zum Ausdruck, sondern ist auch ein wichtiger Leistungsanreiz und eine Möglichkeit guter Personalführung.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Um das Besoldungsgefüge an den Hauptschulen nicht ins Ungleichgewicht zu bringen, werden wir die Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer der Hauptschulen entsprechend anpassen.

Fünftens: Personalentwicklung, Schulleitung, Kompetenz und Flexibilität vor Ort. Das Aufgabengebiet und die Arbeit unserer Führungskräfte an den Schulen aller Schularten sind in den letzten Jahren vielschichtiger und anspruchsvoller geworden. Die Erwartungen des Lehrkörpers, der Eltern und der Schüler sowie die Übertragung von Aufgaben von oben nach unten haben – verglichen mit früheren Zeiten – zu einer größeren Bedeutung der Schulleitung geführt. Dem tragen wir Rechnung, indem wir den Schulleitern und Schulleiterinnen noch mehr Zeit für Verwaltungs- und Managementaufgaben einräumen. Wir werden nicht nur die Sockelanrechnung für kleinere Klassen erhöhen, sondern auch die Anrechnung nach der Zahl der Klassen nach oben anpassen. Im Gegenwert machen wir in Baden-Württemberg 500 Deputate für mehr Verwaltungs- und Managementzeit der Schulleitungen frei.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schulleiterinnen und Schulleiter sind unsere wichtigsten Partner im Schulbereich,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na, na!)

die wichtigsten Führungskräfte überhaupt. Deswegen wollen wir diese herausragenden Positionen mit besonders qualifizierten, engagierten und motivierten Lehrkräften besetzen. Um dies zu erreichen, werden wir im Schulbereich Vorbereitungs- und Auswahlseminare anbieten.

Für unsere beruflichen Schulen wollen wir auch künftig Direkteinsteiger mit Berufserfahrung gewinnen, vor allem Ingenieure des Maschinenbaus und der Elektrotechnik, aber auch andere Hochschulabsolventen mit Berufserfahrung.

Machen wir uns doch nichts vor: Auf dem Arbeitsmarkt sind wir mit unserer Dotierung für diesen Personenkreis nahezu chancenlos.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Die Wirtschaft schnappt uns die besten und die meisten Köpfe weg. Deswegen werden wir im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft attraktivere Angebote für diesen Personenkreis schaffen. Wir wollen die Vorweggewährung von tariflichen Entgeltstufen für Direkteinsteiger und stellen dafür einen Gegenwert von 4,5 Millionen € pro Jahr bereit.

Ferner wollen wir die Budgetierung, das heißt die Verantwortung und Handlungskompetenz der Schulen, weiter stärken. Wir werden den Schulen mehr Spielraum geben, damit vor Ort über Personal und Sachmittel entschieden werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir stärken die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen durch die Einführung von Personalausgabenbudgets. Mit der Personalausgabenbudgetierung soll der Einsatz der Ressourcen optimiert werden. Die Schulen sollen mit einem eigenen Budget die Möglichkeit bekommen, selbstständig und eigenverantwortlich befristete Arbeitsverhältnisse einzugehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prima!)

Wir wollen deshalb den Schulen die Möglichkeit einräumen, Stellen in Mittel umzuwandeln

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

und anderweitig frei einzusetzen, z. B. für Werkverträge, im Bereich der PC-Betreuung, in anderen Bereichen. Kurzum: Auch hier stärken wir die Handlungsmöglichkeiten der Schulen vor Ort. Der Start ist zum Schuljahresbeginn 2009/2010 vorgesehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sechstens: Wir bauen die Ganztagschulen in Baden-Württemberg plangemäß weiter aus. Viele Schüler haben Schwierigkeiten, in ihrem außerschulischen Umfeld das in der Schule erarbeitete Wissen zu bewahren und zu vertiefen. Die Ganztagschule bietet dabei eine Hilfestellung. Bereits im Februar 2006 haben wir uns für einen bedarfsorientierten flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen entschieden. Der Angebotscharakter und eine flexible Gestaltung des Angebots entsprechend den Bedarfen vor Ort sind uns weiterhin wichtig.

Ganztagschulen in offener Angebotsform können in allen Schularten des allgemeinbildenden Schulwesens eingerichtet werden. Die Teilnahme an der Ganztagsbetreuung ist freiwillig. Das heißt: Kein Schüler wird dazu verpflichtet. Die Eltern entscheiden von Schuljahr zu Schuljahr über die Teilnahme des Schülers am Ganztagsbetrieb.

Vor wenigen Wochen konnten wir in einer weiteren Antragsrunde 221 neue Anträge auf Einrichtung einer Ganztagschule genehmigen. Darunter sind 48 Schulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung, die einen verpflichtenden Ganztagsbetrieb anbieten. 173 Schulen richten neu einen offenen Ganztagsbetrieb ein. Durch die genehmigten Anträge steigt die Zahl der öffentlichen und privaten Ganztagschulen in Baden-Württemberg zum nächsten Schuljahr von derzeit 837 auf 1 058 an. Diese 1 058 Ganztagschulen sind eine wichtige Ergänzung des Bildungswesens in Baden-Württemberg.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dafür, dass ihr das gar nicht wolltet, ist das schon eine gute Bilanz!)

Ich bin sicher, dass es nicht sehr lange Zeit bei diesen Zahlen bleiben wird, zum einen deswegen, weil zukünftig alle Gymnasien, die dies beantragen, Ganztagschulen werden können, und zum anderen, weil viele Hauptschulen die Chance nutzen werden, den Unterrichtsbetrieb in größeren Einheiten mit einem Ganztagsangebot als Werkrealschule zu organisieren. Ich gehe von einem deutlichen Wachstum der Zahl der Ganztagschulen auch in den nächsten Jahren aus. Dies ist unser Angebot für Eltern und Schulträger. Es ist im Grunde genommen ein Angebot gemäß der Nachfrage und dem Bedarf vor Ort.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist auch richtig!)

Die siebte Maßnahme ist die teuerste: Wir senken den Klassenleiter wirkungsvoll ab. Vor wenigen Tagen hat die Landes-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

regierung beschlossen und mit den Regierungsfractionen abgestimmt, den Klassenteiler an unseren Schulen, und zwar an allen Schularten, in mehreren Stufen auf 28 Schüler abzusenken. Einen Klassenteiler von 28 erachtet mancher noch als zu hoch.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Natürlich wäre ein niedrigerer Klassenteiler wünschenswert. Aber mit einem Klassenteiler von 28 rücken wir im Ländervergleich auf einen „sehr vorderen“ Platz. Damit erreichen wir, dass sich der Lehrer intensiver um jeden Schüler kümmern kann, dass die Klassengemeinschaft noch besser wird.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Die Absenkung des Klassenteilers auf 28 ist ein ehrgeiziger Plan. Aber dies wird bei uns in Baden-Württemberg solide und ohne neue Schulden finanziert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schon jetzt weist Baden-Württemberg eine gute Lehrer-Schüler-Relation auf. Über alle Schularten hinweg ist Baden-Württemberg mit einem Durchschnittswert von 16,1 Kindern pro Lehrer deutlich besser als der Bundesdurchschnitt.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Bei unserer durchschnittlichen Klassengröße weisen wir einen guten Wert auf: An den Grundschulen haben wir im Schnitt 20,2 Kinder, an den Hauptschulen 20,3, an den Realschulen 27,5 und an den Gymnasien 27,8 Kinder pro Klasse.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Aber klar ist: Da gibt es kleinere Klassen und größere, zu große Klassen. Die kleineren Klassen werden nicht erwähnt – zumindest nicht von der Opposition –, und die größeren Klassen wollen wir in Zukunft auslaufen lassen. Der Klassenteiler führt dazu, dass in den nächsten Jahren keine Klasse zu groß ist. Ein Klassenteiler von 28 ist ein wichtiges Angebot für Lehrer, Kinder und für die Bildung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dabei haben wir folgenden Stufenplan vor: Bis zum Ende dieser Legislaturperiode – und damit einzulösen in den Haushaltsjahren 2009, 2010 und 2011; alle drei Haushaltsjahre sind noch in der Verantwortung dieses 14. Landtags von Baden-Württemberg – werden wir den Klassenteiler in drei Schritten in allen Schularten auf durchschnittlich 30 Schülerinnen und Schüler pro Klasse absenken. Wir beginnen mit dieser Absenkung in den Hauptschulen, den Realschulen und den Gymnasien mit dem Schuljahr 2009/2010. Die beruflichen Schulen stoßen 2010/2011 hinzu, die Grundschulen 2011/2012. Dafür setzen wir 3 200 Lehrerstellen ein und schaffen es damit, dass in unserer Verantwortung in Baden-Württemberg keine Klasse mehr als 30 Schüler umfassen wird.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in zwei weiteren Schritten der Klassenteiler auf 29 und danach auf 28 abgesenkt wird. Das heißt, wir werden lange vor Ende der nächsten Legislaturpe-

riode bei einem Teiler von 28 angelangt sein, und wir werden damit einen Beitrag dazu leisten, dass die Schule in Baden-Württemberg nicht durch zu viele Kinder in einer Klasse einen Nachteil hat.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir wollen damit Kinder, Lehrkräfte und Eltern spürbar stärken und entlasten.

Mit dieser Qualitätsoffensive Bildung, mit diesen sieben Punkten und Schwerpunkten setzen wir klare Prioritäten. In Baden-Württemberg haben Bildung sowie ein solider Haushalt Vorrang vor anderen Aufgabenbereichen, auch wenn diese ebenfalls wichtig sind. Bildung hat in Baden-Württemberg Vorrang.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir reden nicht nur davon, sondern wir handeln auch nach diesem Prinzip. Handeln heißt in diesem Fall, dass wir bis 2012 zusätzliche Mittel im Umfang von knapp 530 Millionen € in die Hand nehmen – solide finanziert aus Steuermehreinnahmen und zweckgebunden für Bildung in Baden-Württemberg.

Eine weiterhin erfolgreiche Wirtschaftspolitik, Wachstum und Beschäftigung in Baden-Württemberg schaffen die Grundlage dafür, dass unsere Kinder nach der Schule, nach dem Studium, nach der Berufsschule in gute, qualifizierte Arbeitsplätze kommen werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da hättet ihr schon früher loslegen müssen!)

Ich bin überzeugt, dass mit diesen sieben Punkten und mit unserem Stufenplan Baden-Württemberg seinen im Vergleich zu anderen Bundesländern besten Tabellenplatz halten und den Abstand zu den anderen weiter ausbauen kann. Eltern in jedem anderen Bundesland wären dankbar, wenn in ihrem Heimatland ebenfalls solche sieben Punkte Geltung erlangten. Baden-Württemberg leistet mehr als jedes andere Land. Sinkende Schülerzahlen und steigende Lehrerzahlen sind dabei der entscheidende Satz.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungserklärung hat das Präsidium eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der öffentliche Druck in den letzten Wochen und Monaten, vor allem seit der Hessenwahl, hat Wirkung auf Ministerpräsident Oettinger gezeigt. Die Kritik kam aus allen Bereichen: Sie kam von Eltern, Lehrkräften, Schulleitern, von Verbänden, von der Wirtschaft, der Wissenschaft und auch von sehr vielen Bürgermeistern – übrigens durchaus auch von solchen, die Ihr Parteibuch tragen.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Ach was! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Was?)

(Winfried Kretschmann)

Weil seit der Hessenwahl bekannt ist, dass Bildungspolitik auch Wahlen entscheidet, haben Sie jetzt reagiert. Sie waren in der Defensive, sind – um in der Fußballersprache zu reden – nicht mehr aus dem Sechzehnmeterraum herausgekommen, und jetzt haben Sie versucht, einen Befreiungsschlag zu machen, und haben den Ball hinten herausgeschlagen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Aber dieser Befreiungsschlag, der Ruhe an der Bildungsfront schaffen und den angeschlagenen Minister Rau aus seinem Schlamassel herausholen sollte, hat nicht richtig funktioniert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Die Reaktionen der letzten Tage haben gezeigt, dass dieser planlose Befreiungsschlag nicht viel geholfen hat. Es fehlt einfach die Strategie.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Und die Idee!)

Man hat keine richtigen Mitspieler, und die Spielmacherqualitäten stimmen nicht. So ist der Ball eben nicht in der Offensive gelandet, sondern

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: In der Opposition!)

gleich wieder in der eigenen Hälfte.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Im eigenen Feld! Sehr gut!)

Zum Schluss muss dann natürlich der Verteidiger Mappus mit einem groben Foul gegen einen oberschwäbischen Schulleiter noch dazwischengrätschen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Kretschmann, Ihr Problem ist: Sie sind gar nicht auf dem Spielfeld! Das ist das Problem! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein Glück, dass der Wähler nicht ins Stadion muss!)

Ich verstehe das schon. Wenn man eine halbe Milliarde Euro mobilisiert und dann diese Reaktion erzielt, wenn man also die teuersten Spieler eingekauft hat und es trotzdem nicht richtig läuft, muss man natürlich foulen, Herr Kollege Mappus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU)

Warum hat diese Bildungsoffensive nicht richtig gezündet? Weil Ihnen eine leitende Idee für die Bildungsreform fehlt, weil Sie keinen Mut haben, neue Wege zu gehen. Sie führen Reparaturmaßnahmen durch, um dem Druck auszuweichen. Sie machen Modellversuche, wo verlässliche Handlungswege sichtbar sein sollten, und Sie führen ideologische Abwehrschlachten, wo Denken für die Zukunft notwendig wäre.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben am Schluss wieder diese Ländervergleiche gemacht. Das kennen wir ja von Ihrem Vorgänger.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Die sind immer noch richtig!)

Aber auch das kann nicht mehr richtig ziehen, weil die Leute wissen: Wir müssen uns nicht mit Mecklenburg-Vorpommern vergleichen, sondern mit den Hochtechnologieregionen der Welt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Stefan Mappus CDU: Ja!)

Bildung bekommt in einer globalen Gesellschaft, wo die klügsten Köpfe der ganzen Welt miteinander im Wettbewerb stehen, ein völlig neues Gewicht, aber ebenso auch die soziale Frage. In einer Gesellschaft, die droht, immer ungleicher zu werden, ist die Frage, ob in der Bildung Chancengleichheit für jeden besteht, das A und O des sozialen Gesichts der Zukunft unserer Gesellschaft. Von dem demografischen Wandel, der viele dieser Debatten auslöst, lassen Sie sich nur treiben, statt ihn wirklich zu gestalten. Sie haben eigentlich nicht verstanden, was in einer Gesellschaft wie unserer, die kinderarm ist, das erste Gebot der Stunde ist, nämlich eine Leitidee, die heißt: Wir müssen jedes Kind, so gut wir können, individuell fördern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau das tun wir! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Willkommen im Klub!)

Das erfordert eine frühe, stimmige Förderung, gute Bedingungen in der ersten Phase des Lernens

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

und nicht das, was Sie machen: sortieren am Ende der vierten Klasse. Herr Ministerpräsident, gerade dieses Sortieren folgt genau dem Einheitsgedanken, mit dem Sie hier angreifen wollen. Es ist genau der Versuch, drei Begabungstypen zu konstruieren, die man in drei einheitliche Schubladen steckt, weil man glaubt, in diesen „homogenen“ Klassen könne man sie besser unterrichten. Das ist die ganze Krux, über die Sie nicht hinauskommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es gibt Sachen, die wir für richtig halten!)

Sie teilen ein, sortieren und stecken in Schubladen. Sie haben aber nicht erkannt, dass alle Kinder unterschiedlich sind, dass jeder Mensch unterschiedliche Begabungen hat, dass er auf unterschiedliche Art und Weise, vor allem mit unterschiedlichem Tempo und Aufwand lernt.

Das heißt, die leitende Idee muss eine pädagogische Idee sein, die lautet: Jedes Kind individuell fördern. Schulstrukturen sind nur ein Mittel auf dem Weg dahin.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Warum diskutieren Sie dann? – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie fangen doch immer damit an! – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie reden doch von Schulstrukturen!)

Sie aber machen das dreigliedrige Schulwesen zum Ziel statt zum Mittel.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Winfried Kretschmann)

Jetzt haben Sie gelernt – das haben wir mit unserem Bildungspakt schon vor Jahren vorgestellt –: Es müssen mehr Ressourcen ins Bildungssystem. Das steht heute in jedem Zeitungsartikel.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! Das machen wir!)

Den OECD-Vergleich machen Sie nun. Das haben wir Ihnen mit unserem Bildungspakt längst vorgeschlagen. Auf diesen Bildungspakt greifen Sie jetzt zurück.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Zwischen Vorschlagen und Tun ist ein Unterschied!)

Auch Sie müssen letztlich die Rendite aus der demografischen Entwicklung einstellen. Sie machen das aber nicht mit klaren Zahlen offen und klar, sondern der Finanzminister macht das jetzt irgendwie verschwiegelt.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Natürlich brauchen Sie den Kredit, den wir in unserem Bildungspakt vorgeschlagen hatten, wegen der guten Konjunktur und der sprudelnden Steuereinnahmen nicht aufzunehmen. Das hätten wir in einer solchen Situation auch nicht gemacht. Aber wenn dies alles nachlässt und sich die Konjunktur eintrübt, ist Ihr Konzept gar nicht solide finanziert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht!)

Ihre Ansage, den Klassenteiler zu senken, ist überfällig. Diese Senkung zielt auf alle Schularten ab, vor allem aber auf die Schularten, von denen der größte Druck ausging.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Das sind die Gymnasien und die Realschulen. Nur 5 bis 7 % der Hauptschulen werden davon überhaupt profitieren. Das heißt, eine Stärkung der Hauptschule, um die es Ihnen geht, erreicht man damit am allerwenigsten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist eine Fehlinterpretation!)

Für die Grundschulen zeigt dies erst einmal überhaupt keine Wirkung. Wir fordern seit langer Zeit, dass 25 Schüler pro Klasse die Obergrenze in den Grundschulen sein müssen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Jetzt wird hinzukommen: Sie wollen über 3 000 Lehrer neu einstellen. Sie werden aber Schwierigkeiten haben, diese Lehrer überhaupt zu finden,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

weil der Markt immer leerer wird, weil wir in hoher Konkurrenz zu unseren Nachbarländern wie der Schweiz stehen. Daran sieht man, dass Ihr ganzes Konzept schon vom Schwanz aufgepäppelt ist und Sie für die Frage, wie die Lehrer überhaupt zu bekommen sind, gar keine Konzepte vorliegen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Frühe Bildung ist ein zentrales Bildungsthema und damit eine Kernaufgabe der Bildungspolitik im Land. Professor Wasilios Fthenakis, ein Experte für Frühpädagogik, der die baden-württembergischen Verhältnisse aus seiner Arbeit gut kennt, hat gesagt: Die Landesregierung setzt mit Sprachstandsdiagnosen und dem Programm „Schulreifes Kind“ auf ein Konzept, das wissenschaftlich nicht haltbar ist.

(Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

Die Verfahren zur Sprachstandsdiagnose sind fachlich und pädagogisch unsinnig und nicht umsetzbar. Das sagen Ihnen alle Praktiker.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stimmt so nicht!)

Die etwas mehr als 10 Millionen €, die Sie dafür einsetzen wollen, reichen natürlich nicht aus. Experten gehen davon aus, dass wir allein für eine vernünftige Sprachstandsdiagnose 80 Millionen € benötigen würden.

(Zurufe von der CDU)

Aber die Frage lautet: Was geschieht, wenn wir die Diagnosen haben? Nichts! Dann fehlen nämlich die Mittel, um die Schwierigkeiten im Kindergarten zu lösen.

Das Konzept „Schulreifes Kind“ gibt es doch nur deswegen, weil Sie den Bildungs- und Orientierungsplan nicht zu der entscheidenden Grundlage machen, sondern wieder sortieren müssen und von dem Gedanken des Sortierens nicht wegkommen. Auch da hat Fthenakis gesagt: Die Kinder werden trotz guter Absichten sozial diskriminiert, und ihr Selbstwertgefühl ist beeinträchtigt. Deshalb fordere ich Sie auf, diese Mittel in das Projekt „Orientierungsplan“ zu stecken und von dem Projekt „Schulreifes Kind“ endlich Abstand zu nehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Um dann etwas Entscheidendes zu bewirken, brauchen wir dort für kleinere Gruppen und für eine Fortbildung der Erzieherinnen, wenn das ernsthaft gemacht werden soll, zusammen einen Betrag in dreistelliger Millionenhöhe. Das muss jedem klar sein. Sonst wird das, was hier gemacht werden soll, nämlich erst einmal das Fundament zu festigen, gar nicht umgesetzt werden können.

Was Sie hier mit der Finanzierung machen, ist auch völlig unsolid.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wie bitte?)

Ausgerechnet bei der Frühförderung ist Ihre Finanzierung unsolid. Sie gehen dazu zur Landesstiftung, die die Sprachförderung finanzieren soll.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Was ist da unsolid?)

Damit übernimmt diese Landesstiftung zum ersten Mal eine Daueraufgabe des Landes. Damit überdehnen Sie den Gemeinnützigkeitsbegriff. Ich kann nur sagen: Risiko, Risiko, Risiko, das Sie damit eingehen.

(Winfried Kretschmann)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn das durch einen Spruch des Finanzgerichts zusammenfällt, wird es zu Steuernachzahlungen kommen müssen. Dann ist die Gemeinnützigkeit der Stiftung infrage gestellt. Wenn dieses steuerliche Risiko platzt, ist das wirklich ein Desaster für den Landeshaushalt und für die Kinder im Land und die ganzen Träger. Das muss man einfach einmal deutlich sagen.

(Beifall bei den Grünen)

Das heißt, ausgerechnet hier ist Ihre Finanzierung nicht seriös.

Jetzt ist es so: Bei den Hauptschulen kommen Sie mit Ihrem Befreiungsschlag noch nicht einmal aus dem Sechzehner heraus. Wenn ich schon an das Gestochere im Kabinett denke: Der Finanzminister sagt zuerst, 700 Hauptschulen – die einzigen – müssten geschlossen werden. Dann kommt Hauk und sagt, das gehe nicht, wir hätten schon keine Bäcker, Postler und Pfarrer mehr auf dem Land. Dann kommt Mappus und macht einen Strich darunter und sagt: Das wird alles nicht gemacht.

Jetzt wird ein Konzept vorgelegt, bei dem der Schwarze Peter ausschließlich den Kommunen zugeschoben wird. Wenn man das anschaut, was Sie jetzt vorhaben, merkt man: Das ist nichts anderes, als dass die Kommunen natürlich weiterhin unattraktive Hauptschulen machen können. Aber ich frage: Welcher Bürgermeister wird so etwas tun? Das heißt, Sie sind jetzt einfach nur von der Peitsche zum Zuckerbrot übergegangen, aber der Effekt wird haargenau derselbe sein: Die Bürgermeister müssen das machen, was Sie ihnen praktisch vorgeben. Das ist völlig klar.

Sie sagen jetzt: Aus pädagogischen, sozialpolitischen und unterrichtsorganisatorischen Gründen werden zweizügige Hauptschulen angestrebt. Das bedeutet aber das Aus für 60 % der Hauptschulen. Das heißt, die 700 Hauptschulen sind wieder im Gespräch, und Fusionieren heißt ja in der Regel: Aus zwei mach eins. Auch das heißt Schließen. Allerdings haben, wie gesagt, die Kommunen den Schwarzen Peter.

Nun sind wir Grünen dafür, dass mehr Kompetenzen in der Schulpolitik und in der Schulverwaltung auf die kommunale Ebene verlagert werden. Das macht aber nur Sinn, wenn die Kommunen auch etwas bestimmen können und nicht nur Ihre Befehle ausführen sollen. Das ist der ganz entscheidende Unterschied.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau das sollen sie können!)

Wenn aber Schulträger vor Ort neue integrative Schulmodelle entwickelt haben, die den Verhältnissen vor Ort angepasst sind, und auch wieder mehr Kindern aus der Gemeinde eine Perspektive geben, stehen Sie auf der Bremse.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wo denn?)

– 60 vorliegende Anträge auf neue Schulmodelle, Herr Kollege Noll, bekommen eine Absage von der Regierung. Das ist der Punkt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Deswegen ändern wir das ja!)

Die Senkung des Klassenteilers wird in der Tat die Lehrer und Lehrerinnen motivieren, denn diese werden dadurch in erster Linie entlastet. Aber anstatt diese Motivation jetzt aufzunehmen und daraus etwas zu machen, bleibt es nur dabei. Das hätte nur dann den Namen „Bildungsoffensive“ verdient, wenn die Akteure vor Ort, die Schulen, die sich an die örtlichen und regionalen Verhältnisse angepasst haben, die von den Schulgemeinschaften und den Kommunen getragen werden, selbst gestalten könnten. Dies hätte eine echte Aufbruchstimmung erzeugt.

Das ist genau das, was Sie jetzt schmerzlich vermissen, dass trotz Ihrer gigantischen finanziellen Anstrengungen keine Aufbruchstimmung entsteht. Das hätte natürlich eine buntere Bildungslandschaft bedeutet. Genau davor haben Sie Angst. Das hätte zu mehr Bildung für dieses Geld geführt. Sie dagegen geben nur mehr Geld in die Bildung.

Die Werkrealschule ist überhaupt nichts Neues. Alle zweizügigen Hauptschulen können die zehnte Klasse und den Werkrealschulabschluss anbieten.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Auch das ist nichts Neues. Wir haben auch Hauptschulen im Land, auf deren Türschild „Werkrealschule“ steht, die aber schon seit Jahren keine zehnte Klasse anbieten, weil dafür nicht genügend Schüler an dieser Schule sind. Nur ein Drittel der Schülerinnen und Schüler, die den Zusatzunterricht in Klasse 8 erhalten haben, setzen die Schullaufbahn in Klasse 10 der Werkrealschule fort. Die meisten – zwei Drittel – ziehen die zweijährige Berufsfachschule vor. Das heißt, die Werkrealschule ist für die Mehrheit der Klientel, für die sie infrage kommt und geschaffen wurde, gar nicht attraktiv. Diese jungen Leute gehen lieber andere Wege. Die Werkrealschule hat also ein Akzeptanzproblem. Sie kleben nur wieder dieses Schild auf die Türen anderer Schulen, und im Kern ändert sich überhaupt nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Fazit: So werden Sie die Hauptschulen nicht retten.

Bei den Ganztagsschulen sehen wir genau dasselbe, Herr Ministerpräsident: Sie bleiben dem Betreuungsgedanken verhaftet.

(Abg. Wolfgang Drexler und Abg. Reinhold Gall SPD: So ist es!)

Auch dabei steht nicht ein pädagogisches Konzept im Vordergrund, das von der Frage ausgeht: Wie kann man Kinder unterschiedlicher Begabung und Herkunft heute so unterrichten, dass alles, was in ihnen steckt, mobilisiert wird?

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Das ist der Gedanke der Ganztagsschule: eine rhythmisierte Pädagogik, die auf die unterschiedliche Intelligenz, den Leistungswillen und Ähnliches Rücksicht nimmt und dies über den Tag neu organisiert. Das ist der tragende Gedanke einer Ganztagsschule. Sie dagegen bleiben dem Betreuungsgedanken verhaftet.

(Winfried Kretschmann)

gedanken verhaftet. Auch da gibt es also keine wirkliche Einsicht in geänderte gesellschaftliche Bedingungen und keinen Aufbruch.

Das Thema „Lehrerbildung und Lehrerfortbildung“, das ja eigentlich das Entscheidende ist, um die Leitidee, jedes Kind individuell zu fördern, auch in die Tat umzusetzen, kommt überhaupt nicht vor. Sie kommen bei der Reform der Lehrerbildung nicht weiter. Deswegen fehlt der Bildungsoffensive die Basis.

Jetzt muss ich noch einmal auf Sie, Herr Kollege Mappus, zurückkommen. Ihr Ausfall gegen den oberschwäbischen Schulleiter Bosch,

(Zuruf von der CDU: Das war doch kein Ausfall!)

bei dem Sie ja praktisch gefordert haben, ihn aus seinem Amt zu entfernen, zeigt wie in einem Brennglas den fatalen Zustand der baden-württembergischen CDU in der Bildungspolitik. Glauben Sie allen Ernstes, dass man im 21. Jahrhundert Schulentwicklung mit dem Beamtenrecht und Bildung in einem Obrigkeitsstaat organisieren kann?

(Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Mein lieber Mann!
– Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Sie stellen sich gar nicht die Frage: Wer sind eigentlich die Akteure einer guten Schule? Die Zahl der Gründungen von Schulen in freier Trägerschaft zeigt dies: Es handelt sich um engagierte Eltern, engagierte Lehrerinnen und Lehrer sowie engagierte Schulleiter, die solche Schulen gründen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Die Frage ist: Wo ist der Ort und was ist die Gestalt der Schule der Zukunft? Es werden im Stadtteil, im Dorf Gemeinschaften, kleine Gemeinwesen sein, die sich weitgehend selbstständig organisieren und weitgehend selbst angepasste und gute Bildung vor Ort organisieren.

Der Staat wird die Aufgabe haben, Standards zu sichern, Ressourcen zur Verfügung zu stellen, Qualität zu sichern und darauf zu achten, dass keine soziale Sonderung eintritt. Das ist die Aufgabe des Staates. Sie dagegen glauben – Ihr Ausfall zeigt Ihre ganze Gesinnungslage –, man könne mit Befehl und Gehorsam

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist Quatsch! Das wissen Sie ganz genau!)

anstatt mit Dialog Schulen entwickeln. Ich finde, das ist für eine Partei wie die CDU, die auf ihren Praxisbezug immer so stolz ist, eigentlich erstaunlich.

Jetzt redet da ein erfahrener Schulleiter aus der Praxis, und statt dass Sie mit ihm reden – Sie reden noch nicht einmal auf einer internen CDU-Veranstaltung mit ihm –, soll er mit dem Beamtenrecht kujoniert werden.

(Zuruf von der CDU: Das ist der Rechtsstaat!)

Herr Ministerpräsident Oettinger, das ist doch eigentlich nicht Ihr Regierungsstil. Jetzt zeigen Sie einmal Kante, und laden Sie einfach einmal diesen Schulleiter oder seine Schule de-

monstrativ ein oder gehen Sie dorthin und reden Sie mit ihm. Dann haben wir Respekt vor Ihnen.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Kretschmann, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ja, ich komme zum Ende. – Das zeigt einfach Ihr Problem, dass Sie nämlich nicht begriffen haben, wie in einer modernen Gesellschaft Schule entsteht, nämlich durch kreative Menschen vor Ort.

Wenn 60 Schulträger fordern, neue Schulmodelle machen zu können, und Sie diese Motivation, etwas Neues zu machen, nicht nützen, dann, muss ich sagen, sind Sie in der Schulpolitik eine Innovationsbremse. Da hilft auch eine halbe Milliarde Euro nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das war die schwächste Rede seit Langem! Da sind wir Besseres gewöhnt!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gute Schulen und beste Bildungschancen gehören in Baden-Württemberg zu den klassischen Markenzeichen aller CDU-geführten Landesregierungen der letzten 50 Jahre.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Oi! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Lügen, ohne rot zu werden!)

Dies hat die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, wie ich finde, einmal mehr sehr deutlich klargemacht. Ich möchte zuallererst dem Herrn Ministerpräsidenten sehr herzlich dafür danken, dass er vor allem im Rahmen der Finanzierung, wie er es dargestellt hat, diese Reform möglich gemacht hat. Ich danke auch dem Kultus- und Bildungsminister Helmut Rau dafür, dass er im Stillen für eine schwierige Aufgabe eine exzellente Vorbereitung geleistet hat. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kretschmann, ich verstehe schon, dass es Sie immer stört – egal, ob bei Erwin Teufel oder bei Günther Oettinger –, wenn Fakten zitiert werden. Aber, meine Damen und Herren, für uns zählen halt Fakten und nicht Ideologien.

Fakt ist: Wer eine baden-württembergische Schule besucht – alle nationalen und internationalen Vergleiche zeigen dies –, der lernt mehr und lernt schneller als Schüler in anderen Bundesländern. Ein baden-württembergischer Schulabschluss ist, meine Damen und Herren, wenn Sie so wollen, das Premiumticket für den erfolgreichen Eintritt in den Arbeitsmarkt, was Sie allein schon daran sehen, dass wir die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Diese Bildung war in der Vergangenheit sehr gut. Wir wollen mit dieser Qualitätsoffensive Bildung dafür sorgen, dass sie dies auch in Zukunft bleiben wird.

(Stefan Mappus)

Wir investieren noch einmal zusätzlich 528 Millionen € für mehr Lehrer, für kleinere Klassen und für deutlich bessere Unterrichtsqualität. Wir geben den Schulen zusätzliche Ressourcen, die sie vor Ort in zunehmender Eigenständigkeit flexibel und in eigener Verantwortung einsetzen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Und wir stärken – das ist mir auch ein besonderes Anliegen – und entwickeln die Hauptschule, die schon heute das intensivste individuelle Förderprogramm für ihre Schüler bietet. Kein anderes Bundesland, meine Damen und Herren, vor allem keines, in dem die SPD regiert, bringt ein so umfangreiches Bildungspaket an den Start.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Kaum ein Land investiert so bewusst und so massiv in seine Schulen, und kaum ein anderes Land schafft bei rückläufigen Schülerzahlen zusätzliche Lehrerstellen. Und das alles finanzieren wir seriös und nachhaltig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unsere Qualitätsoffensive Bildung kommt exakt zum richtigen Zeitpunkt. Wir nutzen die Chance – unbestritten –, die uns die Steuermehreinnahmen bieten, und wir machen aus Geld Zukunft. Wenn Sie so wollen, meine Damen und Herren: Wir fahren in der Bildungspolitik in Baden-Württemberg im Gelben Trikot, und zwar ohne das Doping einer zusätzlichen Verschuldung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unser Konzept steht in der Kontinuität stetiger und wirkungsvoller bildungspolitischer Verbesserungen. Wir haben schon in der vergangenen Legislaturperiode zusätzlich 5 500 Lehrerstellen geschaffen, und wir sorgen dafür, dass sich Schule in Baden-Württemberg permanent weiterentwickelt und sich ständig in kreativer Bewegung befindet. Das tun wir mit Übersicht und mit Augenmaß, mit Sorgfalt und mit Sachverstand.

Meine Damen und Herren, es geht uns zuallererst um die Schüler, um bestmögliche Lernbedingungen und vor allem um einen erfolgreichen Bildungsweg. Baden-Württemberg hat eine hoch innovative und erfolgreiche Bildungspolitik. Wir haben die modernsten Bildungspläne in Deutschland eingeführt. Wir sind führend in der frühkindlichen Bildung. Wir haben mit dem Projekt „Schulreifes Kind“ und mit dem Orientierungsplan im Kindergarten sowie mit den Bildungshäusern für Drei- bis Zehnjährige wegweisende pädagogische Neuerungen auf den Weg gebracht. Wir bringen Pädagogische Assistenten an die Schulen. Wir sorgen mit dem Jugendbegleiterprogramm für eine mustergültige Vernetzung unserer Schulen mit Wirtschaft und Vereinen, und wir haben den Bildungs- etat gegen den Trend beständig erhöht, allein in den letzten Jahren von 5,3 auf 7,9 Milliarden €, meine Damen und Herren.

Das sind Fakten. Ich habe einfach eine herzliche Bitte. Herr Kretschmann, seien Sie mir nicht böse: Sie haben wirklich schon bessere Reden im Landtag von Baden-Württemberg gehalten, um das einmal zu sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Weil Sie vorhin den Fußball bemüht haben, kann ich nur sagen: Das, was Sie gerade an Konzept geboten haben, reicht noch nicht einmal für einen Sieg gegen die Bambinis in Ihrem Wohnort Sigmaringen, lieber Herr Kretschmann.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Im Gegensatz zu Mappus hält der immer gute Reden!)

Wenden wir uns dem zu, was Sie vorschlagen. Gehen Sie davon aus, dass wir sehr genau betrachten, was Sie vorschlagen.

Meine Damen und Herren: Was haben SPD und Grüne anzubieten? Ich beziehe mich auf eine Pressemitteilung der SPD

(Abg. Walter Heiler SPD: Das ist immer gut!)

vom 12. Januar 2005. Ich lese Ihnen einmal die entscheidende Passage zum Schulbereich vor.

Schulbereich: Ab dem Schuljahr 2006/2007 gehen die Schülerzahlen langfristig zurück. Nach den aktuellen Prognosen verringert sich die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg von 2006 bis 2014 um 166 600.

Jetzt kommt's:

Die Lehrer-Schüler-Relation aus dem Jahr 2003 von 16,2 zugrunde gelegt, ergibt sich daraus ... ein Lehrerüberhang von 10 284 Stellen.

Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion,

... davon ein Drittel, rund 3 428 Stellen, einzusparen.

Meine Damen und Herren, das war die Forderung der SPD!

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Hört, hört! – Abg. Ute Vogt SPD: Von welchem Jahr?)

In den letzten Tagen lese ich aber ständig, dass wir zu wenig Lehrer einstellen, dass wir zu wenig Ressourcen einbringen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Unglaublich! – Zuruf von der CDU: Die wissen gar nicht, was sie schwätzen! – Unruhe)

Gehen wir zum nächsten Punkt. Der Ministerpräsident hat es vorgetragen: Wir wollen und müssen auch etwas für die Lehrer selbst tun, Stichwort Motivation. Was macht die SPD? Sie hat zu Beginn der letzten Sommerpause gefordert, die Eingangsbesoldung für Lehrer abzusenken, meine Damen und Herren!

(Oh-Rufe von der CDU)

Wenn Sie, Herr Zeller, es wünschen und fordern, lese ich Ihnen gern einmal die E-Mail vor, die ja auch ein eindrucksvolles Dokument für die große Einigkeit in der SPD-Fraktion war, die Sie an Frau Vogt geschickt haben. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie schon Forderungen an uns richten, dann sollten Sie zumindest nicht das Gegenteil dessen, was Sie von uns fordern, in Ihre eigenen Papiere hineinschreiben und damit die Öffentlichkeit täuschen, meine Damen und Herren.

(Stefan Mappus)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des
Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Jetzt zu Ihnen, Herr Kretschmann. Ich glaube, Sie waren nicht ganz auf dem Platz, jedenfalls nicht auf dem, auf dem wir gespielt haben. Denn wenn Sie schon Forderungen erheben, dann will ich auch Ihnen einmal sagen, was Sie in der Vergangenheit gefordert haben – übrigens nicht im Jahr 2005, sondern im Jahr 2006. Ich halte Ihnen zugute, dass Sie sich zumindest Gedanken über die Finanzierung dessen, was Sie fordern, gemacht haben und das auch publizieren.

Sie haben damals gesagt, für mehr Plätze an den Hochschulen in Baden-Württemberg sollten wir einen Fonds gründen. Sie haben damals vorgeschlagen, mit diesem Fonds von jährlich 20 Millionen € könne man 3 000 neue Stellen schaffen. Übrigens schaffen wir bis zum Jahr 2012 an den baden-württembergischen Hochschulen 16 000 zusätzliche Studienanfängerplätze. Das sei aber nur nebenbei erwähnt.

(Zurufe)

Aber sei's drum: Sie haben sich immerhin Gedanken über die Finanzierung gemacht. Ich lese Ihnen einmal vor, was in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 1. Juni 2006 nachzulesen ist – ich zitiere –:

Ausgeglichen werde der Fonds bis zum Jahr 2016 durch Einsparungen bei den Schulen; denn aufgrund rückläufiger Schülerzahlen könnten von 2008 an kontinuierlich Lehrerstellen gestrichen werden.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Das haben die Grünen gefordert. Vor fünf Minuten standen Sie an diesem Rednerpult und haben gesagt – O-Ton –: Man braucht mehr Ressourcen für die Schulen, wenn man bessere Bildungspolitik machen will. Ich kann nur sagen, Herr Kretschmann: Wir schaffen mehr Ressourcen, und zwar deutlich mehr, als Sie damals vorgeschlagen haben, und nicht zulasten der Schulen, sondern für die Schulen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Winfried Kretschmann
GRÜNE: Das ist ja völlig falsch! Das ist völlig unfair, was Sie sagen! Das ist ja nur die Hälfte der Botschaft!)

Damit sind wir auch beim Problem, Herr Kretschmann. Nehmen Sie uns ab – ich glaube, dass Sie das am Konzept des Kultusministeriums auch sehr gut sehen können –: Wir sind sehr wohl bereit, mit allen, die Vorschläge machen, in einen konstruktiven Dialog einzutreten. Wenn Sie dieses Konzept betrachten, werden Sie sicherlich auch feststellen, dass sich darin auch Elemente befinden, zu denen im Laufe der Zeit vielleicht auch wir unsere Meinung geändert haben. Ich habe kein Problem, dazu zu stehen. Ich sage aber auch: Ich will einen konstruktiven Dialog. Ich war im letzten Jahr an insgesamt elf Schulen dieses Landes – Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber nicht gerade viel! In einem ganzen Jahr an elf! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich habe mit den Rektoren gesprochen, ich habe mit den Elternbeiräten gesprochen, ich habe auch mit den Schülern bzw.

deren gewählter Vertretung gesprochen. Mir geht es darum, dass die konstruktive Kritik, die gerade auch von Rektoren geübt wird, aufgenommen wird, indem man miteinander redet, aber nicht unbedingt dadurch, dass man öffentlichkeitswirksam die Profilierung der eigenen Person in den Vordergrund stellt. Das ist der große Unterschied, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Sie haben in den letzten fünf Jahren immer Forderungen erhoben – einige habe ich zitiert –, die sich regelmäßig gegenseitig widersprechen. Sie haben kein Konzept, Sie haben schon gleich zweimal keine Stringenz, und Ihre Vorschläge sind vor allem nicht praxistauglich. Ich kann nur sagen: Das große Glück für Sie besteht darin, dass Sie sich darauf verlassen können, dass Ihre ständig wechselnden Einfälle schnell dem gnädigen Vergessen der Öffentlichkeit anheimfallen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Um es abschließend noch einmal zu sagen: Es geht uns vor allem um gute Lernbedingungen; es geht uns um das Wohl der Schüler. Wir wollen nicht über Schulstrukturen diskutieren. Wir debattieren über die Qualität.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das hängt aber mit den
Schulstrukturen zusammen!)

Meine Damen und Herren, ich glaube schon, dass es die Menschen in diesem Land, dass es die Schüler, vor allem aber die Eltern interessiert, welche Bildungschancen am Ende der Schulzeit bestehen und wie es im Vergleich zu anderen Bundesländern aussieht. Immer dann, wenn Sie nicht mehr weiter wissen, kommt wie der pawlowsche Reflex die schöne und nette Diskussion zur Schulstruktur. Kaum läutet irgendwo eine Schulglocke, schon fordern Sie Strukturreformen. Aber, meine Damen und Herren, das hat mit einer ernsthaften und sachlichen Debatte nichts mehr zu tun.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das wollen
sie ja auch gar nicht!)

Es ist so, wie der Ministerpräsident gesagt hat: Sie wollen den Leuten damit zum x-ten Mal Ihren alten, steinalten, verkommenen Ladenhüter Gesamtschule andrehen. Heute heißt das Ganze Gemeinschaftsschule; sie ist aber weiterhin nichts anderes als eine romantische Illusion. Sie werden damit keinen einzigen Standort retten. Im Gegenteil: Das, was Sie von uns fordern – vierzügige Einheitsschulzentren –, ist der Tod der weit verbreiteten Schule im ländlichen Raum, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von
der CDU: So ist es!)

Deshalb sage ich wie der Ministerpräsident auch: Die Grundschule gerade im ländlichen Raum bleibt unangetastet. Wir wollen, dass ländliche Schulstandorte so weit wie irgend möglich erhalten bleiben. Wir werden deshalb die Bildungslandschaft partnerschaftlich mit den Städten und Gemeinden, nicht zentral von Stuttgart aus, weiterentwickeln.

(Stefan Mappus)

Meine Damen und Herren, zum guten Schluss will ich Ihnen nochmals ein Zitat präsentieren. Ich verrate nur so viel: Es stammt von einem Sozialdemokraten. Ich zitiere:

Mit dem Ausbluten der Hauptschule ist das dreigliedrige Schulsystem ... am Ende; dem dreigliedrigen Schulsystem ist insgesamt auf ... Dauer nicht ... zu helfen.

Meine Damen und Herren, dieses Zitat stammt vom SPD-Abgeordneten Lang in der Plenarsitzung dieses Hauses vom 5. April 1973.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Prophetisch!
– Abg. Ute Vogt SPD: So lange haben Sie gebraucht!
– Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das Staatsarchiv können wir auflösen! Das können Sie übernehmen! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das heißt, Sie versuchen nunmehr seit – –

(Unruhe)

– Ich kann Ihnen nur sagen: Im Fundus der CDU-Fraktionsgeschäftsstelle geht nichts verloren; da brauchen Sie keine Sorge zu haben.

(Zurufe von der SPD)

– Ich glaube Ihnen, dass Sie das aufregt. – Aber damit sind wir auch beim Punkt: Sie versuchen seit 35 Jahren, die Hauptschule in diesem Land kaputtzureden. Das ist Ihnen nicht gelungen, und das wird Ihnen nicht gelingen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Unruhe bei der SPD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Lang hat mehr Format als Sie! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das, was die SPD macht, ist Politik gegen den ländlichen Raum!)

Wir in Baden-Württemberg sind mit dieser Systematik die Nummer 1 in der Bundesrepublik. Wir werden diese Systematik weiterentwickeln und fortführen. Die Gesamtschule, die Sie fordern, ist gescheitert. Weil wir schon vor 35 Jahren nicht auf Sie gehört haben, stehen wir heute besser da als alle anderen Bundesländer.

Die Fakten geben unserer Bildungspolitik recht. Das baden-württembergische Schulwesen ist leistungsfähig, differenziert und vor allem durchlässig. Es gibt keinen Abschluss ohne Anschluss. Wir haben die wenigsten Schulabbrecher in Deutschland. Wir haben die meisten Abiturienten aller Flächenländer. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Europa.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber nicht wegen der Landesregierung!)

Wer das schafft, macht die richtige Politik. Wir werden den Ministerpräsidenten und den Kultusminister weiterhin darin unterstützen, auf diesem Weg zu bleiben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Zuruf von der FDP/DVP: Jetzt kommt ein Bildungspolitiker!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Ministerpräsident, eigentlich dachte ich, ich könnte Sie heute zu Beginn der Aussprache loben.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ja, gern! Nur zu! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das wäre ein redlicher Zug! – Abg. Jörg Döpper CDU: Also mach und geh! – Heiterkeit – Unruhe)

Das wäre am Ende dieser Runde ja auch gar nicht schlecht. Der Titel Ihrer Regierungserklärung „Qualitätsoffensive Bildung“ legt nahe, dass man Tatbestände und Mängel erkennt, gegen die man mit einer Qualitätsoffensive vorgehen will.

Sie sind aber der alten Versuchung erlegen, wieder alles schönzumalen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Es ist schön!)

Deshalb muss ich mich, bevor ich mich mit der Qualität der Qualitätsoffensive beschäftige, erst noch einmal mit der Realität beschäftigen und Ihnen den Spiegel der Realität vorhalten, und zwar aus Ihrem Heimatkreis Ludwigsburg.

(Der Redner hält einen Zeitungsartikel hoch.)

Hier sind die Schüler der Klasse 9 b der Uhlandschule, einer Hauptschule in der Stadt Ludwigsburg, abgebildet: „Wir sind die Schüler der 9 b. Nur zwei von uns haben eine Lehrstelle.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das nur als Beispiel! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der Rest geht weiter zur Schule! – Abg. Stefan Mappus CDU: Wie viele gehen auf weiterführende Schulen? Lesen Sie das auch einmal vor! – Unruhe)

Das ist die Realität.

(Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenige Tage später, in derselben Zeitung, Ihrer Heimatzeitung: „In der Region Stuttgart gibt es einige Tausend freie Lehrstellen.“ Wieso haben denn die Kinder der 9 b fast keine Chance? Es wird nicht bei den zwei Schülern bleiben – das weiß ich auch –, sondern am Ende werden drei oder vier eine Lehrstelle haben.

(Lachen des Abg. Jörg Döpper CDU)

Da stehen wir an der Schnittstelle, am Übergang von der Hauptschule in das duale System. Weshalb haben diese Kinder denn trotz freier Lehrstellen keine Chance?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Weil sie mittlere Reife machen wollen, möglicherweise! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist der dümmste Zwischenruf, den ich heute gehört habe!)

(Claus Schmiedel)

Wenn Sie bereit sind, einen Dialog zu führen, dann möchte ich Sie doch bitten, nicht nur das ernst zu nehmen, was wir sagen, sondern auch das, was die Beteiligten selbst sagen, insbesondere die Eltern. Heute lesen Sie in den „Stuttgarter Nachrichten“ von der Landeselternbeiratsvorsitzenden:

Die Eltern in Baden-Württemberg sind so toll,

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Die Eltern sind toll, ja!)

aber nicht das Schulsystem.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Sie loben sich für etwas, wofür Sie gar keine originäre Verantwortung haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU)

Ich lese Ihnen, Herr Mappus, einmal kurz vor, was die Landeselternbeiratsvorsitzende, mit der Sie ja einen Dialog führen wollen – Sie haben gesagt, Sie seien bereit zum Dialog –,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir haben es doch gelesen!)

zur Analyse der Situation in Baden-Württemberg sagt:

Der Südwesten schneide in Bildungsstudien wie PISA deshalb vergleichsweise gut ab, weil viele Eltern finanzkräftiger und besser ausgebildet seien und ihre Kinder unterstützen könnten.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist die Realität!)

Weiter sagt sie:

Dort, wo sie es nicht tun können, versagt jedoch auch unser Schulsystem.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Absoluter Quatsch!)

Das ist die haarscharfe Analyse.

Deshalb, Herr Ministerpräsident: Wenn Sie eine Qualitätsoffensive starten, mit der Sie diesen Mangel in unserem Bildungssystem, dass dort, wo die Eltern nicht mittun oder nicht mittun können, die Kinder in hohem Maße darunter leiden, beseitigen wollen, dann müssten Sie insbesondere im Bereich vor der Schule klotzen und nicht kleckern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, ich muss diesen Gedanken jetzt zu Ende führen. Er kann die Frage am Schluss noch stellen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben selbst gesagt, für Sie sei der Bereich vor der Schule der Schlüssel,

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

um den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem Bildungserfolg aufzubrechen. Was Sie aber anbieten, ist erstens ein falscher Ansatz und zweitens viel zu wenig Geld. Sie setzen zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kinder schon eine Weile an den Einrichtungen sind, mit einer Sprachstandsdiagnose an und hoffen dann, die Kinder mit Sprachdefiziten durch gesonderte Förderung in wenigen Monaten auf ein Niveau zu bringen, das die anderen Kinder schon haben.

Es gibt in Baden-Württemberg etliche Kindergärten – Sie sollten auch einmal einen dieser Kindergärten besuchen –,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ich habe Kinder im Kindergarten, Herr Schmiedel! Nur zur Info!)

die mit der Sprachförderung beginnen, wenn die Kinder in den Kindergarten kommen, mit dem dritten Lebensjahr. Sie isolieren sie nicht von den anderen, sondern fördern sie in der Gruppe. Damit haben sie einen so guten Erfolg, dass dort die Grundschullektoren sagen: Auch Kinder aus den sozialen Brennpunkten kommen in etwa gleich vorbereitet in die Schule.

Was ist dazu notwendig? Kleinere Gruppen, mehr Personal und Fortbildung für Erzieherinnen und Erzieher, und das massiv und schnell. Man weiß, wie es geht. Dazu braucht man keine Modelle mehr. Man muss es nur tun und Mittel dafür bereitstellen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann kommt die zweite Stufe, die Grundschule. Das ist wirklich der Hammer: Alles, was Ihnen zur Grundschule einfällt, ist: „Kurze Beine, kurze Wege“ und

(Zuruf von der CDU: Das ist doch gut! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Sehr guter Spruch!)

„Wir halten die Grundschule am Leben.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mehr nicht! – Abg. Stefan Mappus CDU: Sollen wir schließen? Sollen wir zumachen?)

Woher kommt es denn, dass diese Kinder keine Chance haben?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist doch absurd!)

Das kommt doch daher, dass die Grundschulen im städtischen Bereich eine massive Integrationsaufgabe haben. Von den 4 000 Lehrern, die Sie einstellen wollen, kommt im nächsten Jahr niemand in der Grundschule an, im übernächsten Jahr auch niemand, im überübernächsten Schuljahr auch noch niemand. Erst kurz vor der Landtagswahl profitieren auch die Grundschulen mit 270 zusätzlichen Lehrern. Das sind dann die, die Sie vorher wegen zurückgehender Schülerzahlen abgezogen haben.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Es ist für die Grundschulen ein Nullsummenspiel. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Stefan Mappus CDU: Quatsch! Sie erzählen einen Stuss! Das stimmt doch nicht!)

(Claus Schmiedel)

– Fragen Sie Herrn Rau, der weiß es besser. – Sie haben auf die zurückgehenden Schülerzahlen in der Grundschule schon bisher dadurch reagiert, dass Sie die Stellen, die durch zurückgehende Schülerzahlen aus Ihrer Sicht überflüssig werden, aus der Grundschule herausnehmen

(Abg. Jörg Döpper CDU: Das haben doch Sie gewollt!)

und an das Gymnasium geben. Das ist der Fakt.

In den Grundschulen entscheidet es sich. Dort besteht die Integrationsaufgabe Nummer 1. Deshalb haben die Grünen und wir gefordert, dass eine Schülerzahl von 25 pro Klasse die Obergrenze sein muss. Sie lassen die Grenze bei 31. Das ist verheerend. Damit können Sie diese Integrationsaufgabe nicht bewältigen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das sind doch gar nicht die realen Zahlen!)

Deshalb ist die Hauptschule am Ende auch überfordert, diese Integrationsaufgabe zu leisten. Das ist der Hauptmangel in unserem Bildungssystem. Sie haben gesagt, das sei der Ausgangspunkt Ihrer Qualitätsoffensive. Aber Sie ändern nichts daran.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn sich dann wirklich Engagierte – und Herr Bosch gehört zu den ganz, ganz engagierten Schulleitern – melden und Sie darauf reagieren, indem Sie sagen: „Ihr dürft euch jetzt Werkrealschule nennen“, dann antworten diese: „Das hilft uns nicht weiter. Es bleibt bei dem Dilemma.“ Wenn Sie dann von der Seite hineingrätschen und diesen Leuten einen Maulkorb verpassen wollen, dann zeigt das ein wirklich unglaubliches Denken.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja!)

Was Sie verlangt haben, ist, dass man Herrn Bosch an seine berufliche Existenz geht.

(Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: So ist es! – Abg. Norbert Zeller SPD: Unglaublich!)

Sie haben gesagt, dieser Mann dürfe nicht länger als Schulleiter fungieren. Das war Ihre Forderung. Ich halte das für unglaublich. Im Vergleich zu dem Ton, den Sie anschlagen, war Mayer-Vorfelder ein fürsorglicher Herbergsvater; das möchte ich einmal deutlich sagen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der Herrgott im Himmel bewahre Eltern, Lehrer und Schüler davor, dass Sie jemals vorne auf der Bank Platz nehmen und Kultusminister werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wäre noch nicht das Schlechteste!)

Erschwerend kommt hinzu, dass das Regierungspräsidium auch noch auf Ihren Anwurf reagiert, dass es dies befolgen und Herrn Bosch nun einbestellen und drücken will.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist das Schlimmste! Wo sind wir denn eigentlich? Unglaublich! Wir sind doch kein CDU-Staat! Wo kommen wir denn da hin?)

Das ist doch unglaublich! Sie sollten das Wort des Ministerpräsidenten ernst nehmen, der sagt: „Wir betrachten die Schulleiter als unsere Partner.“

(Zurufe von der SPD: Ha!)

Allerdings sagt er das nur, er lebt es nicht wirklich. Wenn Sie sagen, er handle nach diesem Motto, dann frage ich: Warum reagieren Sie denn gegenüber Schulleitern, die auf ihre Situation hinweisen wollen, die dringende Verbesserungen anmahnen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum haben Sie nie mit denen gesprochen? Nie!)

nicht mit Gesprächen? Warum treten Sie denn nicht in einen Dialog? Noch haben Sie Zeit, Herr Ministerpräsident. Nehmen Sie den Ball auf. Und wenn es, wie Herr Mappus sagt, zutrifft, dass Sie auch bereit sind, Elemente anderer Konzeptionen zu übernehmen, dann frage ich Sie: Warum tun Sie das denn nicht? Warum diffamieren Sie alle Weiterentwicklungen im schulischen Angebot, die auf mehr Integration abzielen, als Einheitsschule? Warum?

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie haben die Hauptschule diffamiert!)

Im Übrigen: Sie stellen einen Schulträger in Baden-Württemberg gegenüber allen anderen schlechter. Jedem Schulträger, der beantragt, eine integrative Schulform anzubieten, jedem Schulträger, der eine Gesamtschule beantragt, wird dies genehmigt, sofern es sich um einen privaten Schulträger handelt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Wenn er privat ist, dann kriegt er es! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Dann kriegt er alles!)

Wenn er jedoch kommunaler Schulträger ist, wenn eine Gemeinde aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses, wenn ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin kommt und sagt: „Ich möchte die Schüler länger gemeinsam lernen lassen; ich möchte die fünften und sechsten Klassen gemeinsam unterrichten lassen; ich möchte, dass die Schüler bis zur zehnten Klasse ein gemeinsames Angebot bekommen“, dann

(Zuruf von der SPD: Wird das abgelehnt!)

geschieht nichts. Die Privaten dürfen, aber die Städte und Gemeinden dürfen nicht. Was ist denn das für eine Logik?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau so ist es!)

Herr Mappus, es geht ja nicht darum, Zwang auszuüben und zu sagen: „Ihr müsst die Kinder in eine Gemeinschaftsschule stecken.“ Der Wunsch ist jedoch bei ganz vielen da, und die Frage ist: Weshalb genehmigen Sie privaten Anbietern, bei denen die Eltern dafür zahlen müssen, dass ihre Kinder auf diese attraktive Gemeinschaftsschule gehen, ihre entsprechenden Forderungen, lassen dies aber in keinem einzigen Fall bei städtischen bzw. kommunalen Schulträgern zu?

(Claus Schmiedel)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Weil das eine private Schule ist und das andere eine staatliche!
– Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist wieder das dümmste Argument, das einem einfallen kann!)

Das ist eine Benachteiligung der Städte und Gemeinden in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist ja das Größte, was ich jemals gehört habe! – Gegenruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das sitzt, oder?)

Es ist nachgewiesen: Wir haben im Bereich der Hauptschule ein echtes Übergangsproblem von der Schule in die berufliche Bildung. Ihre Logik „Weil wir die geringste Jugendarbeitslosenquote haben, haben wir auch das beste Bildungssystem“ zeigt, dass Sie sich dem Blick auf die Realität verweigern. Denn wir haben Zehntausende von jungen Menschen in Warteschleifen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Abgeschoben! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da ist Baden-Württemberg spitze!)

Dabei meine ich nicht diejenigen, die die mittlere Reife nachmachen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben dafür auch Konzepte!)

Diese gibt es auch; das weiß ich wohl. Das ist aber gar nicht das Thema. Wir haben Zehntausende in Warteschleifen, und wir schicken Zehntausende dieser jungen Menschen am Ende ohne berufliche Qualifikation in ihr Berufsleben. Das ist Fakt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Widerspruch bei der CDU)

Und jetzt sage ich Ihnen einmal eines: Dass Sie jetzt auf die Idee kommen, eine Offensive zu starten, hängt in Wirklichkeit nicht damit zusammen, dass Sie die Situation an der Hauptschule verbessern wollten.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Wolfgang Drexler SPD)

Es hängt damit zusammen, dass die Eltern – auch von Schülern der Realschule und vor allem des Gymnasiums – langsam auf die Barrikaden gehen, weil sie es leid sind, Hilfslehrer für das zu sein, was in der Schule nicht stattfindet. Sie stellen nämlich fest, dass Ihre Ganztagschulen Mogelpackungen sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben kein Ganztagschulangebot, sondern Sie haben ein Halbtagschulangebot, an das hinten etwas angehängt wird. Das ist der Punkt.

Dass es auch anders geht, Herr Ministerpräsident, können Sie in Ihrem eigenen Wahlkreis besichtigen. Da gibt es eine Ganz-

tagsschule mit integriertem, wirklich rhythmischem Angebot.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nicht nur eine!)

Da gibt es eine Ganztagschule mit verbindlichem Mittagessen. Da gibt es eine Ganztagschule, in der die Lehrer jeden Tag verbindlich anderthalb Stunden lang Hausaufgaben und Lernzeit betreuen und wo die Kinder alle miteinander um vier oder halb fünf die Schule verlassen – nicht freiwillig. Das ist das Helene-Lange-Gymnasium in Markgröningen. Da ist die Nachfrage viermal so groß wie die Aufnahmemöglichkeiten. Hören Sie auf mit dem Märchen, dass solche Schulen nicht erwünscht seien!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Ministerpräsident, Sie machen jetzt eine Offensive, nehmen eine halbe Milliarde Euro für die nächsten Jahre zusätzlich in die Hand, versprechen viele zusätzliche Lehrer, tun etwas für den Klassenteiler – was richtig und längst überfällig ist –; aber Sie vergessen dabei die Grundschule,

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

wie Sie überhaupt die Grundschullehrerinnen und -lehrer vergessen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die machen ihre Arbeit!)

Nichts dagegen, dass Sie jetzt ein Beförderungsamtsamt für Hauptschullehrer schaffen. Sie sagen: Wir schaffen das Amt für die Hauptschullehrer, weil wir damit auch eine Anerkennung für die Hauptschullehrer verbinden wollen.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Das ist doch okay!)

Wo ist denn Ihre Anerkennung für die Grundschullehrerinnen und -lehrer? Die haben eine genauso schwierige Aufgabe bei der Integration zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Also wensschon – dennschon.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Wer wollte die Eingangsbesoldung senken? – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie wollten absenken! Das ist so etwas von unverschämt!)

Sie haben gedacht, Sie tun etwas, können dann in Urlaub fahren, und das Bildungsthema ist entschärft. Sie kommen wieder und können sich neuen Themen zuwenden. Ich sage Ihnen voraus, und die Presselandschaft spiegelt es wider:

(Abg. Jörg Döpper CDU: Die öffentliche Meinung ist anders als die veröffentlichte Meinung!)

Sie kriegen keine Ruhe, solange Sie den Blick nicht für die Wirklichkeit öffnen, solange Sie nicht sagen: Es gibt ein Hauptschulproblem. Das löst man nicht, indem man noch eine 54. Hauptschulstärkung verkündet, sondern da muss man grundsätzlich an das Thema herangehen.

(Abg. Jörg Döpper CDU: 35 Jahre lang haben Sie die Hauptschule schlechtgeredet! – Unruhe)

(Claus Schmiedel)

Sie lösen das Problem, dass Eltern die Ganztagsschule zu Hause in ihrem Wohnzimmer erleben, nicht allein dadurch, dass Sie den Klassenteiler senken, sondern Sie müssen richtige Ganztagsangebote schaffen und dafür auch das notwendige Personal bereitstellen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie wollten doch Lehrerstellen streichen!)

Ich sage Ihnen: Sie lösen auch das Problem des ländlichen Raumes nicht, wenn Sie sagen: „Wir zwingen niemanden, die Hauptschule zu schließen.“ Aber Sie lassen sie austrocknen, weil Sie Weiterentwicklungsmöglichkeiten untersagen. Deshalb trocknet die Hauptschule aus, wenn sie keine Entwicklungsperspektive hat.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Hat sie doch!)

Deshalb lautet unser Konzept,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sie haben doch gar keins! – Abg. Thomas Blenke CDU: Lehrerabbau! – Unruhe)

dem öffentlichen Schulwesen Freiheit zu geben, die Stärke entwickeln zu können, die in ihm steckt, ihm die Fesseln abzunehmen und zu sagen: Das, was wir den Privaten zugestehen, nämlich die Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen und Ganztagsangebote zu machen, die richtige Ganztagsangebote sind, das ist die richtige Antwort auf Qualitätsschwächen in unserem Bildungssystem. Das ist die richtige Antwort, um den Übergang zwischen Schule und beruflicher Bildung zu verbessern. Es ist die richtige Antwort zur Stärkung des ländlichen Raumes, und es ist die richtige Antwort, um die Initiativen und das Engagement von vielen Lehrern, Eltern und Schulträgern aufzunehmen und einen Sprung nach vorn zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind dazu nicht bereit. Deshalb bleibt das Thema auf der Tagesordnung. Sie werden es nicht los, auch wenn Sie sehr viel Geld in die Hand nehmen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Grüne und SPD sind auf dem Holzweg! – Zuruf von der CDU: Schwache Leistung! Sehr schwache Leistung! – Heiterkeit)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Wir gewähren Geleitschutz!)

Wenn wir uns hier in diesem Landtag mit den Eltern, mit den Lehrern und mit den Schulträgern in einem Punkt einig waren, dann in dem, dass mehr Qualität in unserem Bildungswesen nicht ohne mehr Geld erreicht werden kann – zwar nicht allein nur mit mehr Geld, aber auch nicht ohne mehr Geld.

Über die Forderungen, mehr Geld in die Hand zu nehmen, haben wir vor vier Wochen schon einmal diskutiert. Bei aller

Mäkelei und bei allen Zahlenspielereien, die jetzt vonseiten der Opposition kommen, glaube ich: Wer zusätzlich zu allen beschlossenen Maßnahmen in den nächsten Jahren über eine halbe Milliarde Euro in die Hand nimmt, der nimmt das wirklich ernst, was uns alle sagen: Wenn ihr mehr Individualität, mehr Qualität, mehr Möglichkeiten der Entwicklung unseres Bildungswesens wollt,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

dann müsst ihr auch Ressourcen zur Verfügung stellen. Ich glaube, das ist die wichtigste Botschaft des heutigen Tages. Das zunächst einmal vorweg.

Eines zu sagen ist mir auch wichtig: Sie wissen aus anderen Diskussionen, dass ich der festen Überzeugung bin, dass Kinder auf Schuldenbergen nicht spielen können. Deswegen bin ich froh und dankbar, dass wir gemeinsam den Weg gefunden haben, wie wir diese Mehrausgaben solide, seriös und nachhaltig aus Steuermehreinnahmen finanzieren können. Sie haben gesagt, wenn die Konjunktur zurückgehe, sei die Finanzierung nicht mehr gewährleistet. Das stimmt nicht. Die Mittel werden schon jetzt aus den diesjährigen Steuermehreinnahmen für den ganzen Zeitablauf des genannten Programms reserviert. Das Programm ist also sicher, seriös und nachhaltig finanziert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Weil es die Ehrlichkeit gebietet, muss ich sagen, dass wir Liberalen immer wieder einzelne Steuerbeschlüsse überhaupt nicht mitgetragen haben und z. B. die Mehrwertsteuererhöhung von uns abgelehnt worden ist.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Aber die Gelder aus den Mehreinnahmen nehmen Sie!)

Die Gelder fließen aber auch durch die kalte Progression, die inzwischen auch Sie beklagen, deutlich stärker.

Wir wollen ein Stück dieser Mehreinnahmen an die Menschen in diesem Land zurückgeben, und zwar nicht durch Geld und nicht durch konsumtive Ausgaben, sondern durch investive Ausgaben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir eine Investition in Bildung nicht als konsumtive Ausgaben für irgendwelche schönen Dinge sehen, sondern als die zentrale investive Ausgabe in die Chancen unserer jungen Menschen, unserer Familien. Das ist die beste Investition, mit der wir diese Steuermehreinnahmen an die Menschen in unserem Land Baden-Württemberg zurückgeben können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr gut!)

Um mehr Geld in die Hand zu nehmen, müssen wir auch schauen, wofür wir es ausgeben und wie wir es ausgeben. Sie, Herr Schmiedel, haben genau den richtigen Satz gesagt: Wir geben das Geld so aus, dass diejenigen vor Ort mehr Freiheit haben, um mehr Modelle, mehr Möglichkeiten, z. B. auch des gemeinsamen Lernens, verwirklichen zu können und in auto-

(Dr. Ulrich Noll)

nomer Entscheidung weitgehend nicht nur über Stellen, sondern auch über diese Mittel verfügen zu können. Wir haben damit eine langjährige Forderung verwirklicht, damit die Träger vor Ort mehr Möglichkeiten für individuelle Lösungen haben. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine individuelle Förderung nicht nur der Leistungsschwächeren, sondern natürlich auch der Leistungsstarken; das ist keine Frage.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist ganz wichtig!)

Eine differenzierte Förderung kann ich nicht mit übergroßen Klassen machen. Deswegen ist die Absenkung des Klassenteilers in der Tat eine wichtige Voraussetzung für mehr individuelle Förderungen in den einzelnen Klassen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das fängt aber nicht in der Grundschule an! – Abg. Alfred Winkler SPD: Seit zehn Jahren!)

Ich weise noch einmal darauf hin, dass diese Absenkung des Klassenteilers in unserem gemeinsamen Papier steht. Da steht ein Satz, der so unscheinbar daher kommt: Die Schulen bewirtschaften die gemäß Organisationserlass zugewiesenen Stunden eigenständig. Ich glaube, die Menschen auf der Zuhörertribüne verstehen das nicht. Das heißt, die Schule vor Ort entscheidet, wie sie die zusätzlichen Lehrerstellen, die für die Senkung des Klassenteilers an die Schulen kommen, einsetzt. Man kann nämlich durchaus auch in größeren Klassen, wenn man individuelle Lern-, Arbeits- und Modellgruppen bildet, eine individuelle Förderung besser ermöglichen, als dies bisher möglich war.

Selbstverständlich wird man diesen Weg bei den Eingangsklassen nicht gehen. Aber es gibt auch bestehende Klassen, bei denen man durchaus lieber mehr individuelle Arbeits- und Lerngruppen machen wird, als sie in zwei Klassen zu teilen.

Für uns ist auch wichtig gewesen – auch zum Thema „Bremsen lösen“ –, dass wir für all diese Möglichkeiten der eigenständigen, selbstverantwortlichen Entwicklung der Schulen vor Ort zwischen Schulträger, Schulkonferenz, Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern ein politisches Signal gesetzt haben – ich bin dem Kultusminister sehr dankbar, dass er dies spontan gesagt hat –: Ja, das siedeln wir beim Landesinstitut für Schulentwicklung an. Das ist sozusagen ein Kompetenzzentrum, ein Beratungszentrum, damit alle diejenigen, die sich vor Ort auf den Weg zu mehr individuellen Lösungen machen, nicht gebremst, sondern befördert werden. An dieser Stelle danke ich sehr dafür, dass man diese Anregung aufgenommen hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich glaube, der Schlüssel zu mehr Qualität ist mit diesem Möglichmachen von mehr Individualität im Sinne von Lösungen vor Ort, aber auch Individualität in der Förderung von Kindern gegeben.

Lange hatten wir das Recht zur Budgetierung von Personalmitteln und die Umwandlung von Stellen in Mittel in unserer Programmatik immer wieder angesprochen. Ich danke auch Frau Abg. Birgit Arnold, die immer wieder auf dieses Thema hingewiesen hat. Bei aller Vergangenheitsbewältigung: Da ist

im Stillen viel Vorarbeit – Gott sei Dank im Konsens, was nicht so nach außen gedrungen ist – geleistet worden.

Übrigens: Wenn solche neuen Modelle tatsächlich vor Ort gemacht werden sollen – ich bin auch sehr zufrieden, dass wir das hinbekommen haben –, wird gesagt: Denjenigen, die in den Schulleitungen all dies managen sollen, wollen wir mehr Möglichkeiten geben. Bei beidem wird mit der angemessenen Leitungsstruktur und Leitungszeit und übrigens auch mit der Frage, wie wir geeignete Formen der Personalentwicklung hinbekommen, glaube ich, ein großer Sprung nach vorn gemacht.

Letzte Bemerkung zu diesem Kapitel: Der Ministerpräsident hat bei einer Veranstaltung von Südwestmetall über diese Möglichkeit der regionalen Bildungsnetzwerke, die wir vorhaben und die auch Teil unserer Qualitätsoffensive sind, referiert.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja und?)

Dahinter steht die Öffnung von Schule für die Gesellschaft, für wichtige Gruppen und für die Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben, Herr Ministerpräsident, von den Vertretern der Wirtschaft ein klares Signal und viel Lob für diese Entwicklung der Bildungslandschaft bekommen. Wir werden diese Angebote, die an Sie ad personam gegangen sind – übrigens auch mit finanziellem Hintergrund –, selbstverständlich gern aufnehmen.

Lassen Sie mich vielleicht beiläufig noch darauf hinweisen – der Herr Ministerpräsident hat es an einer Stelle erwähnt, wo es um die Qualifikation von mehr Erzieherinnen, auch im frühpädagogischen Bereich, ging –, dass wir bei allen Verbesserungen, die mit dieser Qualitätsoffensive verbunden sind, selbstverständlich auch die Privatschulen von den Verbesserungen profitieren lassen werden, und zwar nicht nur die beruflichen, sondern auch die allgemeinbildenden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden heute an dieser Stelle noch das Privatschulgesetz beraten.

Lassen Sie mich auch hier nicht noch einmal rückwärtsgerichtet diskutieren. Im Vorfeld dieser Bildungsoffensivediskussion haben sich viele bewegt. Ich will Ihnen jetzt einfach einmal sagen, was bei der Hauptschule in puncto längeres gemeinsames Lernen künftig möglich sein wird. Jetzt mag man über die Begrifflichkeiten streiten, solange man will. Ich weiß, hier gibt es immer viele, die bei jedem Wort sofort auf die Barrikaden gehen. Aber eines können Sie nicht leugnen, nämlich dass wir deutlich verstärkt ein längeres gemeinsames Lernen mit dieser Qualitätsoffensive Bildung möglich machen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Was?)

Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen. Kindergarten: klar. Grundschule: klar. Aber was ist denn anderes mit diesem Begriff „Zweizügige Hauptschule mit Werkrealschule“ gedacht, als dass durch teilweise gemeinsamen Unterricht und durch Kooperationen in den Eingangsklassen, wenn ich mei-

(Dr. Ulrich Noll)

ne Kinder in die fünfte Klasse schicke, noch nicht der Stempel drauf ist, welchen Abschluss mein Kind haben wird? Das ist doch das, was die Eltern in diesem Land interessiert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie sagen immer, wir würden zu früh aussortieren.

Ich will auf noch etwas hinweisen. Wir haben das noch einmal bewusst in diese Punkte mit aufgenommen. Wir haben dankenswerterweise vieles, was schon an Programmen gemacht worden ist, noch einmal in der Zusammenschau gemacht, wobei man immer sagen kann: „Das ist mir noch zu wenig“, was ich als Opposition auch sagen würde. Ich sage: Es steckt so viel an Möglichkeiten drin. Statt immer zu mäkeln, würde ich gern haben, dass wir die Menschen vor Ort darüber informieren, was künftig möglich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Da will ich auf einen Punkt hinweisen, wenn es um die Stärkung der Hauptschulen und um die Zweizügigkeit mit mehr Möglichkeiten des gemeinsamen Lernens geht. Falls damit wieder jemand Probleme haben sollte, weise ich darauf hin, dass ich aus einem Papier des Kultusministeriums zitiere. Darin wird genau dargestellt, wie längeres gemeinsames Lernen funktionieren kann. Es ist wirklich ein Appell an alle, dieses Modell, das auch in unserer Bildungsoffensive beinhaltet ist, obwohl wir es schon länger beschlossen haben – – Ich sage Ihnen, wer das Ganze letztlich zu machen hat:

Modalitäten der Teilnahme

Nach Zustimmung der Gesamtlehrerkonferenz

– wir wollen also, dass die Lehrer dies selbst wollen –

sowie der Schulkonferenz ...

Damit wissen Sie: Es sind die Eltern und die Schüler mit dabei.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein, jetzt nicht.

Auch der zuständige Schulträger, also die Kommune, ist mit im Boot. Ich kann nur alle aufrufen, diese neu geschaffenen Möglichkeiten mit den Möglichkeiten der autonomen Entwicklung jetzt auch zu nutzen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Norbert Zeller SPD:
So ein wirres Zeug!)

Ich weiß sehr wohl, dass der eine oder andere manche Teile dieser Bildungsreform bewusst versteckt haben will, weil er andernfalls zugeben muss – das gilt übrigens auch für die Kritiker, die heute mehrfach genannt worden sind –, dass sich vielleicht nicht alles in die Richtung bewegt, die sich jeder vorstellt. Aber vieles geht in die richtige Richtung.

Für uns ist es zentral wichtig, dass für junge Menschen, für Eltern und ihre Kinder – egal, aus welcher Schicht sie kom-

men – der Stempel, welcher Abschluss letztlich gemacht wird, künftig nicht zu früh „draufgehauen“ wird. Das ist mit dieser Qualitätsoffensive durchaus möglich.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das stimmt in keinsten Weise! – Abg. Norbert Zeller SPD: Wo ist denn das? – Abg. Reinhold Gall SPD: Überall, wo es versucht wird, wird es doch abgelehnt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Lässt er jetzt eine Frage zu oder nicht?)

Deswegen war es nur logisch – denn er tritt heute nicht selbst ans Rednerpult –, dass Kollege Goll angeraten hat und Herr Rau dies aufgenommen hat, darüber nachzudenken, ob man die Schulempfehlung überhaupt noch „Hauptschulempfehlung“ nennen soll.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sondern? – Abg. Norbert Zeller SPD: Wie denn sonst? Werkrealschulempfehlung?)

Unser Ziel ist doch, möglichst jedem Kind einen mittleren Bildungsabschluss, und zwar in differenzierter Form, zu ermöglichen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Norbert Zeller SPD:
Dann müssen Sie doch einmal Ernst machen!)

Jetzt muss man ehrlicherweise eines hinzufügen: Bevor ich sage: „Ich schaffe die Hauptschule und den Hauptschulabschluss ganz ab“, und dann riskiere – –

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist ein Rumgeeeiere!)

Schulabbrecher, die eben de facto diesen mittleren Bildungsabschluss nicht schaffen werden, wird es immer geben.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das kann wohl niemand bestreiten. Es wäre aber der falsche Weg, die Hauptschule einfach abzuschaffen und zu sagen: „Dann nehmen wir eben einen gewissen Anteil an Schulabbrechern hin.“

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das kann es nicht sein!)

Diesen Weg gehen übrigens andere Länder.

Hören Sie also auf mit der Diskussion über die Gliederung des Schulsystems. Vielmehr muss das Ziel klar sein: Die Eltern müssen sehen, dass in diesem Land nach Verlassen der Grundschule künftig wirklich alle Chancen genutzt werden können – im Verbund vor Ort –,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das stimmt ja nicht! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

um gemeinsam möglichst allen Kindern den bestmöglichen ersten Schulabschluss und damit auch mehr Chancen zu ermöglichen. Das gilt übrigens nicht nur für den Beruf.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Dann lassen Sie doch endlich einmal alle anderen Formen zu!)

(Dr. Ulrich Noll)

Vielmehr sind Erziehung und Bildung ja auch eine Voraussetzung für ein gelingendes Leben insgesamt.

Ich komme noch zum Thema Lehrerbildung. Das ist zu Recht ein wichtiges Thema. Aber auch dazu haben Sie vielleicht gelesen, dass man schon reagiert. Man wird künftig ein Verbundlehramt „Haupt- und Realschullehrer“ haben – nicht mehr Grund- und Hauptschullehrer.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Zehn Jahre lang haben Sie das abgelehnt!)

Sind das nicht alles Signale dafür, dass ein neues Denken – das ist bei aller ideologischer Diskussion nicht selbstverständlich – und eine Attraktivitätssteigerung stattfinden?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Warum brauchen Sie immer 20 Jahre für dieses neue Denken? – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Dieses Beförderungssamt ist ja nur ein Vorgriff. Wir haben das ja besprochen. Sie können dann gern mit darüber diskutieren, wenn wir über die Attraktivität aller Lehrämter – auch des Grundschullehrers – und des Berufs des Erziehers bzw. der Erzieherin reden und überlegen, wie wir das durch eine Dienstrechtsreform – vielleicht auch durch Spreizung; das will ich von vornherein überhaupt nicht ausschließen – tatsächlich attraktiver machen. Geld allein ist nicht alles. Vielmehr muss auch eine gewisse Attraktivität vorhanden sein.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ohne Geld ist es auch nichts!)

Dem dienen übrigens auch die zusätzlichen Mittel für die Seiteneinsteiger. Das finde ich wirklich ganz wichtig.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Super! – Abg. Norbert Zeller SPD: Dazu haben Sie auch lange gebraucht! Sie brauchen immer viel zu lange dazu!)

Denn man kann noch so sehr über das Image reden: Wenn die „Kohle“ nicht stimmt, sind wir eben nicht mehr konkurrenzfähig.

Lassen Sie mich nach diesen wenigen wirklich wichtigen Punkten – Schlüssel, mehr Autonomie, mehr Möglichkeiten durch Recht auf Budgetierung, durch Modellvorhaben, durch Zusammenlegung – – Natürlich ist auch die Standortfrage keine reine Frage der Zahlen, sondern eine Frage der Qualität. Ich habe in Diskussionen vor Ort erlebt, dass Eltern durchaus bereit sind, zu akzeptieren, dass die Entfernung überhaupt nicht das zentrale Thema sein muss, wenn sie den pädagogischen Mehrwert für ihre Kinder und die größere Chance sehen.

Wenn Schulträger dies jetzt gemeinsam mit den Eltern und der Lehrerschaft angehen, weise ich auch noch einmal darauf hin, dass gerade dann, wenn man Schularten zusammenlegt, zwei Drittel der Ressourcen, die dadurch rechnerisch frei werden, vor Ort bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein Drittel bleibt dort für die Pädagogen und ein Drittel für den Schulträger, weil er natürlich Maßnahmen zu treffen hat, z. B. im Bereich der Beförderung. Wir müssen mit den Kom-

munen als Schulträger darüber reden, wie man das vernünftig umsetzt. Auch da gilt: Das ist jetzt gerade erst der Anpfiff zu dieser Bildungsoffensive.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war der Schlusspfiff!)

Man sollte nicht so tun, als wäre das alles völlig perfekt. Aber die Grundpfeiler sind tatsächlich richtig eingeschlagen.

Vielleicht noch ein Wort.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Zum Sonntag?)

All das, was ich gerade versucht habe, vorzustellen, ist keine Vergangenheitsbewältigung, sondern soll aufzeigen, welche Möglichkeiten durch mehr Geld, durch mehr Chancen für Autonomie und Selbstverantwortung vor Ort bestehen, und zwar für alle, auch für die tollen Eltern. Ich erlebe ja auch immer, dass an Schulen sehr häufig durch eine gute Kollegenschaft und eine gute Elternschaft ein super Klima entsteht, das schon jetzt, vor einer Bildungsoffensive, existiert.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Jawohl!)

Wir haben in Neckartenzlingen gerade einen Rektor verabschiedet. Dort konnten wir erleben, was schon heute machbar ist. Es ist doch der entscheidende Punkt, dass wir die Menschen vor Ort mitnehmen müssen und ihnen nicht Blaupausen von oben überstülpen dürfen. Das haben wir jetzt wirklich vor, weil wir sehr viel mehr Möglichkeiten haben, und zwar nicht gebremst, sondern sogar befördert durch das Beratungs- und Kompetenzzentrum.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum sagt das der Rau nicht endlich einmal? So lange glaube ich kein Wort! Sie sagen immer, was er tut! Er tut es aber nicht!)

– Ich weiß nicht, ob Herr Minister Rau noch reden wird. Aber ihm danke ich jetzt auch einmal an dieser Stelle. Ich weiß schon, wie die politischen Spiele laufen und wie das in den Medien läuft.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Vieles ist nicht aus dem Blauen heraus plötzlich aufgekommen, sondern es stehen oft jahrelange Diskussionsprozesse dahinter. Das ist auch gut so. Aber ich behaupte auch, die Diskussionsprozesse hören mit dem heutigen Tag nicht auf.

(Lachen bei der SPD – Beifall der Abg. Ursula Haubmann SPD und Edith Sitzmann GRÜNE)

Wenn wir solche Modelle längeren gemeinsamen Lernens machen, wenn wir bei der Werkrealschule, wie der Ministerpräsident selbst gesagt hat, nach der sechsten Klasse entscheiden, wer wirklich die Chance auf einen mittleren Abschluss hat, dann ist doch der Weg eröffnet.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Dann genehmigen Sie doch endlich einmal die Anträge von Kommunen! Das ist eine Faselei!)

Sie mögen das alles kritisieren, aber Fakten sollten Sie schon wahrnehmen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Dr. Ulrich Noll)

In der Bildungspolitik reden manche immer von einer „Baustelle“. Eigentlich ist das nicht schön, sondern da gilt wie für die Kirche – der Herr Pfarrer möge es mir verzeihen –: Schola semper reformanda est; der Reformprozess muss immer aus sich heraus weiter vorangehen. Wir sind gut beraten, diese Möglichkeiten jetzt nicht schlechtzureden, wie in der Vergangenheit immer alles schlechtgeredet wurde, sondern das, was an Möglichkeiten da ist, gemeinsam zu befördern.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sagen Sie einmal etwas zu Mappus! Komm! Wir sind fantasiegebildet!)

Leider habe ich jetzt nicht mehr die Möglichkeit, über das Thema „Frühkindliche Bildung“ zu reden. Aber ich darf schon noch einmal darauf hinweisen: Ein bisschen dürfen wir auch stolz sein, dass wir damals gesagt haben: Die Zuständigkeit für den Kindergarten soll aus dem Sozialministerium genommen und dem Bildungsministerium zugeordnet werden. Das haben wir gemacht.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wer ist „wir“?)

Warum denn? Weil das das Signal war, dass der Kindergarten eine wichtige Bildungsstätte ist.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Natürlich beginnt Bildung weit vor dem Schuleintritt. Natürlich beginnt Bildung, wie der Ministerpräsident gesagt hat, ab dem ersten Lebensjahr. Vielleicht überrascht es Sie, wenn ich sage: Sie beginnt noch früher, und zwar bei der Elternbildung. Und auch da machen wir etwas. Wir könnten eine Stunde lang darüber diskutieren,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh nein! – Abg. Norbert Zeller SPD: Noch ein Schlusswort zu Mappus!)

über was wir im Hinblick auf die Umschichtung des Landeserziehungsgeldes zehn Jahre lang diskutiert haben und was wir jetzt plötzlich hinbekommen haben. Auch das mag nicht allen reichen. Aber ich glaube, das sind wichtige und gute Ansätze, bei denen man immer sagen kann: Immer noch nicht genug. Das dürfen Sie sagen. Ich sage: Es ist mehr, als ich noch vor wenigen Wochen erhofft habe. Deswegen freue ich mich mit allen Beteiligten zusammen, die Möglichkeiten und Chancen dieses Konzepts zu nutzen, anstatt herumzumäkeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: „Herumzumäkeln“!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich danke eingangs auch im Namen des Kollegen Helmut Rau den Regierungsfractionen, ihren bildungspolitischen Sprechern und den beiden Fraktionsvorsitzenden Mappus und Noll für die Unterstützung bei der Erarbeitung und auch bei der Umsetzung unserer Bildungs offensive. Dies kann ich von den Kollegen Kretschmann und Schmiedel eher nicht sagen.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Wenn Sie sagen, man solle Schule nicht schönreden, haben Sie recht. Aber ich glaube, sie etwas differenzierter zu sehen, würde auch Ihnen gut zu Gesicht stehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Beim Kollegen Kretschmann kommt das Wort „Katastrophe“ immer häufiger vor.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er meint seine Partei! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn man von sich auf andere schließt!)

Bei Ihnen beiden kam fast eine Art Weltuntergangsstimmung auf.

(Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Hätten wir mehr als zwei Sitzungstage im Monat, könnte man bei Ihren Reden im Landtag von Baden-Württemberg fast depressiv werden.

(Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Kollege Kretschmann, nach Ihrem Sechzigsten wäre etwas mehr Altersmilde gegenüber allen Beteiligten angesagt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auf einige Punkte will ich noch in der Sache reagieren. Da wird – nicht zum ersten Mal – behauptet, dass die Sprachstandsdiagnose 80 Millionen € im Jahr kosten würde. Das ist eine Behauptung von Herrn Kretschmann.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

– Nein, er sagt, die Sprachstandsdiagnose würde 80 Millionen € kosten. – Da liegt er falsch. Sagen Sie es ihm. Er muss endlich einmal lernen. Ich sehe nicht ein, dass ein Mann der ersten Reihe solche falschen Zahlen vertritt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: Die Roten haben mit Zahlen ein Problem!)

Wir haben etwa 100 000 Kinder pro Jahrgang. Davon werden etwa 30 000 diagnostiziert, weil sie vielleicht auffällig sind. Wir geben bei 30 000 Kindern für die Diagnose etwa 70 € pro Kind aus. Das macht 2,1 Millionen €, und die haben wir finanziert. 80 Millionen € würden für die Diagnose 2 700 € pro Kind bedeuten. Diesen „Diagnosemillionär“ will ich einmal sehen.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Kollege Kretschmann, diese Zahl ist falsch. Die können Sie im Protokoll vielleicht noch korrigieren, spätestens bei der nächsten Rede.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Nach der Rede, die Sie jetzt hier halten, kann ich ja nicht mehr korrigieren! – Heiterkeit)

– Jedenfalls wäre das für jede weitere Rede die falsche Zahl.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Zweitens sagen Sie, wir gäben den Schwarzen Peter an die Kommunen, obwohl man 700 Schulen bzw. Standorte von Hauptschulen schließen müsse. Auch das ist falsch. Wir geben den Kommunen ein Mitentscheidungsrecht, das von ihnen erbeten worden war. Ein Schwarzer Peter sieht anders aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Es geht primär um die Hauptschulen im ländlichen Raum, in Gemeinden und nicht in großen Städten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD spricht mit Abg. Walter Heiler SPD. – Zuruf von der CDU: Sie rechnen gerade! – Heiterkeit – Abg. Karl Zimmermann CDU: Da nützt auch eine zehnjährige gemeinsame Schule nichts! – Lebhaftige Heiterkeit)

Herr Kehle, der Präsident des Gemeindetags – denn es geht zuallererst um die Hauptschulen im ländlichen Raum –, hat ausdrücklich gesagt, dass er dieses Konzept unterstützt und eine Taskforce einrichten wird, damit die Umsetzung durch Berater des Gemeindetags vor Ort freiwillig entlang der Anreize und Möglichkeiten des Landes geschieht.

Ein Beispiel dafür sei mir erlaubt: Wenn irgendwo im ländlichen Raum in einer gewissen Entfernung drei Hauptschulen sind und alle drei derzeit einzügig sind – die eine hat 80 Kinder, die andere 70 und die dritte 60; das haben wir im ländlichen Raum überall –, dann sind das zusammen 210 Kinder. Für keines dieser Kinder wird in der Hauptschule der mittlere Abschluss erreichbar sein. Wenn allerdings diese drei Gemeinden oder Ortschaften in einen Schulverbund gehen und unter einem Dach eine Schule betreiben – gern mit zwei oder drei Standorten – –

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Theresia Bauer GRÜNE spricht mit Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE.)

– Schon wieder werden Sie gestört, Kollege Kretschmann! Ihre Frauenquote wird langsam etwas schwierig für einen Dialog.

(Heiterkeit – Abg. Claus Schmiedel SPD: Einen kleinen Moment noch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir sind ganz Ohr! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir haben Zeit! – Unruhe)

Wenn für diese 210 Kinder in einem Landkreis derzeit in ihren Heimatgemeinden der mittlere Abschluss nicht angeboten werden kann, kommt unser Angebot. Wir bieten eine zweizügige Schule an und damit eine richtige Klassengröße, eine Optimierung des Einsatzes der Lehrer. Für jeden, der an den zwei oder drei Standorten in diese Werkrealschule geht, besteht die Option auf einen mittleren Abschluss, für alle auf einen Schulabschluss und für die Begabten auf einen mittleren Abschluss, gleichwertig zur Realschule.

Dann werden Lehrerressourcen frei. Diese lassen wir zu einem guten Teil in der Schule – Stichworte Ganztagsangebot, Qualitätssteigerung –, wir geben ihnen einen zweiten Teil des Budgets für Sachmittel, die der Rektor vergeben kann, die der Schulträger vergeben kann, und einen Teil holen wir in den

allgemeinen Bildungshaushalt zurück. Genau darum geht es.

(Zuruf von der SPD)

– Warten Sie einmal ab; Sie werden staunen. Wir melden Ihnen ab sofort täglich die Schulstandorte, die bereit sind, darauf einzugehen. Das ist kein Schwarzer Peter, sondern eine Chance

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eine Chance ohne Ende!)

von Schwarz, Gelb und Blau, von CDU und FDP/DVP. Sie werden gar nicht so viel Sprit in Ihrem Tank haben, um überall dort hinfahren zu können, wo dieses Angebot nicht als Schwarzer Peter zurückgewiesen, sondern als Beitrag zur Qualitätssteigerung im Land Baden-Württemberg angenommen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der dritte Punkt ist die Frage der Trägerschaft.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das rettet die Hauptschule auch nicht! Das werden Sie sehen! Das ist eine irrige Annahme! – Abg. Alfred Winkler SPD: Schöne heile Welt!)

– Baden-Württemberg, oder?

(Beifall bei der CDU)

Es geht um die grundlegende Frage, die heute zu Recht ein Schwerpunkt ist, nämlich um die Frage: Wer ist wofür Träger?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Schauen Sie sich einmal an, was andere Länder machen!)

Brauchen wir die staatliche Schule? Was machen die Kommunen? Was ist Sache des Landes und was der Gemeinde vor Ort? Diese Frage ist spannend. Der Städtetag Baden-Württemberg hat noch vor wenigen Jahren eine ganz klare Trennung vorgeschlagen. Der Städtetag, der in diesen Tagen gern Noten vergibt, hat vorgeschlagen: null bis sechs Jahre volle Verantwortung der Kommunen, ab dem sechsten Lebensjahr Schule unter Einbeziehung von Sozialarbeit, volle staatliche Verantwortung. Das war der Vorschlag des Städtetags.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Den haben Sie aber nicht angenommen!)

– Weil er falsch war. Er war falsch; deswegen haben wir ihn abgelehnt. Man wird aber den Städtetag doch daran erinnern dürfen. Der Vorschlag liegt keine zehn Jahre zurück; er liegt nicht einmal fünf Jahre zurück.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber Sie haben ihn doch abgelehnt! – Zurufe der Abg. Norbert Zeller und Peter Hofelich SPD)

Es ist richtig, dass das Land neben dem Bund und stärker als der Bund in die Kinderkrippenförderung geht und den Kindergarten mit der Grundschule vernetzt, weil man Bildung nicht abspalten kann. Bildung beginnt im ersten Jahr, Erziehung und Betreuung ebenso.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

(Abg. Norbert Zeller SPD: Bildung beginnt mit der Geburt! – Abg. Alfred Winkler SPD: Das merken Sie erst jetzt? Das haben wir schon länger gewusst!)

Deshalb glauben wir, dass der Kindergarten und die Kinderkrippe zu Recht Sache der – –

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE spricht mit Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE. – Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Sollen wir für eine Beratungsstunde für Herrn Kretschmann unterbrechen? – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Bringe ich Sie so aus dem Konzept?)

Deshalb glauben wir, dass der Kindergarten und die Kinderkrippe zu Recht in der Trägerschaft der Kommune, der Kirche und der freien Träger vor Ort sind, das Land aber in der fachlichen Begleitung und der Förderung namhaft hinzukommt. Umgekehrt glaube ich, dass ein Lehrplan für die Schule, ein Unterrichtsplan, die Ausbildung der Lehrer und deren Einstellung zu Recht Landesangelegenheiten sind und die kommunale Trägerschaft vor Ort eine ergänzende Regelungsfunktion hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir lehnen die volle Kommunalisierung ab. Eine Partei wie die SPD, die im Deutschen Bundestag so viele Lehrer sitzen hat, dürfte übrigens im Grunde genommen nur gute Bildungspolitik machen. Die Entwicklung geht aber dahin, dass die Bundesebene das Thema Bildung generell an sich ziehen will.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch Ihre Frau Schavan!)

– Mag sein. Irgendetwas ist falsch. – Ich glaube, dass Eltern und Kinder in Zeiten der Mobilität zumindest in einem Flächenland den Ort – den Arbeitsort, den Wohnort – wechseln können sollen, ohne in unterschiedliche Strukturen und Inhalte zu kommen; denn dies ist ein Nachteil. Deswegen muss klar sein: Solange die CDU und die FDP/DVP in Baden-Württemberg regieren,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist noch lange! – Gegenruf des Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist nicht mehr lange!)

ist Schule, ist Bildung zuallererst eine Landesangelegenheit, staatliche Kompetenz in enger Partnerschaft mit den Trägern vor Ort.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt wird gesagt, man solle alle Lehrer vor Ort einstellen. Wir haben diese Entwicklung bewusst ausgebaut. Aber ich lege Wert auf die Feststellung: Wenn man über alle Planstellen und alle Lehrer vor Ort entscheidet, dann geht nie eine ausreichende Zahl von Lehrern aus Heidelberg oder aus Freiburg dorthin, wo die Kinder sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wo sie gebraucht werden!)

Wer den ländlichen Raum nicht nur mit Krokodilstränen, sondern ernsthaft im Auge hat,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Heckenbeerenfest!)

muss sehen, dass wir die Lehrer zu den Kindern bringen müssen und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jawohl, das ist der richtige Weg!)

Wenn sich dann auf eine Stelle in Heidelberg oder Freiburg 100 Lehrer bewerben würden und auf eine Stelle in Blaufelden oder im Hochschwarzwald keiner, dann wäre dies kein gutes Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Das wissen auch Sie. Wir müssen überall gute Lehrer haben. Es kann nicht sein, dass die Besten in die Hochschulstadt gehen und die Schlechteren ins ländliche Feld.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Was ist denn das für eine Diskussion?)

Deswegen muss klar sein – –

(Abg. Norbert Zeller SPD: Was soll das? – Abg. Hans Heinz CDU: Herr Zeller begreift das nicht!)

– Nein, dies wäre die Kommunalisierung der Lehrer und der Schulen. Ich erwähne das in Erwiderung auf den Kollegen Schmiedel. Wir halten daran fest, dass wir auch in Zukunft für eine gleichwertige Bildung

(Abg. Norbert Zeller SPD: Wer hat das gefordert? – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

in ganz Baden-Württemberg, in Stadt und Land, verantwortlich sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Fensterrede!)

Die andere Forderung, die oft erhoben wird, ist: Die Schulleiterentscheidung solle allein vor Ort stattfinden. Auch dazu meine Erfahrung. Ich lege großen Wert darauf, dass Lehrer im Laufe ihrer Karriere auch wechseln

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jawohl!)

und nicht 35 Jahre lang nur unter einem Dach sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Geboren und gestorben im gleichen Ort!)

Es geht um Mobilität. Auch in unterschiedlichen Kollegien kann man Erfahrungen gewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen kann der Lehrer aus der Schule selbst, der sich um eine offene Schulleiterstelle bewirbt, zwar der Richtige sein; er ist es aber nicht zwangsläufig. Machen wir uns nichts vor: Ein Kollegium von Lehrern und Eltern wählt im Regelfall doch eher jemanden aus, der sich aus der Mitte der Schule bewirbt, weil man ihn kennt und mag, andere Bewerber aber weniger kennt. Objektivität ist da, glaube ich, nur dann vorhanden

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

den, wenn der Staat, der Dienstherr, die Aufsicht die letzte Entscheidung über den Schulleiter trifft

(Abg. Norbert Zeller SPD: Dann müsste man die Wahl von Dezernenten in den Kommunen abschaffen, ginge es nach Ihrer Logik!)

und diese Entscheidung nicht unbedingt allein und entscheidend durch die Kollegien und Gremien vor Ort getroffen wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Nach welchen Kriterien?)

– Durch objektive und gerechte Kriterien.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Ach was! Komm! Da haben wir Beispiele! Wer am pflegeleichtesten ist!)

Schule bleibt also Landesangelegenheit, staatliche Pflichtaufgabe und die wichtigste Investition. Die Kommunen und freien Träger kommen als gleichberechtigte Partner hinzu.

Sie, Herr Kollege Schmiedel, haben Frau Staab erwähnt, die ich schätze, ebenso wie ihr Gremium insgesamt. Auf allen Ebenen ist mir die Elternverantwortung wichtig. Dass Eltern toll sind, stimmt. Aber Eltern sind toll, weil sie in Baden-Württemberg leben, und nicht, obwohl sie hier zu Hause sind. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist ja eine Annaßung!)

Denn diese Eltern, die in Baden-Württemberg Elternarbeit leisten, waren einmal Schüler in Baden-Württemberg, sind Arbeitnehmer in Baden-Württemberg, sind Staatsbürger und Demokraten. Diese Eltern haben letztendlich auch mehrheitlich CDU und FDP/DVP gewählt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Christine Rudolf SPD: Wie demokratisch sind Sie denn? – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

An der Schule ist es wie im sonstigen Leben: Die Wahrheit ist sehr differenziert. Eine große Mehrheit der Mütter und Väter kommen ihrer Verantwortung und ihren Pflichten aus Neigung nach, weil sie das wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Aber eine Minderheit der Eltern – auch dies gehört zur ganzen Wahrheit;

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

deswegen wird Elternbildung, Familienbildung und Elternverantwortung immer wichtiger – kommen ihrer Aufgabe, Kinder fürsorglich, mit Liebe und Kompetenz zu erziehen, nicht genügend nach. Auch dies gehört zur Gesamtaussage. „Die Eltern sind toll“, das stimmt für die meisten. Aber ich lege nicht für jeden Vater und jede Mutter eine Garantie ein.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das stimmt! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Auch nicht für jeden Lehrer! – Abg. Norbert Zeller SPD: Deswegen muss der Staat ja dafür sorgen, dass die Eltern gefördert werden! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Umgekehrt: Wenn gesagt wird, das Schulsystem sei falsch, und es dürfe nicht vom Zufall abhängen, ob ein Kind in eine gute oder schlechte Klasse komme, und es gebe völlig ungeeignete Lehrkräfte, dann glaube ich, dass man nicht von einigen wenigen auf die Mehrzahl schließen darf. Die Mehrzahl unserer Lehrer machen einen tollen Job, sind engagiert und motiviert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Vielen Dank! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Unsere Kinder, unsere Lehrer, unsere Schulen, unsere Eltern sind gut, und auch die Politik in Baden-Württemberg.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die SPD fühlt sich nicht angesprochen! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Wir müssen keine Banalitäten beklatschen!)

Aber nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Deswegen arbeiten wir sensibel und aufmerksam daran, dass durch noch bessere Bildungspolitik in Zukunft eine noch bessere Perspektive für Kinder und Lehrer in Baden-Württemberg geboten wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Abg. Schmiedel, das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nichts liegt uns ferner, als Ihnen Depressionen bereiten zu wollen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gott sei Dank! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da wird man nämlich leicht aggressiv!)

Vielmehr wollten wir Sie ermuntern, einen differenzierten Blick auf die Realität unserer Schulen, wie Sie ihn selbst anmahnen, zu werfen. Der differenzierte Blick zeigt, dass der Schulerfolg ganz wesentlich von der Mitarbeit der Eltern abhängt.

Da wir jetzt ein bisschen Zeit haben, erzähle ich Ihnen einfach einmal etwas als ein Vater, der mit vier Kindern im öffentlichen Schulsystem erlebt, wie das geht. Wenn Sie zuhören, Herr Oettinger, dann möchte ich Ihnen das einmal an einem Beispiel veranschaulichen.

(Abg. Reinhold Gall SPD zu Ministerpräsident Günther Oettinger: Hören Sie zu! Ratschläge von außen!)

Bei einem Elternabend der fünften Klasse sagte die Englischlehrerin: „Ich wollte in diesem Schuljahr gar kein Englisch

(Claus Schmiedel)

unterrichten. Mir fehlt eine Stunde. Angeblich haben die Schüler in den vier Grundschulklassen alle Englisch gehabt, haben sie aber nicht.“ – In Klammern: Sie hat recht. Paula hatte nie eine Stunde Englisch. – „Deshalb muss ich schneller durch den Unterricht. Deshalb müssen Sie zu Hause üben. Aber dazu haben Sie ja auch Karteikarten, mit denen die Kinder üben können.“

(Zuruf des Abg. Jörg Döpper CDU)

Dann meldete sich eine Mutter und sagte: „Ich habe gemerkt, meine Tochter hat das englische Wort falsch auf die Karteikarte geschrieben.“ Darauf die Lehrerin: „Das ist der GAU, das ist der Super-GAU. Das müssen Sie korrigieren. Sie müssen übrigens auch die Hefte kontrollieren. 30 Hefte kann ich nicht kontrollieren.“

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Nächste Mutter: „Ich würde gern kontrollieren. Aber leider kann ich kein Wort Englisch.“ Da sehen Sie das Dilemma: Es geht nicht darum, dass einige Eltern nicht wollen, sondern darum, dass einige Eltern gar nicht zu Hause das machen können, was eigentlich in der Schule erledigt werden sollte.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Diese Realität sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Dann kämen Sie zu einem anderen Blick auf die Ganztagschule, zu einem anderen Blick dafür, was notwendig ist.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Natürlich gibt es auch Hauptschulen, an denen es funktioniert.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Aber he! – Abg. Volker Schebesta CDU: Ehrlich? Na sag einmal! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Natürlich. Ich war auch in Walddorfhäslach.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es ist ja noch gar nicht Weihnachten, und doch machen Sie eine solche Aussage!)

Die dortige einzügige Hauptschule mit 15 Schülern in der neunten Klasse wurde prämiert. Es funktioniert. Aber das ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Das ist die Schule, die jetzt Angst um ihr Weiterbestehen haben muss. Es ist die Schule, die trotz der guten Erfolge beim Übergang in den Beruf dringend danach verlangt, einen vollwertigen mittleren Bildungsabschluss anbieten zu können. Glauben Sie doch nicht, dass das Heil im Werkrealschulabschluss liegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

30 % aller Hauptschulen in Baden-Württemberg bieten bereits den Werkrealschulabschluss an. 30 %! Aber nur jeder Siebte, der auf eine Hauptschule geht, macht diesen Abschluss. Ich verstehe überhaupt nicht, wie Sie darauf setzen können: „Jetzt kriegen die, wenn sie zusammengehen, alle das Etikett ‚Werkrealschule‘, und dann ist unser Problem beim Übergang von der Schule in den Beruf erledigt.“ Das ist es nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein! Plus individuellere Förderung!)

Herr Noll, ich hätte erwartet, dass jetzt, nachdem wir von Herrn Rau nie etwas dazu hören,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist jetzt unfair!)

der Herr Ministerpräsident einmal konkretisiert, was Sie als Plan hier an die Wand werfen, indem Sie sagen: „Wir sind uns einig. Wir haben etwas erreicht. Es war ein langer Weg. Es ist ein Durchbruch. Aber es ist immer noch eine Baustelle.“

Ich möchte einmal eine Antwort auf die Frage hören: Ist es jetzt möglich, dass die Schüler länger gemeinsam lernen, oder nicht? Wird es genehmigt – ja oder nein?

(Beifall bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Das ist doch bisher alles abgelehnt worden! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jetzt muss erst gebaut werden!)

Sie sagen immer Ja, und er sagt immer Nein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Noll, alle Anträge sind bisher abgelehnt worden! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Natürlich, Herr Ministerpräsident, ist es gut und richtig, dass der Klassenteiler gesenkt wird. Das haben wir auch lange genug beantragt. Übrigens hat Herr Rau dies vor wenigen Monaten noch abgelehnt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Herr Schebesta hat das selbst auch abgelehnt! Wir haben die Senkung des Klassenteilers beantragt! Das wurde abgelehnt!)

Jetzt hat der Ministerpräsident ein Machtwort gesprochen und hat gesagt: „Der Klassenteiler wird gesenkt; Herr Rau setzt dies um.“ Das ist okay. Es ist auch in Ordnung, dass die Schulleiter entlastet werden. Aber an die eigentlichen Baustellen, an die eigentlichen Schwächen in unserem Bildungssystem, nämlich dass es von Grund auf an einer Vorbereitung auf die Schule fehlt, um wirklich allen die gleichen Startchancen zu geben,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da sind wir auch einig!)

gehen Sie nicht heran. Sie verschließen sich doch den Forderungen, insbesondere in den größeren Städten die Grundschulen so auszustatten, dass sie ihrer wichtigen Integrationsaufgabe gerecht werden können,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Alles abgelehnt!)

damit wir den Schülern eine Chance bieten, länger gemeinsam miteinander zu lernen

(Zuruf von der SPD: Abgelehnt!)

und individuell gefördert zu werden.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das tun wir doch in der Grundschule!)

(Claus Schmiedel)

Stattdessen pressen Sie sie gleichmacherisch in Schablonen und verteilen sie auf unterschiedliche Schulen. Sie stellen sich nicht dem Problem, dass die Eltern belastet werden. Sie haben kein Wort über den nach wie vor massiven Unterrichtsausfall in allen Schularten, den wir haben, verloren. Auch Sie, Herr Rau, bekommen doch die entsprechenden Briefe ins Ministerium – wir bekommen die Durchschläge. Dort steht, dass über Monate hinweg massiv Unterricht ausfällt und es keine Chance gibt, dagegenzuhalten.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Deswegen mehr Mittel in das System!)

All das wird nicht erwähnt. Die Senkung des Klassenteilers ist gut, die Entlastung der Schulleiter ist gut, und vielleicht sind auch noch zwei, drei andere Punkte gut.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Autonomie ist gut, oder?)

Aber warum wenden Sie nicht endlich einmal objektiv den Blick darauf, unser Bildungssystem zukunftsorientiert und sicher zu machen, die Eltern zu entlasten, den Kindern gleiche Chancen zu geben und den Übergang von der Schule in den Beruf so zu glätten, dass wir nicht 20 % eines Jahrgangs ohne berufliche Perspektiven ins Leben entlassen müssen?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Sie haben sich über weite Strecken hinweg mit einem Städtetag unterhalten, der gar nicht da war.

(Zuruf von der CDU: Der war doch da! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Sie haben gesagt, weshalb Sie einen Vorschlag des Städtetags nach Kommunalisierung ablehnen, und Sie haben gesagt, weshalb Sie nicht für die kommunale Anstellung von Lehrern sind. Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Was spricht eigentlich dagegen, sich nicht immer aus der Ferne zu unterhalten, sondern das Angebot des Städtetags anzunehmen? Was spricht dagegen, die Landesregierung, die im Landtag vertretenen Fraktionen, die Eltern, Lehrer und Schulträger an einen runden Tisch zu versammeln und ihnen Gelegenheit zu geben, einmal ein paar verlässliche Leitplanken zu setzen,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: So ein Quatsch! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir brauchen 20 Jahre, wenn Sie unsere Vorschläge nicht aufnehmen! Das ist doch klar! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir reden doch mit vielen Menschen! Es wird mehr möglich!)

damit sich die Schulträger auf eine Entwicklung verlassen können, die Sie dann auch tatsächlich einschlagen?

Wenn man Herrn Noll zuhört, dann ist alles möglich. Wenn man jedoch die Realität betrachtet, wird alles abgelehnt. Weil jedoch Veränderung notwendig ist, werden Sie die Diskussion nicht loswerden – trotz Senkung des Klassenteilers, trotz Entlastung der Schulleiter und trotz Verbesserungen in einzelnen Bereichen; denn Sie haben den Blick auf die Gesamtsystematik nicht. Wenn Sie Frau Staab wirklich schätzen, sollten Sie deren Vorschläge auch einmal annehmen.

Dieser Bildungsoffensive fehlt die Richtung, und deshalb wird ihr der durchschlagende Erfolg versagt bleiben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Ebenfalls nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion GRÜNE, Herrn Abg. Kretschmann, das Wort.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ohne Souffleur und Souffleuse!)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es freut mich, dass ihr alle so fehlerlos seid.

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn es denn nur so wäre!)

Herr Mappus, jetzt komme ich zuerst einmal zu Ihrem groben Foul.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ich? – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir wünschen uns nur ein bisschen Gnade bei der Betrachtung!)

Das, was Sie gemacht haben, war jenseits aller Fairness.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Warum denn das?)

Wir haben 2006 einen Bildungspakt vorgestellt, der so aussieht, dass wir über die nächsten Jahre hinweg mehr Lehrer einstellen müssen –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jetzt kommt wieder Vergangenheit!)

es waren wohlgeerntet 7 000 Lehrerstellen. Die haben wir im Bildungspakt gegenfinanziert; denn der Rückgang der Lehrerschaft

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Der Schülerzahlen!)

– ich meine die Lehrerschaft bezogen auf die bestehende Schüler-Lehrer-Relation – wird weit darüber hinausgehen und ca. 15 000 Lehrerstellen bis zum Jahr 2016 betreffen. Diese werden – das haben wir in der Tat gesagt – dann gestrichen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Was ist jetzt unfair?)

Aber wenn Sie jetzt den ersten Teil dieser Botschaft, nämlich dass wir 7 000 Lehrer einstellen wollen, weglassen und nur vom zweiten Teil reden – davon, wo wir dann streichen –, dann hat das mit einer fairen Auseinandersetzung nichts zu tun.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: 7 000 Professoren, nicht Lehrer! Ich übersetze es Ihnen einmal!)

Herr Ministerpräsident, ich fand eigentlich, in meinem Beitrag war die Altersmilde schon zu spüren.

(Winfried Kretschmann)

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Hans Heinz CDU: Aber Sie waren zu erregt!)

Sie sind ja erheblich jünger als ich, aber Sie müssen natürlich sehen: Wenn man mit über 60 Jahren eine Führungsposition innehat, dann muss man schon zeigen, dass das Feuer der politischen Leidenschaft noch in einem brennt.

(Abg. Hans Heinz CDU: Deswegen! Ach so!)

Die Konkurrenz ist groß und schläft nicht.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Das ist mir nun einmal so eigen. Wenn dieses Feuer der Leidenschaft nicht mehr in mir brennt, dann – da können Sie versichert sein – werde ich aufhören.

(Zurufe von der CDU)

Etwas war die Altersmilde aber schon dabei. Wenn diese nicht dabei gewesen wäre, hätte ich ganz anders vom Leder gezogen; das sage ich Ihnen.

(Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU)

Nun habe ich einen Fehler gemacht. Darauf haben Sie sich ja jetzt eingeschossen und so getan, als hätte ich da nur Blödsinn erzählt. Ich habe einen Fehler gemacht: 80 Millionen € kostet natürlich nicht nur die Sprachstandsdiagnose, sondern das kosten Sprachstandsdiagnose und -förderung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Flächendeckende Förderung! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist auch zu hoch, viel zu hoch! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt auch nicht! Das stimmt gar nicht!)

Das hat der Städtetag so dargelegt,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Nein!)

und jetzt müssen Sie sich nicht wegen dieses Fehlers aufregen. Denn diese 80 Millionen € stellen Sie auf jeden Fall nicht ein. Das wäre aber das Entscheidende für eine gute Sprachstandsdiagnose und -förderung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Weil wir gar keine 80 Millionen € brauchen! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die 80 Millionen € machen es nicht richtiger! Die Zahl ist einfach falsch! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Pause! Nachdenken!)

Wir haben Ihnen schon längst klar gesagt, dass wir von diesen externen Sprachstandsdiagnosen ohnehin nichts halten, dass das im Kindergarten selbst geschehen soll

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

und die Erzieherinnen dazu durch Aus- und Fortbildung befähigt werden müssen, damit sie das selbst im Kindergarten machen können. Das ist der einzig richtige Weg, und der muss beschritten werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Noll?

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ja, bitte.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Kollege Kretschmann, ist Ihnen bekannt, dass die Qualifizierung der Erzieherinnen in der Sprachförderung natürlich integrierter Teil des Orientierungsplans ist

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ohne Finanzierung!)

– das ist natürlich finanziert –

(Abg. Christine Rudolf SPD: Nein! Seit wann? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da ist nicht einmal 1 €!)

und man nicht immer so tun sollte, als gäbe es nur diese spezielle Gruppenförderung? Das ist integrierter Bestandteil des Orientierungsplans.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Genau da hinein sollen die Mittel fließen

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das tun sie auch! – Zurufe – Unruhe)

und nicht in das Projekt „Schulreifes Kind“. Das fordern wir hier schon seit einigen Jahren. Ich möchte mich jetzt aber hier nicht in Details verlieren.

Nun stellt sich noch einmal die Frage: Warum verwenden wir eigentlich den Begriff „Gesamtschule“ nicht? Herr Kollege Mappus, wir tun das deshalb nicht, weil unsere Basisschule oder Gemeinschaftsschule mit diesen alten Schulmodellen von vor 30 Jahren überhaupt nichts zu tun hat

(Beifall bei den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ist es!)

und weil sich seit dieser Zeit in der gesamten wissenschaftlichen Forschung und dem, was daraus pädagogisch folgt, sehr viel getan hat, was Sie leider überhaupt nicht mitbekommen haben. Das ist Ihr Problem. Wir haben heute das Glück, dass z. B. die Hirnforschung uns sehr wertvolle Erkenntnisse für die Lernforschung bietet; das gab es vorher nicht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist richtig! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Aus all dem, was da von der Wissenschaft kommt – nicht von uns –, entsteht unser Konzept des individuellen Förderns.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

Wir sind sicher, dass längeres gemeinsames Lernen

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Beides ist möglich!)

der richtige Weg ist, um dieses Ziel zu erreichen. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und beides wird möglich!)

(Winfried Kretschmann)

Damit das nicht mit diesen Uraltkonzepten der Gesamtschule, die nicht funktioniert haben, verwechselt wird, verwenden wir diesen Begriff nicht. So einfach ist das.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

All die Differenzen bei der Frage, wie Schulpolitik, wie die Schule der Zukunft eigentlich aussehen soll, kann man an dem ausmachen, was Sie, Herr Ministerpräsident, über die Schulleiter gesagt haben. Wir wollen in der Zukunft eine Schule, die die Schulgemeinschaft zusammen mit der Kommune vor Ort organisiert. Das ist unserer Ansicht nach die Schule der Zukunft. Das ist auch die Praxis im Land.

Ich finde, Kollege Schmiedel hat in einer sehr originellen Weise noch einmal klargemacht, dass alle Schulmodelle, die freie Träger anbieten wollen, genehmigt werden müssen. Das sind alles engagierte Menschen, die eine neue Schule machen wollen. Das kann man nur begrüßen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Eine solche Schule ist in eine Schulgemeinschaft und in die örtlichen Verhältnisse eingebettet. Da herrscht eine enge Erziehungspartnerschaft zwischen Lehrerschaft und Elternschaft. Das macht die Attraktivität dieser Schulen aus. Darum können sich alle diese Schulen, z. B. die Waldorfschulen, des Andrangs überhaupt nicht erwehren. Dabei muss man immer noch berücksichtigen, Herr Ministerpräsident, dass die Elternschaft für diese Schulen zusätzlich Schulgeld bezahlen muss.

Kollege Schmiedel hat nun sehr richtig dargelegt, dass natürlich auch andere Schulträger dies wollen, nicht nur die freien Träger. Es wollen z. B. auch Kommunen – zusammen mit den Gemeinderäten, mit engagierten Bürgermeistern, mit engagierten Schulleitern und mit einer engagierten Schulgemeinschaft – ganz genau dasselbe, und sei es auch aus dem Motiv heraus, die Schule am Ort zu halten.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Dieses Motiv ist absolut ehrenwert. Dahinter steht nämlich der Gedanke, dass nur solche Schulen, die in den Sozialräumen eines Quartiers oder eines Dorfes verankert sind, das erfüllen, was wir von ihnen erwarten, nämlich dass alle Kinder so gefördert werden, wie es ihrer Begabung und ihrem Leistungswillen entspricht. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ihr Modell, nach wie vor die Schulleiter von oben zu bestimmen, zeigt die ganze Differenz zwischen Ihnen und uns in der Frage, wie Schule auszusehen hat.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Ja! Genau!)

Sie wollen, dass der Staat weiterhin im Wesentlichen alles bestimmt. Die anderen sollen das ausführen. Die Schulträger, die Elternschaft, die Lehrerschaft und die Schulleiter sind mehr oder weniger die Befehlsempfänger Ihrer Konzepte.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Ein Misstrauen ist das!)

Wir glauben, dass wir davon in der Zukunft Abstand gewinnen müssen. Solche Schulen werden in Zukunft kleine Gemeinwesen sein, die sich weitgehend selbst gestalten.

Bei den Hochschulen haben wir dies übrigens erfolgreich gemacht, wenn ich das einmal als Nebensatz sagen darf.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Oh!)

Genau so wird sich auch unsere Schullandschaft entwickeln. Da liegen in der Tat offensichtlich die Kerndifferenzen vor. Dass Sie die Schulen nicht aus dem Klammergriff eines staatlichen Obrigkeitsdenkens entlassen wollen

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Oh!)

und dass Sie kein Vertrauen haben, dass die Leute das vor Ort verantwortlich selbst gestalten können, ist das Entscheidende.

(Beifall des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Sie machen dann ein paar populistische Sprüche, z. B.: Alle Eltern sind toll!

(Abg. Volker Schebesta CDU: Stimmt! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: War das populistisch? – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Aber dass die Eltern zusammen mit den Schulträgern und der Lehrerschaft die Sache selbst in die Hand nehmen, traut man ihnen natürlich nicht zu. Man traut ihnen nicht einmal zu, dass sie selbstverantwortlich Schulleiter bzw. Schulleiterinnen wählen können, die zur Schulgemeinschaft passen und von denen man ausgehen kann, dass sie die Schule voranbringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Sprüche von den tollen Eltern sind nur populistische Sprüche.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das stammt doch nicht von uns!)

Es gibt tolle Eltern, und es gibt schreckliche Eltern, die ihre Kinder sogar in Kühlschränke stecken.

Das ist doch alles ein dummes Geschwätz. Wir wissen, dass es heute Eltern gibt, die um ihre Kinder kämpfen, als seien das alle kleine Einsteins. Wir haben auf der anderen Seite leider aber auch Eltern, die sich zu wenig um ihre Kinder kümmern und ihnen nicht einmal ein Frühstück bereiten, bevor sie sie in die Schule schicken. Das ist alles Realität.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Auf diese Realität, die sehr unterschiedlich und differenziert ist, müssen wir reagieren, z. B. mit verbindlichen Ganztagsangeboten, die die Starken weiter stärken und die Schwächeren ebenfalls nach vorne bringen. Darum geht es. Es geht nicht um irgendwelche populistischen Äußerungen.

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Oettinger?

(Heiterkeit)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Bitte.

Präsident Peter Straub: Bitte schön.

Abg. Günther Oettinger CDU: Herr Kollege Kretschmann, Sie waren vorhin durch die Zahl, die Ihnen Kolleginnen souf-
fiierten, ein bisschen abgelenkt. Ich wollte Sie einfach fragen:
Ist Ihnen bewusst, dass ich nicht einfach so von „tollen El-
tern“ gesprochen habe, sondern ein Zitat gebracht habe? Ist
Ihnen klar, dass ich Frau Staab zitiert habe und Sie Ihren Vor-
wurf, das sei dummes Geschwätz, an ihre Adresse richten
müssten und nicht an mich?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Ul-
rich Noll FDP/DVP: Natürlich war es so! Er hat die
Zeitung sogar mitgebracht und den Artikel gezeigt!)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wir wollen uns jetzt
doch nicht darüber streiten,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das machen Sie aber!
– Heiterkeit)

wer das jetzt gesagt hat und ob Sie damit jemanden zitiert ha-
ben. Das tut doch alles überhaupt nichts zur Sache.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das stimmt! Das
tut alles nichts zur Sache!)

Wir haben sehr gemischte Elternschaften. Das ist genau un-
ser Problem, das Problem der baden-württembergischen Bil-
dungspolitik, dass der Bildungserfolg zu sehr von der Her-
kunft abhängt und nicht von Intelligenz, von Begabung und
von Leistungswillen. Das ist das Entscheidende. Darum geht
es.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt kommen wir noch einmal auf den Kernpunkt zurück.
Was fordern wir eigentlich? Wir fordern jetzt nicht einfach,
Herr Ministerpräsident, pauschal den Wechsel vom dreiglied-
rigen zu einem integrativen Schulsystem mit Basisschule, son-
dern wir wollen, dass Sie es dort, wo das von engagierten El-
tern, von der Lehrerschaft, von der Schulgemeinschaft und
der Kommune gewünscht wird, zulassen. Der Kollege Schmie-
del hat es schon gesagt – ich kann es nur wiederholen –: Wo-
vor haben Sie Angst, wenn es darum geht, das zu genehmi-
gen? Warum machen Sie das nicht? Welche Blockade herrscht
da bei Ihnen, dass Sie das nicht einfach zulassen?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Stimmt doch gar
nicht!)

Es gibt jetzt 60 solcher Anträge.

(Zurufe von der SPD: Alle abgelehnt!)

Warum lehnen Sie sie ab? Darauf bleiben Sie uns eine Ant-
wort schuldig. Warum können wir unsere Auffassung mit so
großer Souveränität vertreten? Warum genügt uns das eigent-
lich? Weil wir überzeugt sind,

(Zuruf von der CDU: Ich habe nicht gehört, dass Sie
souverän sind!)

dass solche Schulmodelle im Vergleich als Sieger hervorge-
hen, dass sie den Wettbewerb um die beste Schule gewinnen
werden. Davon sind wir einfach überzeugt. Wenn dies doch
nicht so wäre, würde uns die Wirklichkeit ja eines Besseren
belehren. Dann bräuchte man das nicht weiterzuverfolgen.

Warum blockieren Sie das? Warum lassen Sie das nicht zu?
Warum schurigeln Sie, wie der Kollege Mappus das in uner-
träglich Weise gemacht hat, Leute, die das fordern? Da sind
Sie uns die Antwort einfach schuldig geblieben.

Sie merken es doch selbst; Sie bekommen doch mit, wie die
Stimmung bei Ihnen ist. Sie unternehmen eine solche Kraft-
anstrengung und geben eine halbe Milliarde Euro an frischem
Geld ins Schulwesen, ohne dass eine Aufbruchstimmung ent-
steht. Jeder mäkelte nur herum.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist es! Genau!
– Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold
CDU: Nur weil Sie herummäkeln, mäkelte noch lan-
ge nicht jeder daran herum!)

Da müssten Sie doch merken, dass irgendetwas nicht stimmt.
Warum? Es ist im Kern eine Quantitäts- und keine Qualitätsof-
fensive. Sie trauen den Leuten nichts zu. Das ist einfach der
Punkt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie können sicher sein, Herr Ministerpräsident,

(Zuruf von der CDU: Es wird immer schlechter!)

solange ich Reden zu dieser Sache an diesem Pult halte, wer-
de ich das engagiert und mit Herzblut machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg.
Schebesta.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt wie-
der Sachlichkeit in die Diskussion!)

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte
Damen und Herren! Nach den Reden der Oppositionspoliti-
ker gehe ich fest davon aus und bin endgültig davon über-
zeugt, dass unsere Qualitätsoffensive Bildung ein Erfolg ist.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf von der SPD: Jahre-
lang alles ablehnen und jetzt plötzlich den großen
Zampano spielen! – Abg. Norbert Zeller SPD: Den
Klassenteiler zu senken haben Sie abgelehnt!)

Wenn Sie sich so wenig mit den einzelnen Maßnahmen aus-
einandersetzen und so schnell wieder bei der Schulstruktur-
debatte sind, kann das ja nur heißen, dass es an den Maßnah-
men nichts auszusetzen gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe – Un-
ruhe)

Meine Damen und Herren, Herr Kretschmann hat gerade eben
noch einmal gesagt, es gebe an dieser Qualitätsoffensive nur
Kritik. Jetzt will ich Ihnen zu diesem Thema aus einem Ma-
nuscript der Landesvorsitzenden der GEW, Frau Moritz, für
die Landespressekonferenz der GEW vom 17. Juli die ersten
beiden Sätze zitieren:

*Vor einer Woche hätte ich es noch nicht für möglich ge-
halten, dass die Landesregierung tatsächlich den Klassen-
teiler senkt. Dies ist ein ausdrücklich positiver Schritt.*

(Beifall bei der CDU)

(Volker Schebesta)

Das ist wohl das höchstmögliche Lob, das ein Lehrerverband in diesem Land einer Landesregierung zollen kann. Das kann ich bei allem Respekt, Herr Kretschmann, nicht unter Kritik verbuchen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie über das Thema Klassenteiler sprechen, eiern Sie sehr herum. Der „Schwarzwälder Bote“ zitiert Herrn Schmiedel noch am 4. Juli:

Die ... Senkung des Klassenteilers hält der SPD-Fraktionschef für ungeeignet, um besseren Unterricht zu gewährleisten.

(Zurufe von der CDU: Oi!)

Sie, Herr Kretschmann, haben vorhin gesagt: „Der Hauptschule hilft das nichts, ein Klassenteiler von 25 wäre aber besser. Nur: Die zusätzlichen Lehrer dafür gibt es nicht.“ Ja was denn nun? Strich drunter: Die Senkung des Klassenteilers ist richtig und positiv.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Wir haben das erreicht. Wir haben die Kraft dazu und finanzieren –

(Zuruf)

– Dann sagen Sie es doch einfach, und reden Sie nicht darum herum.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das sagte ich doch schon! Das langt doch!)

Aus einer Nummer, Herr Kretschmann, kommen Sie nicht mehr heraus: Das ist Ihr Bildungspakt. Das Bild, das Sie in die Höhe gehalten haben, habe ich auch dabei. Deshalb können wir es zusammen nachvollziehen. Mit der Qualitätsoffensive Bildung werden wir im Jahr 2012 rund 4 000 Lehrerdeputate zusätzlich ins System gebracht haben. Zu diesem Bild ist dargestellt, dass Sie zur Finanzierung des Bildungspakts 2012 bei zurückgehenden Schülerzahlen – die genaue Höhe können wir nur grob schätzen; diese Skala stellt nur Schritte von je 5 000 dar, aber wir werden uns über die genaue Zahl noch einig – 7 000 Stellen abbauen würden. Auf der anderen Seite hätten Sie bis dahin rund 7 000 Stellen geschaffen. Also steht für 2012 unter dem Strich: null.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein, ist gar nicht wahr!)

– 7 000 über dem Strich und 7 000 unter dem Strich machen in der Tabelle zusammen null. Schauen Sie sich doch Ihre Tabelle an. Nur: Bei den zusätzlichen Stellen sind 3 000 für die Hochschulen enthalten, die Sie dem System Schule entzogen hätten,

(Abg. Stefan Mappus CDU: So ist es! Genau das, was ich gesagt habe!)

also minus 3 000 gegenüber plus 4 000 aus unserer Rechnung. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Das zeigt, dass wir die Kraft dazu haben, positive Dinge in die Schulen zu tragen.

(Beifall bei der CDU)

Die Senkung des Klassenteilers – darüber sind wir uns, wenn wir uns heute Abend beim Parlamentarischen Abend unterhalten werden, sicherlich auch alle einig – ist eine richtige Maßnahme,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das bestreitet doch niemand!)

weil wir mit kleineren Klassen bessere Rahmenbedingungen dafür schaffen, ein noch stärkeres Gewicht auf die individuelle Förderung in unseren Schulen zu legen.

Wir fangen, was die individuelle Förderung angeht, nicht bei null an. Wir haben Bildungspläne, die dafür die Spielräume geben, in unserem Land erarbeitet. Wir hätten in unserem Land nicht die bundesweit niedrigste Zahl an Klassenwiederholern, wenn die Lehrerinnen und Lehrer nicht schon unter den Rahmenbedingungen, die wir ihnen bislang gegeben haben, diese Arbeit machen und die Schüler individuell fördern würden.

Die Grundschulen in unserem Land würden bei IGLU nicht so abscheiden, wie sie abscheiden, wenn sie in ihrer pädagogischen Arbeit in den letzten Jahren mit Gruppenarbeit, mit Freiarbeit, mit all den pädagogischen Instrumentarien nicht individuell fördern würden. Wir haben das unterstützt, z. B. durch die Rahmenbedingungen für jahrgangsgemischte Klassen, die gerade in diesem Schuljahr in erheblichem Umfang zugenommen haben. Das ist den Grundschulen auch deshalb gelungen, weil es dort schon heute eine durchschnittliche Klassengröße von 21,7 gibt. Dass wir dann bei einer Klassengröße von 28,0 in den Gymnasien und von 27,6 in den Realschulen dort anfangen, den Klassenteiler zu senken, ist doch nicht abwegig. Wir werden aber auch bei den Grundschulen auf einen Klassenteiler von 28 herunterkommen.

Unter dem Strich: Die Qualitätsoffensive Bildung wird die Arbeit in den Schulen weiter verbessern. Wir werden damit im Interesse der Kinder in Baden-Württemberg weiter guten schulischen Erfolg gewährleisten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion der FDP/DVP, Herrn Abg. Dr. Noll. Er hatte sich gemeldet. Ich hatte es leider übersehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Die Ausführungen von Herrn Kollegen Kretschmann haben mich doch gereizt, noch einmal ans Rednerpult zu gehen.

Herr Kollege Kretschmann, Sie haben gesagt: „Wenn das Feuer nicht mehr brennt ...“ Ehrlich gesagt: Bei Ihnen habe ich nur an einer Stelle gerade Feuer gespürt, und das war, als Sie Eltern beschimpft haben. Das gefällt mir nicht; bei allem Verständnis.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ei, ei, ei! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt, bitte! Man muss nicht alles missinterpretieren! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

(Dr. Ulrich Noll)

Nicht alle Eltern können ihren Kindern das bieten, was Sie und ich vielleicht unseren Kindern bieten konnten. Das wissen wir schon. Aber da dann die Eltern, die ihr Kind in den Kühlschrank stecken, mit einzubringen, halte ich schlicht für unangemessen. Das sage ich Ihnen ganz offen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Auch das sind Eltern! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Diesem Thema haben wir uns vor Kurzem hier sehr ernsthaft mit einem großen Kongress gewidmet. Da tun wir als Land auch etwas. Man könnte hier auch noch in Mitteln benennen, was wir zum Programm STÄRKE beisteuern. Das ist genau das Thema: Wir müssen die Eltern schon am Anfang stärken. Wir dürfen, wenn wir solche Dinge verhindern wollen, nicht nur die Kinder im Fokus haben.

Jetzt aber noch einmal zur Sache. Leider, Herr Kretschmann, sind Sie auch in der Sache durch die Ausführung der falschen Zahl wieder auf der falschen Spur gewesen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Quatsch! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ich zeige es Ihnen gleich schriftlich!)

Das stimmt eben alles nicht. Wer da von 80 Millionen redet, der liegt falsch.

Jetzt sage ich Ihnen etwas zum Thema Finanzierung, weil Uli Goll sich auch dazu geäußert hat. Die Sprachstandsdiagnosen werden über den Umfang hinaus, wie er jetzt ist, weiter zunehmen. Sie werden erst jetzt gesetzlich verpflichtend. Darum kann man nicht sagen, dass jetzt schon das Geld da sein muss, sondern das wächst ja auf. Das ist etatisiert, die Gelder werden im Haushalt drin sein.

Zur gezielten zusätzlichen Sprachförderung: Ich bitte, immer zu sehen, dass Sprachförderung künftig Bildungsauftrag an jede Erzieherin sein wird. Dafür haben wir den Orientierungsplan, dafür haben wir die Qualifizierung der Erzieherinnen, für die wir übrigens auch 20 Millionen € bereitstellen. Für diese zusätzliche Sprachförderung – das müsste Ihnen die Kollegin Bauer eigentlich eingeflüstert haben – werden wir – darüber haben wir in der Landesstiftung geredet – zumindest mittelfristig den Bedarf, der erkennbar wird, ohne rechtliche Probleme finanzieren können.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Theresia Bauer GRÜNE schüttelt den Kopf.)

– Sie wissen es, Frau Bauer. Ich will jetzt nicht aus der Stiftungsratssitzung zitieren. Sie wissen aber, dass es möglich wäre. Darum hat Uli Goll zu Recht darauf hingewiesen, dass die Finanzierung gesichert ist. Es ist nicht auszuschließen, dass wir es irgendwann in den Haushalt übernehmen müssen. Aber in diesem Zusammenhang von rechtlich problematischen Dingen zu reden halte ich schlicht für falsch.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Also!)

Letzte Bemerkung. Auch wir wollen, dass sich Autonomie vor Ort gemeinsam mit den Schulträgern entwickelt. Ich habe vorhin vergessen, zu sagen – in dem Konzept sind so viele gute Dinge drin –: Wer mehr Autonomie und Wettbewerb haben will, wer erreichen will, dass den Eltern die Abstimmung mit den Füßen möglich wird, der muss den Wettbewerb zulassen.

Solange es Schulbezirksgrenzen gibt, kann man keinen Wettbewerb machen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Lesen Sie einfach noch einmal die Originalpapiere. Ich stelle sie Ihnen gern zur Verfügung. Nicht gegen den kommunalen Schulträger – das wollen und können wir nicht –, aber mit dem Schulträger wollen wir peu à peu die Schulbezirksgrenzen abschaffen. Also auch das ist ein ganz klares Zeichen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Schaffen Sie endlich einmal die verbindliche Grundschulempfehlung ab! Das ist alles vergessen!)

Allerletzte Bemerkung, zum Thema Schulhausbau – hierzu wurde heute noch gar nichts gesagt –: Es ist in der Tat so, dass wir in Zukunft weniger Kinder haben werden; also brauchen wir theoretisch weniger Schulgebäude. Nur, wenn wir Kooperationen und Standortveränderungen brauchen, dann wollen wir die Kommunen natürlich nicht alleine lassen. Darum erneuere ich hier öffentlich meinen Vorschlag – das müssen wir mit den Kommunen noch besprechen –: Da, wo wir trotz zurückgehender Kinderzahlen eine Verstärkung im Schulhausbereich brauchen, aufgrund von Umbau, aufgrund von neuen Modellen, sollte man meiner Meinung nach darüber nachdenken, die KIF-Mittel, die nach jahrelangem Bemühen – übrigens inzwischen zusammen mit den Kommunen – ab 2010 nicht mehr für Pflegeheimförderung gebraucht werden – das läuft ja aus –, mehr in den Schulhausbau zu geben und dies gemeinsam mit den Kommunen und nicht gegen die Kommunen voranzubringen.

Allerletzte Anmerkung: Wer mehr Präsenz der Lehrer in den Schulen erwartet – und wir erwarten das –, der muss sich bei Bauprogrammen überlegen, ob man die Lehrer im Lehrerzimmer ihre Präsenz ganztägig absitzen lässt oder ob man nicht dafür sorgt, dass für die Lehrerinnen und Lehrer ein adäquater Arbeitsplatz in der Schule eingerichtet wird.

So viel wollte ich ergänzend sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

Abg. Norbert Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem der Klassenteiler hier so eine enorme Rolle gespielt hat, will ich dazu eine kurze Anmerkung machen.

Herr Schebesta, wenn Sie schon zitieren, dann sollten Sie den Kollegen Schmiedel richtig zitieren. Er hat nämlich deutlich gemacht, dass die Senkung des Klassenteilers allein nicht ausreicht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ich habe den Zeitungsartikel vorgelesen! Stimmt er, oder stimmt er nicht?)

Da sieht man wieder einmal, wie Sie die Worte verdrehen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: War das richtig, oder war das falsch?)

– Passen Sie einmal auf, was ich Ihnen sage. Noch Ende des Jahres 2007 haben Sie im Schulausschuss einen Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, der begehrte, den Klassenteiler an

(Norbert Zeller)

Hauptschulen auf 28 zu senken. Sie selbst haben dazu gesprochen. Ich erspare es mir, alles vorzulesen, was Sie damals ausweislich des Protokolls gesagt haben. Ich kann es Ihnen aber gern zur Verfügung stellen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber es ist richtig, dass wir es jetzt machen?)

Ich halte es ein Stück weit für pharisäisch, hier eine große Lippe zu riskieren und so zu tun, als ob man die Bildungspolitik neu erfinde, während man vor einem Jahr noch genau das Gegenteil dessen beschlossen hat, was wir beantragt hatten. Das halte ich für pharisäisch.

(Beifall bei der SPD)

Sie und Ihre ganze Truppe haben das gemacht, und die FDP/DVP war mit im Boot. Das Gleiche zeigte sich übrigens, als es darum ging, die Situation an den Grundschulen zu verbessern. Lesen Sie es in der Drucksache 14/848 nach! In der Drucksache 14/1351 finden Sie einen Bericht über die Beratung dieses Antrags in einer Schulausschusssitzung. All unsere Anträge haben Sie abgelehnt. Deswegen finde ich es auch schäbig, wie Sie hier auftreten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Tagesordnungspunkt 1 ist damit beendet.

Wir treten in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:00 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Nach der Ablehnung des Lissabon-Vertrages in Irland – Wie geht es weiter in der Europapolitik? – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtdauer von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten – sofern sie anwesend sind; ich sehe noch niemanden –, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut!)

Das Wort für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Blenke.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sind wir beschlussfähig? – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir haben jedenfalls die absolute Mehrheit!)

– Das spielt keine Rolle; denn in der Aktuellen Debatte wird nichts beschlossen.

Bitte, Herr Kollege.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Irland hat in einem Referendum den Vertrag von Lissabon abgelehnt. Das haben wir zur Kenntnis nehmen müssen. Damit steht die Europäische Union mehr als sechs Jahre nach Beginn des Verfassungsprozesses wiederum vor einer sehr schwierigen Situation. Die Frage ist aufgeworfen, welche Schlüsse und welche Folgerungen aus dem Nein der Iren gezogen werden.

In Irland – das wissen wir mittlerweile – ging es nur am Rande um europäische Fragen. Es ging in Irland zum Teil auch um innenpolitische Fragen, die von Gegnern des Vertrags auch mit einer Kampagne bewusst wahrheitswidrig eingebracht wurden. Erst im vergangenen Jahr ergab nämlich eine Umfrage, dass 87 % der irischen Bevölkerung pro Europa sind, dass sie respektieren und anerkennen, dass Irland vom Beitritt profitiert hat. Man darf nicht vergessen: Seit 1973 hat sich das irische Handelsvolumen verneunzigfacht. Allein daran sieht man den Riesenerfolg und den Profit, zu dem der Beitritt für Irland geführt hat. Dennoch haben die Iren jetzt in einem Referendum den Lissabon-Vertrag abgelehnt.

Wir dürfen die Suche nach den Gründen für das irische Nein deswegen nicht nur auf Irland beschränken. Mit dieser Frage müssen sich vielmehr alle europäischen Institutionen und, wie ich meine, auch die anderen Mitgliedsstaaten intensiv beschäftigen.

Das Nein der Iren offenbart, dass das Grundverhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union, wie sie derzeit praktiziert wird, gestört ist.

Nicht die Europäische Union als solche stößt auf Ablehnung oder auf Skepsis, sondern die Art ihres Erscheinungsbildes. Sie erscheint vielen Bürgern als zu unpersönlich, zu bevormundend, zu bürokratisch und als undurchschaubar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb appellieren wir an die Europäische Union und an die Mitgliedsstaaten: Wir müssen alle der Versuchung widerstehen, alles einheitlich europäisch regeln zu wollen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Es geht um Einheit und Vielfalt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Oftmals – das bemängeln wir; das ist des Öfteren auch streitig – befasst sich die Kommission mit Dingen, für die sie aus unserer Sicht schlicht unzuständig ist oder die auf nationaler Ebene – Stichwort Subsidiarität – besser gelöst werden könnten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

(Thomas Blenke)

Manchmal erhält die EU jedoch auch Beifall, beispielsweise für kleinere Maßnahmen, die durchaus als europäisch regelbar akzeptiert werden können. Ich nenne z. B. das Thema Roaming-Gebühren im internationalen Telefonverkehr. Dafür bekommt die EU Beifall. Es freut uns ja auch alle, wenn wir das Handyfoto vom Strand in Rimini der Oma preisgünstig nach Hause schicken können.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Fährst du nach Rimini? – Zuruf von der CDU: Ein Segen für die Bürger unseres Landes!)

Das allein ist aber nicht Europa. Es geht um mehr. Europa muss sich auf die großen Themen konzentrieren. Wir brauchen große Themen und dort dann große Einheit.

Ich will solche großen Themen nur stichwortartig nennen: beispielsweise die Welthandelspolitik, den internationalen Klimaschutz, die Sicherung der Energieversorgung über die Grenzen hinweg, eine gemeinsame Außenpolitik, die europäische Migrationspolitik – das erkennen wir ausdrücklich an – und die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus.

Meine Damen und Herren, wie geht es jetzt weiter? Vor allem muss der Vorgang der Ratifizierung fortgesetzt werden – in den anderen Mitgliedsstaaten und auch in Irland. Die meisten Staaten haben bereits ratifiziert; das sollte auch in den restlichen Mitgliedsstaaten noch erfolgen.

In Irland – das ist der derzeitige Stand – wird man nach einer Phase der Reflexion und auch der Konzentration versuchen, mit entsprechenden Regelungen erneut in eine Ratifizierung des Vertrags einzusteigen.

(Abg. Winfried Mack CDU: So muss es laufen!)

– So muss es laufen. – Ich bin davon überzeugt, dass wir eine Lösung finden können und auch finden werden. Wir brauchen den Vertrag von Lissabon. Europa und die Mitgliedsstaaten brauchen ihn,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und das schnell!
– Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber wie soll das geschehen, Herr Kollege?)

und das natürlich möglichst schnell, nicht zuletzt auch wegen der im nächsten Jahr anstehenden Europawahlen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wie soll das passieren?)

Meine Damen und Herren, der Lissabon-Vertrag bringt Fortschritte für die Mitgliedsländer,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Einig!)

er bringt Fortschritte auch für uns als Parlamente

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

und für die Regionen, z. B. für Baden-Württemberg.

(Abg. Winfried Mack CDU: Für uns alle!)

– Für alle. – Deshalb muss alles dafür getan werden, den Vertrag von Lissabon rasch zur Geltung zu bringen, damit wir in Europa weiter vorankommen.

Ich möchte nur das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung nennen, mit dem wir eine neue, eine klarere Kompetenzabgrenzung in der EU bekommen. Dadurch können wir künftig stärker Wert darauf legen, dass sich Europa um jene Dinge kümmert, um die es sich kümmern soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In der zweiten Runde will ich noch auf die Frage eingehen, welche Konsequenzen wir in der baden-württembergischen Europapolitik ziehen, Herr Minister, und wie wir eventuell hilfreich beispringen können, damit der Prozess weiter voranschreitet.

Einstweilen vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eine gute Rede!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hofelich das Wort.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie geht es nach dem irischen Votum weiter? So ist die Aktuelle Debatte benannt. Wenn man an schwäbischen Stammtischen sitzt, könnte es schnell ein Scherbengericht geben. Ich sage an dieser Stelle aber –

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wie ist es in Baden?)

– Schwaben reicht vom Lech bis zu den Vogesen, Herr Kollege. Das müssten Sie eigentlich wissen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja! Sagen Sie das einmal den badischen Kollegen, insbesondere in Ihrer Fraktion! – Abg. Winfried Mack CDU: Sie haben Glück, dass so wenige hier im Saal sind!)

– Sie müssen bei sich dafür werben. Es gilt die Landkarte

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich bin Franke! – Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: An Ihnen ist die Bildungspolitik vorbeigegangen! – Zuruf: Geografie!)

zur Zeit der Stauer.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eben! Auch da war ich Franke! – Abg. Winfried Mack CDU: Aber wir sind auch Europäer! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wir reden jetzt aber über Europa!)

– Danke für den Zwischenruf. Das gibt mir Gelegenheit, wieder meinen Standpunkt zu erläutern.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wenn Sie einen haben, dann ist es gut!)

– Herr Kollege Mack, meinen Standpunkt werden Sie schon noch kennenlernen, wie schon gelegentlich.

Wir haben zu konstatieren, dass es ein Geben und ein Nehmen gibt. Was das Geben angeht, so gab es – jetzt einmal ganz prosaisch – in Irland z. B. im Frühmittelalter Mönche, die auf den Kontinent gegangen sind und uns Kultur gebracht haben – Stichwort Reichenau.

(Peter Hofelich)

Auch wären – jetzt mache ich einmal einen großen Sprung – manche studentischen Sommernächte ohne das irische Liedgut ziemlich langweilig geworden.

(Heiterkeit – Abg. Winfried Mack CDU: Wo haben Sie studiert? – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Mack, jetzt ruhig!)

Es stimmt also nicht, dass Irland nur eine an der Peripherie gelegene Insel ist. Das mag vielleicht für das Territorium gelten, aber Irland ist für Europa nicht wirklich peripher. Es ist zwar klein, aber nicht wirklich unbedeutend. Da steckt schon mehr dahinter.

Was das Nehmen angeht – auch das sollte man hier im Landtag offen ansprechen –, gibt es Leute, die darauf verweisen, dass Irland Niedrigsteuersätze hatte und dass die Docks von Dublin ein Niedrigsteuergelände waren, wo man die Körperschaftsteuer, die es bei uns gab, unterlaufen hat. Das hat alle in einen Steuerwettbewerb nach unten gezwungen. Es gibt Industrien, die nach Irland gegangen sind und die nicht mehr bei uns sind. Es gibt in Irland Callcenter, die nicht mehr bei uns sind. Natürlich spielt das alles eine Rolle.

Auch hat Irland von der EU Fördermittel genommen und hat damit industrielle Entwicklung betrieben, bei der man auch im Nachhinein noch darüber streiten kann, ob es eine organische Entwicklung war, die dort stattgefunden hat.

Es gibt also Licht und Schatten, es gibt ein Geben und ein Nehmen. Ich finde, das sollte man sagen. Ich behaupte: Wenn man heute nachfragt, wird der Ärger überwiegen. Das darf für die Politik aber nicht das Signal sein, sich dem anzuschließen, sondern es gilt zu ergründen, in welcher Weise die Politik jetzt gefordert ist.

Als erstes Resümee sage ich, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur um die Frage geht, wie sich Irland verhalten hat, sondern auch darum, wie Europa insgesamt mit sich selbst umgeht. Das ist die wirkliche Frage.

Ich möchte auf Baden-Württemberg blicken, ich möchte auf Irland blicken, ich möchte auf Europa blicken und hierzu wenige Punkte ansprechen.

Zunächst der Blick auf die Situation bei uns. Ich nehme das vorweg, was der Kollege Blenke in der zweiten Runde ansprechen will. Ich finde, wir haben in Baden-Württemberg eine Kommunikation zu Europa, die im Wesentlichen immer noch darauf hinausläuft, dass auf Tischen Hochglanzprospekte ausgelegt werden. Aber es gibt noch keine wirkliche Kommunikationsstrategie für Europa, kein Werben für Europa. Das vermissem ich. Ich glaube, Herr Minister, in den ersten hundert Tagen Ihrer Amtszeit wären Sie einmal gefordert, darauf einen genauen Blick zu werfen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ein höherer Werbeetat für Europa?)

– Viele Veränderungen sind notwendig in diesem Land, Herr Kollege Mack; das haben wir heute Morgen auch wieder gehört.

Das Zweite ist: Ich glaube, dass wir unsere Interessen in Europa mit dem jetzigen Lissabon-Vertrag einbringen sollten. Deswegen müssen wir diesen Vertrag zu einem Erfolg führen. Da stimme ich zu.

Der wichtigste Punkt ist, dass wir – Baden-Württemberg, Deutschland – durchgesetzt haben, dass die kommunale Selbstverwaltung im Lissabon-Vertrag niedergelegt ist. Das kann man nicht einfach auf die lange Bank schieben. Schon allein deshalb, weil wir die kommunale Selbstverwaltung in Europa zu einem Normalfall machen wollen, brauchen wir den Lissabon-Vertrag und müssen zu einem Abschluss kommen.

(Beifall des Abg. Reinhold Gall SPD)

Der dritte Punkt: Ich glaube – das sei auch einmal gesagt –, für Baden-Württemberg gilt, dass dem, was bei uns von den Konservativen als euroskeptische Unterströmung geboten wird und mit einer nicht richtigen Anwendung des Begriffs „Subsidiarität“ verbrämt wird, Einhalt geboten werden sollte. Für eine gute europäische Politik brauchen wir auch eine positive europäische Politik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Notwendig sind mehr Impulse aus Baden-Württemberg für Europa.

Ich komme zu Irland: Das Ärgerliche wurde bereits benannt. Der Wahlkampf in Irland wird sicher mit falschen Argumenten wie den Themen Abtreibung und Todesstrafe geführt. Substanziell geht es aber auch darum, dass es dort Befürchtungen im Hinblick auf Europa gab. Wenn ein irischer Arbeitnehmer hört, was der Europäische Gerichtshof an Urteilen zum Thema Lohndumping fällt – Stichwort Laval-Urteil –, dann wird es ihm vielleicht schon ein bisschen anders. Es ist ja nicht so, dass in Irland alle auf der Sonnenseite wären. Einige werden sich schon überlegen: Bringt mir Europa eher mehr Unsicherheit für meinen Arbeitsplatz? Ich kann verstehen, dass manches im Vertrag die irischen Bürger beunruhigt.

Nun komme ich zu Europa: Ich glaube, dass wir das irische Votum noch einmal zum Anlass nehmen müssen, um über die Stärkung der demokratischen Institutionen in Europa, über die Rechte des Europäischen Parlaments, auch über die Rechte der Regionen nachzudenken. Aber ich glaube, wir müssen auch mehr über ein soziales Europa nachdenken.

Es geht darum: Die Menschen, die für Europa optieren sollen – ob in einer Volksabstimmung, im Gespräch mit dem Nachbarn oder als Rückenstärkung für die Abgeordneten –, erwarten, dass – auch aus Baden-Württemberg heraus – klare Erkenntnisse gegeben und klare Standpunkte geäußert werden. Ich spreche einmal drei Punkte an.

Der erste Punkt ist: Es wäre gut und recht, wenn in ganz Europa gelten würde: Guter Lohn für gute Arbeit. Das ist ein wichtiger Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass wir aufhören müssen, die Antidiskriminierung, wie wir sie uns in Europa auferlegt haben, bei uns zu denunzieren, indem wir argumentieren, man könne seinen Mieter nicht selbst bestimmen. Vielmehr müssen wir sehen, dass Antidiskriminierung ein wichtiges Recht ist, das wir in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland auch ausweiten müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

(Peter Hofelich)

Drittens müssen wir sehen, dass Daseinsvorsorge in Europa grundsätzlich wichtig ist. Wir gehen davon aus, dass bei der Daseinsvorsorge gilt, dass erstens Rechtssicherheit für die Kommunen herrschen soll und zweitens im Zweifel „Staat vor Privat“ gilt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist doch absurd! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

– Was ist daran absurd?

(Abg. Winfried Mack CDU: Entschuldigung! Europa ist dafür gar nicht zuständig!)

– Natürlich ist es zuständig. Das ist die Frage, wie das Vergaberecht, das Beihilferecht und das Wettbewerbsrecht wirkt. Natürlich ist es so.

(Abg. Winfried Mack CDU: Für Arbeitsmarktpolitik und für Tarifpolitik ist Europa nicht zuständig!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, gern. Ich bin durch einen Zwischenruf unterbrochen worden.

Ich wiederhole: Die Daseinsvorsorge muss in Europa öffentlich erbracht werden können. Es gilt: Staat vor Privat. Das wollen wir auch rechtlich absichern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Nein der Iren zum Lissabon-Vertrag stürzt Europa in seine bisher größte Krise.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Iren!)

Deswegen sollten wir jetzt wirklich aufhören, hier in diesem Haus die Diskussionen, wie wir sie seither geführt haben, mit kleinkarierten Zwischenrufen, ob Europa für das eine zuständig sei oder nicht, fortzuführen. Vielmehr sollten wir, wenn uns die europäische Idee noch wichtig ist, uns einmal an die eigene Nase fassen und uns fragen, was wir dazu beitragen können, damit Europa auch bei den Menschen bei uns im Land Baden-Württemberg wieder einen besseren Ruf bekommt.

(Beifall des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Wir könnten jetzt zwar gut Schelte üben: Irland war ein Armenhaus, bis es zur EU kam, und jetzt ist es sozusagen ein florierendes Unternehmen. Die Schelte nützt jedoch nichts. Denn hätten wir in Deutschland abgestimmt, wäre wahrscheinlich auch mit Nein gestimmt worden.

Wir müssen uns doch einmal in aller Klarheit vorstellen, was dort passiert ist: Ein 380-seitiges Werk, ein Schmöker von einem Umfang, wie ihn viele nicht einmal im Urlaub schaf-

fen, auch dann nicht, wenn es sich um leichtere Kost handelt, wird wenige Tage, bevor die Abstimmung stattfindet, den Menschen in Irland zum ersten Mal zugänglich gemacht. Wie soll man denn dann ernsthaft darüber diskutieren können? Das war doch das Hauptproblem, und das war auch schon das Problem bei der Abstimmung über die Verfassung.

Wir sind uns doch alle einig – und das ist das Paradoxe an den Abstimmungen in Frankreich, den Niederlanden und jetzt in Irland –: Die Verfassung und nun auch der Vertrag von Lissabon hätten genau das gebracht, was als Defizit beklagt und immer wieder eingefordert wird. Sie hätten mehr Transparenz und mehr Demokratie gebracht, sie hätten dem Parlament – der einzigen demokratisch legitimierten Institution auf EU-Ebene, weil es von der Bevölkerung der EU gewählt wurde – mehr Rechte verschafft, sie hätten die Rechte der EU-Kommission beschränkt. Deswegen wären dieser Vertrag und zuvor auch die Verfassung ein erheblicher Fortschritt gewesen.

Aber wir haben dies nicht geschafft, wir alle nicht, auch nicht die Regierung. Frau Merkel hat sich während ihrer Ratspräsidentschaft nur darauf konzentriert, nochmals ein neues Werk herzustellen, aber man hat sich nicht darauf konzentriert, die Vorhaben mit den Menschen zu diskutieren. Wenn wir Europa voranbringen wollen – und ich glaube, das ist unser aller Interesse –, wenn wir den Frieden in Europa wahren wollen – seit 1945 hat es in Europa keinen Krieg mehr gegeben; der Friede besteht, weil wir diese Europäische Union haben; schon allein das ist, meine ich, ein Grund dafür –, müssen wir für diese Europäische Union kämpfen: heute, morgen und übermorgen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Der Balkan ist aber auch Europa!)

– Ja, der Balkan ist auch Europa. Aber auch da sind wir auf gutem Wege. Herr Kollege Herrmann, das war ein gutes Stichwort: Wenn wir es jetzt nicht schaffen, diesen Prozess fortzuführen, dann wird ein Land auf dem Balkan, das unbedingt zu Europa gehört, nämlich Kroatien, nicht der EU beitreten können. Auf der Grundlage des Vertrags von Nizza, der nun weiterhin die Grundlage der Geschäftsbedingungen in Europa ist, können wir Kroatien nicht aufnehmen. Das wäre ein Rückschritt für den Integrationsprozess der europäischen Einigung, und deswegen müssen wir schauen, dass wir dies hinbekommen.

Deswegen noch einmal mein Appell: Es mag sein, dass das eine oder andere Weißbuch oder Grünbuch oder was auch immer für ein Buch manchem hier im Saal zu weit geht. Aber wir sollten aufhören, immer an diesen Dingen herumzukritisieren, sondern sollten uns konstruktiv in die Diskussion einbringen. Natürlich – und dafür sind wir doch alle – soll es eine Vielfalt geben, eine Vielfalt in der Einheit. Jedes Land soll seine Identität bewahren, jede Region soll ihre Identität bewahren. Mit solchen Vorstellungen rennen Sie bei uns doch offene Scheunentore ein. Aber klar ist auch: Wenn wir dieses Europa irgendwie in den Griff bekommen wollen, wenn die Menschen wirklich volle Mobilität haben sollen und frei entscheiden können sollen, ob sie in diesem oder in einem anderen europäischen Land arbeiten, brauchen wir eben in irgendeiner Weise gleiche Standards, sei es in sozialer, sei es in ökologischer Hinsicht. Deswegen muss sich Europa eben in manches einmischen. Das ist auch gut so, denn nur so ist ei-

(Jürgen Walter)

ne verlässliche Politik für alle Menschen in der Europäischen Union möglich.

Das Beispiel, das Kollege Blenke gebracht hat, ist ja nun völlig falsch. Es ist in einem vereinten Europa, in einer globalisierten Welt nun einmal üblich, dass man ab und zu einmal über die Ländergrenzen hinausreist. Wenn dann die EU sagt – und das ist aktiver Verbraucherschutz; das müssen Sie doch eigentlich begrüßen, Kollege Blenke –,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich habe es begrüßt, Herr Kollege! Sie haben mich falsch verstanden!)

es herrsche eine Abzocke bei den Handytarifen, bei den Kosten für den SMS-Versand und bei Gesprächen, dann ist es doch logisch, dass man sich hier einbringt.

Da meine Redezeit bald abgelaufen ist – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke? Sie wird nicht auf Ihre Redezeit angerechnet.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wenn es der Wahrheitsfindung dient, gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Kollege Walter, entweder ich habe mich undeutlich ausgedrückt oder Sie haben es falsch verstanden. Ich habe das Beispiel, das ich angeführt habe, als positives Beispiel gemeint,

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

als ein Beispiel dafür, wofür sich Europa zuständig fühlen soll. Aber ich habe hinzugefügt, dass es sich dabei um ein relativ kleines Feld handelt und dass Europa auch für die großen Themen zuständig sein muss und nicht nur für so einen kleinen Bereich zuständig sein darf.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Gut, dann hat diese Zwischenfrage tatsächlich der Wahrheitsfindung gedient. Entschuldigung, ich hatte Sie falsch verstanden.

Jetzt noch ein letzter Punkt – Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis –: Wie geht es denn weiter? Wenn man will, dass sich alle Menschen zu Europa bekennen, dann kann man es nicht so machen wie Herr Sarkozy. Wenn er so weitermacht, wird seine Ratspräsidentschaft ein ähnlicher Flop wie die CD seiner Frau.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die ist gut!)

– Sie ist bisher ein Flop: 16 000 verkaufte Exemplare bis diese Woche.

(Abg. Winfried Mack CDU: Im zweiten Teil gebe ich Ihnen recht, im ersten nicht!)

Was ist zu tun, meine Damen und Herren? Unser Vorschlag wäre – wir haben fast ein Jahr Zeit, die Menschen von dem Reformvertrag zu überzeugen –: Wir legen den Menschen bei den Europawahlen in allen Ländern Folgendes mit zur Ab-

stimmung vor: Sie sollen erstens über eine Grundrechtecharta abstimmen – wobei ich mir sicher bin, dass wir da in allen Staaten und in der EU-Bevölkerung eine Mehrheit bekommen –, und wir legen ihnen zweitens ein überschaubares Werk zur Reform der Institutionen zur Abstimmung vor, womit ihnen deutlich wird, dass die Reform, die wir anstreben, allen Bürgerinnen und Bürgern der EU nützt. Darüber sollten wir am 9. Juni nächsten Jahres bei den Europawahlen gemeinsam mit abstimmen lassen. Ich bin überzeugt davon: Dann bekommen wir ein klares Bekenntnis zu Europa, dann geht es mit der europäischen Vision weiter, und dann endlich wird die Europäische Union dorthin kommen, wo wir sie alle haben wollen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Winfried Mack CDU: Von Kunst versteht er mehr!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, dass wir hier nicht in parteipolitischem Klein-Klein agieren, sondern tatsächlich wahrnehmen, dass die faszinierende europäische Idee in der Realität bei den Menschen nicht ankommt. Es nützt nichts, darüber zu jammern.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Aus der politischen Binnensicht heraus wird häufig gefragt: Wie können die Iren, die von dieser Einbindung und Förderung in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung maximal profitiert haben, plötzlich dagegen sein? Das zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger – übrigens nicht nur in Irland, sondern auch hier bei uns – mit Europa offensichtlich eben nicht das verbinden, was wir begrüßen – die längste Periode des Lebens in Sicherheit, Freiheit und Wohlstand, die wir solchen Menschen wie dem früheren Außenminister Genscher mit verdanken –, sondern Überbürokratisierung, Reglementierung, Ängste, dass wir von billigen Arbeitskräften überschwemmt werden, und lauter solche Geschichten. Offensichtlich kommt nicht nur in Irland, sondern in ganz Europa letztendlich ein falsches Bild bei den Bürgerinnen und Bürgern an.

Die Tatsache, dass vor drei Jahren der von unserem geschätzten Altministerpräsidenten mitberatenen europäischen Verfassung bei den Referenden in Frankreich und Holland nicht zugestimmt wurde, hat übrigens auch dazu geführt, dass die Bürgerinnen und Bürger offensichtlich das Gefühl hatten: Es geht, auch wenn diese Verfassung nicht zustande gekommen ist, alles weiter wie bisher. Die schönen Bilder von europäischen Gipfeln – alles ist weiterhin wie bisher. Die Bürgerinnen und Bürger wollen jetzt nichts von Alarm- und Krisenstimmung hören, sondern sie sagen: Lasst uns in Ruhe, das tangiert uns gar nicht.

Daher glaube ich, dass wir – auch wir hier im Landtag von Baden-Württemberg – uns wirklich selbstkritisch fragen müssen, wie wir die positiven Seiten stärker hervorheben können. Das fängt bei der Sprache an. Das darf ich jetzt bitte zitieren, weil ich mit Zahlen immer ein bisschen Schwierigkeiten habe. Ein Vergleich: Die Zehn Gebote – heute noch für viele gültig – umfassen 279 Wörter. Ich habe sie nicht selbst gezählt, doch Sie können es nachzählen. Die Unabhängigkeitserklä-

(Dr. Ulrich Noll)

zung der USA – heute noch eine faszinierende Erklärung – enthält 300 Wörter. Der Vertrag – Herr Walter hat es schon gesagt – umfasst 380 Seiten – nicht Wörter, sondern Seiten.

(Abg. Winfried Mack CDU: „FDP“ hat drei Buchstaben, „Noll“ vier Buchstaben!)

Die Wörter kann man schon gar nicht mehr zählen. Das zeigt doch, dass es offensichtlich nicht gelingt, mit dieser Sprache den Menschen die zentralen Botschaften, die dann auch über den Tag hinaus Gültigkeit haben, zu vermitteln.

Die Tatsache, dass mit diesem Vertrag eigentlich mehr Transparenz, mehr demokratische Elemente, mehr Einfluss der Parlamente, übrigens auch der Landesparlamente, erreicht werden sollten, ist uns wohl bewusst, aber in der Bevölkerung so nicht angekommen.

Ich will noch auf ein Thema zu sprechen kommen, das gerade für Baden-Württemberg von Bedeutung ist. Wir haben mit dem europäischen Wirtschaftsraum den Binnenmarkt geschaffen, in den deutlich über 50 % der baden-württembergischen Exportleistungen gehen, und zwar nur in die alten EU-Länder. In die zwölf neuen EU-Länder gehen schon jetzt 8 % der Exporte – mit steigender Tendenz –, und zwar zusätzlich zu diesen 50 %. Dass durch die Schaffung eines größeren Binnenmarkts bei uns Wohlstand und Arbeitsplätze gesichert werden, sollte man, glaube ich, immer wieder einmal sagen.

Das geht bis zum Thema Energie. Ich glaube, es hat den Menschen noch niemand klargemacht: Hätten wir nicht den starken Euro – wir zahlen die ganzen Ölimporte schließlich in Dollar –, sondern noch die D-Mark, dann könnten wir das Kreuz wirklich krumm machen. Dann wären die Energiepreise nämlich deutlich höher als jetzt.

(Unruhe)

Das sind alles Themen, anhand deren man, glaube ich, durchaus klarmachen kann, welche positiven Elemente uns Europa nicht nur mit dem, was geplant ist, bringen wird, sondern schon jetzt als Mehrwert gebracht hat.

Leider muss man auch sagen – da muss sich jeder einmal selbst fragen, ob auch er es macht –, dass immer wieder solche Beispiele von Überbürokratisierung, z. B. die Regelung zur Gurkenkrümmung, thematisiert werden. Viele wissen übrigens nicht, dass wir dieses Beispiel nicht mehr bringen dürfen, weil Europa diese Regelung wieder abgeschafft hat. Es gibt an der einen oder anderen Stelle also schon ein bisschen weniger Bürokratie. Trotz Herrn Stoiber scheint mir auch da jedoch noch ein extremer Nachholbedarf vorhanden zu sein.

Ganz wichtig ist – Herr Hofelich, Sie haben darauf hingewiesen –, dass mit diesem Vertrag die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Subsidiarität vorgesehen ist. Das ist eigentlich das, was wir alle wollen, dass Europa nur da, wo es wirklich notwendig ist, agiert, und zwar z. B. bei den großen Themen wie Umweltschutz oder Klimaschutz. Das können wir national nicht lösen; das ist überhaupt keine Frage. Viele Aufgaben wie Kinderbetreuung, über die wir heute Morgen schon diskutiert haben, wollen wir nach wie vor möglichst dezentral vor Ort lösen. Diese Balance zwischen Zentralität und Subsidiarität muss man, glaube ich, ein Stück weit neu austarieren und den Menschen sagen: Wir werden euch nicht einer

zentralen, weit entfernten Regierung „ausliefern“, sondern wir haben die Chance, mit diesem Vertrag Subsidiarität noch stärker einzuklagen, wo wir glauben, dass sich Europa zu stark einmisch.

Ich darf diesen Teil – mit Erlaubnis des Präsidenten – mit einem Zitat meines Bundesvorsitzenden beenden:

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Von wem?)

Es ist das gute Recht von Ländern, am weiteren europäischen Integrationsprozess nicht teilzunehmen. Aber es ist auch das gute Recht des übrigen Europas, ohne diese Länder die Integration fortzusetzen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Von wem war das?)

Im zweiten Teil meiner Rede sage ich noch ein paar Punkte dazu, wie wir das genau machen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Reinhart das Wort.

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Dr. Wolfgang Reinhart: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst dafür bedanken, dass meine Vorredner Europa sehr fundiert beleuchtet haben, und zwar so, wie es beleuchtet werden muss, nämlich positiv.

Wir stellen in der heutigen Aktuellen Debatte die Frage: Wie geht es weiter in der Europapolitik? Jacques Delors hat einmal sinngemäß gesagt: „Europa ist wie ein Fahrrad. Entweder es bewegt sich, oder es fällt um.“ Ich möchte voranstellen: Europa wird sich weiter bewegen. Wir haben jetzt ein Europa der 27 Staaten. Dieses Europa geht nicht mehr im gleichen Kleid, wie es mit sechs, zwölf oder 15 Staaten möglich war. Der Vertrag von Nizza sollte zu einer Verfassungsreform fortentwickelt werden, nämlich zum Vertrag von Lissabon, weil man bereits beim Vertrag von Nizza gesagt hat: Bei 15 Staaten passt dieser Vertrag nicht mehr als Kostüm für die Handlungsfähigkeit dieses Europas. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir uns neu aufstellen und dass wir uns heute neu justieren.

Es wurde hier eben vom Kollegen Noll zu Recht die Tatsache angesprochen, dass uns das große Glück geschenkt wurde, in der längsten Friedenszeit der modernen Geschichte zu leben. Das allein ist ein wichtiger Werbefaktor für Europa, um bei den Grundlagen zu beginnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann in diesem Zusammenhang nur sagen: Mein Urgroßvater war im Krieg, mein Großvater war im Krieg, und mein Vater hat die besten Jahre seines Lebens im Krieg verbracht. Ich gehöre zu der ersten Generation seit vielen Generationen, die das Glück hat, in der längsten Friedenszeit der modernen Geschichte groß werden zu dürfen.

Wenn wir einmal betrachten, wie Europa in Lateinamerika, Afrika und Asien gesehen wird, stellen wir fest, dass man dort diese Entwicklung bewundert, die wir in der EU aufzuweisen

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

und festzustellen haben. Deshalb halte ich es auch für wichtig, dass Karadzic in diesen Tagen festgenommen wurde. Zu Recht ist denjenigen, die den Balkan angesprochen haben, zu sagen, dass mittel- und langfristig auch der Balkan diese Perspektive haben muss, weil es ein Stück Friedenssicherung und Stabilität für Europa sein wird, wenn Länder wie Kroatien oder Serbien irgendwann die Perspektive auch erfüllt bekommen können.

Aber was brauchen wir dafür vorher? Darum geht es. Das hat Sarkozy als Präsident in diesen Tagen noch einmal gesagt: Wir brauchen vorher diesen Lissabon-Vertrag. Wir sind ja bereits weiter auf diesem Weg.

Wie weit sind wir bereits? 23 Staaten haben dem Vertrag faktisch zugestimmt. Es werden jetzt noch Polen, Tschechien und im Oktober Italien dazukommen. Dann haben wir 26 Zustimmungen, und dann fehlt eigentlich nur noch Irland. Deshalb wurde zu Recht das Thema Irland angesprochen. Die Iren sind keine Europagegner. Kollege Blenke hat das eingangs seiner Rede ausgeführt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehr treffend!)

87 % der irischen Bevölkerung sagen: Irland hat von der EU profitiert. Das ist auch wahr. Nach Luxemburg hat Irland mittlerweile das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Für Irland war die EU eine Erfolgsgeschichte, was die Prosperität und die Entwicklung im eigenen Land angeht.

Es waren drei Gründe, die zur Ablehnung des Vertrags von Lissabon durch Irland führten und die inzwischen ermittelt sind. Herr Hofelich, Sie haben sie auch in Teilen angesprochen. Der erste Grund war die Angst in Bezug auf die Steuerpolitik – diese Angst kann man ihnen nehmen –, der zweite Grund war die Frage der Neutralität – auch das muss man berücksichtigen –, und der dritte Grund war die Frage der Werte, Stichwort Abtreibungsverbot. Das waren ermittelte Sorgen, wobei natürlich unzulässigerweise auch beim irischen Volk mit Ängsten gearbeitet wurde.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Fahrlässig!)

Deshalb ist die Frage: Wie kann man dem begegnen? Irland hat schon einmal eine Abstimmung durchgeführt, nämlich beim Vertrag von Nizza. Das wissen wir. Was gibt es nun für Möglichkeiten? Welche Optionen haben wir? Wir wissen, dass der Vertrag von Nizza nicht ausreichend ist. Darin sind wir uns alle einig. Deshalb ist es richtig, dass die Ratifikation zunächst einmal fortgesetzt wird. Dieser Weg wird gegangen. Er muss auch weitergegangen werden. Denkpausen sind hier nicht angebracht. Das haben auch die Regierungschefs auf ihrem Gipfel besprochen. Ich halte das für richtig.

Wir können aber Irland jetzt auch nicht bestrafen. Europa war immer ein Projekt der Freiwilligkeit. Das muss auch weiterhin gelten. Es kann aber natürlich auch nicht sein, dass eine Million Iren jetzt 500 Millionen andere Europäer majorisieren. Deshalb wird es darum gehen, Wege zu finden, wie man aus dieser Krise wieder herausfindet.

Da besteht zum einen die Möglichkeit der Zusatzklärung, indem eine erneute Vorlage des Vertrags mit einer Zusatzklärung in Irland mit einem zweiten Referendum verbunden wird, oder, um es verbindlicher zu machen, die Möglichkeit

einer Protokollerklärung. Diese müsste dann von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Beide Varianten würden aber allen anderen Vertragspartnern eine erneute Änderung – darum geht es ja – des gesamten Vertragswerks ersparen. Ich glaube, daran sollten wir auch festhalten. Stellen wir uns einmal vor, die ganze Chose würde von vorn beginnen. Wir hatten damals mit dem Non der Franzosen und dem Nein der Niederländer schon den zweiten Fehlanlauf. Wir können uns das gar nicht erlauben.

Der Vertrag ist das Ergebnis eines langen europäischen Wegs und letztlich ein Kompromiss. Deshalb hätte auch ein neuer Anlauf, glaube ich, keine besseren Chancen. Wenn eine der genannten Optionen nicht greift, bleibt es im Moment beim Vertrag von Nizza. Dann wird man sehen, was man mit einer „Nizza-plus“-Version ins Auge fassen kann. Auch dort sind Möglichkeiten denkbar, aber es wäre bei den jetzigen Strukturen trotzdem schwerfällig. Deshalb müssen wir weiter darum werben, dass der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt. Der Kollege Walter hat wie die anderen Redner u. a. auch darauf hingewiesen: Das Paradoxe ist, dass Europa durch diesen Lissabon-Vertrag demokratischer, transparenter und handlungsfähiger wird und dass es damit eigentlich im Sinne der Bürger sein muss, dass er verwirklicht und ratifiziert wird.

Was brauchen wir? Ich möchte meinen Vorrednern ausdrücklich darin zustimmen: Wir brauchen das Europa für die richtigen Fragen, für die Fragen, die der Nationalstaat selbst nicht allein lösen kann. Da hat Angela Merkel schon ein Thema wie „Energie und Klima“ angestoßen. Das gehört natürlich dazu, weil dies grenzüberschreitende Herausforderungen sind, denen wir uns stellen müssen. Zu diesen Themen gehören aber auch die organisierte Kriminalität, die Terrorbekämpfung, die gemeinsame Energiesicherheit, die Fortsetzung des Lissabon-Prozesses, aber auch Verteidigung, Außenpolitik und Subsidiarität.

Natürlich ist gerade für uns Baden-Württemberger – vorhin wurde gefragt, was wir gemacht hätten; Erwin Teufel hat selbst im Konvent mitgewirkt – im Zusammenhang mit dem Thema Subsidiarität eines der wichtigsten Anliegen gewesen, zu sagen: Das, was die Kommunen, die Länder und der Bund machen können, muss Europa nicht machen. Europa muss nicht alles machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das ist auch ein entscheidender Punkt, mit dem wir uns in diesem Zusammenhang befasst haben.

Herr Kollege Hofelich, gestatten Sie mir die Bemerkung, weil Sie die Antidiskriminierungsrichtlinie so positiv unterstrichen haben: In diesem Punkt unterscheidet sich meine Auffassung von der Ihren. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Das Problem mit der Antidiskriminierungsrichtlinie und auch der Bodenschutzrichtlinie sowie viele andere Klein-Klein-Bürokratiefragen haben bei uns mit zum Verdross gegenüber Europa beigetragen. Deshalb, glaube ich, sollte Europa manchmal auch die Finger davon lassen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

(Minister Dr. Wolfgang Reinhart)

Ich habe mit Kommissar Spidla persönlich gesprochen. Das war eines meiner ersten Gespräche in Brüssel. Ich habe ihn darum gebeten. Ich habe auch mit Verheugen gesprochen. Verheugen betreut den Bürokratieabbau. Wir wollen – das habe ich Verheugen auch gesagt – einen Nettoabbau der Vorschriften. Wir wollen nicht, dass auf der einen Seite abgebaut wird und auf der anderen Seite wieder Neues erlassen wird, sodass letztlich alles anwächst. Nein, wir wollen eine Netto-reduzierung um 25 %, wie wir das im Land und wie wir das jetzt auch im Bund begonnen haben. Wir wollen keine Bürokratiemonster. Dagegen kämpfen wir.

Lassen Sie mich deshalb ganz zum Schluss all denen danken, die die Frage angesprochen haben: Wie können wir etwas für Europa tun? Dieses Jahr ist ein gutes, wichtiges Jahr, in dem wir für Europa werben können.

Was machen wir im Land? Wir machen sehr viel. Ich lade Sie hiermit ein: Kommen Sie zu unserer Donaukonferenz am 6. Oktober 2008 in Brüssel. Wir stoßen mit unserer Donaustategie mit den zehn Anrainerstaaten auf großen Zuspruch. Die mittel- und osteuropäischen Staaten sind daran interessiert, mit dem Exportland Nummer 1, Baden-Württemberg, in Kontakt zu kommen.

Ich will einen zweiten Vorteil nennen, der nur am Rand angesprochen wurde: 2007 hatte Baden-Württemberg ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 337 Milliarden €. Davon entfielen 151 Milliarden € auf den Export. Von diesen Ausfuhren wiederum gingen über 60 % in die EU-Länder. Dass wir eine Arbeitslosenquote von 3,8 % haben, verdanken wir doch auch der Europäischen Union.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Das ist doch ein ganz entscheidender Faktor. Wir müssen den Bürgern gegenüber – da will ich allen recht geben – auch das Positive betonen, wo Europa wichtig ist, wo es uns hilft, wo es diesem Land nutzt, damit die Bürger es auch von dieser Seite erfahren können.

Deshalb, meine Damen, meine Herren, ein Letztes an uns Parlamentarier: Europa leidet meiner Meinung nach auch an einem Mangel an repräsentativer Demokratie in den Nationalstaaten der EU. Viel zu wenig – das haben Wissenschaftlicher kürzlich schön analysiert – findet statt, was wir heute machen, dass sich nämlich die nationalen Parlamente mit dem Thema Europa befassen, obwohl uns im Grunde mittlerweile über 80 % der Gesetzgebung von Europa im Alltag berühren.

Ich will etwas aus der Erfahrung der letzten drei Jahre als Stimmführer dieses Landes im Bundesrat hinzufügen: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, über 40 % der Gesetzgebung im Bund sind mittlerweile EU-Gesetzgebung.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Der Punkt ist nur der – darüber müssen wir nachdenken –:

(Abg. Winfried Mack CDU: Der Bund hat es noch nicht gemerkt!)

Befassen wir uns alle immer frühzeitig genug mit diesen Themen? Sind wir frühzeitig genug am Ball, auch als nationale Parlamente? Ich kann diesen Landtag und diese Landesregie-

rung nur loben, dass man hier im Landtag einen Europaausschuss eingerichtet hat und eine Debatte wie die jetzige führt. Das halte ich für ganz wichtig und ganz entscheidend, weil wir nur dadurch nach vorne kommen.

Meine Damen und Herren, Adenauer hat einmal gesagt:

Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für alle.

Europa begegnet uns an jedem Tag. Mit einer solchen Debatte wie heute werden wir für die Sensibilisierung der Bürger für Europa viel Positives erreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß der rumänischen Generalkonsulin, Frau Brandusa Predescu. Sie wird begleitet von Herrn Handelsrat Ioan Mateescu. Frau Predescu hat von 2002 bis 2006 als Stellvertreterin des Botschafters in Berlin gearbeitet und ist seit dem 26. April dieses Jahres Generalkonsulin für Baden-Württemberg und Bayern mit Sitz – leider – in München. Sie stattet dem Landtag von Baden-Württemberg heute ihren Antrittsbesuch ab. Herzlich willkommen, Frau Generalkonsulin!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Entwicklung Europas in den letzten 50 Jahren ist summa summarum eine beispiellose Erfolgsgeschichte.

Aus den sechs Gründungsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat sich heute ein Europa der 27 entwickelt. Europa hat nun 27 Mitgliedsstaaten, von denen zahlreiche Staaten früher einmal Mitglied des Warschauer Pakts waren. Wir sind mittlerweile nicht nur Nachbarn, sondern Partner und Freunde in Europa. Ich will einfach nur sagen: Schon allein dies ist eine Garantie dafür – der Minister hat das vorhin sehr schön ausgeführt –, dass wir in Europa Frieden haben und dass es keine kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa mehr geben wird.

Meine Damen und Herren, die Menschen in Europa werden die Europäische Union auf Dauer nur befürworten, wenn die nationale Identität – deren Anerkennung ist heute schon mehrmals angesprochen worden – gewahrt wird. Dazu gehört auch die kommunale Selbstverwaltung. Dazu gehören andere Themen, die auch von anderen Rednern angesprochen werden.

Das Subsidiaritätsfrühwarnsystem macht erstmals in der EU-Geschichte auch die nationalen Parlamente zu europäischen Mitstreitern und Mitspielern und gibt den Volksvertretungen mehr Rechte. Wir von der CDU-Fraktion wollen ein Europa in Einheit und Vielfalt. Die Vielfalt ist uns wichtig. Wir wol-

(Thomas Blenke)

len die Eigenheiten unseres Landes, die kommunale Selbstverwaltung und andere Eigenheiten Baden-Württembergs, gewahrt und erhalten wissen, ebenso wie wir es akzeptieren, dass die Menschen in der Lombardei, in Wales, in Andalusien oder in Siebenbürgen ihre Einheit und ihre nationale Identität gewahrt wissen wollen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Alles Uniforme ist uneuropäisch!)

Wir müssen aber auch ganz selbstkritisch an die Adresse der nationalen Regierungen und Parlamente sagen: Ein erheblicher Teil der Kommissionsinitiativen kommt auf Aufforderung von Mitgliedsstaaten zustande. Das heißt, es werden oftmals Dinge, die man im Mitgliedsstaat nicht durchbringt, auf die europäische Ebene gezogen, um dort verwirklicht zu werden.

(Beifall der Abg. Klaus Herrmann und Winfried Mack CDU)

Das gehört mit zur Wahrheit. Darum müssen wir uns dort immer sehr früh mit einschalten.

Baden-Württemberg profitiert von der Europäischen Union und hat auch von der Erweiterung der Europäischen Union profitiert. Das ist nachweisbar. Wir setzen uns deswegen für die Stärkung der EU ein. Denn das fördert die Akzeptanz bei den Menschen.

Das Land Baden-Württemberg ist in der Terminologie der Europäischen Union eine Region, kein Mitgliedsstaat. Aber von der Größe, der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftskraft her liegen wir als Land Baden-Württemberg in der vorderen Hälfte aller Mitgliedsstaaten. Deshalb müssen wir als Parlament und muss auch die Regierung mit der Europapolitik einen landespolitischen Schwerpunkt setzen. Das ist zwingend erforderlich.

Wir haben hier im Parlament alle gemeinsam die Konsequenz daraus gezogen, indem wir einen Europaausschuss gebildet haben. Europapolitik muss ein Schwerpunkt in der Landespolitik und auch bei der Regierung sein, und das ist es auch. Es muss beispielsweise bei uns allen – auch in der Ministerialverwaltung – in den Köpfen verankert sein, dass wir uns früh einschalten müssen. Wenn wir warten, bis ein Rechtsakt von der europäischen Ebene gesetzt ist, ist es zu spät. Dann können wir keinen Einfluss mehr nehmen. Wir müssen uns früh einschalten, und wir müssen früh mitmischen. Nur der frühe Wurm fängt den Wurm.

Wir sind in Baden-Württemberg organisatorisch und politisch seitens der Landesregierung, denke ich, sehr gut aufgestellt. Herr Minister, das möchte ich ausdrücklich einmal sagen.

Zum Organisatorischen: Wir sind mit unserer Vertretung in Brüssel hervorragend aufgestellt. Wir haben dort hoch engagiertes Personal, das qualitativ hochwertige Arbeit leistet. Ich möchte mich bei den Mitarbeitern der Landesvertretung, aber auch bei Ihren Mitarbeitern in der Europaabteilung des Staatsministeriums ausdrücklich sehr herzlich bedanken. Es ist eine hervorragende Arbeit, die bei Ihnen geleistet wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir sind aber auch politisch gut aufgestellt. Ich nenne das Stichwort, das der Minister bereits angesprochen hat, nämlich die Donaupolitik. Ich möchte mich ausdrücklich beim Ministerpräsidenten bedanken, der hier einen Schwerpunkt setzt, der erkannt hat, dass die Donau eine Lebensader im Zentrum Europas ist. Europa hat sich – so sagte es der Ministerpräsident zu Recht – entlang des Rheins gegründet, und das heutige Europa der 27 erfüllt sich entlang der Donau mit Leben.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir sind als Land Baden-Württemberg das Quellland der Donau. Hier kommt das frische Wasser her, das dann donauabwärts die Energie liefert, mit der gearbeitet werden kann, mit der wir Europa gemeinsam voranbringen können. Wir – ich möchte das ausdrücklich noch einmal sagen, Herr Minister Reinhart –, der Ministerpräsident, die Landesregierung sind hier auf einem guten Weg.

Es freut mich sehr, dass die rumänische Generalkonsulin heute unter uns ist. Kollege Walter und ich konnten den Ministerpräsidenten erst vor Kurzem auf eine Reise nach Rumänien begleiten. Dort konnten wir erleben, welcher Stellenwert Baden-Württemberg auf höchster nationaler Ebene in Rumänien beigemessen wird, welche Achtung dem Ministerpräsidenten, der Delegation und den Interessen Baden-Württembergs beigemessen wird. Das zeigt, wie richtig und wichtig diese Netzwerkarbeit ist. Herr Kollege Walter, ich glaube, wir sind uns einig, wie wichtig das ist.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat alle Chancen, in Europa mit voranzugehen. Ich glaube, Baden-Württemberg wird für Europa auch weiterhin ein sehr guter Motor sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Hofelich das Wort.

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg will ein Motor für Europa sein. Das eint uns, und es ist auch schön, dass wir bei diesen Debatten in der Regel feststellen können, Herr Minister, der Sie diese neue Aufgabe haben, dass wir uns hinsichtlich der Richtung und der Bewegung, die wir vollziehen wollen, zu einem großen Teil eigentlich einig sind. Deswegen, denke ich, soll weiterhin als Grundlage gelten, dass wir die Dinge so vorantreiben, dass wir – Parlament und Regierung – möglichst einheitlich auftreten.

Dennoch gibt es ein paar Punkte, die man ansprechen muss, die in der Debatte gerade eine Rolle gespielt haben. Darauf will ich in der mir verbleibenden Redezeit gern eingehen.

Das eine ist: Es ist gut, dass wir das Gute wollen. Aber es gab ein irisches Votum. Deswegen ist der Motor ins Stottern geraten. Das war der Anlass für die CDU, diese Aktuelle Debatte zu beantragen. In dieser Debatte darf man auch darüber reden, was zu tun ist. Der Minister hat dazu Antworten gegeben. Ich will das gern kommentieren.

Vorab: Erwin Teufel, den ich zu einem anderen Zeitpunkt an dieser Stelle für seine Verdienste im Prozess der Vertragsge-

(Peter Hofelich)

staltung gelobt hatte, hat in einer ersten Reaktion sehr kategorisch gesagt, er wäre dafür, das Werk den Iren in einem halben Jahr noch einmal vorzulegen, aber dann daran die Frage zu koppeln: „Seid ihr für den Vertrag von Lissabon, oder wollt ihr sozusagen aus der EU aussteigen?“

Das läuft. Ich greife jetzt einmal auf den Dialektbereich des Schwäbischen zurück. Es sind jetzt auch mehr Leute im Saal, sodass ich nicht mehr so imperialistisch argumentieren kann, wo Schwaben endet.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Deswegen greife ich einmal auf den engeren Dialektbereich des Schwäbischen zurück. Wir haben dort das nette Sprichwort: „Wer net will, hot g'hät.“ Das ist das, was herauskommt. Ich glaube, dass wir uns das nicht unbedingt leisten können. Denn einmal auf Irland angewandt, werden wir schnell merken: Das sind zwar die Einzigen, die eine Volksabstimmung gemacht haben. Im Grunde genommen würde sich das aber bei anderen Ländern fortsetzen. Deswegen halte ich es für problematisch, diesen Weg kategorisch auszuschließen.

Ich glaube, das Fahrrad, von dem Jacques Delors gesprochen hat, ist in Bewegung. Aber klar ist auch: Europa darf mit dem Fahrrad nicht im Kreis fahren, sondern muss irgendwo ankommen. Deswegen ist klar: Wir müssen dort ankommen, wo wir für den Vertrag von Lissabon zumindest einmal einen Kompromiss gefunden haben.

Sie haben die Varianten genannt, die es gibt. Erstens: Die Ratifizierung zu stoppen ist nicht wirklich eine Variante, denn damit wäre der Vertrag tot. Zweitens: Die Eröffnung von Neuverhandlungen ist auch nicht wirklich prickelnd; denn wenn man weiß, wie lange der Vorlauf war, ist dies inakzeptabel. Drittens: Die Ratifizierung fortzusetzen ist eine Geste des Anstands gegenüber jenen Parlamenten, die sich dafür eingesetzt haben. Deswegen ist dies auch der Weg, den wir jetzt verfolgen sollten. Sie haben die Punkte genannt: Präzisierungen, Garantien, Protokollerklärungen. Das muss jetzt versucht werden.

Irland muss sich aber bewegen; irgendetwas müssen die Iren tun. Sie müssen auch sagen, was ihre Sorgen sind, und fragen: Wie könnt ihr, liebe EU, liebe Länder, diese Sorgen entkräften? Darum wird es in nächster Zeit gehen. Wenn sich Irland nicht bewegt – das ist unabhängig davon, dass der Landtag von Baden-Württemberg nicht der Nabel der Welt ist –

(Abg. Winfried Mack CDU: Das würde ich nie sagen!)

– fast nicht –, wird mit diesem Vertrag „Nizza plus“, den Sie, Herr Minister und liebe Kolleginnen und Kollegen, genannt haben, die Frage nach den zwei Geschwindigkeiten in Europa hochkommen. Ob wir wollen oder nicht, das wird auf der politischen Tagesordnung stehen. Das ist die politische Geschäftslage, die wir haben. Deshalb sind wir jetzt in einer Phase, in der wir mit Massieren, Ölen, Salben und gutem Zureden einiges tun können. Hoffen wir, dass es dazu kommt.

Ich möchte jetzt aber auf das eingehen, was noch genannt worden ist. Ich freue mich, dass das Stichwort „Einheit und Vielfalt“, das ich von diesem Platz aus bestimmt auch schon genannt habe, so positiv aufgenommen wird. Dazu gehört aber

auch, dass wir darüber sprechen, was das für uns als Baden-Württemberger und als Deutsche in Europa bedeutet. Es ist okay, dass sich Europa auf die richtigen Fragen konzentrieren soll. Das, was wir als die richtigen Fragen ansehen, sind aber nicht unbedingt immer die Fragen, die die anderen stellen. Deswegen gibt es bei uns schon Einigkeit darüber, was auf die Agenda der EU kommen soll.

Bezüglich der Antidiskriminierungsrichtlinie – abgesehen davon, dass der viele Ärger, der prognostiziert worden ist, bisher nicht eingetreten ist – ist es so, dass in anderen Gesellschaften die Frage, wie es um den Respekt des anderen steht, liberaler und individueller behandelt wird. Daher stammt die Welle. Deswegen muss man sich mit Antidiskriminierung in Bezug auf Geschlecht, Rasse oder was auch immer auseinandersetzen. Dort spielt das eine große Rolle. Wollen wir das abwehren, indem wir sagen, in Baden-Württemberg sei das kein Problem?

Niemand hier ist für Bürokratie – ich schon gar nicht; ich habe sie in meinem Beruf immer bekämpft. Tatsache ist aber auf jeden Fall, dass sich Europa mit anderen politischen Einstellungen aus anderen Ländern auseinandersetzen muss. Ich werbe in diesem Haus für Offenheit, dafür, nicht zu sagen: „Wir können das schon. Das brauchen wir nicht, und das ist Subsidiarität.“ Es geht darum, dass wir uns für Europa öffnen und dass wir tatsächlich in der Lage sind, uns neuen Gedanken aufzuschließen, wenn sie denn kommen. Darum geht es im Endeffekt, Kolleginnen und Kollegen.

Ich persönlich glaube, Bürokratie wird schnell genannt, wenn man Menschen fragt, was sie an Europa stört. Ob die Bürokratie bei ihnen wirklich so ankommt, weiß ich nicht. Mein Gefühl sagt mir, dass die marktradikale Rhetorik, mit der Europa in den letzten zwei Jahrzehnten dahergekommen ist, die Menschen mehr erschreckt hat als die Bürokratie. Deswegen fordere ich uns alle auf – das sage ich noch einmal –, die sozialen Elemente in Europa zu stärken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Walter das Wort.

Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was wir jetzt an Vorschlägen gehört haben, läuft doch im Grunde genommen darauf hinaus – Kollege Hofelich hat es gerade noch einmal betont –: Die Iren müssen sich bewegen. Sie müssen, wenn ich den Herrn Minister richtig verstanden habe – auch Sarkozy sagt so etwas; Erwin Teufel hat etwas Ähnliches gefordert –, unter Umständen noch einmal abstimmen. Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass das nicht funktionieren wird. Das wird reflexartig gerade das Gegenteil bewirken.

Ich habe schon vorhin in meinem Eingangsstatement gesagt: Wir müssen alle Bürgerinnen und Bürger Europas mitnehmen. Es geht nicht nur um Irland. Zu Recht wurde darauf hingewiesen: Nur die Iren durften überhaupt abstimmen. Wir sind uns doch alle einig: In vielen Ländern, wahrscheinlich in allen, hätte es ähnliche Ergebnisse gegeben. Deswegen möchte ich meinen vorhin gemachten Vorschlag erneuern: Den Menschen in ganz Europa wird im Rahmen der Europawahl

(Jürgen Walter)

eine Grundrechtecharta und die Veränderung der Institutionen vorgelegt, damit dieses Europa wieder handlungsfähig wird; denn mit 27 Staaten kann man nicht weiter so verfahren, wie man früher mit sechs, acht, zehn oder 15 Staaten verfahren ist. Deswegen muss etwas passieren, was darüber hinausgeht.

Jetzt zu den Iren: Die Iren so lange wählen zu lassen, bis sie so abstimmen, wie wir es wollen, wird nicht funktionieren. Das ist das eine.

Das Zweite – davon bin ich fest überzeugt –: Wie bei allem anderen kann man Menschen nicht nur durch rationale Argumente überzeugen. Europa muss auch eine emotionale Rolle spielen. Nur dann wird Europa akzeptiert werden.

Dazu gehört, dass Europa kein Gesicht hat. Bevor die Menschen mitbekommen haben, wer die EU-Ratspräsidentschaft innehat, ist schon wieder das nächste Land mit der EU-Ratspräsidentschaft an der Reihe. Das hat man als Problem erkannt und deswegen gesagt: Wir brauchen einen Präsidenten über mehrere Jahre, damit Europa ein Gesicht erhält und durch eine Person verkörpert wird, an der man sich unter Umständen reiben kann, die aber auch Emotionen weckt.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich weiß nicht, ob Sie davon gelesen haben: Der große Filmmacher Wim Wenders hat vor einigen Monaten vor dem Straßburger Parlament eine sehr gute Rede gehalten und darauf hingewiesen, dass ein großes Manko von Europa sei – deshalb erwähne ich das im Zusammenhang mit dem Stichwort Emotionen –, dass dieses Europa keine Bilder produziert und dass wir keine Vorstellung haben, was Europa ist. Er hat darauf hingewiesen, dass sich die Menschen heutzutage mit der Szenerie von New York oder San Francisco, wo sehr viele Filme gedreht worden sind, vertrauter fühlen, als wenn man ihnen Bilder aus Europa zeigt. Er hat ein Problem angesprochen, das wir ernst nehmen sollten. Emotionen, Bilder, Personen, Gesichter müssen mit Europa verbunden werden. Diesen Weg müssen wir beschreiten.

Ich hätte es gut gefunden, Herr Minister, wenn Sie etwas zu meinem Vorschlag gesagt hätten. Wir wollen ihn hier ernsthaft in die Diskussion einbringen, damit gleichzeitig mit der Europawahl am 9. Juni nächsten Jahres über die von mir erwähnten Punkte abgestimmt wird, und zwar von allen Menschen in Europa.

Im Zusammenhang mit der Europawahl sollten wir eine Diskussion über die Zukunft Europas hinbekommen. Wir legen die Europawahl ja schon mit der Kommunalwahl zusammen, damit die Menschen überhaupt noch dort hingehen. Denn würden wir im nächsten Jahr nur die Europawahl durchführen und keine Diskussion darüber führen, was uns Europa bedeutet und wie es mit Europa weitergehen soll, dann käme es zu einer verheerend geringen Wahlbeteiligung. Das kann nicht in unserem Interesse liegen. Gerade ein gestärktes Europäisches Parlament braucht mehr demokratische Legitimation, das heißt eine stärkere Wahlbeteiligung als in der Vergangenheit.

(Beifall bei den Grünen)

Ich habe es schon einmal erwähnt: Wir können den Menschen nicht ein 380-seitiges Machwerk zur Abstimmung vorlegen.

Das wird nicht einmal jemand hier im Saal lesen, geschweige denn außerhalb dieses Saals.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ich habe es gelesen!)

– Sie haben es gelesen; wunderbar. Sie kriegen einen europäischen Preis. Den werden wir im nächsten Jahr ausschreiben.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Karlspreis!)

Sie sind der Einzige, der wirklich alles gelesen hat. Wir fragen vorher aber auch noch den Inhalt ab.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ich kriege den „Grünen Jürger“! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Haben Sie es etwa nicht gelesen?)

Unabhängig davon, meine Damen und Herren, dass wir jetzt jemanden gefunden haben, der dieses Werk gelesen hat,

(Heiterkeit)

müssen wir Europa reformieren. Ich kann das nicht oft genug betonen. Wir müssen einen Weg finden, der von den Menschen akzeptiert wird. Es nützt nichts, sich jetzt an den Iren abzuarbeiten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Abg. Winfried Mack CDU: Macht doch keiner!)

Es nutzt nichts, zu fordern, dass die Iren jetzt noch einmal abstimmen. Ich glaube nicht, dass wir dabei das gewünschte Ergebnis bekommen. Dann sind wir auch nächstes Jahr keinen Schritt weiter, Herr Minister. Doch bis zur Europawahl – oder danach, wenn man unseren Vorschlag aufgreifen möchte – muss der europäische Integrationsprozess wirklich vorangetrieben werden.

Um zum Schluss nur ein Beispiel zu nennen: Es kann doch nicht sein, dass immer Einigkeit herrschen muss. Wenn nur einer von 27 Staaten sein Veto einlegt, kann es keine Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses und keine Weiterentwicklung der EU geben. Deswegen brauchen wir zukünftig das Mehrheitsrecht. Wenn sich die Mehrheit für etwas entscheidet, dann geht es mit Europa in dieser Richtung weiter. Alles andere führt in eine Sackgasse.

Ich sage Ihnen: Wenn wir das nicht hinbekommen, dann wird Europa noch weniger Anerkennung und noch weniger Zustimmung bekommen, als es in der Vergangenheit hatte. Das wäre eine fatale Entwicklung, die es zu verhindern gilt.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, bei fast allem sind wir uns relativ einig. Aber auf ein paar Details will ich noch hinweisen, bei denen wir vielleicht etwas erreichen könnten.

Wo haben wir Probleme, die ganz konkret beim Bürger ankommen? Nehmen Sie einmal das Beispiel Landwirtschaft. Wir alle hören immer, dass es offensichtlich nicht gelingt, in

(Dr. Ulrich Noll)

der Landwirtschaft Wettbewerbs- bzw. Chancengleichheit – z. B. links und rechts des Rheins – herbeizuführen. Das geht damit los, dass bestimmte Pflanzenschutzmittel in dem einen Land zugelassen sind und im anderen nicht. Es lohnt sich wirklich, da ganz konkret auf Chancengleichheit hinzuarbeiten.

Ein weiteres Thema: Wir sind schon lange der Meinung, man müsste einmal darüber nachdenken, die Bürgerinnen und Bürger im Steuerbereich, z. B. bei der Mehrwertsteuer, bei den Energiepreisen zu entlasten. Das ist bekannt. Aber dafür bekommen wir relativ wenig Zustimmung. Als Begründung wurde immer behauptet, die EU lasse differenzierte Mehrwertsteuersätze gar nicht zu.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Jetzt waren alle bass erstaunt, als der neue EU-Ratspräsident, der französische Präsident Sarkozy, genau das für ganz Europa empfohlen hat.

Übrigens gibt es in Europa bei gleichem Einkaufspreis sehr unterschiedliche Benzinpreise. In Österreich beispielsweise ist das Benzin deutlich billiger als bei uns. Da wird immer das Argument angeführt: Wenn wir die Steuern senken, dann holen es die Multis. Die Multis verlangen aber in Österreich das Gleiche wie in Deutschland. Bloß hauen wir noch viel mehr an Steuern drauf – von der Mehrwertsteuer bis zur Ökosteuern. Man sieht: Manchmal wird, wenn man etwas nicht will, das gern auf Europa geschoben. Aber in der Steuerproblematik haben wir den Beweis. Europa würde das sogar empfehlen. Übrigens gilt das auch für DEHOGA-Anliegen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall der Abg. Beate Fauser und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Warum gilt in Österreich und in Frankreich ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für das Gaststättengewerbe, während die Gastronomen auf der anderen Seite des Rheins den vollen Mehrwertsteuersatz zahlen müssen?

(Abg. Winfried Mack CDU: Sind Sie beim DEHOGA?)

Da wird auch behauptet, eine Differenzierung sei in der Europäischen Union nicht möglich. Das stimmt also alles nicht.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Also man sieht, da wird im Eigeninteresse immer wieder ein bisschen gemogelt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Nein, bitte jetzt nicht.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sie sagen immer „Jetzt nicht“! Wann dann? Später ist das Thema nicht mehr aktuell!)

– Sie dürfen noch nachfragen, lieber Herr Walter. Ich komme noch zu einem Punkt, an dem ich Ihnen sehr zustimme. Dann brauchen Sie vielleicht gar nicht mehr zu fragen.

Reduzierte Mehrwertsteuersätze gibt es in Europa auch bei Arzneimitteln. Warum sind die Arzneimittel in Europa so unterschiedlich teuer? Im Wesentlichen wegen der unterschiedlichen Steuersätze, die darauf erhoben werden. Auch da wird immer wieder argumentiert, eine unterschiedliche Besteuerung sei aus europäischen Gründen nicht möglich. Aber es zeigt sich, dass andere europäische Staaten reduzierte Steuersätze haben.

Ich will damit sagen: Wir sollten Europa nicht immer zum bösen Buben machen, sondern gute Beispiele bei uns übernehmen.

Wenn von „marktradikaler Rhetorik“ die Rede ist, möchte ich darauf hinweisen: Radikal will niemand sein; da sind wir uns, glaube ich, völlig einig. Aber es lohnt manchmal doch, die erfolgreichen Modelle in der Steuerpolitik, in der Sozialpolitik – gerade von Irland, gerade von Staaten wie der Slowakei – einmal genauer anzuschauen und zu überlegen, ob es denn so sinnvoll ist, sich gegen alles abzuschotten und ängstlich zu sagen: „Aber ja nicht bei uns!“

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das sagen wir doch!)

Daher haben wir, glaube ich, noch genug Themen.

Jetzt zu dem konkreten Vorschlag: Aus der Tatsache, dass da, wo man das Volk hat abstimmen lassen, ein negatives Votum herausgekommen ist – übrigens haben vor drei Jahren schon Holland und Frankreich Nein gesagt, jetzt Irland –, sollten wir nicht den Schluss ziehen, nicht mehr das Volk abstimmen zu lassen, sondern nur noch die Parlamente. Da bin ich sehr bei Herrn Walter. Es ist auch bekannt, dass wir das immer gefordert haben. Wenn es uns nicht gelingt, die Menschen mitzunehmen, dann ist das ein Beweis dafür, dass wir sie mehr mitbestimmen und mitreden lassen müssen, ihnen verständlich machen müssen, wozu es geht.

Dann stehe ich auch zu der Forderung, die Herr Walter gerade gestellt hat: Wir wollen nicht, dass der Vertrag von 380 Seiten – vorhin habe ich ja darauf hingewiesen, dass die Unabhängigkeitserklärung der USA 300 Wörter umfasst – durch Zusatzprotokolle usw. noch verwässert und vermehrt wird; denn dann würde es noch unverständlicher und noch intransparenter. Vielmehr müssen wir schauen, ob es nicht gelingen kann, es auf den Kern zurückzuführen. Ich glaube, es auf 300 Wörter zu beschränken schaffen wir bei so vielen Interessenlagen nicht.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Bierdeckel!)

– Nein, die Komprimierung auf einen Bierdeckel wollen wir auch nicht. Aber dazwischen sollte sich ein vertretbares Maß finden lassen. Das sollte man in der Tat dann bei den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung stellen, weil uns das alle sozusagen zwingt, uns viel mehr als bisher mit diesen Themen, auch im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern, auseinanderzusetzen.

Ich sehe es auch so, dass die kommende Europawahl im Juni nächsten Jahres natürlich die Gelegenheit ist, diese Themen verstärkt zu behandeln und sie nicht allein den Europapolitikern zu überlassen. Dort sind wir am Zuge und müssen dies aufgreifen. Ich glaube, der alte Spruch „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa“ ist längst passé.

(Dr. Ulrich Noll)

(Abg. Thomas Blenke CDU: Der Opa ist aber nicht Michael Theurer! – Abg. Winfried Mack CDU: Michael Theurer! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der ist kein Opa! – Abg. Heide-rose Berroth FDP/DVP: Der ist definitiv kein Opa!)

Es sind längst sehr engagierte politische Kräfte, die in Europa tätig werden. – Danke für das Stichwort. Es hilft mir, das zu sagen, was ich jetzt am Ende meiner Rede noch ansprechen wollte und was auch bereits anklang: Wir sollten nicht zu spät und nicht aus der Defensive heraus reagieren, wenn Europa etwas anstößt, sondern wir sollten offensiv initiativ werden. Dazu haben wir hier über alle Fraktionen hinweg beschlossen, einen Europaausschuss zu installieren. Ich darf für unsere Fraktion sagen, dass wir über diesen Ausschuss verstärkt Anträge und Initiativen einbringen werden, die nicht nur im Parlament behandelt, sondern auch in die Öffentlichkeit getragen werden sollten. Der stellvertretende Vorsitzende dieses Europaausschusses, unser Kollege Theurer, ist da, wie Sie wissen, hoch motiviert.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Wo ist er denn?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Sinkende Strompreise durch eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken? – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat als Gesamtredezeit für diese Aktuelle Debatte eine Dauer von 40 Minuten festgelegt. Die Redezeit der Regierung wird hierauf nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redebeiträge in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an diese Redezeitvorgaben zu halten. Als leuchtendes Beispiel verweise ich auf die Rede, die Herr Minister Dr. Reinhart beim letzten Tagesordnungspunkt gehalten hat.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen – Zurufe von der CDU: Bravo! – Abg. Hans Georg Junginger SPD: Der soll die Rede noch einmal wiederholen! – Abg. Thomas Blenke CDU: Und sie war auch noch gut!)

Er hat sich exakt an die vorgegebene Redezeit gehalten. Deshalb auch vonseiten des Präsidiums ein großes Lob für seine erste Rede hier als neuer Minister. Was die Dauer seiner Rede anging, so hätte er diese auch als Parlamentarier halten können. Vielen Dank. Solche Regierungsmitglieder, die die Dauer der Plenarsitzung nicht unnötig verlängern, wünschen wir uns.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich Herrn Abg. Untersteller das Wort erteilen.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Explodierende Öl- und Gaspreise,

steil ansteigende Strompreise, knapper werdende Ressourcen – all dies beunruhigt die Menschen und treibt sie um.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Seit Wochen beherrschen diese Themen auch das Börsengeschehen; sie beherrschen die Schlagzeilen unserer Zeitungen, und sie beherrschen die politische Debatte. Damit einher gehen allerdings Vorschläge, die man, meine ich, genauer betrachten muss. Auf den ersten Blick mögen manche zwar überzeugend klingen, aber wenn man genauer hinschaut, stellt man fest, dass sie tatsächlich alles andere als überzeugend sind.

Bislang wurde insbesondere aus den Reihen der CDU die Laufzeitenverlängerung für Kernkraftwerke immer unter dem Aspekt der Klimaveränderung und unter Hinweis auf eine angeblich drohende Stromlücke diskutiert. Neuerdings hören wir andere Töne; den Verbraucherinnen und Verbrauchern werden von Ihnen inzwischen auch billigere Strompreise in Aussicht gestellt.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Die sollen einmal erklären, wie das geht!)

Ich will einmal ein Beispiel bringen: In der „Financial Times Deutschland“ vom 9. Juli dieses Jahres – das ist also gerade einmal ein paar Tage her – findet sich folgende Aussage – ich zitiere –:

Die Union spricht sich in ihrem neuen Energiekonzept für längere Laufzeiten der deutschen Meiler aus. Die Preisvorteile der bereits abgeschriebenen Meiler sollten aber an die unter den hohen Energiepreisen leidenden Kunden weitergegeben werden. Damit will sie auch in den Wahlkampf ziehen.

Meine Damen und Herren, ich darf daran erinnern, dass Sie monatelang herumgerannt sind und uns erzählt haben, man wolle den Stromkonzernen die Hälfte der Gewinne nehmen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Das habe ich schon immer für Unsinn gehalten und habe diese Position hier auch mehrfach deutlich gemacht. Ich glaube, das sind leere Versprechungen, die Sie nicht einmal ansatzweise einhalten können,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wie bei der Mehrwertsteuer!)

selbst dann nicht, wenn Sie dazu gezwungen werden. Ich will Ihnen gleich auch noch sagen, warum das so ist.

Kommen wir erst einmal zu den Fakten. Wenn man sich diese einmal anschaut, stellt man fest: Es gibt ein Unternehmen namens EnBW, das einen Kernenergieanteil von über 50 % hat. Bei den anderen beiden großen Stromkonzernen RWE und Eon liegt der Anteil bei 28 %, und bei Vattenfall liegt er noch ein bisschen darunter.

Wenn Sie jedoch deren Strompreise anschauen – ich habe diese Daten noch einmal verifiziert; im Internet gibt es eine Plattform für Strompreise namens Verivox, die auch vom Herrn Minister schon des Öfteren zitiert worden ist –, machen Sie folgende Feststellung: Wenn Sie eine Strommenge von 3 000 kWh kaufen wollen, dann zahlen Sie beim EnBW-Komforttarif 710 €, bei RWE Westfalen 696 € und bei Eon Bayern

(Franz Untersteller)

639 €. Strich drunter: Das Unternehmen mit dem höchsten Atomstromanteil hat die höchsten Preise in Deutschland. Das ist ein Fakt, an dem Sie überhaupt nicht vorbeikommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Skandal!)

Sie werden weiterhin feststellen, dass die EnBW diesen Tarif seit dem Jahr 2000 um sage und schreibe 62 % erhöht hat; Eon Bayern hat um 22 % erhöht, und RWE Westfalen hat um 65 % erhöht.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Meine Damen und Herren, Atomstrom ist vielleicht billig, wenn man sich die Stromerzeugungskosten in den Kernkraftwerken anschaut, aber ich sage Ihnen: Die Verbraucherinnen und Verbraucher merken nichts davon,

(Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

sondern sie merken, dass die Energiepreise trotz der weiter laufenden Kernkraftwerke weiter steigen. Das sind einfach die Realitäten, die Sie einmal zur Kenntnis nehmen müssen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Weil Sie jede Fotovoltaikanlage bejubeln!)

Wenn man sich einmal anschaut, warum das so ist, dann wird man feststellen, Herr Kollege Rülke: Das hat einen ganz einfachen Grund. Nicht die Stromerzeugungskosten sind entscheidend. Diese sind in den Kernkraftwerken sehr niedrig. In Neckarwestheim I betragen sie 1 bis 1,5 Cent pro Kilowattstunde; manche Banken nennen sogar einen Wert von unter 1 Cent. Wenn Sie heute bei der EEX im Internet nachschauen, stellen Sie fest: An der Strombörse in Leipzig erlösen sie 8 bis 9 Cent für die Kilowattstunde. Die Differenz zwischen 1 Cent und 8 bis 9 Cent nennt sich im allgemeinen Sprachgebrauch Gewinn. Dieser Gewinn entsteht bei den vier großen Unternehmen. Dann wundern Sie sich auch nicht mehr, dass die Gewinne der vier großen Unternehmen, die Kernkraftwerke betreiben, von zusammen 4,3 Milliarden € im Jahr 2002 auf 17 Milliarden € Ende letzten Jahres gestiegen sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was hat das mit der Laufzeitenverlängerung von Atomkraftwerken zu tun? Gar nichts!)

Nur Sie und ich als Verbraucher, wie gesagt, haben davon überhaupt nichts.

Lassen Sie mich nur noch folgende Zahlen nennen: Wenn man jetzt eine achtjährige Laufzeitenverlängerung unter diesen Marktbedingungen für alle 17 Kernkraftwerke in Deutschland machen würde, dann käme man nach einer Rechnung des Öko-Instituts zu folgendem Ergebnis: Unter Zugrundelegung eines Marktpreises von 70 € – ich habe Ihnen gerade gesagt, im Moment sind wir bei einem Marktpreis von 85 € an der Strombörse in Leipzig – käme man zu einem Gesamtgewinn über die acht Jahre für die vier Unternehmen von 65 Milliarden €. Das wären allein für die EnBW in den acht Jahren 14,1 Milliarden €. Unter Zugrundelegung des aktuellen Marktpreises von 85 € würde die EnBW in diesen acht Jahren 18,15 Milliarden € Gewinn machen. Sie sehen also, warum hier mit allen Bandagen gearbeitet wird, um eine Laufzeitenverlängerung zu bekommen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Damit sie Windräder für 3 Milliarden € in der Nordsee bauen können, die Sie wollen! Damit man viel Wind machen kann!)

Noch einmal: Nicht die Verbraucher profitieren davon, sondern letztendlich die vier Konzerne, die damit ihre Marktmacht sichern würden.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt komme ich, Herr Kollege Zimmermann, zu Ihrem Vorschlag. Dann werden Sie einmal sehen, was davon zu halten ist. Ich zitiere Ihnen aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 10. Juli. Überschrift: „EnBW: Strompreise werden nicht sinken“. Da heißt es wie folgt:

Der Strompreis wird auch bei einer Verlängerung der Laufzeiten von Atommeilern nicht sinken. Davon ist der Vorstandsvorsitzende der Energie Baden-Württemberg (EnBW), Hans-Peter Villis, überzeugt. „Angesichts des weltweiten Energiehungers sehe ich nur eine Richtung für den Preis, und die geht nach oben“, ...

(Abg. Winfried Mack CDU: Nur ist die Frage: Wie viel?)

Weiter heißt es in dem Beitrag – ich zitiere wieder –:

Gewinne, die sich aus einer entsprechenden Neuregelung in Sachen Kernkraftenergie ergeben würden, will die EnBW nicht nutzen, um die Preise für ihre Kunden zu senken. „Davon halte ich nichts“, sagte Villis. Solche Regelungen widersprächen den Gesetzen des Marktes, auf dem sich Preise durch Angebot und Nachfrage bilden.

Herr Kollege Zimmermann, dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Doch, doch! Wenn ihr die Kernkraftwerke abschaltet, dann gehen die Preise nicht nur nach oben, dann springen sie nach oben!)

Da bin ich mit Herrn Villis durchaus einig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war wieder eine typische Halbweisheit! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was hat denn der Zimmermann zu Mittag gegessen? Lasst doch den Jimmy reden! – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Zimmermann soll reden! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Qualitätsoffensive Energie nächstes Jahr!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Heute den Bürgern sinkende Strompreise zu versprechen wäre unehrlich.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sehr gut!)

(Dr. Reinhard Löffler)

Genauso unehrlich ist es auch, den Menschen weiszumachen, wir könnten unseren Atomstrom morgen abschalten

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wer will das?)

und unseren Energiebedarf zum gleichen Preis aus regenerativen Ressourcen schöpfen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wer will das?)

– Ihr wollt das.

Beim G-8-Gipfel in Japan waren wir Außenseiter, belächelt von den großen Industrienationen, die sich Hoffnungen machen, von einem möglichen wirtschaftlichen Niedergang unseres Exportlandes zu profitieren.

Bei den Energiekosten jagt ein Rekordhoch das andere.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Der Markt zeigt inflationäre Züge mit schwer abschätzbaren Folgen für unsere Volkswirtschaft. So haben sich für den Bürger die Preise für Öl und Gas im letzten Jahr verdoppelt. Dies ist für die Wettbewerbsfähigkeit unserer mittelständischen Unternehmen bedrohlich. Bezahlbare Energie ist Daseinsvorsorge, Lebensqualität und Standortfaktor.

Die Verknappung der Ressourcen und der steigende Energiehunger der industriellen Schwellenländer sind Preistreiber, für die die Politik nicht allein verantwortlich gemacht werden kann. Unsere hohen Strompreise sind aber auch hausgemacht. Sie sind teils ideologisch motiviert und teils das Ergebnis von handwerklichen Fehlern. Das ist das Erbe von SPD und Grünen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU – Oh-Rufe von der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD: Was? – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Ich erkläre es Ihnen.

Die Oligopolstruktur unseres Energiemarkts war politisch gewollt, und zwar von der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung. Selbst einen Einspruch der Monopolkommission und die Bedenken des Kartellamts umging die damalige Bundesregierung im Jahr 2002 mit einer fragwürdigen Ministererlaubnis. Heute sitzen die Macher von damals in den Vorstandsetagen der Energiekonzerne

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Schön wär's!)

und verprassen ihren Judaslohn – selbstverständlich mit Inflationsausgleich.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sag einmal!)

Wer bewusst ein Oligopol schafft, will keinen Wettbewerb und keine fairen Preise, sondern verfolgt starrsinnig ideologische Ziele.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Doch damit nicht genug: Die Energiesteuern kletterten von 1998 bis 2005 von 6,5 Milliarden € auf 14 Milliarden €.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Rot-Grün!)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, haben im Bund damals die Leiter gehalten. Die letzte Torheit war die Ausgabe kostenloser Emissionszertifikate, die sich als Opportunitätskosten in den Energiepreisen wiederfanden und nur Geld in die Kassen der Energiekonzerne spülten. Eigentlich ist das mit den Energiezertifikaten eine gute Idee, weil es marktwirtschaftlich ist,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Also doch!)

aber sie ist lausig umgesetzt.

Herr Kollege Untersteller, Sie vertreten die These, dass Kernkraft den Strom nicht verbilligt. Sie verweisen auf die EnBW, die angeblich die höchsten Preise hat, obwohl sie über die meisten Kernkraftwerke verfügt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Nicht angeblich! Das ist so! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ich habe doch die Zahlen genannt! – Zuruf des Ministers Ernst Pfister – Gegenruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Sie haben irgendwelche Zahlen genannt, aber das reicht nicht.

Die These ist falsch. Sowohl bei den privaten als auch bei den Industriekunden liegt die EnBW mit ihren Preisen im Mittelfeld. Auch das lässt sich nachweisen. Produktionskosten und Strompreise sind zwei Paar Stiefel. Beim Gesamtangebot des erzeugten Stroms ist Atomstrom der billigste; auch das haben Sie ja ausgeführt. Der Atomausstieg zwingt auch zu hohen Rückstellungen, die sich natürlich im Preis niederschlagen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Die sind längst gebildet! – Zurufe der Abg. Thomas Knapp SPD und Jürgen Walter GRÜNE – Unruhe)

Wir sind ein Industrieland. Wir brauchen Grundlaststrom. Dieser kann heute in der benötigten Menge nur von Kernkraftwerken und Kohlekraftwerken erzeugt werden. Aus der Kernenergie steigen wir aus. Auch der Bau eines Kohlekraftwerks stößt im Land auf Widerstand. Das Gleiche gilt für Windräder und Hochspannungsleitungen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat Staatsrat Goll unterschrieben! – Gegenruf des Ministers Ernst Pfister: Das hat der nicht unterschrieben!)

Es wäre generell die Aufgabe der politisch Verantwortlichen, den Bürgerprotesten entgegenzuwirken, die sich gegen alles sträuben, was mit Energieversorgung zu tun hat. Wohin soll das denn führen?

Atomstrom erhält man schon für 2,5 Cent pro Kilowattstunde.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Für weniger!)

– Noch weniger. – Für Fotovoltaik zahlen wir zurzeit 45 Cent pro Kilowattstunde.

(Unruhe)

(Dr. Reinhard Löffler)

26 Milliarden € an öffentlichen Zuschüssen hat die Fotovoltaik verschlungen. Bis zum Jahr 2010 wären es 120 Milliarden € gewesen, wenn der Bundestag die Fördersätze nicht erheblich reduziert hätte, und zwar dadurch, dass die jährliche Degression der Förderbeträge auf durchschnittlich 10 % angehoben wird. Weltweit werden 48 % des Stroms aus Fotovoltaikanlagen in Deutschland produziert, und das bei einer Sonnenscheinintensität, die mit der von Alaska vergleichbar ist. Wir produzieren weltweit 28 % des Stroms aus Windkraftanlagen und 45 % des Biodiesels.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sag einmal! –
Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Aber auch Ökoenergie stößt an ihre Grenzen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Sind Sie gegen
den Ausbau der Bioenergien?)

Biokraftstoff kann dem Klima mehr schaden als nützen. Abgesehen davon muss diese Art von Energiegewinnung ethisch hinterfragt werden. Nahrungsmittel gehören auf den Teller und nicht in den Tank oder in einen Stromgenerator.

(Beifall der Abg. Andrea Krueger und Thomas Bopp
CDU)

Unser Zwischenziel ist ein angemessener Energiemix. Unser Energiekonzept 2020 ist unsere Richtschnur. Als führende Industrienation in Europa setzen wir auf Energieeffizienz und Energieeinsparung, aber auch auf den Ausbau erneuerbarer Energieträger.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja lächerlich!)

Wir machen keinen Kotau vor der Kernkraft, wissen aber auch, dass sie mittelfristig unverzichtbar ist.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Sie deckt die Hälfte unseres Strombedarfs in Baden-Württemberg. Alle unsere Kernkraftwerke stillzulegen und dann den Energiebedarf aus den Atomkraftwerken in Frankreich, Tschechien oder Polen zu beziehen ist ein Rosstäuschertrick.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! Richtig!)

Unsere Bürger und unsere Wirtschaft wären ausgeliefert, abhängig und erpressbar,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

abgesehen davon, dass unsere Netze gar nicht darauf ausgelegt sind.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! – Zuruf des
Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Länder wie Schweden, Belgien und Holland, die in den Achtzigerjahren den Atomausstieg propagiert haben, haben ihren Ausstiegsbeschluss rückgängig gemacht.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ich vervespere schon meine Redezeit für die zweite Runde.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das geht nicht. Nach fünf Minuten ist die Redezeit in der ersten Runde vorbei. Das wissen Sie als langjähriger Abgeordneter. Sie erhalten in der zweiten Runde noch einmal fünf Minuten Redezeit. Deswegen dürfen Sie jetzt nicht so lange überziehen.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Dann mache ich im zweiten Teil weiter.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Dann haben Sie noch Bedenkzeit!)

– Nein, das brauche ich nicht.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Knapp das Wort.

Abg. Thomas Knapp SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Titel der Aktuellen Debatte lautet: Sinkende Strompreise durch eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken – Fragezeichen. Da setze ich ein ganz klares Nein dagegen – Ausrufezeichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte es aber auch begründen und möchte hierzu – mit anderen Ausgangsdaten als Sie, Herr Kollege Untersteller, nämlich einem Verbrauch von 4 000 kWh Strom pro Jahr – einfach auch wieder Verivox bemühen. Der Wirtschaftsminister und ich haben schon einmal überlegt, woher es kommt. Sie werden mir die Zahlen abnehmen, weil es immer noch die gleiche Basis ist wie in der letzten Debatte.

Wenn man sich überlegt, dass wir in Baden-Württemberg vier Kernkraftwerksblöcke haben, und wenn man unterstellt, die Kernenergie mache den Strom billig, ist festzustellen, dass wir, wenn man Baden-Württemberg mit 12 oder 13 % berechnet, im Durchschnitt auf die Größe Baden-Württembergs berechnet zwei Blöcke haben, obwohl es viele Bundesländer gibt, die keine Kernkraftanlagen haben. Wenn wir dann noch Nordrhein-Westfalen heranziehen, das kein Kernkraftwerk hat, müsste man eigentlich sagen, dass es eine klare Abstufung gibt: Zunächst kommt Baden-Württemberg mit billigem Strom, dann der Durchschnitt, und dann kommt ganz unten Nordrhein-Westfalen ohne Kernenergie.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist mit Bayern?)

– Bayern liegt etwas weiter unten, aber es kommt immer darauf an, wo man ist. Dort gibt es aber auch einen hohen Kernenergieanteil.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Höher als bei uns!)

Aber dort funktioniert auch der Wettbewerb.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

Jetzt nenne ich Ihnen die Preise in den beiden Ländern und im Durchschnitt. In Baden-Württemberg beträgt der Preis für 4 000 kWh Strom 880 € pro Jahr. Der bundesweite Durch-

(Thomas Knapp)

schnitt liegt nicht bei 900 oder 920 €, sondern bei 867 €, und in Nordrhein-Westfalen – ohne Kernkraft! – liegt der Preis für den Bürger, wenn er 4 000 kWh Strom bezieht, bei 861 €, also 20 € niedriger. Von daher, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man ganz eindeutig sagen, dass man hinter die Frage im Titel der Aktuellen Debatte ein klares Nein setzen kann.

Jetzt möchte ich aber doch noch zwei oder drei Dinge zur Kernenergie allgemein sagen, weil die sonst vergessen werden. Dann komme ich am Schluss noch zum Thema Stromlücke, das Sie jetzt immer hochziehen.

Kommen wir zunächst einmal zur Endlagerung. Erster Punkt: Es gibt kein gesichertes Endlager für den kompletten Müll, den wir produzieren.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das boykottiert ihr doch ständig!)

– Kollege Scheuermann, selbst wenn man das Moratorium außen vor lässt, ist klar, dass es vor 2035 kein Endlager gibt. Ohne Moratorium hätte es vielleicht 2025 eines gegeben. Aber wir betreiben die Atomkraftwerke ja bloß noch bis 2022. Das heißt, wir müssen den ganzen atomaren Dreck immer vor Ort in Lagern unterbringen, die wirklich bloß als Zwischenlager bezeichnet werden. Das ist völlig indiskutabel. Es gibt also keine saubere Überlegung zum Endlager.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU:
Dann kriegen wir Kohlekraftwerke und blasen den Dreck in die Luft!)

Es geht um das Thema Sicherheit. Wir haben bei der Sicherheit immer den Human Factor, den sogenannten menschlichen Faktor. Wir haben es doch in Philippsburg erlebt. Vier Lichter haben im Leitstand geleuchtet, als man Philippsburg 2 angefahren hat, und alle vier haben signalisiert: Ihr dürft nicht anfahren. Trotzdem haben die Menschen dort die Anlage angefahren. Das ist doch, muss ich sagen, eine völlig unsichere Technik, und zwar hauptsächlich auch, weil der Mensch immer noch eingreifen kann. Das geht einfach nicht.

(Beifall bei der SPD)

Dann schauen wir uns einmal die Technik an.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege, reden Sie doch nicht um den Brei herum, sondern sagen Sie, wo Sie den Strom herholen wollen, wenn Sie abschalten!)

Stellen Sie sich vor, man müsste noch heute mit der Technik, mit der Jurij Gagarin im Weltraum war, in den Weltraum fliegen. Dazu hat doch niemand mehr Lust.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Karl Zimmermann CDU)

– Herr Kollege Zimmermann, Sie wären, was die Technik betrifft, wahrscheinlich eher die Hündin Laika, die vor Jurij Gagarin in den Weltraum geschossen wurde.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Nun möchte ich zum letzten Punkt kommen, der immer wieder angesprochen wird: Es entstehe eine Stromlücke.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt, Zimmermann, zuhören! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt vom Bundesumweltministerium – so leid es mir für Sie tut: das ist ein gemeinsam von uns geführtes Ministerium;

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das tut mir auch leid!)

wir würden es gern allein führen – eine Studie, die unter zwei, drei Randbedingungen – die erste Randbedingung ist der Ausbau der erneuerbaren Energien, dazu macht die Bundesregierung viel; die zweite Randbedingung ist eine Reduktion des Stromverbrauchs um 11 % bis 2020, das ist nicht übertrieben viel; bei den heutigen Preisen kann es sogar sein, dass diese 11 % überschritten werden, weil der Strompreis den Bürgerinnen und Bürgern wehtut –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Einverstanden!)

klipp und klar aussagt: Bis 2020, 2025 ist selbst bei einem Ausstieg aus der Kernenergie keine Stromlücke für Deutschland zu erwarten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Machen Sie uns also mit dem, worüber Sie hier immer diskutieren, doch nicht so schalou.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Gegenruf von der SPD: Halt die Klappe! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Man kann der Umweltministerin zum einen zum Geburtstag und zum anderen dazu gratulieren, dass auch sie schon erkannt hat, dass Kernenergie eine Brückentechnologie ist. Wir fordern Sie auf:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Brücke ist zu Ende!)

Gehen Sie mit uns, wie es gesetzlich vereinbart ist, über die Brücke zu neuen Ufern,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und was ist auf der anderen Seite?)

und zwar in dem Rahmen, den wir machen wollen. Auf die Strompreise hat das keinen Einfluss.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich die Entwicklung der letzten Wochen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zum Atomausstieg betrachte,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Herr Kollege Knapp, dann habe ich den Verdacht, dass Sie, wenn der Kollege Zimmermann die Hündin Laika ist, der Neandertalerschädel sind, der kürzlich gefunden wurde.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Dazu sage ich nachher schon noch etwas! – Abg. Peter Hofelich SPD: „Super“ Witz!)

Die Entwicklung innerhalb der SPD macht deutlich, dass Sie so ziemlich einer der Letzten sind, die noch an den alten Positionen festhalten. Bei den Grünen haben wir da weniger Hoffnung.

Es war die Rede davon, dass manche Punkte anzusprechen seien, die gern vergessen würden. Das Thema Klimaschutz z. B. haben Sie auch unterschlagen. Der Weltklimarat hat unlängst festgestellt – ich zitiere sinngemäß –, die Atomenergie sei eine effektive Maßnahme gegen den Klimawandel. Er prognostiziert, durch deren Ausbau ließen sich bis 2030 1,88 Milliarden t CO₂ einsparen.

Thema Stromlücke:

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Dazu zitieren Sie immer nur die Gutachten, die Ihnen passen. Das HWWI rechnet konservativ durch den Ausstieg aus der Kernenergie mit einer Stromlücke von 15,5 %, die man nicht einfach so unter den Tisch kehren kann.

Schauen Sie sich einmal um, was in der Welt passiert. Schweden wendet sich vom Ausstieg ab. Holland hat den Ausstiegsbeschluss kassiert. Italien will neue Kernkraftwerke bauen. Finnland baut einen 1 600-Megawatt-Meiler. Großbritannien plant sechs neue Kernkraftwerke,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Es wird darüber geredet! Planung ist etwas anderes!)

China 24, die USA zwölf, Japan elf. Selbst der Säulenheilige der Ökobewegung innerhalb der SPD, Erhard Eppler, ist inzwischen umgefallen.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Das sind die Realitäten. Letztlich sind es nur noch Herr Knapp und die Grünen, die nach dem Motto „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ am Ausstieg aus der Atomenergie festhalten, so, wie er einmal vereinbart wurde.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Selbst innerhalb der grünen Partei gibt es immer mehr Dissidenten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Ich zitiere z. B. die „Frankfurter Allgemeine“ von gestern – Ihr ehemaliger Kollege Boris Palmer unter der Überschrift „Allein gegen alle“ –:

Palmer wagte zu fragen, wie man den Wählern denn glaubhaft machen wolle, dass der Ausstieg aus der Atomenergie und aus der Kohlestromerzeugung bis 2020 gleichzeitig möglich sei ...

Dann Frau Margareta Wolf, ehemalige Staatssekretärin. Sie wird gemobbt und verfolgt, seit sie es wagte,

(Zurufe von den Grünen)

gegen die grüne Ideologie zu verstoßen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Eben!)

Dasselbe gilt neuerdings für Hubert Kleinert: Gemobbt und verfolgt. Das sind die Tatsachen, meine Damen und Herren.

(Unruhe)

Der Umgang mit Leuten, die sich da intellektuell weiterentwickeln, erinnert an den Umgang von Sekten mit Abtrünnigen. So gehen Sie mit den Leuten um,

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen)

weil beim Thema Atomausstieg bei den Grünen der Verstand aussetzt und die Ideologie anfängt. Das ist für sie keine politische Frage, sondern eine religiöse Frage. Bevor die Grünen ergebnisoffen über den Atomausstieg diskutieren, diskutiert die Bischofskonferenz ergebnisoffen über die „unbefleckte Empfängnis“, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Lassen Sie doch einfach einmal die Polemik beiseite! Argumentieren Sie!)

– Argumente spielen bei Ihnen keine Rolle. Herr Untersteller, Sie haben es vorgerechnet. Sie sagten, allein die EnBW mache bei einer Laufzeitenverlängerung um acht Jahre 14 Milliarden € Gewinn. Die Hälfte davon wären 7 Milliarden €, also das, was wir vorschlagen, nämlich die Hälfte der Erlöse aus der Stromerzeugung für den Ausbau und die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien. Dagegen haben Sie kein Argument. Da sagen Sie nur, das sei Quatsch, Unsinn, eine Schnapsidee. So argumentieren Sie. Sie haben selbst vorgechnet, wie hoch die Erlöse wären und was man abschöpfen könnte, wenn man zu einem neuen Atomkonsens käme.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Anfrage!)

Dann rechnen Sie immer vor, der Atomstrom sei teuer. Aber angeblich machen die Konzerne große Gewinne. Das sind doch andere Gründe, die da zugrunde liegen. Es ist – auch das haben Sie angesprochen – der mangelnde Wettbewerb,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ich habe Ihnen gesagt: Der Verbraucher hat nichts davon!)

das ist die ungünstige Topografie in Baden-Württemberg, und es sind die langen Netzwege. Das sind die Gründe dafür, dass die Strompreise in Baden-Württemberg relativ hoch sind. Nicht der Atomstrom ist der Grund. Der Atomstrom wird in Baden-Württemberg günstig erzeugt. Und was wir aus dieser

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

günstigen Erzeugung des Atomstroms künftig zu machen gedanken, werde ich Ihnen in der zweiten Runde darlegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Pfister das Wort.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie kennen die Geschichte von dem Mann – –

(Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte Sie fragen, ob Sie die Geschichte von dem Mann kennen, der eine Witwe heiratet, die fünf Kinder hat. Er sagt dann: Eigentlich ist jetzt alles erledigt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Haben wir jetzt Märchenstunde?)

Leider ist in der Frage der zukünftigen Energiepolitik nicht alles erledigt.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir haben heute die 37. Debatte zu diesem Thema.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Haben Sie mitgezählt?)

Ich kann feststellen, dass sich eigentlich keine wesentlich neuen Argumente ergeben haben außer der Tatsache – das muss man vielleicht sagen –, dass die Anzahl derjenigen größer wird, die sich ernsthaft darum bemühen, das entscheidende Ziel der Energiepolitik hinzubekommen, nämlich gleichermaßen dafür zu sorgen, dass erstens Energie wirtschaftlich sein soll – das hat etwas mit den Energiepreisen zu tun –, dass zweitens Energiepolitik Versorgungssicherheit garantieren soll und dass drittens Energiepolitik etwas mit Klimaschutz zu tun haben soll. Es gibt immer mehr Menschen, die darauf hinweisen, dass man diese Ziele in der Zukunft eigentlich vernünftigerweise nur mit einem Energiemix erreichen kann.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Das Bundeskabinett hat kürzlich einen Energiegipfel durchgeführt. Bei diesem Energiegipfel war das Energiewissenschaftliche Institut der Uni Köln beim Ministerrat in Berlin zu Gast.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Und Prognos!)

Dieses Institut hat vorgerechnet, dass bei einem Atomausstieg, wie er im Augenblick noch geplant ist, die Kosten für Strom in Baden-Württemberg, in Deutschland um mindestens 10, eher 15 % ansteigen würden, wenn sich daran nichts ändert, und zwar bezogen auf das heutige Niveau.

Die dena, die Deutsche Energie-Agentur, eine Veranstaltung des Bundes, wo im Aufsichtsrat nicht nur Herr Glos sitzt, sondern beispielsweise auch der Bundesumweltminister Gabriel,

kommt zu dem gleichen Ergebnis, dass wir ohne den Energiemix, ohne das Weiterbetreiben von Kernkraftwerken auf absehbare Zeit in diese Energielücke hineinstoßen.

Es gibt eine Bundesnetzagentur, wie Sie wissen, und Sie kennen den Chef dieser Bundesnetzagentur – Sie wissen, wo er politisch hingehört, meine Damen und Herren auf der linken Seite –, der uns ebenfalls ohne Wenn und Aber sagt: Es wird ohne diesen Energiemix nicht gehen.

Und dann gibt es noch Menschen, die erklärte Atomkraftgegner sind, vor denen ich Respekt habe. Dazu gehört beispielsweise der ehemalige Bundesumweltminister Töpfer. Ich habe hohen Respekt vor seiner Meinung, dass er sagt: Ich will von der Kernenergie weg. Ich teile seine Meinung nicht, aber ich habe hohen Respekt vor ihm. Töpfer sagt in einem Interview – als anerkannter Gegner der Kernenergie –: Wenn wir es hinbekommen, im Sinne eines Energiemixes dafür zu sorgen, dass noch zehn, 15 Jahre lang Kernkraftwerke in Baden-Württemberg laufen, und damit erreicht werden kann – ich komme nachher darauf zurück –, dass auf diese Art und Weise die regenerativen Energien durch ein entsprechendes Abschmelzen der Profits so gepuscht werden können, dass wir bei den regenerativen Energien schneller vorwärtskommen, dann ist das ein interessanter Weg.

Wenn der ehemalige Bundesminister Erhard Eppler – ein früherer Kollege von hier – zu genau dem gleichen Ergebnis kommt,

(Lachen des Abg. Wolfgang Stehmer SPD)

und wenn beispielsweise Frau Wolf, Ihre ehemalige Staatssekretärin von den Grünen – darauf wurde hingewiesen –, zu dem Ergebnis kommt, dass es völlig ausgeschlossen ist – völlig ausgeschlossen! –, gleichzeitig aus der Kernenergie und aus der Kohle auszusteigen – – Ich könnte diese Liste der Namen wirklich endlos weiterführen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir steigen doch nicht aus der Kohle aus! Wollen Sie aus der Kohle raus?)

– Ich nicht,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also!)

aber ich kenne genügend Leute aus der SPD, die aus der Kohle und aus der Kernenergie herauswollen, meine Damen und Herren. Das muss auch einmal gesagt sein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn!)

Es gibt also genügend Leute,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sogar der Palmer bleibt bei der Kohle!)

die auf klare Fakten hinweisen, und diese Fakten bedeuten eben, dass wir im Jahr 2020 in Baden-Württemberg – jetzt heruntergebrochen auf Baden-Württemberg – mit einer drohenden Lücke von etwa 5 000 Megawatt elektrische Leistung rechnen müssen und im Jahr 2030 bereits 7 800 Megawatt als Lücke entstehen würden, wenn wir in der Tat aus der Kernenergie aussteigen würden und die alten Kohlekraftwerke nicht entsprechend erneuern würden.

(Minister Ernst Pfister)

Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion, Herr Untersteller. Über diese Zahlen brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Die sind abgesichert. Sie waren kürzlich bei einer Veranstaltung dabei. Ich könnte Ihnen jetzt tausend Dokumente geben, aus denen klar hervorgeht: Diese Lücken sind in Baden-Württemberg zu erwarten.

Jetzt ist doch die große Frage: Wie gehen wir mit dieser Lücke um? Eine Möglichkeit – ich will das einfach einmal durchspielen – besteht darin, dass wir als Ersatz verstärkt fossile Brennstoffe einsetzen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie wäre es denn mit Energieeffizienz?)

– Darauf komme ich gleich. Langsam! Eines nach dem anderen. – Jetzt kann man sagen, wir sollten mehr in die Gasnutzung hineingehen. Das ist weniger umweltschädlich als Kohle. Aber jeder von uns weiß, in welchem Umfang wir schon heute vom Gas abhängig sind, wie groß die Abhängigkeit der Deutschen schon heute von Ländern ist, die nicht lupenreine Demokratien sind,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Schröder! Bundeskanzler Gerhard Schröder!)

oder in welchem Umfang Gas aus Ländern stammt, in denen es zum Teil auch eine Unsicherheit gibt. Dieses Maß an Abhängigkeit noch zusätzlich zu erhöhen, indem als Kompensation auf Gas gesetzt wird, einen solchen Weg kann ich den Deutschen nie und nimmer empfehlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bleibt die Kohle. Klar ist auch: Wenn wir verstärkt in die Kohlenutzung hineingehen müssten – das müssten wir in diesem Fall tun –, würde das bedeuten, dass die Nachfrage nach entsprechenden Emissionszertifikaten sofort ansteigt. Aber dass Emissionszertifikate natürlich eingepreist werden, in die Preise einfließen, ist auch klar. Das heißt, ein Einsatz von mehr Kohle würde unweigerlich dazu führen, dass die Preise – jedenfalls im Strombereich – ansteigen würden, meine Damen und Herren. Also ist dies auch keine gute Lösung.

Jetzt könnte man auf die Idee kommen, zu sagen: Wir füllen den Rest, der sich durch diese Lücke jetzt auftut, einfach durch erneuerbare Energien. Frau Wolf sagt zwar, es sei ausgeschlossen, das auf die Schnelle zu machen, wir brauchten dafür vielmehr zehn oder 20 Jahre, und andere sagen das auch, aber spielen wir das doch einfach einmal durch. Manche behaupten ja, wir könnten das relativ schnell tun.

Wir könnten das theoretisch machen, aber das würde bedeuten, dass die Kostenbelastung durch das EEG – das ich übrigens unterstütze, wie Sie wissen – so extrem wäre, dass auf diese Art und Weise auf jeden Fall die Stromkosten in Deutschland und Baden-Württemberg steigen würden.

In Ihrem nächsten Szenario sagen Sie einfach: Wir importieren Strom. Natürlich kann man in der Zukunft mehr Strom aus Norddeutschland importieren.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das werden Sie müssen!)

Sie wissen, dass wir uns alle darin einig sind, dass das Thema Offshorewindenergieerzeugung an der Küste in Zukunft eine Rolle spielen muss und eine Rolle spielen wird. Klar ist aber auch, dass Sie den Strom, der oben im Norden mit Wind produziert wird, erst durch Leitungen nach Baden-Württemberg bringen müssen. Das führt zu einer zusätzlichen Verteuerung.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich will all das gar nicht weiter ausführen. Ich will nur sagen: Derjenige, der glaubt, er könne auf Kernenergie verzichten und könnte irgendeine der Alternativen anwenden, die ich genannt habe, wird immer zu dem Ergebnis kommen: Bei einem Ausstieg aus der Kernenergie werden wir in Deutschland mit zusätzlichen Kosten in der Größenordnung von 10 bis 15 %, in Baden-Württemberg sogar noch mehr, rechnen müssen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum ist denn der Strompreis bisher immer gestiegen? – Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Deshalb ist der Ausstieg aus der Kernenergie der falsche Weg, der jetzt korrigiert werden sollte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es ist doch völlig klar – das ist doch eine Binsenweisheit –, dass die Erzeugungskosten bei einem abgeschriebenen Kraftwerk –

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

auch bei einem Kernkraftwerk, wie bei jeder Industrieanlage – günstiger sind als bei einem nicht abgeschriebenen Kraftwerk. Allein dadurch aber werden die Strompreise für den Kunden zunächst einmal nicht günstiger. Sie werden erst in dem Augenblick günstiger, in dem man sich darüber unterhält, wer die zusätzliche Liquidität erhält, die frei wird, das heißt, wohin die Profits, von denen wir gesprochen haben, tatsächlich gehen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ich habe Ihnen doch Villis zitiert!)

Sie haben die Zahlen ja genannt; Sie haben die Zahl von 14,1 Milliarden € genannt. Aus diesem Grund haben wir nicht erst heute das aufgenommen, was Herr Eppler vorgeschlagen hat, nicht erst heute das aufgenommen, was Herr Töpfer vorgeschlagen hat, und nicht erst heute das aufgenommen, was Herr Kleinert und viele andere zunehmend vorschlagen.

Meine Damen und Herren, wir haben bereits im Mai 2006 in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben, dass sich die Energiewirtschaft für den Fall, dass es gelingt, einen neuen Atomkonsens zu finden, also innerhalb des Energiemixes eine Verlängerung der Laufzeiten um zehn bis 15 Jahre zu erreichen, verpflichtet, dass mindestens 51 % der Liquidität oder der Profits für etwas verwendet werden. Die große Frage ist, wofür sie verwendet werden. Wir haben uns da nicht festgelegt.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was denn jetzt? – Abg. Thomas Knapp SPD: Stiftung? – Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– Im Augenblick kann ich sagen, wogegen ich bin.

(Minister Ernst Pfister)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wofür wäre interessanter!)

– Langsam! – Ich will Ihnen einmal sagen, wogegen ich bin. Ich halte nichts davon – wahrscheinlich teilen wir diese Meinung –, dass die entstehenden Profits für den Versuch verwendet werden, mit der Gießkanne die Strompreise abzusenken. Das Öko-Institut hat anhand der Zahlen, die Herr Untersteller genannt hat, nachgerechnet, dass für einen Haushalt, der im Jahr 4 000 kWh Strom verbraucht, eine Kostenersparnis in der Größenordnung von 60 bis 70 Cent pro Monat möglich wäre.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er sagt doch, es wird billiger!)

Das halte ich für keine gute Lösung; denn damit würden wir dieses Geld verschleudern.

Meine Idee war immer: Wir müssen dieses Geld nehmen

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

und dafür sorgen, dass der Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung, der im Jahr 2020 zwischen 20 und 30 % liegen soll, noch schneller steigt. Wie können wir das erreichen? Wir könnten das durch die Steigerung des Effizienzquotienten der erneuerbaren Energien erreichen. Wir könnten das übrigens auch dadurch tun, dass wir im Forschungsbereich insgesamt die regenerativen Energien nach vorne bringen. Wir könnten sogar daran denken – was mir sehr sympathisch wäre –, den Markteintritt von regenerativen Energien – das ist nämlich mit Kosten verbunden, z. B. beim Häuslebau – zu fördern.

Diese drei Punkte würde ich in den Vordergrund stellen. Nur führen wir, meine Damen und Herren, eine Phantomdebatte.

(Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Was heißt „wir“?)

Die Entscheidung, ob das möglich ist oder nicht, fällt exakt am 27. September 2009, abends um 18:00 Uhr: Dann ist nämlich entschieden, dass CDU/CSU und FDP die Bundestagswahl gewonnen haben, und dann werden wir in Deutschland eine vernünftige Energiepolitik machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Untersteller das Wort.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist nicht die Zeit für Wahlkampf. Zu Ihrem Vorschlag, Herr Minister – „Wir nehmen die Hälfte“ –, will ich einfach einmal aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 23. Juni dieses Jahres zitieren, wo über das neue Öko-Grundsatzprogramm der CDU berichtet wird. Da heißt es wie folgt:

Ein Vorschlag aus Baden-Württemberg, 50 % der den Stromkonzernen damit bescherten Mehrgewinne in erneuerbare Energie zu investieren, war

– in der CDU –

nicht mehrheitsfähig.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Trotzdem richtig!)

Nicht nur der Kollege Mappus hat ein gutes Archiv, sondern auch ich.

(Unruhe)

Zweitens will ich einmal zu einem Punkt kommen, Herr Kollege Löffler, bei dem Sie, wie ich finde, durchaus ein wichtiges Problem angesprochen haben, nämlich die Marktkonzentration. Wir haben heute nur noch vier große Konzerne. Zu Beginn der Liberalisierung hatten wir in Deutschland neun Konzerne.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels FDP/DVP: Eben!)

Ich finde, Sie müssen umgekehrt einmal fragen, ob eine Laufzeitenverlängerung dazu führt, dass sich die Wettbewerbssituation am Markt verbessert. Meine These ist, dass sie sich verschlechtert. Warum? Wenn Anlagen am Markt sind – ob Atom oder nicht –, die Stromgestehungskosten von 1 bis 1,5 Cent haben, und sich neue Akteure dann überlegen, ob sie neue Anlagen bauen, die wesentlich höhere Stromerzeugungskosten haben, dann werden sie unter diesen Bedingungen nicht im deutschen Markt investieren. Das heißt, Sie zementieren die Strukturen, die wir heute immer noch haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: So ist es! – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU zur SPD: Warum klatscht ihr, ihr Nasenbären?)

Zweitens, Herr Minister – ich würde Sie bitten, das auch einmal ernsthaft zu diskutieren –:

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ihr müsst halt einmal ein bisschen Druck machen!)

Jetzt bringe ich einmal ein neues Thema in die Diskussion, damit wir nicht immer über die alten Dinge reden. Angenommen, wir brauchen Geld für erneuerbare Energien, für den Ausbau der Effizienz usw.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jeden Tag zahle ich das!)

Dann sage ich Ihnen Folgendes: Im Jahr 2013 beginnt die dritte Stufe des Emissionshandels; das ist nicht mehr so arg lange hin. 100 % der Zertifikate werden dann versteigert. Damit einmal klar wird, von welcher Größenordnung wir reden: Wenn Sie 30 € pro Tonne zur Grundlage nehmen – das ist die Größenordnung, die derzeit am Markt gehandelt wird, plus/minus – und davon ausgehen, dass heute 450 Millionen t Emissionen über Zertifikate am Markt gehandelt werden, dann kommen Sie auf ein Volumen von 12 Milliarden €, die dann ab 2013 der öffentlichen Hand jährlich zufließen.

Worüber wir uns alle miteinander unterhalten sollten, ist die Frage: Steht dieses Geld nur dem Bund zu oder wenigstens zum Teil auch den Ländern? Das wäre vielleicht auch einmal ein Thema für die Föderalismuskommission. Um Ihnen auch da eine Größenordnung zu nennen: Bei 160 Anlagen in Baden-Württemberg, die dem Emissionshandel unterliegen, reden wir von 750 Millionen €. Das ist Geld, das wir hier für mehr Effizienz, für einen Ausbau der erneuerbaren Energien

(Franz Untersteller)

und zur Energieeinsparung einsetzen könnten. Das ist ein konkreter Vorschlag.

(Beifall bei den Grünen)

Ich bitte Sie, dass wir daran gemeinsam arbeiten. Ich hoffe, das ist jetzt einmal unstrittig.

(Zuruf des Ministers Ernst Pfister)

Einen weiteren Punkt möchte ich ansprechen. Kommen wir zur Stromlücke und nehmen wir auch da die konkreten Zahlen aus den letzten beiden Jahren. Die 17 Kernkraftwerke in Deutschland haben im Jahr 2006 167 Milliarden kWh erzeugt, im Jahr 2007 nur 140 Milliarden kWh. Warum? Weil vier Anlagen, nämlich Brunsbüttel, Biblis A und B und Krümmel, wegen Störfällen oder wie auch immer Sie es nennen mögen das Jahr über aus der Erzeugung herausgenommen waren. Die Anlage Neckarwestheim I wurde gedrosselt gefahren und hat über 1 Milliarde kWh weniger erzeugt als im Jahr 2006. Trotzdem hatten wir im Jahr 2007 bundesweit 19 Milliarden kWh Exportüberschuss.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt kommt er wieder mit der alten Kamelle! Das stimmt doch alles gar nicht, was Sie hier sagen!)

– 19 Milliarden kWh Exportüberschuss! Ich habe Ihnen eine Wette angeboten. Sie haben sie bis heute nicht angenommen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Vor einem halben Jahr haben Sie die Story schon erzählt!)

Das ist die Realität. Da braucht man keine Märchen von Stromlücken zu erzählen. Das sind die Realitäten und die konkreten Zahlen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Mann trägt seinen Namen zu Recht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Nach meiner Rede gern, Herr Kollege.

Noch einmal zu der Frage des Wettbewerbs. Glauben Sie allen Ernstes, dass Sie unserer Volkswirtschaft etwas Gutes tun würden, wenn Sie eine Laufzeitenverlängerung machen würden?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

Damit würden Sie den Druck beim Ausbau der erneuerbaren Energien und beim Ausbau der Effizienztechnologien vermindern, wo wir in den letzten Jahren enorm vorangekommen sind, wo wir neue Arbeitsplätze geschaffen haben,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jeder Arbeitsplatz 160 000 €! Tolle Arbeitsplätze haben Sie da geschaffen!)

wo wir eine neue Branche geschaffen haben. Sie nehmen den Druck heraus, wenn Sie die Laufzeiten von Anlagen, die völlig abgeschrieben sind, um zehn, 15 Jahre verlängern.

Noch einmal: Wir alle haben als Kunden von einer Laufzeitenverlängerung nichts. Die Strompreisbildung findet an der Strombörse in Leipzig statt. Der Kollege Löffler weiß als Ökonom sehr genau, wie das funktioniert, nämlich nach dem sogenannten Grenzkostenprinzip. Das heißt nichts anderes als: Das letzte Kraftwerk, das im Kraftwerkspark notwendig ist, um die Stromnachfrage in Deutschland abzudecken,

(Minister Ernst Pfister: In der Spitze vor allem! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Steuerprogression!)

ist ausschlaggebend für die Strompreisgestaltung. Dieses Kraftwerk – das wissen Sie so gut wie ich, Herr Minister – ist meistens ein Gaskraftwerk, manchmal ein Kohlekraftwerk, das nur zeitweilig eingeschaltet wird. Das ist ausschlaggebend für die Strompreisbildung. Dafür werden Kosten von 8 bis 9 Cent je Kilowattstunde angesetzt. Wenn Sie also am unteren Ende Kraftwerke mit Kosten von 1 bis 1,5 Cent pro Kilowattstunde haben, oben aber noch der Emissionshandel draufkommt und es für Sie und für mich immer noch teurer wird, sind die Betreiber der 17 Kernkraftwerke in Deutschland die Profiteure davon und nicht die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir werden bei dieser Geschichte leer ausgehen. Das verspreche ich, so wahr ich hier stehe.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine Nachfrage, Herr Abg. Bachmann, bitte.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber bitte eine intelligente Frage!)

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Eine kurze Nachfrage: Wie stehen Sie denn zum Bau von Laufwasserkraftwerken am Rhein? Wenn Sie die Kernkraftwerke abschalten wollen, braucht man Ersatz. Wir als FDP haben das beschlossen! Auf der einen Seite steht der Klimaschutz, dafür bräuchten wir diese Kraftwerke dringend. Auf der anderen Seite steht – so sage ich einmal – der Lurchschutz. Dazu hätte ich gern einmal eine Antwort von Ihnen.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Kollege Bachmann, Sie waren zu der entsprechenden Zeit noch nicht im Landtag. Ich war in jener Zeit als Berater hier im Landtag. Wenn Sie damals hier gewesen wären, hätten Sie mitbekommen, dass wir mit Kollegen der CDU dafür gekämpft haben, dass die Vergütung der Wasserkraft ins EEG aufgenommen wird.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: He, he! Wir waren das! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Mit der SPD auch, Entschuldigung.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Wollen Sie die bauen oder nicht?)

Ohne diese zusätzliche Vergütung gäbe es dieses Kraftwerk in Rheinfelden überhaupt nicht.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Nicht Rheinfelden! Weitere Standorte!)

(Franz Untersteller)

Herr Kollege Schmiedel hat völlig recht: Wir haben das unter Rot-Grün gemacht.

(Widerspruch des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Was neue Standorte betrifft, bin ich offen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Das ist doch schon einmal etwas!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir reden immer über 20 % der Energie! Redet einmal über 80 %!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, meine Kollegen! Wir sind eigentlich gar nicht weit auseinander. Wir wollen nicht dauerhaft und auf ewige Zeiten auf die Kernkraft setzen. Das will hier in der CDU niemand.

(Abg. Ingo Rust SPD: Niemand mehr! – Abg. Thomas Knapp SPD: Niemand mehr! Brückentechnologie!)

– Ihr Beispiel mit der Brückentechnologie nehme ich gern auf. Auch wir sehen die Kernkraft als Brückentechnologie. Nur, wir haben andere Vorstellungen, wie lang die Brücke ist und wohin sie führen soll. Das ist das, was uns unterscheidet.

Zurzeit werden weltweit 55 Atomkraftwerke gebaut.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Auf dem Papier! In Europa sind es zwei!)

– Zumindest wird in Finnland das weltweit größte mit 1 600 Megawatt gebaut.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Da sind Uraltprojekte dabei! – Abg. Karl Zimmermann CDU: 14 in Europa!)

Andere Länder, die in den Achtzigerjahren den Atomausstieg propagiert haben, nehmen Abstand von diesem Beschluss und modernisieren ihre Kraftwerke. All das zeigt, dass die „Geschäftsgrundlage“ für den Ausstieg weggefallen ist. Darüber müssen wir nachdenken. Da nehme ich gern den Gedanken der Hoffnung auf. Es gibt auch bei Ihnen – in beiden Parteien – einige Leute, die nachdenken.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir denken immer nach, Herr Kollege Löffler!)

Die werden dann üblicherweise abgestraft, wie es bei Ihnen offenbar demokratische Gepflogenheit ist.

(Lachen des Abg. Wolfgang Stehmer SPD)

– Ja, das ist doch auch so.

(Zuruf von der CDU: Richtig! Clement! – Zuruf von der SPD: Wer ist abgestraft worden? – Unruhe)

– Sie müssen nur die Zeitung lesen, um zu erfahren, wie mit den Leuten umgegangen wird. Sie gehen mit ihnen verbal um wie mit Aussätzigen, nur weil diese ihre eigene Meinung äußern,

die richtig ist. Ich glaube, dass wir wegen des Wegfalls der Geschäftsgrundlage neu nachdenken müssen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Noch haben wir keine Outlaws!)

Wir wissen auch, dass Tschechien in Temelin an der deutschen Grenze einen Atommeiler bauen wird, ebenso wie die Schweizer am Hochrhein. Das sind Fakten, denen wir einfach ins Auge schauen sollten.

Es geht uns also nicht um den Bau neuer Reaktoren. Wir sehen jedoch in einer Rücknahme der Laufzeitenverkürzung für die Kernkraftwerke die einzige Chance – denn einzig die Kernkraft kommt als Brückentechnologie infrage –, dass wir technologisch zu einer Alternative gelangen, mit der wir die gleiche Strommenge und den gleichen Wirkungsgrad wie mit anderen Anlagen erzielen können.

(Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Haben wir doch schon!)

Ich glaube, das ist schon die Bedingung. Wir haben nämlich das Problem der viel zitierten Stromlücke.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Und des CO₂-Ausstoßes!)

– Dazu komme ich noch, Herr Kollege Zimmermann. – Mit den Gewinnen aus einer Laufzeitenverlängerung lässt sich auch die Entwicklung alternativer Energieformen finanzieren.

Ich gebe Ihnen auch recht, Herr Kollege Untersteller, dass man mit den Einnahmen aus den Emissionszertifikaten – die man nun endlich zu 100 % zu Geld machen will – auch alternative Energien finanzieren kann. Aber wir brauchen dort einen Quantensprung.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir reden über 10 bis 12 Milliarden €!)

– Klar, wir brauchen dort einen technologischen Quantensprung. Mit Geld allein lässt sich das nicht erzwingen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Aha!)

– Ja, natürlich nicht. Sie brauchen tatsächlich auch die entsprechenden Forschungskapazitäten.

Wir meinen es auch ernst mit der Reduzierung schädlicher Emissionen und stellen uns auf die Herausforderungen des Klimaschutzes ein. Dafür nehmen wir große Anstrengungen in Kauf. Wir wissen, dass Kernkraftwerke mit einem CO₂-Ausstoß von 32 g pro Kilowattstunde deutlich niedriger liegen als Braunkohlekraftwerke, die 1 150 g pro Kilowattstunde, also das 36-Fache, emittieren. Somit ist aus ökologischen und ökonomischen Gründen die Rücknahme der Laufzeitenverkürzung angezeigt.

Die Gefahren der Kernenergie und die Probleme der Entsorgung und der Endlagerung soll man nicht kleinreden. Warum auch?

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das macht auch niemand!)

(Dr. Reinhard Löffler)

Fakt ist: Mit deutscher Technologie, mit baden-württembergischem Know-how entstehen weltweit Kernkraftwerke. Kerntechnisches Wissen der Karlsruher Exzellenzuniversität steckt in den Blaupausen vieler neuer Kernkraftanlagen weltweit.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das stimmt nicht!)

Das gilt auch für die Sicherheitskonzepte; die Kompetenz unserer Forscher auf diesem Gebiet ist unbestritten. Sie sind nicht risikoblind. Risiken muss man sorgfältig analysieren, wenn man sie beherrschen will, und ich denke, das ist ein wichtiger Grundsatz bei der Technologie, die wir haben, die wir anwenden und die wir im Ausland vertreiben.

Wenn bei uns alle Strommeiler vom Netz gehen, werden die Versorgung und die Preise für Strom unkalkulierbar –

(Abg. Wolfgang Stehmer SPD: Nein!)

mit allen Risiken für die heimische Volkswirtschaft und das Wohl unserer Bürger. Dem tragen wir Rechnung.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir auch!)

– Sie auch? Willkommen in der Realität!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Knapp das Wort.

Abg. Thomas Knapp SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich muss man doch sagen: Wir führen eine Phantomdebatte. Wir führen nicht nur eine Atom-, sondern auch eine Phantomdebatte. Ich glaube, es ist ein historisch einmaliger Vorgang, dass man versucht, ein Gesetz, das gilt, permanent infrage zu stellen

(Zuruf von der SPD: Genau! Das sind Outlaws! –
Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das macht ihr jeden Tag!)

und so zu tun, als ginge es nicht anders. Wir haben ein Gesetz vereinbart, und zwar ist das ein Gesetz, das alle unterschrieben haben.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Alle? – Minister Ernst Pfister: Wir nicht!)

Alle diejenigen, die Kernkraftwerke betreiben, haben damals unterschrieben und gesagt: Jawohl, so machen wir es.

Nun muss man doch einmal Folgendes sehen: Es wird immer vom „billigen Atomstrom“ gesprochen. Ich weiß aber gar nicht, Herr Minister Pfister, wo wir im Moment in Karlsruhe stehen und wie hoch die Beträge sind, die das Land für die Stilllegung der Wiederaufarbeitungsanlage zahlen muss. Sind es 70 Millionen, sind es 80 Millionen €? In jedem Fall sind das noch immer nur 7 oder 8 % der Gesamtsumme. Hierfür kommt die Bevölkerung auf, damit die WAK, die kleine Kern-

forschungsanlage, in Karlsruhe zurückgebaut wird. Dort hat man Folgendes gemacht – und das muss man immer wieder einmal sagen –: Dort hat man eine Vereinbarung getroffen zwischen der öffentlichen Hand und den Betrieben, die daraus Forschungsergebnisse und andere Vorteile bezogen haben. Die Wirtschaft hat aber ihren Anteil gedeckelt. Sie hat gesagt: Wir zahlen exakt die Hälfte zu einem Zeitpunkt x. Die Zahl, die damals herausgekommen ist, hat sich inzwischen mehr als verdoppelt. Das heißt, in der Zwischenzeit zahlt die öffentliche Hand 75 % dieser Kosten. Ich glaube, wir sind mit dem, was in die Erforschung erneuerbarer Energien oder in das EEG geflossen ist, noch Welten von dem entfernt, was dort allein in diese kleine Kiste hineinfließt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann muss man doch auch einmal ehrlich in Bezug auf die Kosten sein: Jedes Kernkraftwerk – die Kollegin Chef ist jetzt nicht da – ist im Atomkonsens in der Versicherungssumme auf das Zehnfache angehoben worden. Jeder Mensch draußen würde sagen: „Klar, die haben die Versicherungssumme von 1 Milliarde € auf 10 Milliarden € steigern müssen, weil heute ja bereits jeder Pkw mit 7 oder 10 Millionen € haftpflicht-versichert ist.“ Nein, die Kernenergieanlagen haben von 250 000 € auf 2,5 Millionen € steigern müssen. Das ist lächerlich!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wissen Sie, was die Versicherung eines Windrads kostet? Schauen Sie sich das einmal an!)

Wenn da einmal wirklich etwas los ist, können Sie für 2,5 Millionen €, wenn Sie Glück haben, zehn Einfamilienhäuser in der Gegend dort kaufen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist der Wasserschaden im Büro!)

Dann ist aber schon viel erreicht. Für jeglichen Schaden haftet die öffentliche Hand, und dann reden Sie von billigem Kernenergiestrom!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

So können wir es natürlich auch machen.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Aber, lieber Herr Knapp, jetzt erzählen Sie auch noch juristische Märchen in Ihrer Märchenstunde!)

– Es steht im Atomausstiegsgesetz drin, dass man auf 2,5 Millionen € Versicherungssumme hochgegangen ist.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Aber Ihre Forderungen sind nicht richtig!)

– Ja, weil es gar nicht bezahlbar ist. Es wurden einmal Rechnungen angestellt, bei denen herauskam: Eine Kilowattstunde Kernenergie würde ungefähr 2 DM kosten, wenn man alle Risiken, die auf die öffentliche Hand abgewälzt werden, versichern müsste. Da müssen Sie doch einmal überlegen: Da ist doch nichts billig. Mit der Rückstellung funktioniert es auch nicht. Es ist so, dass wir das im Grunde alle mitzahlen.

(Thomas Knapp)

Jetzt zu n-tv. Ich weiß zwar nicht, wie die Besitzverhältnisse dort sind,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wahrscheinlich hat die SPD dort auch Anteile!)

aber n-tv ist sicherlich nicht immer rot gefärbt. In einer Meldung vom 24. Juni dieses Jahres steht klipp und klar:

Würden jetzt tatsächlich die Laufzeiten der Atomkraftwerke um zehn Jahre verlängert, wie Meyers Arbeitsgruppe es vorschlägt, würde die gerade in Gang gekommene Modernisierung der Energiewirtschaft gestoppt und letztlich das Problem des Klimawandels sogar verschlimmert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Der durchaus positiv zu verstehende Modernisierungsdruck ist nämlich auch Motor für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Erschließung der enormen Effizienzpotenziale. Bei einer Laufzeitverlängerung würde dieser Modernisierungsdruck massiv abgeschwächt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das sind jetzt Weisheiten, oder was?)

Meine Damen und Herren, wir machen einen gravierenden Fehler. Wir haben in Baden-Württemberg ungefähr 10 % mehr Strom, als wir benötigen. Wenn wir jetzt sagen, wir lassen immer alles weiterlaufen, dann passiert das, was vorhin der Kollege Untersteller auch schon gesagt hat: Dann haben neue Investoren keine Chance auf einen Markteintritt. Dazu gehören auch die Stadtwerke. Denen fällt es immer schwerer, in den Markt einzutreten. Wir zementieren die vier Großen, die alles in der Hand behalten und die uns oder Sie als Bürgerinnen und Bürger am langen Arm verhungern lassen.

Jetzt ist Folgendes ganz aktuell in die Debatte gekommen – nur um einmal deutlich zu machen, worüber wir eigentlich reden –: Das BMU – ich sage es noch einmal: unser gemeinsames Bundesumweltministerium – sagt:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, wir sind Partner in Berlin! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber was für Partner!)

Wir wollen eine Reduzierung des Stromverbrauchs bis 2020 um 11 %.

Jetzt gibt es von unserer früheren Kollegin Carmina Brenner eine ganz aktuelle Pressemitteilung für die heutige Debatte. Da steht drin: In Baden-Württemberg wurden im ersten Quartal 2,6 % weniger Strom verbraucht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schau her! Es geht doch!)

Wenn ich das hochrechne, komme ich in einem Jahr auf 11 %. Selbst wenn man Quartal mit Quartal vergleicht, kommt man in vier Jahren auf 11 %. Wir haben gesagt: Das BMU geht davon aus, dass wir in 15 Jahren auf 11 % kommen, nämlich von 2005 bis 2020. Da muss ich Ihnen sagen: Aus dieser Debatte, aus diesem Ausbau der erneuerbaren Energien, aus der Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung, aus diesen Effizienzsteige-

rungen darf der Druck nicht heraus. Die Zahlen des BMU werden aufgrund der hohen Strompreise weit überholt werden.

Kollegin Carmina Brenner hat hier eine ordentliche Arbeit als Energiepolitikerin gemacht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: CDU! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Gute Frau!)

Als Chefin des Statistischen Landesamts weiß sie, wann welche Zahlen notwendig sind. Da muss man wirklich sagen: Sie ist eine gute Frau, die Kollegin Brenner.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Kollege Knapp, wenn Sie bei der Kilowattstunde auf 50 Cent gehen, dann geht aber hier das Licht auch aus! Das sage ich Ihnen! – Heiterkeit – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir könnten jede zehnte Lampe ausmachen! Dann hätten wir 10 % gespart!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Diese Debatte zur Atomenergie hat einmal mehr deutlich gemacht, wo in diesem Haus die Unterschiede sind.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wir sind froh, dass es Unterschiede gibt!)

Auf der einen Seite stehen der Kollege Löffler, Minister Pfister und ich, die – das kann man, glaube ich, schon sagen – einen differenzierten Blick auf die Kernenergie haben.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Oh, oh, oh! Was ist bei Ihnen differenziert?)

Wir bestreiten die Schwächen dieser Energieform überhaupt nicht. Deshalb sprechen wir von einer Brückentechnologie. Auf der anderen Seite sind die Kollegen Untersteller und Knapp, die überhaupt kein Argument, das in eine andere Richtung weist, gelten lassen

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh!)

und zum Teil die abstrusesten Argumentationen finden, um ja kein gutes Haar an der Kernenergie lassen zu müssen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Ich will ein Beispiel, ein Argument nennen, das bezeichnenderweise beide in dieser Debatte verwandt haben und das man auch ständig hört: Man dürfe nicht über eine Laufzeitenverlängerung nachdenken, weil das den Druck für den Aufbau und Ausbau der regenerativen Energien zurücknehmen würde.

(Zurufe von der SPD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Das kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem gar nicht klar ist, wie wir die Stromlücke schließen, und zu dem nicht klar ist, wie wir die Grundlastfähigkeit herstellen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Welche Stromlücke?)

Meine Damen und Herren, wer so argumentiert, der kann auch jemandem, der sich in die Wüste verlaufen hat, den Rat geben, er solle seine Feldflasche wegwerfen, weil ohne Wasser der Druck steigt, aus der Wüste wieder herauszufinden.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Franz Untersteller GRÜNE)

Das ist die Logik dieser Argumentation. Wir bestreiten die Schwierigkeiten und die Risiken der Kernenergie überhaupt nicht.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Wir bestreiten überhaupt nicht,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hand aus der Hosentasche!)

dass das Problem der Endlagerung noch nicht gelöst ist, obwohl man einmal sehr detailliert darüber diskutieren könnte, wer schuld daran ist, dass dieses Problem noch nicht gelöst ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Machen Sie doch einmal einen Vorschlag, wie man es lösen könnte! – Abg. Thomas Knapp SPD, einen Zeitungsartikel hochhaltend: Sie wollen doch auch früher abschalten! So steht es im „Staatsanzeiger“!)

Das ist doch kein Argument gegen eine Laufzeitenverlängerung. Wenn wir im Jahr 2022 aussteigen würden, dann hätte die Kernenergie in Deutschland eine Gesamtlaufzeit von etwa 55 Jahren gehabt. Dafür brauchen wir eine Endlagerung. Wenn wir eine Laufzeitenverlängerung um zehn oder 15 Jahre machen, dann werden wir Gesamtlaufzeiten von 65 oder 70 Jahren haben. Dafür brauchen wir genauso eine Endlagerung. Das Ausstehen einer Endlagerung kann also kein Argument gegen eine Laufzeitenverlängerung sein.

Trotzdem sagen wir in aller Deutlichkeit: Wir wollen irgendwann aus der Atomenergie aussteigen. Wir sehen sie als eine Brückentechnologie an. Wir wollen aber erst zu dem Zeitpunkt aussteigen, zu dem es von der Energieversorgung her für unser Land verantwortlich ist. Wann das sein wird, steht zum heutigen Tag noch nicht fest.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Was ist mit der Abschaltung von alten Kernkraftwerken?)

Wenn wir uns die baden-württembergische Energielandschaft anschauen, dann stellen wir fest: Die Wasserkraft ist weitestgehend ausgereizt, und bei der Bioenergie zeichnet sich ein Ende des Ausbaus ab. Im Bereich von Solarenergie und Geothermie wissen wir nicht, wann der große Durchbruch kommt. Vor allem wird dieser große Durchbruch erst noch zu finanzieren sein. Deshalb lautet unser Vorschlag – Kollege Untersteller hat es vorgerechnet –: 14 Milliarden €, die Hälfte davon sind 7 Milliarden €. Das ist das, was wir anbieten, fest-

zuschreiben. Die Energiekonzerne haben signalisiert, dass sie sich dies vorstellen können.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Frau Präsidentin!)

Das wollen wir festschreiben. Dann haben wir die finanziellen Möglichkeiten, die regenerativen Energien auszubauen und weiter zu erforschen. Das ist es, was wir wollen. Eigentlich kann kein vernünftiger Mensch etwas gegen solche Pläne haben.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Knapp?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber gern.

Abg. Thomas Knapp SPD: Herr Kollege Rülke, nachdem Sie jetzt diese 7 Milliarden € angesprochen haben, frage ich Sie: Ist Ihnen bekannt, dass mir Ihr Wirtschaftsminister im April auf die Frage, wie er sich die Abschöpfung dieser Gewinne vorstelle, geschrieben hat, dass er sich für die komplette Laufzeitenverlängerung für die Kraftwerke in Baden-Württemberg – sage ich jetzt einmal – maximal 1 Milliarde € vorstellen kann? Sie haben gesagt – wir alle haben es gehört –: 15 Milliarden € zusätzlicher Gewinn.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das habe nicht ich gesagt.

Abg. Thomas Knapp SPD: Er hat geschrieben: Wir wollen 1 Milliarde € davon abschöpfen. Ist Ihnen das bekannt? Das ist die Größenordnung, über die diskutiert wird.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Größenordnung, über die diskutiert wird, hat der Kollege Untersteller in die Diskussion gebracht. Er hat von 14 Milliarden € gesprochen. Ich argumentiere auf der Basis des Kollegen Untersteller.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er ist nicht Wirtschaftsminister!)

Herr Kollege Knapp,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das war vor drei Monaten!)

ich nehme nicht an, dass Sie dem Kollegen Untersteller Unseriosität unterstellen wollen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir glauben dem Wirtschaftsminister! – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Wie auch immer: Selbst wenn es nur 1 Milliarde € sind, Herr Kollege Knapp: Man kann mit 1 Milliarde € eine Menge im Bereich der erneuerbaren Energien tun. Das wollen wir machen.

Was richtig ist, meine Damen und Herren – das bestreite ich überhaupt nicht –: Dadurch sinken die Energiepreise noch nicht. Faktum ist – Kollege Untersteller hat es genannt –, dass der Atomstrom billig produziert, aber nicht billig verkauft wird. Das liegt aber nicht an den Kernkraftwerken, sondern an mangelndem Wettbewerb. Das ist der Punkt, den wir an-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

gehen müssen. Aus diesem Grund haben wir zwei wesentliche Punkte, die ich noch einmal unterstreichen möchte.

Das eine ist eine Laufzeitenverlängerung, um aus der Hälfte der Erträge die Fortführung der Einführung und die Erforschung der erneuerbaren Energien zu finanzieren.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Da bin ich gespannt!)

Das Zweite ist, einen besseren Wettbewerb hinzubekommen, damit die Energiepreise sinken.

Jetzt noch zum Ausstiegsszenario, damit Sie mir nicht vorwerfen, ich würde das unterschlagen. Ich bin durchaus der Meinung, dass wir darüber reden müssen, wann welches Kernkraftwerk vom Netz geht.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, nämlich des Herrn Abg. Winkler?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gleich eine Nachfrage.

Wir werden diese Kernkraftwerke mit Sicherheit noch einige Zeit brauchen, aber wir werden sukzessive den Strombedarf erneuerbar decken können. Dann kann ein Meiler nach dem anderen vom Netz. Da stehe ich zu meiner Aussage, dass die älteren Meiler eher vom Netz gehen als die moderneren. – Jetzt gern, Frau Präsidentin, wenn Sie gestatten.

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Herr Abg. Winkler, bitte sehr, Sie haben das Wort.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege Rülke, zu Ihrem letzten Satz: Die älteren Kernkraftwerke sollen eher vom Netz gehen. Sie kennen das Angebot der Kernkraftwerksbetreiber, die vorgeschlagen haben, die Laufzeiten der ältesten Kernkraftwerke, die jetzt abgeschaltet werden sollten, auf die jüngeren zu übertragen, also dort abzuziehen, die älteren also länger laufen zu lassen und die jüngeren kürzer. Können Sie mir die Logik dieses Vorschlags der Vertreter der Kernenergie erläutern, nachdem Sie selbst – wie es eigentlich logisch ist – die älteren zuerst abschalten wollen? Können Sie mir diese Logik erläutern?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Winkler, es ist nicht meine Aufgabe, die Logik der Energieunternehmen zu erläutern. Ich sage Ihnen meine Position. Ich glaube, dass diese Position in diesem Land politisch mehrheitsfähig sein wird. Diese Position heißt: Laufzeitenverlängerung, solange wir die Kernenergie brauchen, und dann die Atommeiler einen nach dem anderen vom Netz zu nehmen, und zwar zuerst die älteren und dann die modernsten. Ich glaube, diese Position ist logisch.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege Winkler, das ist ein Pokerspiel!)

Ich bin natürlich auch der Meinung – wie der Wirtschaftsminister –, dass die Bundestagswahl so ausgehen sollte wie beschrieben,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist der Unterschied zwischen Traum und Wirklichkeit!)

aber ich wage heute die Prognose – ganz egal, wie diese Bundestagswahl ausgeht –, dass es so kommen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was hat jetzt die Debatte gebracht?)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften – Drucksache 14/2705

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/3027

Berichterstatte r: Abg. Rainer Stickelberger

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, in der Zweiten Beratung keine Aussprache zu führen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2705.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/3027. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesmediengesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Gesetzes zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 3 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 4 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 23. Juli 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes – Drucksache 14/2801

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/2952

Berichterstatlerin: Abg. Margot Queitsch

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat eine Allgemeine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Lazarus für die Fraktion der CDU das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gute Frau!)

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Bei den Beratungen im Schulausschuss wurde der Gesetzentwurf nicht verändert, im Gegenteil. Der Schulausschuss empfahl dem Plenum ohne Gegenstimmen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen. Alles andere wäre ja auch erstaunlich gewesen. Schließlich enthält der Gesetzentwurf eine erhebliche finanzielle Verbesserung für die Schulen in freier Trägerschaft: 4,2 Millionen € pro Jahr, vor allem für die Grund- und Hauptschulen und damit auch für die Waldorfschulen. Wer wollte da Nein sagen?

Die Begleitmusik zu dieser Gesetzesänderung war jedoch im Schulausschuss und schon bei der Ersten Beratung im Plenum laut und heftig. Die Opposition – das ist ihr gutes Recht –

möchte der Regierung konkrete Zusagen und Festlegungen über weitere Schritte entlocken. Wenn man nicht in der Finanzverantwortung steht, ist das ja auch ganz einfach

(Abg. Reinhold Gall SPD: Immer die gleiche Leier!)

und eben gängige Praxis der Opposition. Umgekehrt werden durch Regierung und Koalitionsfraktionen konkrete Finanzaussagen über den Haushalt gemacht, wie es schließlich auch bei der vorliegenden Verbesserung der Fall war.

Wer nun glaubt, der jetzige, erste Schritt sei zu wenig, soll einmal auf die Rahmenbedingungen für Schulen in freier Trägerschaft Ende der Neunzigerjahre zurückblicken. Damals war die Unzufriedenheit wirklich groß, und dies zu Recht. Auch erfahrene Schulverwaltungsspezialisten im Privatschulwesen versicherten glaubhaft, dass sie die Berechnungsgrundlagen für die Zuschüsse nicht durchschauen könnten. Trotz eines höchstrichterlichen Urteils, das den Schulen in freier Trägerschaft je Schüler Zuschüsse in Höhe von 80 % der Kosten eines Schülers an einer öffentlichen Schule zusprach, lag die reale Förderquote irgendwo zwischen 50 und höchstens 70 %.

In der CDU-Fraktion hat damals ein beherzter Schularbeitskreisvorsitzender mit Namen Helmut Rau das heiße Eisen angepackt und zusammen mit unserem Koalitionspartner eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Darin waren – das ist das Wichtigste – die Privatschulen selbst maßgeblich vertreten. Das Ergebnis ist im Konsens zwischen den Fraktionen und den Verbänden der Privatschulen zustande gekommen. Ich wiederhole dies, weil das ein ganz wichtiger Punkt ist.

Über alle Schularten hinweg entstand eine neue Berechnungsstruktur – später Bruttokostenmodell genannt –, die Licht ins Dunkel – sprich für alle verständliche Transparenz – der Berechnungsgrundlagen brachte. Dies wurde auch im Gesetz verankert.

Finanziell war dies dann die Stunde der Wahrheit. Denn jetzt lagen die Zahlen, also die auf Schularten bezogenen Prozentanteile, offen und waren auch nicht mehr strittig. Es blieb – durchaus – die Aufgabe übrig, über Stufen einen Kostendeckungsgrad von 80 % anzusteuern. Schon 2004 wurden, was den Kostendeckungsgrad betrifft, ganz weit hinten liegende und ums Überleben kämpfende berufliche Schulen – davon viele in kirchlicher Trägerschaft – besser ausgestattet, dies allerdings durch eine Umschichtung zulasten von Schulen, deren Kostendeckungsgrad bereits über 80 % lag.

Mit der jetzt vorgesehenen Änderung werden wir für alle Kopfsatzschulen die Zuschüsse so bemessen, dass wir einen Kostendeckungsgrad von über 70 % erreichen, was zu Beginn des Wegs in den Neunzigerjahren noch sehr weit weg war. Nicht vergessen werden darf, dass die große Zahl an Gymnasien in freier Trägerschaft – dort ist immerhin fast ein Drittel aller Privatschüler – den Fördersatz von 80 % sogar schon so gut wie erreicht haben.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Fast!)

Was seit den Neunzigerjahren erreicht wurde, ist bemerkenswert. Die Ausgangslage für den nächsten Schritt ist also gut. Punktgenau wissen wir das mit der Vorlage des Privatschul-

(Ursula Lazarus)

berichts 2009 – sicher der Zeitpunkt, um dann die exakten Zielvorgaben zusammen mit den Schulen zu besprechen und zu beschließen.

Aus den am Anfang genannten Gründen wird die CDU-Fraktion die Anträge von SPD und Grünen ablehnen.

Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gute Rede!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Frank Mentrup für die Fraktion der SPD.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Dieser Tag wird sicher in die Bildungspolitik als Tag der nachgereichten Erkenntnisse, der großspurigen Ankündigungen und der halbgar operativen Konzepte eingehen.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Als Tag der großspurigen Formulierungen der Opposition!)

Dieses Schema trifft weitestgehend auch auf dieses Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes zu – mit einer Abweichung. Es handelt sich hier nicht um eine nachgereichte Erkenntnis, sondern – Frau Lazarus, Sie haben es dankenswerterweise dargestellt – es ist seit Jahren unstrittig, dass ein Fördersatz von 80 % zur Kostenkompensation im Privatschulgesetz angestrebt werden soll.

Aber das, was Sie heute hier vorlegen und was wir ein zweites Mal diskutieren, ist vor allem wieder eine etwas großspurige Ankündigung, dieses Ziel erreichen zu wollen. Im operativen Konzept ist zwar ein nächster Schritt dorthin festgelegt, aber es ist noch kein verbindlicher Fahrplan in Aussicht gestellt, wie man dieses Ziel wirklich erreichen kann.

(Zuruf der Abg. Ursula Lazarus CDU)

Es ist schade, Frau Lazarus, dass der beherzte Herr Rau es jetzt in seiner neuen Rolle als Minister nicht schafft, einen verbindlichen Fahrplan vorzulegen;

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

denn es geht nicht um Beträge, die man dem Haushalt sozusagen entlocken muss, sondern es geht um Verbindlichkeit gegenüber einem wichtigen Partner in unserem Bildungssystem. Wann, wenn nicht heute, sind die finanziellen Voraussetzungen denn so, dass es möglich wäre, einen verbindlichen Fahrplan aufzustellen?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

So bleibt unsere Vermutung, dass man doch nur einen weiteren Pflichtpunkt der Koalitionsvereinbarungen zwischen FDP/DVP und CDU abarbeiten wollte; denn man hat leider eben nicht beherzt dieses Thema ganz abgearbeitet, sondern

begibt sich zwar weiter in Kleckerlesschritten auf den richtigen Weg, kommt aber nicht ganz bis zum Ziel.

Warum ist das so schade? Ich habe es schon angedeutet: Die Schulen in freier Trägerschaft sind wichtige Partner in unserem Bildungswesen. Sie übernehmen für den Staat Aufgaben der Bildungspolitik, Aufgaben der Erziehung, Aufgaben der Betreuung. Wir haben uns ja in einem großen Konsens darauf geeinigt, dass dies mit mindestens 80 % kompensiert gehört. Darüber hinaus werden doch noch sehr viele weitere Anteile von Eltern, von Sponsoren und anderen wohlhabenden Menschen oder in Form von Stiftungen aller Art erbracht. Da gehört es sich einfach, dass wir die nächstbeste Gelegenheit nutzen, die uns finanztechnisch möglich ist, um auf den Fördersatz von 80 % zu kommen.

Liebe Frau Lazarus, wir haben heute Morgen verbindliche Planungen bis ins Jahr 2015 wahrgenommen, die am Ende auch mit viel Geld zu unterlegen sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Lazarus CDU: Davon werden auch die Privatschulen profitieren!)

Es wäre ein Leichtes, innerhalb der nächsten zwei oder drei Jahre auf diese 80 % zu gehen.

Es ist ja nicht so, dass den Privatschulen damit das Geld in den Schoß flöge. Wenn Sie sich anschauen, dass es derzeit doch eine ganze Reihe von Privatschulgründungen gibt, vor allem auch von Elternvereinen – denen es oft noch schwerer fällt, die Finanzmittel zusammenzubringen, die ergänzend nötig sind –, und dass in den ersten drei Jahren nach einer solchen Gründung zunächst 100 % der Kosten selbst getragen werden müssen, dann ist es überhaupt kein ungerechtfertigter Anspruch, heute schon Sicherheit in der Frage zu haben, wann wenigstens die 80 % absolut sichergestellt sind und Planungssicherheit gegeben ist.

Die Privatschulen haben darüber hinaus aber noch eine andere Funktion, die uns sehr wichtig ist. Die große Nachfrage, der sich Schulen in freier Trägerschaft derzeit erfreuen, ist für uns auch ein wichtiger Seismograf in der Bildungsdiskussion, um Elternwillen zu erkennen, um Elternwillen zum Ausdruck zu verhelfen und auf Defizite im staatlichen Schulsystem hinzuweisen. Wir betrachten die aufstrebende Privatschullandschaft auch als Herausforderung zu einem konstruktiven Wettbewerb, in dem wir uns immer wieder Fragen bezüglich unseres öffentlichen allgemeinbildenden Schulsystems stellen müssen, damit dies für viele Eltern wettbewerbsfähig bleibt. Denn es kann natürlich nicht unser Ziel sein, dass es einen immer größeren Anteil an privaten Schulen gibt. Wenn dieser Trend dann schon den Ganztagsgrundschulbereich erreicht, wie wir es jetzt in Heidelberg erleben, dann wird ja noch einmal sehr deutlich, dass es nicht um Elite geht und auch nicht um Weltanschauung, sondern um die Versorgung mit Ganztagsbeschulung, um die Versorgung mit individueller Förderung und um die Versorgung mit Mittagessen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was haben Sie dagegen?)

– Überhaupt nichts, Herr Kluck.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gerade haben Sie das so dargestellt!)

(Dr. Frank Mentrup)

Ich habe gesagt, ich finde das als Seismograf wichtig. Es ist für uns eine Herausforderung an das staatliche Schulsystem. Dieser Herausforderung sollten wir gerecht werden.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Unruhe)

Wir sollten aber auf der anderen Seite auch den freien Schulen, die sich da entwickeln, eine Planungssicherheit und eine entsprechende finanzielle Unterstützung garantieren und nicht einerseits übers Land ziehen und sagen, das sei die „Hefe“ im „Bildungsteig“, ihnen andererseits aber nicht das Geld zubilligen, das wir ihnen eigentlich versprochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen lade ich Sie – vor allem auch die Damen und Herren der FDP/DVP, die an dieser Stelle ja immer ganz besonders laut tönen, Herr Kluck – ganz herzlich ein: Nehmen Sie einen der beiden vorliegenden Entschließungsanträge an! Wenn Sie uns jetzt hier wie schon im Schulausschuss erzählen, dass es ja sowieso Ihr Ziel sei, das in den nächsten zwei oder drei Jahren zu erreichen, dann können Sie doch leichten Herzens und mit der Beherztheit, die Ihr Minister eben nicht auf die Reihe bekommen hat, heute einem der Entschließungsanträge zustimmen. Der eine umfasst einen Zeitraum von drei Jahren, der andere von zwei; beides ist gut. Wichtig ist, dass es Planungssicherheit gibt. Wir sollten zu unserem Wort stehen und zu einem partnerschaftlichen Umgang mit den Schulen in freier Trägerschaft kommen. Das können Sie heute beweisen. Dazu lade ich Sie ein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Ihnen heute einen Entschließungsantrag vorgelegt, mit dem wir Sie bitten, den Stufenplan, den Sie ja im Grunde schon seit Jahrzehnten versprochen haben, endlich umzusetzen. Wir schlagen vor, dass dieser Stufenplan zur Anhebung der Zuschüsse an die Schulen in freier Trägerschaft in zwei Stufen umgesetzt werden soll. Im Jahr 2009 soll die Anhebung nach dem Bruttokostenmodell auf 75 % erfolgen, und im Jahr 2010 schließlich soll die Anhebung auf 80 % erfolgen.

Mit diesem Stufenplan, mit dieser Anhebung auf 80 % der Kosten eines Schülers an staatlichen Schulen wollen wir den Schulen in freier Trägerschaft ja schließlich keine besondere Vergünstigung oder gar Luxus ermöglichen, sondern hier geht es um ein verfassungsrechtliches Gebot. Das Grundgesetz schreibt ganz klar ein Sonderungsverbot für die Schulen in freier Trägerschaft vor. Das heißt, die Schulen in freier Trägerschaft dürfen die Schülerinnen und Schüler nicht nach den Besitzverhältnissen der Eltern aufnehmen. Deshalb ist es geboten, dass eine Finanzierung erfolgt, die es Kindern aus allen Familien ermöglicht, alternativ zu den öffentlichen Schulen eine Schule in freier Trägerschaft zu besuchen. Das ist das verfassungsrechtliche Gebot, und das muss jetzt endlich, nach Jahrzehnten der ungenügenden Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft, schnell erreicht werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, würden wir auch den Schulen in freier Trägerschaft ermöglichen, an der von Ihnen jetzt, wie Sie sagen, in die Wege geleiteten Bildungsoffensive teilzunehmen. Wenn Sie sagen, Sie nehmen 500 Millionen €, eine halbe Milliarde Euro, in die Hand, um die Schulen besser zu versorgen, dann ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, auch die Schulen in freier Trägerschaft jetzt zeitnah an dieser Bildungsoffensive zu beteiligen,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

zumal sie eben chronisch unterfinanziert sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin seit zwölf Jahren im Landtag. Schon damals gab es jahrelang Versprechungen der heutigen Regierungsfraktion FDP/DVP. Schon damals hat der seinerzeitige bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion Pfister gesagt, dass das Bruttokostenmodell schnell kommen muss. Er hatte schon damals, vor 15, 16 Jahren, versprochen,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

dass damit auch der Stufenplan in die Wege geleitet wird. Deshalb gibt es jetzt aus unserer Sicht keine Entschuldigung mehr dafür, dass Sie nicht heute mit diesem Gesetzentwurf gleichzeitig diesen Stufenplan mitbeschließen. Wie gesagt – Kollege Mentrup hat ja schon darauf hingewiesen –, liegen Ihnen heute zwei entsprechende Änderungsanträge vor.

Ich möchte hier, auch wenn es sich bei unserem Antrag um einen Entschließungsantrag handelt, klarstellen, dass wir Grünen, wenn es nach uns gegangen wäre, schon längst die Anhebung auf 80 % erreicht hätten; denn ab dem Jahr 2005 haben wir immer, bei allen Haushaltsberatungen, die Einstellung von um jährlich 5 Millionen € steigenden Anhebungsbeträgen gefordert. Das heißt, wir wären heute, wenn dies in den beiden vergangenen Haushalten umgesetzt worden wäre, schon auf 20 Millionen €, und wir wären demnach bis zum Jahr 2010 – wie auch in unserem Änderungsantrag vorgesehen – auf 30 Millionen €. So haben wir jetzt diese zwei Stufen vorgesehen und hoffen, dass Sie, Frau Berroth, die Sie ja mit Frau Lazarus dankenswerterweise auch an der Entwicklung des Bruttokostenmodells beteiligt waren, das endlich ein transparentes System ermöglicht hat, hier auch ein klares Signal setzen. Natürlich würde ich mich sehr freuen, wenn die FDP/DVP-Fraktion heute zustimmen würde.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zu den Schulen in freier Trägerschaft sagen. Wir Grünen stehen für den gesunden Wettbewerb zwischen den öffentlichen Schulen und den Schulen in freier Trägerschaft. Wir haben die Schulen in freier Trägerschaft immer als wichtiges, als belebendes Element in unserer Bildungslandschaft gesehen und gewertet. Viele der Innovationen, die heute an den allgemeinbildenden öffentlichen Schulen und auch an den beruflichen Schulen Eingang gefunden haben, sind in den Schulen in freier Trägerschaft entwickelt worden. Von daher stehen wir auch für eine solche vielfältige Bildungslandschaft in Baden-Württemberg ein.

(Renate Rastätter)

Ich sage dazu aber auch, was ich bereits bei der ersten Lesung gesagt habe – dies geht in die Richtung, die auch Kollege Mentrup heute dargelegt hat –: Wir wollen zugleich erreichen, dass Eltern in diesem gesunden Wettbewerb zwischen freien Schulen und öffentlichen Schulen auch zwischen Profilen wählen können und sie ihre Kinder nicht deshalb in eine Privatschule überwechseln lassen, weil in öffentlichen Schulen Probleme oder Missstände vorhanden sind. Eltern haben einen Anspruch darauf, dass solche Missstände beseitigt werden. Das ist unser Prinzip, wenn es um Schulen in freier Trägerschaft geht. Daran halten wir fest.

Ich möchte noch ein Wort an Sie richten – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich komme zum Schluss. – Ich möchte noch in Wort an Sie richten, Frau Berroth, weil Sie in der ersten Lesung gesagt haben: Lassen Sie uns nach Holland schauen, wo 80 % der Schulen in freier Trägerschaft sind und der Staat sparen kann, wenn er nur 80 % der Kosten eines Schülers an einer staatlichen Schule bezahlt. Der Vollständigkeit halber möchte ich dazu sagen: In Holland bekommen die Schulen in freier Trägerschaft 100 %, das heißt, sie werden genauso finanziert wie die öffentlichen Schulen, und die Autonomie der Schulen ist bei staatlichen und privaten Schulen völlig identisch. Wenn das also Ihr Ziel ist, müssen Sie heute umso mehr ein Signal setzen und die Mindestquote von 80 % zusichern.

Insofern hoffe ich auf Ihre Unterstützung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt kommt die Rolle rückwärts! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Vorwärts geht's jetzt!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Mentrup, ich hoffe, Sie nehmen wahr, dass ich nicht die bildungspolitische Sprecherin unserer Fraktion, sondern die finanzpolitische Sprecherin bin. Ich bin sehr bewusst in dieser Funktion hier; denn das, was wir heute besprechen, kann nicht das Kultusministerium allein durchziehen, sondern das Finanzministerium hat zu Recht ein gewichtiges Wort mitzureden.

Aber nun zum Thema. Die Überschrift meines heutigen Beitrags lautet: Wir halten Wort.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Vielleicht Kurs, aber nicht Wort!)

Was wir heute machen, ist die erste Stufe der Umsetzung dessen, was wir beraten und versprochen haben. Die Schulen in freier Trägerschaft leisten sehr wohl das, was in § 1 des Privatschulgesetzes steht: Sie bereichern das Schulwesen, sie er-

gänzen das Angebot im Rahmen der freien Schulwahl und fördern das Schulwesen durch besondere Inhalte und Formen der Erziehung und des Unterrichts. Allerdings, Herr Mentrup, ist es doch ein starkes Stück, dies allein als Seismograf zu betrachten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja!)

Nein, wir bringen den Schulen in freier Trägerschaft große Wertschätzung und Anerkennung für das entgegen, was sie leisten. Ihnen gilt unser Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Zuhören!)

– Sie haben gesagt, Sie brauchen sie als Seismograf. Ähnlich haben Sie sich auch in den letzten Wochen des Öfteren geäußert. Sie haben es als Menetekel, als große Gefahr an die Wand gemalt, dass die Schülerzahl an den Schulen in freier Trägerschaft steigt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP zur SPD: Ja was wollen Sie jetzt?)

Sie nehmen dabei eine ganz zwiespältige Position ein, und dazu sollten Sie sich auch bekennen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben den ersten Schritt – es ist zugegebenermaßen ein zäher Prozess – am 11. November 2004 gemacht, als wir im Landtag die stufenweise Anhebung auf 80 % beschlossen haben. Am 22. Februar 2006 haben wir die Definition des Bruttokostenmodells im Gesetz verankert – ein ganz wichtiger Schritt, wie Sie noch merken werden –, und wir haben – deswegen brauchen wir heute Ihre Anträge nicht zu beschließen, Herr Mentrup und Frau Kollegin Rastätter – das, was Sie wollen, schon im Koalitionsvertrag beschlossen. Dort steht:

Wir werden ab dem Jahr 2008 die stufenweise Erhöhung des Kostendeckungsgrades auf 80 % umsetzen...

Wir müssen das heute doch nicht noch einmal beschließen. Wir machen das.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Bis wann?)

– Bis 2011. So lange läuft unser Koalitionsvertrag. Das ist auch klar.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Schwätzen, schwätzen, schwätzen!)

Jetzt muss man eines hinzufügen: Wir sind auf einem guten Weg, auch hinsichtlich des Bundesthemas der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Schulgebühren, das im Ausschuss besprochen wurde. Glücklicherweise wurden – wie von Ihnen zu Recht angemahnt – in dem inzwischen vorliegenden Beschluss des Bundeskabinetts dem Referentenentwurf die Giftzähne gezogen, die darin in der Tat enthalten gewesen sind.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Kommen Sie zum Thema!)

Inzwischen ist das aus meiner Sicht völlig in Ordnung, und die eingezogene Obergrenze ist absolut sozialverträglich.

(Heiderose Berroth)

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das hat aber mit dem Thema nichts zu tun!)

Heute Morgen hatten wir eine Debatte zur Bildungsoffensive. Es wurde mehrfach deutlich gesagt, dass wir richtig kräftig Geld in die Hand nehmen. Dann muss man an der jetzigen Stelle sagen: Jetzt stehen wir an einem Punkt, wo das Bruttokostenmodell zum ersten Mal richtig deftig durchschlägt. In dieser Vereinbarung zur Bildungsoffensive steht nämlich auch deutlich:

Folgen für die Privatschulförderung ergeben sich aus dem Privatschulgesetz

– siehe § 18 a –

und werden in den Haushalten 2009 ff. umgesetzt.

Das ist die nächstbeste Möglichkeit, Herr Mentrup.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das heißt, wir haben jetzt genau das beantragt, was auch Sie wollen! –
Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Dann dürfen Sie ja unseren Antrag nicht ablehnen!)

Die sukzessive Absenkung des Klassenteilers auf 28 Schüler wird sich ganz deutlich bemerkbar machen.

Eines ist ganz klar:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Unser Fernziel bleibt die Vereinfachung des heute wieder zu verändernden § 18 Abs. 2, wo bisher noch die Schularten getrennt aufgeführt werden. Künftig muss da stehen: „Der Zuschuss je Schüler nach § 17 Abs. 1 beträgt 80 % der Aufwendungen für vergleichbare Schüler im staatlichen Schulwesen.“ Dann erst erschließt sich nämlich auch, warum wir in § 18 a die Kosten des staatlichen Schulwesens so genau aufführen.

Aber Sie wissen auch, meine Damen und Herren, dass man in einer Koalition, in der der eine etwas stärker will als der andere, manchmal Geduld aufbringen muss. Das Problem ist ganz einfach, dass es sich da nicht gerade um Kleingeld handelt, sondern dass da recht große Beträge zusammenkommen. Deswegen müssen wir beachten, was im Haushalt leistbar ist, weil wir im Sinne unserer Jugend wirklich keine Schulden mehr machen wollen. Der Stopp der Schuldenmacherei ist genauso wichtig.

Nehmen Sie es mir jetzt deshalb einfach einmal ab: Wir müssen an diesem dicken Brett noch etwas weiterbohren, aber wir sind auf einem sehr guten Weg. Wir werden diesen energisch weiterverfolgen. Ein gewisser Cato ist dabei mein stetiger Begleiter. Sie werden in dieser Sache spätestens zum Haushalt 2009 wieder von uns hören.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dem Cato! – Heiterkeit – Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Noch so ein Beherzter!)

Staatssekretär Georg Wacker: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um gleich zu Anfang beherzt zu argumentieren, darf ich sagen, Herr Kollege Mentrup: Ihre Aussage, wir seien sozusagen zu einer nachgereichten Erkenntnis gekommen, ist völlig abwegig. Ich glaube, gerade bei dem Themenfeld Privatschulfinanzierung haben wir, wie sich in der gesamten Entstehungsgeschichte des Bruttokostenmodells zeigt, eine ausgesprochen seriöse konzeptionelle Politik an den Tag gelegt. Das möchte ich gern mit wenigen Fakten begründen.

Die regierungstragenden Fraktionen haben das Bruttokostenmodell in der letzten Legislaturperiode in der Arbeitsgemeinschaft Privatschulfinanzierung entwickelt, wohl wissend, dass das Bruttokostenmodell seitens des Landes zu mehr Ausgaben für die Privatschulen führt. Es sind Berechnungsfaktoren hinzugekommen, die in dem ursprünglichen, ebenfalls von der Rechtsprechung gebilligten Berechnungsmodell nicht enthalten waren. Es ist bekannt gewesen, dass bei einer Umsetzung des Bruttokostenmodells mit jährlichen Mehrausgaben von mehr als 5,5 % zu rechnen ist. Trotzdem hat man in der letzten Legislaturperiode die Gelegenheit ergriffen, zum einen das Privatschulgesetz zu novellieren und zum anderen damit auch entsprechende Beschlüsse zu fällen, um das Bruttokostenmodell in Stufen umzusetzen.

Um bei dem Thema „Glaubwürdigkeit und Seriosität in der Landespolitik“ zu bleiben, darf ich aus einigen Erklärungen zitieren, nämlich zunächst aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Günther Oettinger vom 27. April 2005. Er sagte: Die Landesregierung wird die Arbeit der Privatschulen noch mehr als bisher unterstützen.

Wir werden das bisherige Zuschussmodell durch ein Bruttokostenmodell ablösen. Ich strebe an, in den nächsten Haushaltsjahren

– ich wiederhole: in den nächsten Haushaltsjahren –

die Landesfördermittel Stück für Stück auf etwa 80 % ... anzuheben.

(Abg. Norbert Zeller SPD: In zehn oder in 20 Stufen?)

In der Koalitionsvereinbarung für diese Legislaturperiode steht darüber hinaus:

Wir werden ab dem Jahr 2008 die stufenweise Erhöhung des Kostendeckungsgrads auf 80 % umsetzen,

(Abg. Norbert Zeller SPD: Bis wann?)

indem wir bei zurückgehenden Schülerzahlen die Planansätze für die Zuschüsse an Ersatzschulen auf dem derzeitigen Niveau halten werden.

Ich könnte noch weitere Zitate anführen.

Wir haben zugesagt, dass wir in Stufen einen Kostendeckungsgrad von 80 % anstreben. Wir haben keinen verbindlichen

(Staatssekretär Georg Wacker)

Zeitplan bezüglich der einzelnen Jahresschritte vorgegeben. Damit halten wir Wort.

Im Übrigen haben wir gesagt, dass wir aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen bei Privatschulen eine Steigerung der Kostenerstattung vornehmen. Wer sich die Entwicklung der Schülerzahlen anschaut, weiß, dass wir uns zwar mittlerweile in dem Prozess des allgemeinen Rückgangs der Schülerzahlen befinden, dass aber die Schülerzahlen an den Privatschulen nicht rückläufig sind. Trotzdem, Herr Mentrup, greifen wir finanziell in die Tasche und sind bereit, unsere finanzielle Zusage einzuhalten. Da möge einer behaupten, das sei keine seriöse Politik. Es ist seriöse Politik. Damit halten wir gegenüber den Privatschulverbänden Wort.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kaufmann?

Staatssekretär Georg Wacker: Ja, gern.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Kaufmann.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Herr Staatssekretär, Ihre vorherige Aussage hat mich doch etwas irritiert. Habe ich Sie richtig verstanden: Sie zahlen den Privatschulen nach wie vor das Gleiche und wollen das dann mit rückläufigen Schülerzahlen verrechnen?

Staatssekretär Georg Wacker: Nein, eben gerade nicht, Herr Kollege Kaufmann.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Die ursprüngliche Aussage war, dass wir die aufgrund der ursprünglich prognostizierten zurückgehenden Schülerzahlen frei werdenden Mittel verwenden wollten, um einen Kostendeckungsgrad von 80 % in Stufen anzustreben. Nachdem wir aber feststellen, dass die Schülerzahlen bei den Privatschulen nicht rückläufig sind,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Sondern explodieren!)

werden wir trotzdem finanziell einen Akzent setzen und damit einen Kostendeckungsgrad von 80 % anstreben.

(Abg. Norbert Zeller SPD: In welchem Zeitraum?)

Das heißt, die Ausgangslage war ursprünglich eine andere. Damit halten wir in jedem Fall Wort, was die Besserstellung der Privatschulen betrifft. Deswegen kann uns in dieser Hinsicht keiner einen Vorwurf machen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Norbert Zeller SPD: Herr Staatssekretär, in welchem Zeitraum?)

Beim Thema Finanzpolitik, meine Damen und Herren, muss man eines ganz klar sagen:

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wenn wir im Zuge der Bildungsoffensive aufgrund der Steuermehreinnahmen einen Schwerpunkt in der Bildung im Um-

fang von einer halben Milliarde Euro setzen, dann ist das Programm seriös finanziert, ohne dass wir hierfür zusätzliche Schulden aufnehmen. Wer jetzt aber meint, dass wir im Zuge der Privatschulfinanzierung einen Kostendeckungsgrad von 80 % bis zum Jahr 2011 anstreben, der muss sich darüber im Klaren sein, dass hierfür 23 Millionen € jährlich erforderlich wären. Wenn Sie dies einfordern, dann bitte ich Sie, uns im Zuge einer seriösen Finanzpolitik einen Gegenfinanzierungsvorschlag zu unterbreiten. Dies haben Sie in Ihren bisherigen Debattenbeiträgen nicht getan.

Mit diesem Gesetzentwurf haben wir, meine Damen und Herren, eine Anhebung auf einen einheitlichen Kostendeckungsgrad von 70,5 % vorgenommen. Es ist eine Zuschussanhebung für fast alle beruflichen Schulen vorgesehen. Mit der Gesetzesänderung sind auch erhebliche Zuschussanhebungen für die privaten Grundschulen und die Klassen 1 bis 4 der freien Waldorfschulen in Höhe von 10,7 % sowie für die privaten Hauptschulen in Höhe von 11,7 % verbunden. Damit kommen wir dem Ziel der Gleichbehandlung aller Schularten, die nach dem Privatschulgesetz unterstützt werden, spürbar näher.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, ist klar, dass wir in diese Gesetzesnovelle auch Akzente mit einbringen, um beispielsweise die Privatschulen zu schützen, vor allem vor illegaler Inbetriebnahme von Schulen. Das bedeutet, dass wir einen effektiven Schutz der Betreiber der Ersatzschulen gewährleisten, die ordnungsgemäß einen Antrag eingereicht haben.

Die Privatschulverbände haben im Rahmen des Anhörungsverfahrens die Anhebung der Zuschüsse auf einen einheitlichen Kostendeckungsgrad von 70,5 % begrüßt. Sie haben darüber hinaus aber einen verbindlichen Stufenplan zur Erreichung eines einheitlichen Kostendeckungsgrads von 80 % bis zum Jahr 2011 gefordert.

Dies haben Sie sich natürlich zu eigen gemacht. Das ist auch Ihr gutes Recht. Ich habe natürlich Verständnis für die Forderung der Privatschulverbände. Aber klar ist: Wenn man hier die Rechtsprechung heranzieht, muss man in diesem Zusammenhang auch klarstellen, dass wir eine eindeutige Rechtsprechung haben, die besagt, dass das Land verpflichtet ist, das Existenzminimum der Privatschulen zu sichern. Die Sicherung des Existenzminimums hängt jedoch nicht mit der Frage zusammen, ob nach dem Bruttokostenmodell die Privatschulen bei einem Kostendeckungsgrad von 80 % oder darunter liegen. Vielmehr wurde das Existenzminimum auch von der Rechtsprechung dahin gehend präzise formuliert, dass ein monatliches Schulgeld etwa von 120 €, bezogen auf den Unterricht, als unbedenklich einzuschätzen ist. Das heißt, wir befinden uns auf rechtlich sicherem Boden. Das war übrigens auch früher bereits der Fall, als wir unsere Zuschüsse noch nach dem ursprünglichen Berechnungsmodell bemessen haben.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

Staatssekretär Georg Wacker: Ja, selbstverständlich.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Staatssekretär Wacker, sind Sie sich dessen bewusst, dass im Grundgesetz nicht von einer Existenzsicherung die Rede ist, sondern dass dort ganz klar geregelt ist, dass es keine Sonderung nach den Besitzverhältnissen der Eltern geben darf und dass dies bedeutet, dass die Schulen in freier Trägerschaft finanziell so ausgestattet sein müssen, dass Eltern unabhängig von ihrem Einkommen ihren Kindern den Besuch einer Schule in freier Trägerschaft ermöglichen können, und dass daher der Begriff „Existenzminimum“ hier nicht zielführend ist?

Staatssekretär Georg Wacker: Es geht nicht um die Frage, ob etwas zielführend ist oder nicht, sondern es geht um die Frage, welche Gerichtsurteile uns vorliegen. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat aufgrund einzelner Klagen Recht gesprochen, und er hat dabei eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass natürlich das Sonderungsverbot zu beachten ist. Aber die Antwort auf die Frage, wie dieses Sonderungsverbot zu bemessen ist, richtet sich danach, ob die Sicherung des Existenzminimums garantiert wird oder nicht. Das ist die entscheidende Frage, wie sie der Verwaltungsgerichtshof zum Ausdruck gebracht hat. Insofern befinden wir uns hier in einem rechtssicheren Rahmen.

Meine Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg sieht im Haushalt im Moment 559 Millionen € für die Privatschulfinanzierung vor. Aufgrund der Steigerungsraten bei den Schülerzahlen werden wir von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr die Zuschüsse erhöhen. Sie entwickeln sich automatisch. Trotzdem nimmt der Haushaltsgesetzgeber zusätzliche Mittel in die Hand, um die seriöse Finanzierung zu gewährleisten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Georg Wacker: Nein, ich möchte meinen Gedankengang jetzt gern zu Ende führen.

Ich sage in diesem Zusammenhang auch in aller Deutlichkeit: Die Landesregierung von Baden-Württemberg ist stets an einem guten Miteinander mit den Privatschulen interessiert. Das kommt dadurch deutlich zum Ausdruck,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Warme Worte!)

dass wir die Genehmigungsverfahren, Frau Haußmann, stets zügig abwickeln. Kein Privatschulträger kann sich darüber beklagen, dass Anträge verschleppt oder nicht zügig bearbeitet würden.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist ja wohl eine Selbstverständlichkeit! Ist das etwa Ihr einziger Anspruch?)

In dem Moment, in dem Anträge eingereicht werden, zeigt sich, dass es aufgrund des Privatschulgesetzes und der Finanzierungssystematik des Landes Baden-Württemberg um die Finanzierung der Privatschulen nicht so schlecht bestellt sein kann.

Ich sage zusammenfassend: Wir haben ein Interesse an einer vielgestaltigen Privatschullandschaft in Baden-Württemberg.

Schulen in freier Trägerschaft sind interessante Bildungseinrichtungen, die interessante pädagogische Profile entwickelt haben. Schulen in freier Trägerschaft entwickeln ein gutes Zusammengehörigkeitsgefühl mit allen am Schulleben Beteiligten und sind dabei auch für andere Schulen modellhaft.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ach ne!)

Schulen in freier Trägerschaft sind in gewisser Hinsicht auch Wettbewerbsfaktoren vor Ort – übrigens brauchen auch die öffentlichen Schulen den Wettbewerb nicht zu scheuen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Dafür sind Sie doch der größte Hemmschuh!)

Deswegen freuen wir uns, dass wir sozusagen ein duales System haben und dass neben den öffentlichen Schulen auch Schulen in freier Trägerschaft einer guten und seriösen Finanzierung entgegensehen können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2801. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport, Drucksache 14/2952. Der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Die beiden Entschließungsanträge, die zu diesem Gesetzentwurf vorliegen, werde ich nach der Schlussabstimmung zur Entscheidung stellen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Privatschulgesetzes

Wer dem Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 23. Juli 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die beiden Entschließungsanträge Drucksachen 14/3059-1 und 14/3059-2. Von diesen beiden Anträgen ist der Antrag der Fraktion GRÜNE der weiter gehende, über den ich zuerst abstimmen lasse.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3059-1, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Welche Überraschung!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3059-2. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben jetzt noch über die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport, Drucksache 14/2952, abzustimmen. – Sie stimmen der Ziffer 2 zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Landesgraduiertenförderungsgesetz – LGFG) – Drucksache 14/2840

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/2957

Berichterstatterin: Abg. Katrin Schütz

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat eine Allgemeine Aussprache mit einer Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Schütz für die Fraktion der CDU das Wort.

Abg. Katrin Schütz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wissenschafts- und Forschungspolitik ist eines der Aushängeschilder unseres Landes. Welche Vorteile der Gesetzentwurf, den wir heute in zweiter Lesung beraten, hat, haben wir bereits bei der Ersten Beratung aufgezeigt.

Dass hinsichtlich der Novellierung des Landesgraduiertenförderungsgesetzes über alle Fraktionen hinweg größtenteils ein

breiter Konsens herrscht, haben die Beratungen im Ausschuss deutlich gemacht. Wir wollen die Selbstverwaltung und die Autonomie der Hochschulen stärken. Durch die Neufassung des Landesgraduiertenförderungsgesetzes erreichen wir dies. Ferner können die Hochschulen nun verstärkt individuell auf die Bewerber eingehen und deren fachspezifische Besonderheiten berücksichtigen.

Den Änderungsanträgen der Opposition haben wir aus verschiedenen Gründen im Ausschuss nicht zugestimmt. Ein paar wenige Gründe möchte ich hier nennen.

Die Forderung nach der gesetzlichen Vorgabe, mindestens 40 % der Stipendien an Frauen zu vergeben, haben wir abgelehnt. Denn selbst die Präsidenten und Vorsitzenden der acht führenden Wissenschaftsorganisationen halten zwar die Steigerung des Frauenanteils in wissenschaftlichen Führungspositionen für überfällig, betonen aber, dass für akademische Karrieren die wissenschaftliche Qualität und nicht das Geschlecht ausschlaggebend sein soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Daher lehnen es derzeit auch die meisten von ihnen ab, eine Frauenquote festzuschreiben.

Für mich persönlich führt der Weg zu einem höheren Frauenanteil in der Wissenschaft nur über Hilfen zur Kinderbetreuung ...

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen.

Abg. Katrin Schütz CDU: ... und über flexible Teilzeitleösungen, also über das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

Der Frauenanteil bei Promotionen ist von 33,35 % im Jahr 2002 auf 38,65 % im Jahr 2006 gestiegen. Dieser Anteil belegt, dass für eine Förderquote von 40 % kein Anlass besteht, da solche Quoten bereits heute erbracht werden. In verschiedenen Bereichen werden sie sogar übertroffen. Deshalb sind keine gesetzlichen Vorgaben notwendig. Eine solche gesetzliche Regulierung würde nur mehr Bürokratie schaffen.

Zweitens stand die Einführung von Mindestfördersätzen durch eine Rechtsverordnung des Ministeriums im Raum. Dies halten wir für den falschen Weg. Ich möchte anmerken, dass das Promotionsstipendium die Promotion fördern, nicht aber bestimmte Mindesteinkommen sichern soll. Die Mindestfördersätze würden die Flexibilität der Hochschulen, die gerade durch das neue Gesetz gestärkt werden soll, einschränken.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP – Abg. Johannes Stober SPD: „Einsamer Beifall des Abg. Bachmann“! Nur fürs Protokoll!)

Wenn wir den Hochschulen Freiheiten geben möchten – ich bin überzeugt, dass die Verantwortlichen vor Ort in den Hochschulen vernünftige Regelungen bezüglich der Ausgestaltung der Stipendien treffen werden –, dann müssen wir dies logischerweise auch bei den Bemessungen von Stipendien tun.

(Katrin Schütz)

Drittens zielte ein Antrag auf die Festschreibung einer regelmäßigen Berichtspflicht ab. Dieser wird grundsätzlich Rechnung getragen. Durch § 68 des Landeshochschulgesetzes ist eine umfangreiche Informationspflicht bereits vorhanden. Wir Christdemokraten unterstützen aber eine Veränderung dahingehend, dass alle zwei Jahre gegenüber dem Landtag ein entsprechender Bericht abgegeben wird.

Die CDU befürwortet den vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung und stimmt diesem bei der Zweiten Beratung zu.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Helmut Walter Rück CDU: Sehr gute
Rede! Brilliant! – Gegenruf von der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stober für die Fraktion der SPD.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie ich schon bei der ersten Lesung gesagt habe, teilen wir als SPD-Fraktion die Grundintention dieses Gesetzes, den Hochschulen mehr Spielräume bei der Stipendienvergabe einzuräumen, auch wenn uns manche – ich nenne es einmal so – Gängelungen, wie die Vorabquoten, die sich das Ministerium noch vorbehält, etwas wundern.

Insbesondere halten wir es aber auch für richtig, dass die Umsetzung dieses Gesetzes durch entsprechende Satzungen in den Hochschulen selbst geregelt wird und nicht mehr durch Verordnungen eines Ministeriums bzw. des Landtags geschieht. Dass sich der Landtag nur für den Notfall, dass die Dinge an den Hochschulen tatsächlich aus dem Ruder laufen, eine entsprechende Eingriffsmöglichkeit durch die Verordnungsermächtigung nach § 10 offenhält, ist sicher auch richtig.

Allerdings hat das Gesetz auch einen entscheidenden Fehler, auf den ich bereits bei der ersten Lesung hingewiesen habe. CDU und FDP/DVP waren leider nicht bereit – Frau Kollegin Schütz hat es bereits angesprochen –, diesen Fehler bei den Beratungen im Wissenschaftsausschuss zu korrigieren: Das ist das Fehlen eines Mindestlohns oder Mindeststipendiums oder wie auch immer man es nennen möchte, wie es im alten Graduiertenförderungsgesetz, das wir heute mit dem neuen Gesetz ablösen, eigentlich auch geregelt war.

Wir beantragen daher, dass diese richtige Regelung im bisherigen Gesetz in das neue Gesetz übernommen wird. Das ist auch unser entsprechender Änderungsantrag. Er lautet:

Der Mindestfördersatz soll so bemessen werden, dass er nicht wesentlich hinter dem Grundbetrag der Anwärterbezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst nach Vollendung des 26. Lebensjahres für das Eingangsamt des höheren Dienstes nach Abzug der Lohnsteuer zurückbleibt.

Eine solche Regelung mag zwar ein bisschen kompliziert klingen, aber ich glaube, sie ist richtig. Sie besagt: Derjenige, der für seine Promotion ein Stipendium vom Land bekommt, soll auch promovieren können, ohne nebenher arbeiten zu müssen. Das ist eigentlich der Grundsatz, der für die Stipendienvergabe gelten muss. Dieser Punkt ist für die SPD von so zen-

traler Bedeutung, dass ohne Aufnahme dieser Regelung für uns eine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf nicht möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Eines ist klar und muss uns auch bewusst sein: Die Hochschulen haben natürlich ein Interesse daran, möglichst viele Stipendien zu vergeben und möglichst viele Leute zu fördern. Deswegen halte ich es nicht für notwendig, eine Höchstgrenze einzuführen, weil die Universitäten kein Interesse daran hätten, möglichst hohe Beträge auszugeben. Aber wir müssen eine Mindestgrenze einführen, weil sie schon ein Interesse daran haben, gerade dann, wenn der Markt es hergibt, möglicherweise in den Geistes- und Sozialwissenschaften unter die Beträge zu gehen, die für den Lebensunterhalt notwendig sind, sodass dann ein entsprechendes Dumping passiert. Dagegen gilt es sich zu wehren. Darauf geht auch unser entsprechender Änderungsantrag zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass wir als Landtag von diesem – so nenne ich es einmal – Notverordnungsrecht in § 10 keinen Gebrauch machen müssen. Wir befürchten aber und gehen auch davon aus, dass dann, wenn die Berichtspflicht kommt – diese Berichtspflicht unterstützen wir natürlich –, der jetzige Betrag – heute sind es 820 € Mindestförderung, die wir durch Verordnung des Landes geregelt haben – an bestimmten Punkten leider unterschritten oder auch massiv unterschritten wird. Wir werden dann genau in die Situation kommen, die wir eigentlich nicht wünschen, dass wir nämlich hier mit einer Verordnungsermächtigung doch noch einmal eingreifen müssen. Das ist nicht unser Ziel. Deswegen halten wir es für notwendig, die Dinge gleich richtig und korrekt in diesem Gesetz zu regeln.

Ich möchte daher Sie von den Koalitionsfraktionen noch einmal bitten, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Dann ist auch der Weg für unsere Zustimmung zu dem Gesetzentwurf frei.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die Fraktion GRÜNE stimmt dem vorliegenden Gesetzentwurf im Grundsatz zu – das haben wir auch schon bei der Ersten Beratung ausgeführt –, weil wir es richtig finden, dass die Gestaltungsspielräume der Hochschulen bei der Vergabe und Schwerpunktsetzung in Bezug auf ihre Stipendien für Promotionen von ihnen selbst bestimmt werden.

Wir haben auch bei den Beratungen im Wissenschaftsausschuss eine wichtige Korrektur gemeinsam beschlossen. Darüber freuen wir uns und begrüßen das sehr. Zum Thema Berichtspflicht haben wir alle zusammen in diesem Gesetz eine Präzisierung bewirkt, die besagt: Wir brauchen im Landtag regelmäßig Auskünfte darüber, wie sich die Vergabe der Stipendien entwickelt, wie sich die Fächerkulturen und die Schwerpunkte entwickeln und auch, wie sich die Frauenquoten entwickeln. Das ist eine wichtige Ergänzung.

(Theresia Bauer)

Es ist ein wichtiger Grundsatz, zu sagen: Wenn wir als Parlament mehr Gestaltungsspielräume nach unten geben, dann ist die zweite Seite dieser Medaille, dafür zu sorgen, dass wir entsprechend aussagekräftige Informationen darüber erhalten, ob die Entwicklung in die richtige Richtung geht oder ob man unter Umständen auch steuernd eingreifen muss. Daher freuen wir uns sehr, dass es im Ausschuss zu dieser Korrektur gekommen ist.

Die Fraktion GRÜNE sieht in zwei Punkten nach wie vor Dissens. Der eine Punkt geht in eine ähnliche Richtung, wie Kollege Stober das für die SPD ausgeführt hat: Das ist die Frage der Grenzen für die Höhe der Stipendien. Wir selbst haben vorgeschlagen und empfohlen, dafür ein Bandbreitenmodell zu wählen und eine Unter- und Obergrenze zu definieren, innerhalb derer die Hochschulen selbst entscheiden können, wie sie die Höhen festlegen. Das hat sich nicht durchgesetzt.

Der zweite Punkt, in dem zwischen uns Dissens besteht, betrifft das Thema Frauen. Wir glauben, dass die wissenschaftliche Nachwuchsförderung zu einem ganz wesentlichen Teil Frauensache ist. Wir wissen alle miteinander, dass im Bereich der Wissenschaft ein erheblicher Nachholbedarf besteht, wenn es um die Erhöhung des Anteils von Frauen an einer wissenschaftlichen Karriere geht. Wir wissen auch, dass wir nur dann mehr Professorinnen bekommen, wenn das von unten aufgebaut wird.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

Sie haben uns im Ausschuss die Zahlen vorgelegt. Die Zahlen im Bereich der Promotionen gehen zwar in die richtige Richtung, stimmen aber nach wie vor nicht. Selbst wenn beim Anteil der abgeschlossenen Promotionen doch ein bemerkenswerter Fortschritt erzielt worden ist, sieht man auch, dass beim Anteil der geförderten Promotionen nach wie vor Nachholbedarf besteht. Da gibt es drei Universitäten im Land, die den Frauenanteil von 50 % nicht erreicht haben. Zwei davon liegen sogar unter 40 %. Deshalb wollen wir an diesem Punkt mehr Verbindlichkeit.

Wir sind uns sicher, dass das Thema Chancengleichheit im Bereich der Hochschulen und der Wissenschaft kein Spaziergang und kein Selbstläufer ist. Da haben wir jetzt lange genug zugewartet und schöne Reden gehalten. Wir brauchen hier verbindliche Zielsetzungen und verbindliche Instrumente und möchten das auch im Gesetz festgeschrieben haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deswegen haben wir zu diesem Thema dem Haus noch einmal einen Änderungsantrag vorgelegt und sagen: Wenigstens das Gremium, das über die Vergabe entscheidet, sollte geschlechterparitätisch besetzt sein. Das ist wirklich keine Überforderung. Ansonsten würden wir sagen: Gehen wir einmal mit einem Vertrauensvorschuss hinein und schauen, wie sich die Zahlen entwickeln. Wir würden uns wirklich sehr freuen, wenn wir uns hier im Haus in diesem Punkt verständigen könnten.

Ich kann Ihnen zu diesem Thema nur noch einmal ein aktuelles Anekdotchen erzählen, das belegt: Wir brauchen eine klare Ansage aus der Politik in Richtung Hochschulen, dass

sich etwas in Sachen Chancengleichheit verändern muss. Ich habe kürzlich zusammen mit Kollegen hier aus diesem Haus an einer Debatte vor Professoren der Fachhochschulen teilnehmen dürfen. Wir haben u. a. über das Thema „Mangelnder Frauenanteil in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen“ geredet und haben gemeinsam – Kollege Locher hat sich daran aktiv beteiligt – angemahnt, dass es vielleicht hilfreich sein könnte, wenn die Frauen auch mehr weibliche Vorbilder in der Professorenschaft hätten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist in der Politik genauso!)

Das Auditorium, vor dem wir reden durften, war fast ausschließlich mit Männern besetzt. Im Anschluss erhielt ich eine Mail von einem FH-Professor, der mir schrieb: „Alle Frauenfördermaßnahmen und finanziellen Anreize werden Ihnen nicht helfen. Denn das Problem ist weitgehend entwicklungsbiologisch definiert.“

(Heiterkeit des Abg. Gunter Kaufmann SPD)

Es liegt eben an den Hormonen, dass wir nicht mehr Frauen in die technischen Studiengänge bekommen. Solange wir solche Professoren haben,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Solche gibt es noch?
– Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Unglaublich!)

die in unseren Hochschulen lehren und auch den jungen Frauen und Mädchen sozusagen präsentiert werden, so lange dürfen wir uns nicht auf reine Freiwilligkeit verlassen und nicht darauf hoffen, dass Einsicht einkehrt. Aus diesem Grund – ich wiederhole es – muss eine klare Zielsetzung ins Gesetz aufgenommen werden. Den Weg, wie die Hochschulen ihre Ziele erreichen sollen, überlassen wir ihnen gern selbst. Aber die Zielsetzung, die Ansage muss jetzt etwas deutlicher ausfallen als in früheren Jahren.

In diesem Sinn bitten wir Sie um Ihre Unterstützung. Dann fällt es uns auch leichter, diesem richtigen Gesetzentwurf im Grundsatz zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Bachmann für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Ersten Beratung haben wir seitens der Koalitionsfraktionen bereits deutlich gemacht, dass dieses Gesetz weniger Bürokratie und mehr Freiheit bedeutet. Was können sich die Menschen in unserem Land mehr von einem Gesetzesvorhaben erhoffen?

Die Ausschussberatungen haben uns in dieser Einschätzung bestätigt. Wir haben lediglich eine einzige Änderung vorgenommen; das wurde bereits erwähnt. Unser Kernziel bleibt es, den Hochschulen mehr Freiheit bei der Ausgestaltung der Graduiertenförderung zu geben.

Die Kritik der Opposition entbehrt jeder Grundlage.

(Dietmar Bachmann)

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich dies an zwei Beispielen verdeutlichen:

Beispiel 1: Die Grünen beantragten landesweit einheitliche Quoten für die Frauenförderung. Die Frauenförderung ist wichtig. Aber man muss sich mit der Wirklichkeit auseinandersetzen. In manchen Studiengängen sind Frauen ganz überdurchschnittlich vertreten, in anderen hingegen sind sie völlig unterrepräsentiert. Wo viele Frauen sind, muss man auch viele Frauen fördern. Aber wo keine sind, kann man auch keine fördern.

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

Deutlich sinnvoller war der Antrag der SPD, der die Förderung der Frauen am Anteil der Frauen im jeweiligen Fach festmachen wollte. Aber auch eine solche landesweit einheitliche Vorgabe macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Dies kann man viel besser vor Ort in der jeweiligen Hochschule regeln. Wir von FDP/DVP und CDU geben den Hochschulen in unserem Land einen Vertrauensvorschuss. Wir glauben, dass sie mit dem Thema Frauenförderung vernünftig umgehen können und werden.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Mindestsätze für die Förderhöhe sind das zweite Beispiel – Kollege Stober hat es erwähnt. Auch dies dokumentiert eine gewisse Liebe zum Staatsdirigismus, wie auch bei Mindestlöhnen, und ein mangelndes Vertrauen in die Akteure vor Ort. Liebe Genossinnen und Genossen, fragen Sie doch einmal Ihren früheren Kollegen Gaßmann nach den aktuellen Mietspiegeln in Baden-Württemberg. Sie werden nach der Lektüre feststellen, dass die Mieten an unterschiedlichen Hochschulstandorten ganz unterschiedlich sind, und auch die Lebenshaltungskosten sind dies.

Wie kann man vor diesem Hintergrund landesweit einheitliche Mindestfördersätze fordern? Wir von FDP/DVP und CDU gehen davon aus, dass man auch dies vor Ort in Anbetracht der dortigen Verhältnisse vernünftig regeln kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen anhand dieser Beispiele, dass für uns Freiheit und Autonomie der Hochschulen keine leeren Floskeln sind. Sie sehen, dass wir ganz im Sinne gelebter Subsidiarität an die Kompetenz und an das Verantwortungsbewusstsein vor Ort glauben.

In einem Punkt haben wir den Gesetzentwurf nachgebessert: Wir haben in einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen eine Berichtspflicht an den Landtag eingefügt. Diese Berichte werden zum einen dazu dienen, die Erfolge bei der Graduiertenförderung zu dokumentieren. Sie werden zum anderen eine Orientierung darüber geben, wie die Gelder an den einzelnen Hochschulen verwendet wurden.

Sie sehen an diesem Beispiel, dass wir auf der parlamentarischen Ebene mit den Kolleginnen und Kollegen von CDU, SPD und den Grünen hervorragend zusammenarbeiten. Ich möchte mich herzlich bei der Kollegin Bauer bedanken, die die Anregung für diese Änderung gegeben hat. Wären deine Kolleginnen und Kollegen in Berlin bloß ebenso vernünftig

wie du, liebe Theresia, dann stünde Jamaika nicht nur für guten Rum und ausgeprägte Lebensfreude, sondern könnte ein Synonym für eine hervorragende Zusammenarbeit auch im Bund sein.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Theresia wird gelobt!)

Im Ländle dagegen beweisen wir mit dem Landesgraduiertenförderungsgesetz einmal mehr, dass unsere Koalition in den Landesfarben Schwarz-Gelb diesem Land einen soliden Weg in die Zukunft sichert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Dr. Frankenberger.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Peter Frankenberger: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der wissenschaftliche Nachwuchs in weiblicher wie in männlicher Form ist für die Zukunft der Universitäten, gerade der Forschung und Lehre, von essenzieller Bedeutung. Denn, Frau Bauer, um einmal den Begriff „entwicklungsbiologisch“ richtig zu nehmen und nicht wie vielleicht der Kollege von der Fachhochschule falsch zu verstehen: Entwicklungsbiologisch ist es so, dass das alternde Gehirn an wissenschaftlicher Kreativität verliert und dass es ein Optimum an Kreativität im Alter zwischen 20 und 30 Jahren gibt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das muss man aber differenzierter sehen!)

– Ich will jetzt nicht ins Detail gehen. Deshalb ist der wissenschaftliche Nachwuchs nicht nur für die zukünftigen Professorinnen und Professoren, sondern auch für die Forschung an unseren Hochschulen so essenziell. Es verschieben sich auch die Fähigkeiten. Insofern gibt es durchaus neue Fähigkeiten, Herr Noll, wenn man älter wird.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Eben! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Heesters!)

Andere entschwinden, aber in bestimmten Bereichen wie Mathematik und Naturwissenschaften ist sozusagen das Optimum an innovativer Kreativität in jüngeren Jahren etwas größer. Aber das ist individuell verschieden. Deshalb sollten die Fördermöglichkeiten unterschiedlich sein.

Ich glaube auch, dass wir hier einen weitgehenden Konsens über das Grundanliegen des Gesetzes haben, nämlich wegen dieser Bedeutung zu sagen: Die Einzelheiten der Förderung sollen die Hochschulen selbst festlegen. Vor Ort weiß man sehr viel besser Bescheid, in welcher Weise gefördert werden soll, wer wie gefördert werden soll, als wir das könnten. Frau Kollegin Schütz hat das Wesentliche ausgeführt. Ich habe auch nur in Einzelheiten Kritik der Opposition gehört.

Auf zwei Punkte möchte ich eingehen. Das ist zum einen die Frage einer Frauenquote. Die Quote der durch die Landesgraduiertenförderung Geförderten liegt bei ca. 48 %. Das heißt, wir haben dort bislang fast Gleichstand. Die Quote der weiblichen Studierenden liegt bei über 50 %. Dieses Schicksal wird uns Männer auf Dauer begleiten.

(Minister Dr. Peter Frankenberger)

(Heiterkeit der Abg. Katrin Schütz CDU – Abg. Elke Brunnemer CDU: Zur Freude!)

– Das kann nach der Aussage dieses Fachhochschulprofessors wieder entwicklungsbiologisch bedingt sein.

Probleme haben wir nicht im Mittel, sondern Probleme haben wir in Einzelfällen, wie in den Ingenieurwissenschaften und in bestimmten Naturwissenschaften. Dort ist es in der Tat wichtig, dass wir Vorbildfunktionen haben. Dafür haben wir etwa das Margarethe-von-Wrangell-Programm, nach dem Frauen bei Habilitationen und als Nachwuchskräfte für die Wissenschaft gefördert werden. Wir müssen auch mehr junge Frauen und Mädchen für das Studium der Naturwissenschaften begeistern.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wir haben in anderen Ländern, etwa an der Deutschen Universität in Kairo, in den Ingenieurwissenschaften einen Frauenanteil von 50 %, sodass es entwicklungsbiologisch dort entweder anders läuft oder das angeführte Argument nicht stimmt. Nehmen wir einmal Letzteres an. Denn wir haben Fächer wie Biologie – also Naturwissenschaft – mit einem sehr hohen Frauenanteil. Insofern kann es vielleicht auch sein, dass ein Mann gar nicht so viel von Entwicklungsbiologie versteht, um das beurteilen zu können.

(Abg. Elke Brunnemer CDU: So wird es sein! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Interesse muss man schon auch haben!)

Ein zweiter Punkt ist die Frage nach der Höhe der Stipendien. Ich denke, wenn man Freiheit gibt, Verantwortung überträgt und Verantwortlichkeit hat, dann kann man auch sehr wohl vor Ort entscheiden, in welcher Höhe jemand gefördert werden muss, um sein Promotionsvorhaben durchführen zu können, ohne nebenher arbeiten zu müssen. Es gibt z. B. Fälle, bei denen jemand durchaus ein gewisses Einkommen hat, aber für Sachkosten einen Zuschlag aus dem Promotionsprogramm braucht.

All dies muss möglich sein. Das können wir aber nicht im Gesetz regeln. Deshalb ist es auch richtig, hier weder Bandbreiten einzuführen noch Ober- oder Untergrenzen festzulegen. Vielmehr kann man auf den verantwortlichen Umgang mit diesem Instrumentarium an den Universitäten vertrauen.

Ich glaube aus meiner Erfahrung auch nicht, dass die Strategie sein wird, möglichst viele Stipendien zu vergeben. Ich war selbst in Stipendienvergabekommissionen. Die Universitäten achten schon sehr streng auf die Qualität und werden nicht die Quantität gegenüber der Qualität bevorzugen, und zwar nicht einmal, Herr Stober, in den Sozialwissenschaften und in den Geisteswissenschaften. Die Vergabekommissionen gehen eigentlich sehr sorgfältig mit dem Instrumentarium um, und sie wissen auch, welche Höhe – sie haben meistens Budgets pro Fach – sinnvoll ist, um jemanden zu fördern.

Insofern habe ich keine Sorge, dass es durch den Mangel an Ober- oder Untergrenzen zu Fehlentwicklungen kommen wird. Wir haben aber die Berichtspflicht. Wir haben die Möglichkeit zur Korrektur und zu Eingriffen. Das wissen die Hochschulen. Deshalb werden sie sehr sorgfältig und verantwortungs-

voll mit dieser Freiheit, an die sie im Übrigen durch unsere liberale Hochschulpolitik schon gewöhnt sind,

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

umzugehen wissen.

Ich bitte Sie deshalb, den Hochschulen diese Freiheit zu geben, ihnen zu vertrauen, dass sie mit diesem Instrumentarium verantwortlich umgehen können, und dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2840.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/2957. Dazu liegen zwei Änderungsanträge vor, die ich an der entsprechenden Stelle zur Abstimmung stellen werde.

Ich rufe auf

§ 1

Zweck der Förderung

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Wer enthält sich? – § 1 ist einstimmig zugestimmt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP unterhält sich an der Regierungsbank mit Minister Ernst Pfister.)

– Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, an der Abstimmung teilzunehmen.

(Heiterkeit)

Wir sind gerade mitten in der Abstimmung, Herr Abgeordneter.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP nimmt auf einem Abgeordnetenplatz der Fraktion der SPD Platz. – Oh-Rufe – Heiterkeit – Abg. Johannes Stober SPD: Unser Stimmführer!)

Ich rufe auf

§ 2

Förderung von Promotionen

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 2 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Förderung künstlerischer Entwicklungsvorhaben

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 3 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Art der Förderung

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 4 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Stipendium

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3054-2.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über § 5 des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2840. Wer § 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Besondere Zuwendungen

Wer § 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 6 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 7

Zuständigkeit und Verfahren

und dazu Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/2957, sowie den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3054-1.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3054-1, abstimmen, mit dem eine Ergänzung von Absatz 3 Satz 2 angestrebt wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst abstimmen. Wer § 7 mit dieser Ergänzung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 7 ist mit dieser Ergänzung mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 8

Unterbrechung und Abbruch

Wer § 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diesem Paragraphen ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 9

Abschlussbericht

Wer § 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 9 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 10

Verordnungsermächtigung

und dazu Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/2957.

Wer § 10 mit dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 10 ist mit dieser Änderung einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 11

Schlussvorschriften

Wer § 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 11 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 23. Juli 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Landesgraduiertenförderungsgesetz – LGFG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Aufbewahrung von Schriftgut der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsbehörden (Landesjustizschriftgutaufbewahrungsgesetz) – Drucksache 14/2860

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/3028

Berichterstatter: Abg. Nikolaos Sakellariou

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, in der Zweiten Beratung keine Aussprache zu führen. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2860.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/3028. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Aufbewahrung von Schriftgut

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Verordnungsermächtigung, Aufbewahrungsfristen

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 2 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Inkrafttreten

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 3 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 23. Juli 2008 das folgende Gesetz beschlossen“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Aufbewahrung von Schriftgut der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsbehörden (Landesjustizschriftgutaufbewahrungsgesetz)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nicht ganz!)

Wir kommen zur

Schlus s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes – Drucksache 14/2895

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, die Reden zu Protokoll zu geben. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluss des Tagesordnungspunkts.)

(Vereinzelt Beifall – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

*

Erklärungen zu Protokoll

Staatssekretär Gundolf Fleischer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir befassen uns heute in erster Lesung mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Kirchensteuergesetzes. Warum brauchen wir diese Änderung?

Durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008 hat der Bundesgesetzgeber ab dem Jahr 2009 die Abgeltungsteuer eingeführt. Die Steuer auf Erträge aus privaten Kapitalanlagen wird daher ab dem kommenden Jahr im Regelfall nicht mehr im Einkommensteuerbescheid festgesetzt. Banken und Kreditinstitute behalten die Steuer künftig an der Einkunftsquelle ein und führen sie an das Finanzamt ab.

Kapitalerträge, die der Abgeltungsteuer unterliegen, müssen dann also nicht mehr im Rahmen der Einkommensteuererklärung angegeben werden. Da die Kirchensteuer bisher an die im Steuerbescheid festgesetzte Einkommensteuer anknüpft, würde in Zukunft keine Kirchensteuer mehr auf Kapitalerträge erhoben. Die Folge wäre eine erhebliche Verminderung des Kirchensteueraufkommens. Dies ist weder akzeptabel noch beabsichtigt.

Nach der bestehenden Rechtslage kann die Kirchensteuer nicht an der Quelle erhoben werden – es fehlt der notwendige Besteuerungstatbestand. Die Einnahmeverluste der Kirchen könnten derzeit nicht ausgeglichen werden.

Um diese Benachteiligung der Kirchen zu vermeiden, müssen die entsprechenden Besteuerungstatbestände und Regelungen in das Kirchensteuergesetz aufgenommen werden.

Da die Kirchensteuerpflichtigen im gesamten Bundesgebiet abgeltungsteuerpflichtige Kapitalanlagen haben können, ist den Kirchen daran gelegen, im gesamten Bundesgebiet eine einheitliche Handhabung bei der Erhebung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge zu erhalten.

Der Bundesgesetzgeber hat deshalb bereits im Rahmen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 mit Kirchen, Banken und Kreditwirtschaft unter der Beteiligung von Ländervertretern einen Vorschlag erarbeitet, wie die Kirchensteuer auf Kapitalerträge im Steuerabzugsverfahren erhoben werden soll. Aufgrund der den Ländern zustehenden Gesetzgebungskompetenz erlangt dieser im Einkommensteuergesetz niedergelegte Vorschlag aber erst durch entsprechende Verweise in den Kirchensteuergesetzen der Länder Gültigkeit.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf – der im Übrigen inhaltlich den Regelungen der anderen Bundesländer entspricht – werden diese Verweise auf das Einkommensteuergesetz geschaffen.

Der vorliegende Gesetzentwurf trägt nicht nur dem berechtigten Anliegen der Kirchen Rechnung, Einnahmeausfälle zu kompensieren. Die vorliegenden Regelungen sind vielmehr auch für die Kirchenangehörigen vorteilhaft. Ihnen wird ein

(Staatssekretär Gundolf Fleischer)

Wahlrecht eingeräumt. Sie können die Kirchensteuer auf die Abgeltungsteuer entweder im Rahmen der Einkommensteuererklärung durch das Finanzamt erheben lassen, oder sie stellen einen Antrag auf Kirchensteuereinbehalt bei den Banken oder Kapitalanlageinstituten, die die Abgeltungsbesteuerung durchführen. Dann wird neben der Kapitalertragsteuer auch die Kirchensteuer im Steuerabzugsverfahren erhoben.

Im Steuerabzugsverfahren wird die Kirchensteuer einfach und ohne Aufwand für den Kirchenangehörigen erhoben. Aufgrund der daraus folgenden Abgeltungswirkung der Kirchensteuererhebung hat der Kirchenangehörige seine steuerlichen Pflichten endgültig erfüllt.

Die Änderungen im Kirchensteuergesetz sind aufgrund des Unternehmensteuerreformgesetzes zwingend erforderlich. Die gute, partnerschaftliche Zusammenarbeit des Landes mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften wird hierdurch bestätigt und fortgeführt. Deshalb bitte ich Sie, den Gesetzentwurf zu unterstützen, und werbe um Ihre Zustimmung.

Abg. Manfred Groh CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie Herr Staatssekretär Fleischer soeben dargelegt hat, ist das Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes eine unmittelbare Folge des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008. Danach werden Erträge aus privaten Kapitalanlagen ab dem Jahr 2009 grundsätzlich nicht mehr im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung, sondern nur noch im Wege des Steuerabzugs vom Kapitalertrag erfasst. Dies macht nun landesrechtliche Regelungen – so auch in Baden-Württemberg – erforderlich, nach denen die Kirchensteuer der steuererhebenden Kirchen und Religionsgemeinschaften ebenfalls an der Einkunftsquelle erhoben werden kann.

Zum Gesetzentwurf haben die evangelischen und katholischen Kirchen, der Normenprüfungsausschuss und der Landesbeauftragte für den Datenschutz Stellung genommen und keine generellen Einwände erhoben.

Deshalb haben Banken und Kreditwirtschaft, Kirchen, Bund und Länder bereits im Rahmen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 mit § 51 a Abs. 2 b bis d des Einkommensteuergesetzes den Landesgesetzgebern einen Vorschlag unterbreitet, wie die Kirchensteuer auf Kapitalerträge erhoben werden soll. Rechtliche Wirkung erhalten diese Vorgaben und die entsprechenden Regelungen des § 51 a des Einkommensteuergesetzes allerdings erst durch Verweise und entsprechende Regelungen in den Landessteuergesetzen.

Zwischen den Bundesländern herrscht Einvernehmen darüber, dass diese Verweise und Regelungen geschaffen werden. Die Änderungen im Kirchensteuergesetz von Baden-Württemberg setzen diesen Vorschlag daher entsprechend um und stellen sicher, dass in Baden-Württemberg weiterhin Kirchensteuer auf Kapitalerträge erhoben wird.

Abg. Ingo Rust SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt und unterstützt die vorliegende Gesetzesänderung zum Kirchensteuergesetz.

Mit dieser Änderung wird sichergestellt, dass die Kirchensteuer weiterhin auch auf Kapitalerträge erhoben wird. Diese Änderung war notwendig, weil durch die Unternehmensteuerreform 2008 die Erträge aus privaten Kapitalanlagen nicht mehr

im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung, sondern im Wege der sogenannten Abgeltungsteuer nur noch über den Steuerabzug vom Kapitalertrag erfasst werden. Die Kirchen können aber ohne diese gesetzliche Änderung die Kirchensteuer nicht direkt bei den Kreditinstituten erheben. Mit dieser Gesetzesänderung wird die Kirchensteuer auch beim Kapitalertrag wieder den Regelungen für die staatliche Steuererhebung gleichgestellt.

Ohne diese Änderung hätten die Kirchen in Baden-Württemberg dauerhaft finanzielle Einbußen gegenüber dem bisherigen Zustand. Dies war und ist vom Gesetzgeber bei der Unternehmensteuerreform nicht gewollt. Vielmehr muss sichergestellt werden, dass die Kirchen durch diese Steuerreform nicht überproportional negativ betroffen werden.

Ohne diese Änderung würden außerdem die Kirchen künftig steuersystematisch nur noch von den Arbeitseinkommen und nicht mehr von Kapitaleinkommen finanziert. Nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion ist es aber auch aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit notwendig, dass die Einkommen aus Kapitalerträgen auch künftig zur Mitfinanzierung der Kirchen angemessen beitragen.

Der Landtag von Baden-Württemberg macht mit dieser notwendigen Gesetzesanpassung deutlich, dass er auch weiterhin ein verlässlicher und fairer Partner der Kirchen ist. Die SPD-Landtagsfraktion wird dem Gesetzentwurf in den Beratungen im Ausschuss und anschließend in der zweiten Lesung im Plenum zustimmen.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass das Vorhaben grundsätzlich Sinn macht, ist wohl keine Frage; denn wir brauchen sicherlich eine Regelung, die verhindert, dass Kapitaleinkünfte von der Kirchensteuer de facto ausgenommen werden. Ich finde, den Menschen mit hohen Vermögenseinkommen soll es nicht unnötig schwer gemacht werden, auch gute Christen zu sein. Ich möchte jedoch auf zwei Punkte hinweisen, die wir in den Ausschussberatungen genauer anschauen sollten.

Erstens: die Kosten. Das Verfahren ist einigermaßen kompliziert und verursacht entsprechend Kosten. Die Kreditinstitute erhalten nach dem bisherigen Gesetzentwurf keinen Ausgleich. Im Gegensatz dazu zieht die Finanzverwaltung den Kirchen eine Verwaltungskostenpauschale ab; in Baden-Württemberg sind dies 3 %. Mit der Einbeziehung der Abgeltungsteuer wandern nun allerdings Verwaltungskosten von der Finanzverwaltung in die Kreditinstitute.

Ich weiß, dass die Verbände der Kreditwirtschaft dem Verfahren im Grundsatz zugestimmt haben. Dennoch sehe ich hier ergänzenden Klärungsbedarf in der Frage, ob diese Verwaltungskostenpauschale nicht aufgeteilt werden sollte.

Zweitens: Steuervermeidung. Zunächst Steuervermeidung Abteilung 1; national: Abgeltungsteuer heißt, dass ich die Kapitalerträge nicht in meiner Steuererklärung berücksichtigen muss; sie sind ja mit den 25 % abgegolten. Gibt der Steuerpflichtige keine Informationen zu seiner Religionsgemeinschaft, so entsteht auch keine Kirchensteuer auf die Kapitalerträge. Dies bedeutet ein Aufkommensrisiko für die Kirchen. Ich weiß nun, dass es Pläne gibt, dies durch eine bundesweite zentrale Datenbank zu lösen. Da bin ich dann wieder beim Thema Kosten und beim Thema Datenschutz; denn das ist

(Eugen Schlachter)

dann eine bundesweite Datenbank der Religionszugehörigkeiten.

Dann Steuervermeidung Abteilung 2; international: Sie wissen, dass wir bei einigen europäischen Ländern bisher keine Zinsinformationspflichten haben. Über die Zinserträge von Inländern, die in Belgien, Luxemburg, Österreich und der Schweiz versteuern, erfahren wir zunächst einmal nichts. Das ist nun kein originäres Problem der Kirchensteuer, aber die Kirchensteuer ist mit betroffen, und durch den de facto höheren Steuersatz in Deutschland wird natürlich die Motivation zur Verlagerung jedenfalls nicht geringer. In Luxemburg ist der Steuersatz 10 %, in Belgien 15 %, in Österreich gleich wie bei uns, nämlich 25 %, aber eben ohne Kirchensteuer.

Diese zweite Thematik kriegen wir natürlich durch eine bundesweite zentrale Datenbank auch nicht weg.

Wir halten den Gesetzentwurf dennoch für eine gute Diskussionsgrundlage für die Beratungen im Finanzausschuss.

Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erträge aus privaten Kapitalanlagen werden ab Januar 2009 grundsätzlich nicht mehr im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung, sondern nur noch im Wege des Steuerabzugs vom Kapitalertrag erfasst. Dies hat der Bundestag so beschlossen. Da die Kirchensteuergesetze jedoch in den Kompetenzen der Länder und nicht des Bundes liegen, macht diese Regelung entsprechende Änderungen in den Landeskirchensteuergesetzen erforderlich.

Im Klartext: Die Kirchen und Religionsgemeinschaften möchten auch in Zukunft nicht auf Kirchensteuereinnahmen hinsichtlich von Kapitalerträgen verzichten. Wenn dieser Abzug aber von den Kreditinstituten vor Ort vorgenommen werden soll, würden die Kirchen und Religionsgemeinschaften leer ausgehen. Um dies zu verhindern, wird der § 51 a des Einkommensteuergesetzes geändert. Diese Änderung hat jedoch, wie bereits erwähnt, zur Folge, dass auch die entsprechenden Paragraphen der Landeskirchensteuergesetze geändert werden müssen.

Nachdem Banken und Kreditwirtschaft, Kirchen, Bund und Länder sich bereits im Rahmen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 mit § 51 a Abs. 2 b bis 2 d des Einkommensteuergesetzes auf einen entsprechenden Vorschlag geeinigt und diesen den Landesgesetzgebern unterbreitet haben, sollte auch der Landtag von Baden-Württemberg diese in sich schlüssige Gesetzesnovellierung vornehmen. Die Fraktion der FDP/DVP stimmt jedenfalls dieser Neuregelung des Landeskirchensteuergesetzes ohne Vorbehalt zu.

*

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes sowie zur Anpassung von Rechtsvorschriften – Drucksache 14/2896

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, keine Aussprache zu führen. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Auch dem stimmen Sie zu.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes, des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart, des Naturschutzgesetzes und des Wassergesetzes – Drucksache 14/2899

Das Präsidium hat Folgendes festgelegt: Der Gesetzentwurf wird durch die Regierung begründet. Für die sich anschließende Aussprache gilt eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Mack.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird zur Sache gesprochen!)

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Landesplanungsgesetz geht es darum, dass wir eine Richtlinie der Europäischen Union im Bereich der Raumordnung umzusetzen haben. Wir machen dies gern. Immer ist die Rede davon, dass es Richtlinien der Europäischen Union gibt, die über uns kommen, dass wir dann gebeutelt sind usw. In diesem Fall aber müssen wir sagen: Es ist sinnvoll, dass die Europäische Union in diesem Bereich Raumordnungspolitik betreibt. Die Instrumente, die eingesetzt werden, sind vom Grundsatz her sinnvoll. Wir setzen sie in das Landesplanungsrecht um.

Zweitens setzen wir sie 1 : 1 um. Warum? Weil wir dem, was von Brüssel kommt, nicht noch etwas hinzuzufügen haben. Vielmehr haben die Beamten aus Deutschland ganze Arbeit geleistet und haben das deutsche Instrumentarium längst in Brüssel durchgesetzt. Wir setzen also 1 : 1 um. Auch das ist gut.

Worauf ich hinweisen möchte: Wir sollten schon darauf achten, wie viele Gesetze wir in Deutschland zum gleichen Gegenstand haben und welche Ebenen aktiv sind.

Wenn schon die europäische Ebene eine Richtlinie zur Raumordnungspolitik erlässt, dann ist doch die Frage, ob wir das Raumordnungsgesetz des Bundes noch brauchen. Bisher war das Raumordnungsgesetz des Bundes verankert über Artikel 75 des Grundgesetzes als Rahmengesetzgebung. Mit der Föderalismusreform I wurde Artikel 75 des Grundgesetzes abgeschafft, und das Raumordnungswesen ist in die konkurrierende Gesetzgebung eingeordnet worden, allerdings mit einem Abweichungsrecht für die Länder.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass wir möglichst schnell dazu kommen sollten, ein Landesplanungsgesetz zu erstellen, welches die Gesetzgebung des Bundes aufhebt. Dabei können wir als Land sagen, wie wir dies regeln wollen. Dann erfolgt Raumordnung auf europäischer Ebene und auf Landesebene, und wir haben es vielleicht ein bisschen leichter als über drei Ebenen hinweg.

(Winfried Mack)

Zur Sache noch zwei Hinweise: Im Gesetzentwurf haben wir die Regelungen zum großflächigen Einzelhandel nicht verändert, haben aber in der Begründung etwas klargestellt. Wir haben gesagt, dass großflächiger Einzelhandel in die zentralen Orte gehört. Es gibt aber auch Ausnahmen. Es kann sein, dass der örtliche Bedarf auch über großflächigen Einzelhandel gesichert werden muss, etwa in einem nicht zentralen Ort im ländlichen Raum. Dies lässt das Gesetz schon bisher zu. Dementsprechend wurde dies auch in die Begründung aufgenommen.

Zweitens haben wir in der Begründung zu Windkraftanlagen etwas zwar nicht geändert, aber klargestellt. Wir haben klargestellt, dass ein Regionalverband, wenn er Vorranggebiete für die Windkraft ausweist, bestimmte Faktoren in die Abwägung einbeziehen muss, nämlich auch Denkmäler und Tourismusgebiete. Denn wir sind uns sicher einig, dass wir unsere Denkmäler im Land Baden-Württemberg und unsere Landschaft, wie sie die Touristen kennen, mögen und lieben, schützen wollen.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig! – Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Ohne Windräder! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Das sind die Aspekte, die wir in diesem Gesetzentwurf angegangen sind und geregelt haben. Wir stimmen diesem Gesetzentwurf zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz zur Begründung des Gesetzentwurfs, zu dem die CDU-Fraktion bereits Zustimmung erklärt hat.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Spricht er jetzt für die Opposition?)

Staatssekretär Richard Drautz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Danke, Herr Mack, dass Sie den Gesetzentwurf schon eingebracht haben. Ich möchte aber trotzdem noch ein paar Takte dazu sagen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Mit dem Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes und anderer Gesetze setzen wir im Wesentlichen eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2001 um: eine Richtlinie über die Prüfung der Umweltwirkungen bestimmter Pläne und Programme. Das Land kommt damit seiner europarechtlichen Verpflichtung nach, die Umweltprüfung beim Landesentwicklungsplan und bei Regionalplänen einzuführen.

Ein wesentliches Element ist dabei die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen des jeweiligen Raumordnungsplans in einem Umweltbericht. Damit erhalten alle an einem Planaufstellungsverfahren Beteiligten und insbesondere auch die Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich gezielt einen Überblick über die möglichen Umweltauswirkungen einer beabsichtigten Planung zu verschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Das bedeutet aber leider auch einen erhöhten Verfahrensaufwand.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Leider!)

Den können wir nicht vermeiden, weil das Verfahren europarechtlich zwingend vorgegeben ist. Wir können ihn nur so klein wie möglich halten, und das ist im vorliegenden Gesetzentwurf auch so geregelt.

Zum einen beschränkt sich der Gesetzentwurf auf die notwendige Umsetzung der bereits durch die EU-Richtlinie und das Raumordnungsgesetz vergleichsweise detailliert vorgegebenen Verfahrensschritte, zum anderen wird die Umweltprüfung in das bereits bestehende Verfahren zur Aufstellung eines Raumordnungsplans einbezogen. Damit wird eine möglichst schlanke und praktikable Lösung erreicht.

Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf auch einige wenige Regelungen, die nicht der Umsetzung der Richtlinie dienen. Mit ihnen wird das Landesplanungsgesetz im Übrigen auch auf den neuesten Stand gebracht.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Dazu zählt vor allem das Ziel, flächensparend mit dem Boden umzugehen. Das ist heute und für die Zukunft ein ganz wichtiges Thema.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr richtig!)

Auch die vor wenigen Tagen veröffentlichten Zahlen zum Flächenverbrauch für das Jahr 2007 belegen, dass wir mit unseren Anstrengungen keineswegs nachlassen dürfen. Der Gesetzentwurf konkretisiert hierzu die gesetzliche Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung. Die jetzt vorgesehene Formulierung ist das Ergebnis einer intensiven Diskussion. Die künftige Regelung betont das Ziel, die Inanspruchnahme bislang unbebauter Flächen spürbar zurückzuführen. Sie macht aber gleichzeitig deutlich, dass dabei immer auch die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes zu berücksichtigen ist.

Meine Damen und Herren, ein wesentlicher Punkt ist außerdem die Raumbewertung. Heute wird es immer wichtiger, aktuelle Entwicklungen im Auge zu behalten. Genauso wichtig ist es im digitalen Zeitalter aber auch, die Aufgabe der Raumbewertung mit modernen technischen Mitteln zu erfüllen. Das heißt, das bisher analog geführte Raumordnungskataster wird zu einem automatisierten Raumordnungskataster weiterentwickelt. Das Kataster soll daher künftig neben anderen Planungen und Maßnahmen alle Flächennutzungspläne und Bebauungspläne des ganzen Landes in digitaler Form enthalten. Ebenso werden künftig alle Festlegungen des Landesentwicklungsplans und der Regionalpläne digital abrufbar sein.

Der Gesetzentwurf enthält schließlich auch einzelne Änderungen zur Verfahrensbeschleunigung und Verfahrensmodernisierung.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

(Staatssekretär Richard Drautz)

Ich nenne hier etwa ergänzende Internetangebote für die Öffentlichkeitsbeteiligung. Bisher konnten die Bürger in Entwürfe von Regionalplänen nur beim betreffenden Regionalverband und den Stadt- und Landkreisen der entsprechenden Regionen Einsicht nehmen. Nun haben wir vorgesehen, dass künftig jeder Interessierte die Planentwürfe auch über Internet bei sich zu Hause einsehen kann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ja Wahnsinn!)

Der Aufwand für den Bürger wird dadurch drastisch reduziert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Der Prozess geht dadurch insgesamt wesentlich schneller. Wir können so auch die Äußerungsfrist für die Öffentlichkeit etwas verkürzen und damit das Planaufstellungsverfahren beschleunigen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir können es ja gar nicht fassen! Das ist ja unglaublich! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber nur, wenn DSL vorhanden ist!)

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf ist in intensiven Beratungen vorbereitet worden. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben. Im Namen der Landesregierung bitte ich Sie, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Staatssekretär, jederzeit gern!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kaufmann für die Fraktion der SPD.

(Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Das passt jetzt!)

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war zuerst etwas irritiert, als die Begründung des Gesetzentwurfs von einem Redner aus der CDU-Fraktion übernommen wurde. Ich gehe davon aus, dass Sie der Auffassung sind, dass das, was im Wirtschaftsministerium gemacht wird, auch von der CDU-Fraktion erledigt werden kann. So habe ich das zumindest zunächst einmal interpretiert.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Umgekehrt!)

Der Kollege Mack hat den vorliegenden Gesetzentwurf als Umsetzung der EU-Richtlinie begrüßt. Wir begrüßen dies ebenfalls, aber ich will dabei doch feststellen, dass es sich um eine verspätete Umsetzung handelt. Eigentlich hätte diese Richtlinie bereits im Jahr 2004 umgesetzt werden sollen. Es gab im Bundesrat erhebliche kontroverse Diskussionen und Kompetenzstreitigkeiten; das muss man leider so feststellen. Die Gefahr eines Vertragsverletzungsverfahrens ist insofern auch noch nicht gebannt, als wir es hier mit einer sehr verzögerten Anpassung zu tun haben.

Wenn ich an manche Diskussionen der Vergangenheit denke, so muss ich sagen: Ich hatte gelegentlich den Eindruck, dass man zwar den Regelungen zustimmt, dies jedoch mit der ge-

ballten Faust in der Hosentasche tut, weil es eben nicht die eigene Einsicht war, sondern der Zwang, eine – vernünftige – EU-Richtlinie umzusetzen.

Meine Damen und Herren, das Thema ist in der Tat komplex, und wir werden ähnliche Fragestellungen morgen noch einmal auf der Tagesordnung haben, wenn es um die Änderung des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung geht, das in die Zuständigkeit des Umweltministeriums fällt. Deshalb, Frau Präsidentin, beantragen wir, dass der Gesetzentwurf Drucksache 14/2899 auch an den Umweltausschuss überwiesen wird. Denn es geht um die Berücksichtigung von Umweltbelangen in der Regionalplanung. Deswegen sollte auch der Umweltausschuss hier mitberaten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich darf sagen, dass wir die Zielsetzung im Landesplanungsgesetz, nämlich die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme als Leitvorstellung der räumlichen Entwicklung, wie es § 2 vorsieht, begrüßen. Allerdings sind wir der Meinung, dass mit der Formulierung

... die Inanspruchnahme bislang unbebauter Flächen für Siedlung und Verkehr unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung und ökologischer Belange spürbar zurückzuführen ...

nicht viel zu erreichen ist. Ähnliche Postulate gibt es nämlich nahezu wörtlich bereits im Landesentwicklungsplan, im Bodenschutzgesetz, im Raumordnungsgesetz und auch im Baugesetzbuch. Geholfen hat das alles nichts. Vorhin wurden ja die Zahlen genannt: Es ist in Baden-Württemberg nach wie vor so, dass täglich die Fläche von 15 Fußballfeldern zubetoniert wird. Es ist nicht gelungen, den Flächenverbrauch einzudämmen. Deshalb bedarf es hier eines fundierteren Instruments. Wir brauchen andere Formulierungen im Gesetz, denn es müssen auch in gesetzlicher Form die entsprechenden Instrumente verankert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich denke, dass es in diesem sensiblen Bereich, im Spannungsverhältnis zwischen kommunaler Planungshoheit und den Erfordernissen der Raumplanung, wichtig ist, Lösungen zu finden. Das hat auch den Umweltausschuss bereits beschäftigt. Dort gibt es einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Grünen zum Thema Flächenverbrauch. Dieser Antrag wird sicherlich auch hier im Plenum noch diskutiert werden.

Deswegen meine ich, dass wir, wenn wir die auch vom Ministerpräsidenten als Zielvorstellung bereits angekündigte Nettonull beim Flächenverbrauch erreichen wollen, präzisere Zielvorgaben für die Flächeninanspruchnahme brauchen. Wir kommen um quantitative Vorgaben nicht herum. Wir müssen auch eine entsprechende Fristsetzung haben, damit wir wissen, bis wann etwas erreicht werden soll. Andernfalls wird dies bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.

Meine Damen und Herren, es gab bei dieser Anpassung des Gesetzes auch einige irritierende Hinweise. Ich denke, dass das, was hier in der Begründung zum Thema Windkraft gesagt wurde, dazu gedacht war, die Windkraftgegner zu beruhigen. Es ist in der Tat so, dass die Windkraft in Baden-Württemberg durch diese Gesetzeslage quasi unmöglich ist. Dies

(Gunter Kaufmann)

ist kein erfreulicher Schritt, und wir bedauern das ausdrücklich. Aber ich denke, wir werden im Rahmen der Beratungen des Gesetzes noch einiges dazu zu sagen haben.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass es für uns wichtig wäre, dies auch im Umweltausschuss zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute die Änderung des Landesplanungsgesetzes. Damit bietet sich, wie der Kollege Kaufmann gerade gesagt hat, nicht nur die Möglichkeit, sondern es entsteht auch die Notwendigkeit, Instrumente einzuführen, die den Flächenverbrauch im Land tatsächlich reduzieren.

Es ist erklärtes Ziel dieser Landesregierung, das zu erreichen. In einer Regierungserklärung hat der Ministerpräsident die Zielvorgabe einer Nettonull beim Flächenverbrauch gemacht. Leider hat seit dieser Erklärung keine positive Entwicklung stattgefunden. Der Flächenverbrauch hat nicht abgenommen, sondern er hat im Gegenteil zugenommen.

Gerade in der letzten Woche musste ja die Umweltministerin diese traurige Bilanz auch der Presse vorstellen. Sie hat zu Recht ihrer Besorgnis Ausdruck gegeben. Sie hat am 14. Juli in einer lsw-Meldung gefordert:

Es muss noch breiter gelingen, die wirtschaftliche Entwicklung von der Inanspruchnahme neuer Flächen abzukoppeln.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Wenn das so ist, dann kann die Umweltministerin mit dem, was in dem vorliegenden Gesetzentwurf formuliert ist, nicht einverstanden sein. Denn dort steht – das ist bereits zitiert worden –, dass auch die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt werden muss, obwohl es ja gerade darum geht, eine Abkoppelung zu erreichen.

Auf die von den Verbänden und Körperschaften abgegebenen Stellungnahmen, die man in den Anlagen zu dem Gesetzentwurf nachlesen kann, antwortet die Landesregierung ja selbst, dass die vorgesehene Regelung in der Sache nicht über die bereits verbindlichen Vorgaben des Landesentwicklungsplans von 2002 hinausgeht. Das heißt, Sie machen zwar vollmundige Ankündigungen; die Instrumente, die Sie haben, z. B. das Landesplanungsgesetz, werden aber nicht genutzt. Ich finde, meine Damen und Herren, wenn Sie Ihre Glaubwürdigkeit nicht weiter einbüßen wollen, müssen Sie im Verlauf der Gesetzesberatungen dringend nachbessern.

(Beifall bei den Grünen)

Innen- vor Außenentwicklung, das ist die Lösung, um die Bedürfnisse nach Wohnen, Arbeiten und Mobilität mit dem Schonen von Flächen zusammenzubringen. Da sind wir uns ja auch einig. Das ist im Landesentwicklungsplan von 2002 niedergeschrieben. Aber die Bilanz, die in der letzten Woche vorge-

stellt worden ist, hat bewiesen, dass allein die Formulierung eines Grundsatzes nicht ausreicht, sondern dass wir wirksame Instrumente zur Reduzierung des Flächenverbrauchs brauchen.

Deswegen ist klar, dass wir jetzt sofort dafür sorgen müssen, dass die Kommunen verpflichtet werden, Flächenkataster zu erstellen, die die Freiflächen innerhalb der bestehenden Bebauung ausweisen. Klar ist auch, dass es Genehmigungen für Außenbereiche nur dann geben kann, wenn es im Innenbereich keine geeigneten Flächen mehr gibt. Wir erwarten von Ihnen, dass das in das Landesplanungsgesetz aufgenommen wird.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt hat der Kollege Mack gerade noch weitere Punkte angesprochen und von „Klarstellung“ gesprochen. Am 1. Juli konnten wir in der „Schwäbischen Zeitung“ lesen: „Neues Landesplanungsgesetz – Land erleichtert Supermarkt-Ansiedlung“. Da geht es nicht um eine reine Klarstellung, sondern darum, dass Sie die Ansiedlung großflächigen Einzelhandels erleichtern und damit den Grundsatz der Innen- vor der Außenentwicklung konterkarieren und dass der Wirtschaftsminister – der jetzt leider nicht da ist – klar signalisiert, dass er den hehren Zielen des Ministerpräsidenten nicht folgt und dass auch kleinere Selbstständige, Familienunternehmen sowie der Handel vor Ort nicht auf ihn zählen können. Ich finde, das ist das völlig falsche Signal.

(Beifall des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Lassen Sie mich noch zu einem weiteren Punkt kommen, den der Kollege Mack auch angesprochen hat: das Thema Windkraft. Auch hierzu gibt es eine klare Aussage des Wirtschaftsministers: Die FDP/DVP will den Bau von Windrädern weiter erschweren, und das bei der mageren Bilanz, die wir in Baden-Württemberg haben. 0,47 % des verbrauchten Stroms werden aus Windenergie erzeugt – Sie wissen es –, in Rheinland-Pfalz sind es – da gibt es auch keine Offshoreanlagen – fast 15-mal so viel, nämlich 6,5 %.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wir haben außerdem 90 Firmen in Baden-Württemberg, die Zulieferer der Windkraftbranche sind. Das muss die FDP als Wirtschaftspartei doch interessieren: 90 Firmen in Baden-Württemberg arbeiten als Zulieferer für Enercon. Ich finde, diesen Unternehmen sollten Sie einmal erklären, was Ihre Politik in Sachen Windkraft ist.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Für uns ist klar, dass diese Antiwindkraftpolitik ein Ende haben muss. Die FDP selbst hat das auf ihrem Parteitag auch so beschlossen.

Für uns ist auch klar – das ist mein allerletzter Punkt –, dass wir in Bezug auf Repowering dringend Nachbesserungen brauchen. Es kann nicht sein, dass an Standorten, wo bislang Windkraftanlagen stehen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was jetzt? Land-schaftsverbrauch oder Windräder?)

(Edith Sitzmann)

zukünftig keine leistungsfähigeren neuen Anlagen gebaut werden können.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Auch hier müssen Sie nachbessern. Wir sind gern zu Verhandlungen bereit.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann
CDU: Ha, ha!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rülke für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kaufmann, Ihre Kritik, dass dieses Gesetz relativ spät in Kraft tritt – eigentlich hätte es schon im Jahr 2004 in Kraft treten sollen; nun tritt es hoffentlich im Jahr 2008 in Kraft –, nehmen wir natürlich sehr ernst. Vor diesem Hintergrund wollen wir auch keine weiteren Verzögerungen. Wir denken daher, dass es hinreichend ist, wenn sich der Wirtschaftsausschuss hiermit befasst.

(Unruhe)

Wir wollen das, was Sie selbst angemahnt haben, nämlich einen schnellen Verfahrensgang, nicht dadurch konterkarieren,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die tagen doch parallel!
Das ist typisch! – Unruhe)

dass wir noch längere Beratungen im Umweltausschuss anschließen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Du liebe Güte!)

Dann wurde von der Opposition gesagt, die Windkraft würde in Baden-Württemberg praktisch unmöglich gemacht werden. Dies ist mit Sicherheit nicht so. Im Rahmen der ausgewiesenen Vorrangflächen wird eine erhebliche Steigerung, ein erheblicher Ausbau der Windkraft möglich sein.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das stimmt doch nicht!)

Frau Kollegin Sitzmann, auf einen oder zwei Widersprüche in Ihren Darstellungen darf ich Sie hinweisen. Wenn Sie immer sagen, dass wir keine weiteren Flächen mehr verbrauchen dürfen, muss ich Ihnen sagen, dass auch Windräder Flächen brauchen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Auf der grünen Wiese! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nach oben! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Windräder brauchen den Wind, den Sie gerade machen!)

Wirtschaftliche Entwicklung braucht Flächen.

(Unruhe)

Sie haben uns zwar erklärt, Sie wollten die wirtschaftliche Entwicklung vom Flächenverbrauch abkoppeln, aber wie Sie das machen wollen, bleibt Ihr Geheimnis. Denn für die wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir natürlich Flächen, und wir brauchen auch Flächen für die Infrastruktur.

(Zurufe der Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE und
Beate Fauser FDP/DVP)

In der letzten Plenarwoche haben Sie beklagt, es gäbe in Baden-Württemberg zu wenige Existenzgründungen. Wie wollen Sie denn die Zahl der Existenzgründungen steigern, wenn Sie den Leuten keine Flächen mehr zur Verfügung stellen?

(Zurufe – Unruhe)

Deshalb ist es in der Tat notwendig, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Flächensparen auf der einen Seite

(Abg. Peter Hofelich SPD: Unglaublich!)

und einer vernünftigen, einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung andererseits zu finden. Ich denke, dieses Gesetz macht beides möglich.

(Unruhe – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zur SPD:
Seid doch einmal ruhig!)

Dieses Gesetz macht es möglich, dass wir im Rahmen unserer Landesprogramme zum Thema „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ – die Landessanierungsprogramme sind ein hervorragender Beitrag dazu – dafür sorgen,

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

dass z. B. die Innenentwicklung durch die Reaktivierung von Industriebrachen verbessert wird.

Deshalb glaube ich, dass es nicht notwendig ist, das Gesetz im Wortlaut zu ändern. Es ist auch nicht notwendig, konkrete Maßnahmen und konkrete Zielvorstellungen darüber zu formulieren, wie sich der Flächenverbrauch entwickeln soll. Denn die Entwicklungen im Land verlaufen unterschiedlich. Es ist sicherlich richtig, dass es in der einen oder anderen Region des Landes eine Entwicklung gegeben hat, bei der zu viel Fläche verbraucht wurde. Da haben aber die Regionalverbände das geeignete Instrumentarium, um einzuschreiten.

Auf der anderen Seite brauchen wir aber in anderen Regionen des Landes noch Möglichkeiten der flächenmäßigen Entwicklung. Das vorliegende Gesetz macht beides möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein letztes Wort noch zum Thema Einzelhandel; Kollege Mack hat darauf hingewiesen. Sie von der Opposition haben es kritisiert. Die FDP/DVP-Fraktion hält die in der Begründung des Gesetzentwurfs gefundene Formulierung für ausgezeichnet. Ich denke, dass es einerseits richtig ist, die Notwendigkeit, im ländlichen Raum großflächigen Einzelhandel auszuweisen, einer Überprüfung zu unterziehen. Auf der anderen Seite ist es natürlich auch notwendig, diese Entwicklungsmöglichkeiten gerade den Kommunen im ländlichen Raum zu bieten.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wenn man die 800-m²-Grenze ganz konsequent und dogmatisch auslegt, führt dies letztlich dazu, dass Sie im ländlichen Raum nur noch Discounter ansiedeln können, weil der hochwertige Einzelhandel mehr als 800 m² Verkaufsfläche braucht.

Unter dem Strich sind die Inhalte dieses Gesetzes so, dass die Fraktion der FDP/DVP zustimmen kann; keine Frage. Da schließen wir uns den Ausführungen des Kollegen Mack für die CDU-Fraktion an. Weitere Ausschussberatungen sehen wir als nicht notwendig an, und wir möchten, dass dieses Gesetzesverfahren so schnell wie möglich seinen Gang nimmt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Gesetzentwurfs.

Die SPD möchte eine Vorberatung im Umweltausschuss.

(Abg. Gunter Kaufmann SPD: Parallel im Umweltausschuss!)

Möchten Sie darüber abstimmen?

Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Präsidentin, wir bitten, darüber abstimmen zu lassen. Ich appelliere jetzt wirklich einmal an die Regierungsfractionen, die parlamentarischen Spielregeln in diesem Haus einzuhalten. Ich kann mich nicht entsinnen, dass, wenn eine Fraktion darum gebeten hat, eine Parallelberatung, eine Mitberatung in einem Ausschuss stattfinden zu lassen, dies schon einmal abgelehnt worden wäre. Ich bitte jetzt insbesondere die CDU darum, sich von dem Kleinklein der FDP/DVP nicht ins Bockshorn jagen zu lassen. Ein Zeitverlust ist diese Mitberatung auf gar keinen Fall.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Dann lasse ich zunächst über diesen Antrag als ergänzenden Antrag abstimmen. Wer der Überweisung des Gesetzentwurfs zur Vorberatung an den Umweltausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das gibt es doch nicht! Kleinkariert seid ihr! Das ist doch unglaublich!)

Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun über die Überweisung des Gesetzentwurfs zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss abstimmen. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Mehrheit hat für die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss gestimmt.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung des Landesdisziplinarrechts (LDNOG) – Drucksache 14/2996

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, keine Aussprache zu führen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 11 der Tagesordnung erledigt, und wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 24. Juli 2008, 9:30 Uhr statt.

Ich darf Sie noch darauf hinweisen, dass der heutige Parlamentarische Abend bereits um 18:30 Uhr stattfindet.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:52 Uhr

Anlage

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzung im Präsidium

Gremium	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Präsidium	stellvertretendes Mitglied		Dr. Prewo

23. 07. 2008

Claus Schmiedel und Fraktion

3466